

Materialien aus der Bildungsforschung Nr.1

Christof Conrad

SCHULSYSTEME IM QUANTITATIVEN VERGLEICH -
HAMBURG UND WESTBERLIN

Statistische Indikatoren
für Demokratisierung und Modernisierung
im Schulwesen

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Berlin 1972



10019854

Materialien aus der Bildungsforschung Nr.1

Christof Conrad

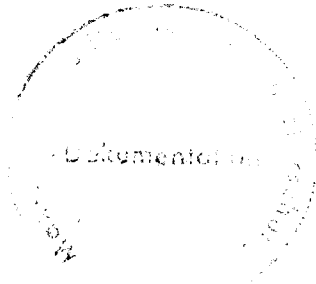
SCHULSYSTEME IM QUANTITATIVEN VERGLEICH -
HAMBURG UND WESTBERLIN

Statistische Indikatoren
für Demokratisierung und Modernisierung
im Schulwesen

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Berlin 1972

Max-Planck-Institut
für Bildungsforschung

Hellmut Becker
Friedrich Edding
Dietrich Goldschmidt
Saul B. Robinsohn



F 72 / 1705 + 5

Materialien aus der Bildungsforschung

In dieser Reihe veröffentlicht das Institut Arbeitsmaterialien (Diskussionsgrundlagen und Dokumentation), die nicht den Charakter abgeschlossener Forschungsberichte tragen, aber dem jeweils interessierten Fachpublikum zugänglich gemacht werden sollen.

Bestellungen werden erbeten an die Verwaltung des Instituts, 1 Berlin 31, Blissestraße 2, bei gleichzeitiger Überweisung von 10,- DM auf das Konto 091000588 der Sparkasse der Stadt Berlin West.

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit der Zustimmung des Instituts gestattet.

V o r w o r t

Hiermit werden vorläufige Untersuchungen einem begrenzten Kreis von fachlich Interessierten zugänglich gemacht, die zu einer theoretisch und methodisch breiter fundierten vergleichenden Studie ausgebaut werden sollen. Das regionale Vergleichen von politischen Programmen, Abläufen, Leistungen und Beständen auf dem Gebiet des Bildungswesens wird verständlicherweise immer wieder versucht. Die Methoden dieses Vergleichens sind jedoch bisher nicht sehr befriedigend entwickelt und die statistischen Daten, die den Meßinstrumenten zugrunde liegen, lassen oft viel zu wünschen übrig. So ist zu erwarten, daß auch an dem vorliegenden Versuch Kritik geübt wird. Sie ist allgemein willkommen, besonders aber dann, wenn sie Vorschläge bringt, wie Datenbereitstellung und Methoden des Vergleichs für künftige Arbeiten zu verbessern wären.

Hamburg und Westberlin boten sich zum Vergleich an, weil es sich um Stadtstaaten handelt, das heißt um Städte, deren Schul- und Finanzwesen durch einen relativ hohen Grad von Autonomie und Identität charakterisiert ist. Hamburg muß wie wohl fast alle Städte mit einer erheblichen Pendelbewegung von Schülern zwischen Stadt und umgebenden Kreisen rechnen. Die Studie ist hierauf nicht eingegangen. Da Westberlin keine solchen Schüler hat, ergibt sich daraus eine Verzerrung, die wahrscheinlich die Leistungen Hamburgs im Vergleich einiger Indikatoren als zu gering erscheinen läßt. Andere Unterschiede der sozialökonomischen Bedingungen, die auf das Schul- und Finanzwesen einwirken, wurden bisher nicht genügend berücksichtigt. Ein diesen Bedingungen besser Rechnung tragender komplexer Vergleich, der auch die Versuche mit Gesamtschulen stärker einbezieht und allgemein aktuellere Daten benutzt, erscheint erwünscht.

Hinzuweisen ist auch auf die Tatsache, daß sich hinter den hier errechneten Durchschnittswerten starke Unterschiede in den Bildungschancen zwischen den Stadtbezirken verbergen. Zwei Diplomarbeiten an der Technischen Universität Berlin haben das kürzlich für Hamburg und Westberlin nachgewiesen.

Vergleichende Gesamturteile sind aufgrund der vorliegenden Arbeit nicht möglich und sollten daher strikt vermieden werden. Der Wert dieser Untersuchung ist in der Weiterführung der Methodik und in der Herausforderung zu ihrer Verbesserung zu sehen.

Februar 1972

Friedrich Edding

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Einleitung	1
I. Ziel der Untersuchung	1
II. Definitionen zum Begriff Schulsystem	1
III. Methode des Vorgehens: Der quantitative Vergleich	5
1. Objekte des Vergleichs	5
2. Das Verfahren	6
B. Ziele schulpolitischer Aktivität, ihre quantitativen Indikatoren und die schulausgabenbedingten Voraussetzungen	8
I. Schulpolitische Ziele als Anspruch an ein Schulsystem	8
1. Demokratisierung	9
2. Modernisierung	14
II. Indikatoren der Demokratisierung	16
1. Demographische Indikatoren	17
a) Die Quote des relativen Schulbesuchs	17
b) Die Quartanerquote	19
2. Schichtspezifische Indikatoren	21
a) Anteil von Arbeiterkindern	24
b) Anteil von Nicht-Akademikerkindern	24
c) Anteil der Kinder aus "bildungsfernen Familien"	26
3. Geschlechtsspezifische Indikatoren	28
III. Indikatoren der Modernisierung	29
1. Indikatoren der Effizienz	30
a) Indikatoren der inneren Effizienz	30
b) Indikator der äußeren Effizienz	35

2. Indikatoren formaler Intensität des Unterrichts	36
a) Die Klassenfrequenz	36
b) Die Lehrerfrequenz	37
IV. Die Ausgabenwilligkeit der Träger von Schulsystemen	38
1. Ausgabenwilligkeit der Schulträger als Untersuchungsobjekt	38
2. Zur Formulierung von Indikatoren der Ausgabenwilligkeit	40
C. Die Schulsysteme Hamburgs und Westberlins im quantitativen Vergleich	45
I. Die unterschiedliche politische Situation beider Stadtstaaten und daraus resultierende demographische, wirtschaftliche und sozio-ökonomische Unterschiede	45
1. Die politische Situation	45
2. Die Bevölkerungsverteilung	46
3. Die Situation der Wirtschaft	49
4. Einige sozio-ökonomische Gegebenheiten	54
a) Löhne und Gehälter	54
b) Andere "Wohlstandsdaten"	56
II. Überblick über Entstehung und Entwicklung der Strukturen der Schulsysteme in Hamburg und Westberlin	58
III. Das Ziel der Demokratisierung	63
1. Demographische Indikatoren	63
a) Der relative Schulbesuch	63
b) Die Quartanerquote	76
2. Schichtspezifische Indikatoren	81
a) Anteil von Arbeiterkindern an der Gesamtschülerschaft	81
b) Anteil von Nicht-Akademikerkindern an der Gesamtschülerschaft	85

	Seite
3. Geschlechtsspezifische Indikatoren	91
a) Mädchen an Realschulen	91
b) Mädchen an Gymnasien	94
IV. Das Ziel der Modernisierung	102
1. Indikatoren der Effizienz	102
a) Die innere Effizienz	102
b) Die äußere Effizienz (Abiturientenquoten)	113
2. Indikatoren formaler Intensität des Unterrichts	115
a) Die Lehrerfrequenz	115
b) Die Klassenfrequenz	121
D. Die Ausgabenwilligkeit der Träger der Schulsysteme in Hamburg und Westberlin	128
I. Vergleich allgemeiner Indikatoren	128
1. Schulausgaben und Gesamthaushalt	128
2. Schulausgaben und Bruttoinlandsprodukt	132
3. Schulausgaben und Bevölkerung	136
a) Schulausgaben je Einwohner	136
b) Schulausgaben je schulfähigem Einwohner	137
c) Schulausgaben je Erwerbstätigen	139
II. Vergleich besonderer Indikatoren	140
1. Die Struktur der Schulausgaben (Ausgabenarten)	140
2. Verwaltungs- und Zweckausgaben für Schulen	143
a) Fortdauernde Ausgaben je Schüler	143
b) Ausgaben für Lehr- und Lernmittel je Klasse	149
c) Personalausgaben je Lehrer	154

	Seite
3. Bauausgaben für Schulen	161
a) Investitionsausgaben für öffentliche all- gemeinbildende Schulen und gesamter Investi- tionshaushalt	162
b) Investitionsausgaben für Schulen und gesamte Schulausgaben	164
E. Die schulpolitischen Ziele Demokratisierung und Modernisierung der Schulsysteme und ihre Beeinflus- sung durch die Schulausgabenpolitik - Zusammenfas- sung der Untersuchungsergebnisse	168
Anhang	183
Literaturverzeichnis	235

A. Einleitung

I. Ziel der Untersuchung

Das Schulsystem Westberlins ist oft als fortschrittlich oder besonders hochentwickelt im Vergleich zu Schulsystemen in den anderen Ländern der Bundesrepublik bezeichnet worden. Auf der anderen Seite wurde auch oft gesagt, der "Vorsprung" Westberlins sei verlorengegangen. Gegenüber solchen Behauptungen zeigte sich die Wissenschaft überfragt. Sie war nicht in der Lage, die eine oder die andere These zu verifizieren. In dieser Untersuchung wird dargelegt, was eine sekundärstatistische Analyse zur Klärung dieser Frage nützen kann. Damit wird zugleich ein Beitrag zur Methodik des quantitativen Vergleichs auf dem Gebiet der Bildungsforschung gegeben. Dieses soll als das weitergefaßte Ziel der Untersuchung verstanden werden.

Das enger definierte Ziel der Untersuchung läßt sich beschreiben als Versuch, mit Hilfe quantitativer vergleichender Analyse Aussagen darüber abzuleiten, inwieweit das Westberliner Schulsystem den schulpolitischen Grundsätzen der Demokratisierung und Modernisierung entspricht. Dazu werden in dieser Arbeit bestimmte quantitative Merkmale der Schulsysteme in Westberlin und Hamburg nach gleichem Verfahren ausgewählt, aufbereitet und verglichen.

II. Definitionen zum Begriff Schulsystem

Unter dem Begriff Schulsystem soll in der vorliegenden Arbeit die Gesamtheit der allgemeinbildenden Schulen verstanden werden, soweit sie Vollzeitinstitutionen darstellen. Formen organisierter Vorschulerziehung werden ebensowenig in die Betrachtung aufgenommen wie Abendformen der verschiedenen Schulzweige.

Unterschiedlich verfährt die Arbeit bei der Berücksichtigung der privaten allgemeinbildenden Schulen. Manche schulpolitisch

relevanten Kenngrößen (Indikatoren) werden allein für öffentliche allgemeinbildende Schulen abgeleitet, andere beziehen sich auf private und öffentliche Schulen zusammen. Im Text- und Tabellenteil wird jeweils deutlich gemacht, wie sich die betrachtete Schulgesamtheit in dieser Hinsicht zusammensetzt.

Die Schulsysteme der BRD umfassen drei grundsätzlich voneinander geschiedene Schulzweige¹:

- die Volksschule,
- die Realschule,
- das Gymnasium.

Diese Vereinheitlichung der Schulzweige in Bezeichnung und Aufgabenzuweisung geht zurück auf das sogenannte Hamburger Abkommen der Ministerpräsidenten der Länder von 1964. Das Organisationsprinzip der Schulzweige:

- Die Volksschule

"Grundschule und Hauptschule sind außer in Berlin im allgemeinen im gleichen Schulhaus unter einem Schulleiter (Rektor) untergebracht. Die Schule gilt als Einheit und wird im allgemeinen als Volksschule bezeichnet."²

-

- Die Grundschule

"Die Grundschule ist die für alle Schüler gemeinsame Unterstufe und der tragende Unterbau des gesamten Bildungswesens."³

¹ Zur historischen Definition der einzelnen Schulzweige vgl. Teil C, Kapitel II, S. 58 ff. der vorliegenden Arbeit ("Überblick über Entstehung und Entwicklung der Strukturen der Schulsysteme in Hamburg und Westberlin").

² Vgl. Schultze, W., und Führ, Ch.: Das Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Weinheim: Beltz 1966, S. 26, Fußnote 1.

³ Ebenda, S. 21.

- Die Hauptschule

"Die Hauptschule schließt als Oberstufe der Volksschule an die Grundschule an und endet mit dem 8. beziehungsweise 9. Schuljahr."¹ Hamburg und Westberlin beenden die Hauptschulzeit nach dem 9. Volksschuljahr. Als Abschluß gewährt die Hauptschule ein Abschlußzeugnis. Erreicht ein Schüler nicht diesen Abschluß, wird er mit einem Abgangszeugnis entlassen.

Der Besuch einer 10. Klasse ist freiwillig. Die Entscheidung über ein mögliches 10. Volksschuljahr wird von den Schülern schon in der 8. Klasse verlangt, da die Klassenstufen 9 und 10 eine pädagogische Einheit bilden. Besonders Befähigte der weitergehenden Volksschüler können zusammen mit dem Abschlußzeugnis der Hauptschule eine Zusatzbescheinigung erhalten, die ihnen eine dem Realschulabschluß gleichwertige Schulbildung bescheinigt.

- Die Realschule

"Die Realschule steht innerhalb der Schulorganisation zwischen der Hauptschule und den Gymnasien."² In Hamburg und Westberlin umfaßt sie die Klassenstufen 7 bis 10. In Hamburg bildet sie mit der Hauptschule eine organisatorische Einheit.

Mit erfolgreichem Abschluß der Realschule (früher das Zeugnis der "mittleren Reife") sind dem Realschüler Übergänge auf fachbezogene Akademien und Aufbaugymnasien ermöglicht.

- Das Gymnasium

"Das Gymnasium führt zur Hochschulreife und vermittelt die Grundbildung für wissenschaftliche Studien an Universitäten, Technischen, Pädagogischen und sonstigen Hochschulen. Im Unterschied zur Hauptschule und Realschule ist das Gymnasium in

¹ Vgl. Schultze, W., und Führ, Ch., a.a.O., S. 28.

² Ebenda, S. 34.

Schultypen gegliedert. Zu den drei traditionellen Schultypen, dem altsprachlichen, neusprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium, sind ... neue hinzugetreten, wie zum Beispiel das wirtschaftswissenschaftliche Gymnasium, sozialkundliche und musische Gymnasium. Weitere neue Schultypen werden in Schulversuchen erprobt."¹

Nach einem weiteren Trennungsmerkmal lassen sich zwei Arten des Gymnasiums unterscheiden: das neunstufige und das siebenstufige Gymnasium. Bestimmendes Kriterium dieser beiden Arten des Gymnasiums ist der Zeitpunkt des Übergangs von der Grundschule².

- Die Hilfs- und anderen Sonderschulen

"Allgemein hat sich der Grundsatz durchgesetzt, daß behinderte Kinder am besten in besonderen, ausschließlich für sie bestimmten Einrichtungen gefördert werden."³ Die Gruppe der Sonderschulen umfaßt die Hilfsschulen (Westberlin) beziehungsweise Sonderschulen für Lernbehinderte (BRD), denen Sammelklassen für geistig behinderte Kinder angegliedert sind. Daneben gibt es in beiden Stadtstaaten noch selbständige Sonderschulen für sinnesbehinderte Kinder.

Die Dauer der Sonderschulzeit beträgt maximal zehn Schulklassen. Die Sonderschulen arbeiten in der Regel nach den Richtlinien für Volksschulen (in Westberlin) beziehungsweise für Volks- und Realschulen (in Hamburg). Die Hilfsschulen beziehungsweise Sonderschulen für Lernbehinderte und die heilpädagogischen Tagesstätten arbeiten nach eigenen Richtlinien.

¹ Vgl. Schultze, W., und Führ, Ch., a.a.O., S. 39.

² Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 20 f. der Arbeit.

³ Vgl. Schultze, W., und Führ, Ch., a.a.O., S. 75.

- Die Gesamtschulen

Die Gesamtschulen und Schulen mit gesamtschulähnlichem Aufbau sind, bis auf wenige bezeichnete Ausnahmen, nicht Teil des hier vorgelegten quantitativen Vergleichs. Der Grund für das Auslassen dieser Schulen, die in der allgemeinen schulpolitischen Diskussion um Fragen der Modernisierung und Demokratisierung im Schulwesen von unerhört großer Bedeutung sind, ist praktischer, arbeitstechnischer Art. Die quantitative Vergleichbarkeit der aus dem herkömmlichen dreistufigen Schulsystem abgeleiteten Indikatoren würde bei einer Aufnahme der Gesamtschulen in die Untersuchung beeinträchtigt werden. Die Mehrzahl der hier verwendeten Indikatoren ist nur aufgrund der bestehenden Dreigliedrigkeit im Schulsystem aussagefähig.

III. Methode des Vorgehens: Der quantitative Vergleich

1. Objekte des Vergleichs

Um zu Aussagen über das Westberliner Schulsystem zu kommen, bedient sich die Arbeit des quantitativen Vergleichs mit dem Schulsystem in Hamburg.

In den sozialwissenschaftlichen Disziplinen ist der Vergleich seit langem als Forschungsinstrument anerkannt. Berstecher¹ spricht vom Vergleich als konstitutivem Element jedes wissenschaftlich-analytischen Vorgehens. In seiner Darstellung der Vergleichstechniken unterscheidet er "einfache" und "komplexe" Vergleiche. Komplexe Vergleiche erlauben es, einzelne Phänomene im Gesamtzusammenhang der Entwicklung sozio-ökonomischer und politischer Systeme zu interpretieren und die Bedingungen ihrer Entwicklung kausal darzustellen. Einfache Vergleiche begnügen sich dagegen mit einer überwiegend deskriptiven Analyse, die

¹ Berstecher, D.: Zur Theorie und Technik des internationalen Vergleichs. Das Beispiel der Bildungsforschung. Stuttgart: Klett 1970 (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung).

zwar auch auf kausale Zusammenhänge hinzuweisen sucht, jedoch nur sehr begrenzte Teile des Wirkungszusammenhanges erfaßt.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich auf einen einfachen Vergleich, der als eine Vorarbeit für eindringendere Untersuchungen nützlich sein kann und jedenfalls geeignet ist, vor Urteilen aufgrund weniger isolierter Daten zu warnen.

Für den regionalen Vergleich von Bildungssystemen sollten möglichst solche Gebiete gewählt werden, bei denen ein Maximum von schulsystem-exogener Gemeinsamkeit gegeben ist. Für einen Vergleich mit Westberlin fallen darum die Flächenländer der BRD von vornherein aus. Vielerlei sozialgeographische Ähnlichkeiten legen den Vergleich Westberlins mit den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen nahe.

Bremen eignet sich jedoch weniger, weil es in mindestens einer Hinsicht unterschiedliche Rechts- und Finanzverhältnisse hat. Westberlin und Hamburg sind als "echte" Stadtstaaten Land und Gemeinde in einem. Schulträgerschaft und Finanzierung fallen hier zusammen. In Bremen dagegen ist dies nicht der Fall. Es gliedert sich in die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Das mindert die Vergleichbarkeit der statistischen Daten.

Außerdem haben die beiden Bremer Stadtgemeinden das Bremer Schulgesetz unterschiedlich angewandt¹. Das legt es nahe, den Vergleich auf die Schulsysteme Westberlins und Hamburgs zu begrenzen.

2. Das Verfahren

Die angewandte Technik des Vergleichs bedient sich allein quantitativer Instrumente. Zur Beschreibung der beiden Schul-

¹ Vgl. Heckel, H.: Die Städte und ihre Schulen. Stuttgart: Kohlhammer 1965, S. 13, Fußnote 1, sowie S. 75.

systeme werden sekundärstatistische Grunddaten zu Merkmalen der Schulsysteme aufbereitet. Diese quantitativen Merkmale werden sodann zwei allgemeinen schulpolitischen Grundsätzen zugeordnet, die sich aus dem Grundgesetzauftrag der gleichen Bildungschancen für alle herleiten: Demokratisierung und Modernisierung von Bildungssystemen. Die hier vorgenommene Zuordnung wandelt die Merkmale von Schulsystemen in quantitative Indikatoren und die allgemeinen schulpolitischen Grundsätze in Ziele um, die als Anspruch an ein Schulsystem aufgefaßt werden. Die Indikatoren geben somit den jeweils erreichten Realisierungsgrad der vorgegebenen Ziele an. Für beide zu vergleichenden Schulsysteme werden damit qualitative Abstufungen ermöglicht. Die Qualität der Schulsysteme wird in bestimmten Bereichen einer Beurteilung zugänglich gemacht. Doch soll hier betont werden, daß sich die Arbeit nicht als Versuch versteht, die Qualität des Westberliner Schulsystems mit der des Hamburger Schulsystems zu vergleichen. Gemessen an solchem Anspruch kann eine auf quantitativen Vergleich angelegte Untersuchung nicht befriedigen.

Der quantitative Ansatz birgt in sich die Gefahr, entscheidende Fragen der Funktionen und der Qualität eines Schulsystems zu verzerren¹. Es sei hier ausdrücklich betont, daß es der vorliegenden Untersuchung auf den qualitativen Vergleich von Teilbereichen in Schulsystemen nur insoweit ankommt, als er sich aus einer quantitativen Analyse ergibt. Inhaltlich-qualitative Merkmale der beiden Schulsysteme (Unterrichtsorganisation, Curriculum, Erprobung neuer Schulformen usw.) werden hier nicht berücksichtigt. Diese Einschränkung bestimmt den Ablauf der Arbeit und die Ergebnisse der Untersuchung, deren Auswertung immer unter Würdigung dieser entscheidenden Einschränkung zu erfolgen hat.

¹ Robinsohn, S. B., und Kuhlmann, C.: "Two Decades of Non-Reform in West German Education". In: Comparative Education Review, Bd. 11 (1967), H. 3, S. 315.

B. Ziele schulpolitischer Aktivität, ihre quantitativen Indikatoren und die schulaufgabenbedingten Voraussetzungen

I. Schulpolitische Ziele als Anspruch an ein Schulsystem

Die vorliegende Arbeit geht bei der Formulierung von schulpolitischen Zielen von folgendem soziologischen Schulbegriff aus. "Unter der Organisation 'Schule' wird hier der soziale Rahmen für bestimmte Verfahrensweisen verstanden, die dazu dienen, die heranwachsende Generation in die Erwachsenenwelt einzugliedern und damit den Fortbestand und die Weiterentwicklung einer bestimmten Gesellschaft zu sichern."¹ Diese Definition, die die Schule nicht innerhalb eines sozialen Vakuums sieht, sondern ihr einen Ort der ständigen Wechselbeziehung zu der sie umgebenden Gesellschaft nachweist, gilt ebenso für die verwaltungsorganisatorische Zusammenfassung von Schulen in einem Schulsystem.

Als organisatorische Gesamtheit der Schulen ist das Schulsystem wie jede einzelne Schule "... dem Einfluß all der historischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte unterworfen, welche für die Gesellschaft, der (es) dient, charakteristisch sind"². Von daher bestimmen sich auch die Grundsätze, die einem Schulsystem als schulpolitische Ziele vorgegeben sind, aus dem jeweils wirksamen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. "Die Bildungsziele und Bildungswerte einer Gesellschaft sind eng verknüpft mit den politischen Gegebenheiten; ihre Entwicklungsbedeutung läßt sich nicht ohne Beziehung zu diesen beurteilen."³

¹ Vgl. Thomas, H.: "Allgemeinbildendes Schulwesen: Soziologische Aspekte der Schule als Organisation". In: Schulz, W., und Thomas H.: Schulorganisation und Unterricht. Heidelberg: Quelle und Meyer 1967 (Gesellschaft und Erziehung, Teil VI), S. 9.

² Vgl. OECD: Begabung und Bildungschancen. Frankfurt a.M., Berlin, Bonn und München: Diesterweg 1967.

³ Vgl. Hinst, K.: "Die Entwicklungstendenzen in den Bildungssystemen Westeuropas". In: Frankfurter Hefte, Zeitschrift für Kultur und Politik, Sonderheft Bildung, 26. Jg. (1971), H. 4, S. 255.

1. Demokratisierung

Grundsätzlich lassen sich alle möglichen, dem Bildungssystem heute als Anspruch vorgebbaren Vorstellungen von der sozialgebundenen Aufgabe der Schule durch Aufwerfen der Frage der Nutznießung von Bildungseinrichtungen als "Konflikt zweier Prinzipien" erfassen: "Gute Schulen für alle oder erstklassige Schulen für wenige? Demokratisierung oder Elitebildung?"¹ Für die BRD gilt, daß der Grundgesetzanspruch auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz das Recht jedes einzelnen auf gleiche Bildungschancen impliziert; niemand darf aufgrund seines Geschlechts, seiner sozialen Herkunft oder wirtschaftlichen Lage in seinem Anspruch auf Erwerb von Bildung benachteiligt oder bevorzugt werden.

Die vorliegende Untersuchung geht deshalb von dem schulpolitischen Grundsatz der Demokratisierung des Bildungswesens aus. Das Ziel demokratischer Strukturen wird den Bildungssystemen in Westberlin und Hamburg als grundlegender Anspruch vorgegeben, dessen jeweiligen Realisierungsgrad die Untersuchung deutlich machen soll.

Damit eine quantitative Analyse dieses Ergebnis aber überhaupt hervorbringen kann, ist es notwendig, den relativ abstrakten Begriff der Demokratisierung dem gewählten Vorgehen entsprechend zu operationalisieren: Das heißt, daß die qualitative Zielkategorie in einen Begriff umgewandelt werden muß, der ein Erfassen von Demokratisierung mit Hilfe quantitativer Darstellung möglich macht².

¹ Vgl. Dahrendorf, R.: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg: Nannen 1965, S. 106.

² Der Begriff der Demokratisierung des Schulsystems bezeichnet die Vielfalt von Möglichkeiten, im heutigen Schulwesen den aus dem Grundgesetz erwachsenden Forderungen durch entsprechende Änderungen (Reformen) Geltung zu verschaffen. Die Vielzahl von Möglichkeiten, die das bestehende Schulsystem bietet, in diesem Sinn geändert zu werden, ist ein vernichtendes Urteil über das demokratische Selbstverständnis der Schulen in Fortsetzung der Fußnote auf der folgenden Seite.

Eine solche Umwandlung kann durch Präzisierung des allgemeinen Demokratisierungsanspruchs geschehen. Die präzisierende Einengung des Begriffs folgt mit der Antwort auf die Frage, in welchen Teilbereichen der Struktur der Schulsysteme Demokratisierungsbemühungen mit Hilfe quantitativer Instrumente überhaupt erfaßt werden können. Die Untersuchung sieht dafür in erster Linie jene strukturellen Gegebenheiten eines Schulsystems an, die über die Aufnahme neuer und den Verbleib einmal aufgenommenen Schüler in den verschiedenen Bildungsgängen entscheiden. Diese Teilbereiche der Struktur von Schulsystemen sollen dann als demokratisiert angesehen werden, wenn in ihnen keine Auslesemechanismen wirksam sind, die nach Aspekten des Geschlechts, der sozialen Herkunft und der wirtschaftlichen Lage der Nachfrager nach Bildung funktionieren, um nur die hauptsächlichsten Gründe möglicher Diskriminierung nach schulfremden Gesichtspunkten zu nennen.

In diesem Zusammenhang kennt die bildungspolitische Diskussion den Begriff der Gleichheit der Bildungschancen beziehungsweise den der gleichen Startchancen. Dem Schulsystem wird als neuerliche, nun quantifizierbare Zielkategorie vorgegeben, für die Gewährung gleicher Chancen im Bildungsprozeß Sorge zu tragen. Gemessen werden kann die Verwirklichung dieses schulpolitischen Postulats dann unter anderem durch schichtspezifische Schülererhebungen, durch Messung von Anteilen der Mädchen an der Schülerschaft verschiedener Klassen- und Schulstufen und an für die verschiedenen Schulzweige ermittelten Quotenwerten des relativen Schulbesuchs.

der BRD. Es kann nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein, die vielen Anknüpfungspunkte von Bestrebungen einer demokratischen Schulreform zu diskutieren: Sie reichen von allgemeinen Schüler- und Lehrermitbestimmungsmodellen, über die Forderung nach demokratisierter Lehrerausbildung an den Schulen bis zu der Forderung nach Abbau des Drucks von Zensuren, Prüfungen und Selektionsprozeduren, denen der Schüler ausgesetzt ist. Die Erkenntnis, daß die Demokratisierung in solchen Teilaspekten nur bei Demokratisierung der Schulstruktur (zum Beispiel Abbau der Dreigliedrigkeit des allgemeinbildenden Schulwesens) erfolgen kann, ist zentraler Bestandteil der Demokratisierungsdiskussion.

Eine solcherart durchgeführte Präzisierung des allgemeinen schulpolitischen Anspruchs auf Demokratisierung hat zwar den Vorteil, quantitativer Analyse zugänglich zu sein, doch stellen die Kategorien der Gleichheit der Bildungschancen beziehungsweise der gleichen Startchancen im Schulwesen schulpolitische Forderungen dar, die dann problematisch werden, wenn sie als direkter Anspruch allein an das Schulsystem gestellt werden. Die Schule allein wäre der falsche Adressat, denn die sozialen Ungleichheiten, wie sie sich auf den Schulen finden, sind die Reproduktion sozialer Ungleichheiten der gesamtgesellschaftlichen Struktur. Demzufolge kann es auch nicht die Aufgabe eines gesellschaftlichen Teilbereichs wie dem des Schulsystems sein, die sich in ihm widerspiegelnden gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse isoliert von gesamtgesellschaftlichen Reformbestrebungen zu verändern.

"Gleichheit der Chancen wird also durch soziale und erst in zweiter Linie durch schulische Reformen hergestellt, und die Pädagogen sollten sich davor hüten, den Politikern ein Alibi zu verschaffen."¹

Da dem Schulsystem somit erst in zweiter Instanz die Ermöglichung chancengleichen Schulbesuchs zum Ziel gesetzt werden kann, scheint es sinnvoll, den Begriff der "Gleichheit der Bildungschancen" als schulpolitisches Ziel mit dem der "Gewährleistung der je besonderen Chance"², der "Chancengleichheit in der Wahrnehmung individueller Bildungsmöglichkeiten"³ zu vertauschen.

¹ Vgl. Schwartz, E.: Die Grundschule - Funktion und Reform. Braunschweig: Georg Westermann 1969, S. 57.

² Vgl. Edding, F.: Schule und Gesellschaft in der Sicht der Zukunftsforschung. Vortrag auf dem Kongreß der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen am 3. 10. 1971 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 11.

³ Vgl. Schwartz, E., a.a.O., S. 60 f. Dort führt er aus: "Der prinzipiell gleiche Anspruch auf Bildung ist faktisch nur zu erfüllen, indem individuell angepaßte, d.h. ungleiche Lern- Fortsetzung der Fußnote auf der folgenden Seite.

Diese Formulierung kennzeichnet einen schulpolitischen Anspruch, der dem Schulsystem direkt als Ziel vorgegeben werden kann. Das Schulsystem wird nunmehr vor die Aufgabe gestellt, kompensierend in die bestehenden gesellschaftlichen Ungerechtigkeitsstrukturen einzugreifen, statt daß von ihm verlangt wird, diese in seinem Bereich außer Kraft zu setzen.

In der vorliegenden Arbeit soll die Gewährung von Chancengleichheit als bildungspolitisches Ziel schulpolitischer Aktivität in dem so umschriebenen Sinn verstanden werden. Dabei bleibt zu betonen, daß die solchermaßen verstandene Gewährung gleicher Bildungschancen an das Bildungssystem nicht nur die Anforderung stellt, passiv jeder Nachfrage nach Bildung zu entsprechen, sondern ihm die Aufgabe stellt, von sich aus aktiv zu werden:

"Die Ausbildungsstätten können sich nicht damit begnügen, Eignungen als fertige Gegebenheiten festzustellen. Denn ihre Aufgabe besteht auch darin, Eignung zu schaffen, wo und soweit sie aus Gründen sozialer Ungleichheit fehlt und erstrebt wird."¹

Die Untersuchung faßt das schulpolitische Ziel der Gewährung gleicher Bildungschancen als Oberziel auf, dem sie drei Unterziele zuordnet. Bei der Formulierung dieser Subziele erfährt das Ziel der Demokratisierung eine weitere Umbenennung. Nach der hier vertretenen Definition des schulpolitischen Ziels der Gewährleistung von Chancengleichheit im Bildungssystem kann gesagt werden, daß die optimale Ausschöpfung der im Geltungsbereich eines Bildungssystems vorhandenen Begabungen die

angebote (unterschiedlich in Niveau, Umfang, Methode, Selbsttätigkeit usw.) gemacht werden, welche an die gleichen Lernziele heranführen."

Vgl. dazu auch Moser, H.: Die ungebrochene Schule. Ein Diskussionsbeitrag zur laufenden Schulreform. Basel: Beltz 1971, S. 60 f.

¹ Vgl. Scheuerl, H.: Begabung und gleiche Chancen. Zur Frage der Startgerechtigkeit im Schulwesen. Heidelberg: Quelle und Meyer 1958, S. 3.

direkte praktische Folge einer Schulpolitik der gleichen Bildungschancen darstellt. Tautologisch heißt das, daß ein Schulsystem dann dem schulpolitischen Ziel der gleichen Bildungschancen für alle entspricht, wenn es die vorhandenen verschiedenen Begabungen optimal in die verschiedenen Bildungsgänge aufnimmt und sie diese dann durchlaufen läßt, ohne daß schulfremde Faktoren die Bildungsprozesse beeinflussen. Die Optimalität der Zuordnung von Begabung und Bildungsgang wäre hypothetisch dann gegeben, wenn jeweilige Begabung jeweiligem Bildungsgang vollkommen entsprechen würde.

Die drei Unterziele postulieren jeweils eine optimale Erfassung von verfügbaren Begabungen durch das Schulsystem. Sie gehen dabei jeweils von unterschiedlichen Klassifikationsmustern aus, nach denen die potentiellen Nachfrager nach Bildung eingeteilt werden können. Die Gesamtheit der von dem Bildungssystem auszuschöpfenden Begabungen kann gegliedert werden:

- a) nach demographischen Merkmalen,
- b) nach schichtspezifischen Merkmalen,
- c) nach dem Geschlecht.

Die daraus abgeleiteten Subziele für ein Schulsystem sind:

- a) optimale Begabungserfassung aller Altersjahrgänge,
- b) optimale Begabungserfassung in allen Sozialschichten,
- c) optimale Begabungserfassung bei Jungen und Mädchen.

Die Untersuchung geht bei einer solchen Zielfestsetzung von einem dynamischen Begabungsbegriff aus¹.

¹ Dahrendorf führt dazu aus: "Wenn die moderne Begabungsforschung irgend etwas eindeutig erbracht hat, dann dies, daß Begabung nicht statisch gesehen werden darf. Sie ist keine von vornherein vorhandene und in ihrem Umfang eindeutig bestimmte Grundausstattung des einzelnen, die es erlaubt, ihn ein für alle Mal zu klassifizieren und dann nach fixer Kapazität mit Wissen anzufüllen. Begabung ist vielmehr ein Potential, eine höchst dynamische Größe. Sie kann entwickelt werden; sie kann unter ungünstigen Umständen ungeweckt bleiben, ja allmählich zurückgehen. Die Rede von der Begabung als ei-
Fortsetzung der Fußnote auf der folgenden Seite.

2. Modernisierung

Neben der Demokratisierung behandelt die vorliegende Arbeit die Modernisierung als eigenständiges schulpolitisches Ziel. In der bildungspolitischen Diskussion wird auf die gleichrangige Bedeutung beider Zielkategorien hingewiesen, wenn "die fundamentale Demokratisierung und Modernisierung des Systems unserer Bildungseinrichtungen (als) die wichtigste Gemeinschaftsaufgabe überhaupt"¹ bezeichnet wird.

Modernisierung wird im folgenden verstanden als Bereitstellung von Möglichkeiten durch das Schulsystem, die einen effizienten und intensiven Unterrichtsablauf ermöglichen. Dem methodischen Vorgehen entsprechend, behandelt die Arbeit das Modernisierungsziel nur soweit, wie es sich als quantifizierbare Größe darstellt. Qualitative Momente der Modernisierung bleiben unberücksichtigt. Effizienz und Intensität von Lehr- und Lernprozessen als Kategorien, die quantitativer Analyse zugänglich sind, werden als Unterziele betrachtet, die dem allgemeinen schulpolitischen Anspruch auf Modernisierung zugeordnet werden.

Der Begriff der Effizienz von Schulsystemen läßt leicht Mißverständnisse aufkommen. Ein Schulsystem ist kein wirtschaftliches Unternehmen. Die ökonomischen Gesetze über Mitteleinsatz und Betriebsergebnis können nicht auf das Schulsystem übertragen werden². Effizienz im Schulwesen bezeichnet etwas anderes.

ner fixen und eindeutigen Größe ist also eine Vulgärpsychologie, die ihre Anknüpfungspunkte allenfalls in der Wissenschaft der Jahrhundertwende findet."

Siehe Dahrendorf, R.: Bildung ist Bürgerrecht, a.a.O., S. 55.

¹ Vgl. Hamm-Brücher, H.: "Bildungspolitik 1968: Sackgasse - und kein Ausweg"? In: Gesamtschule, 1969, H. 1, S. 5.
Zitiert nach Moser, H.: Die ungebrochene Schule, a.a.O., S. 9.

² Die ausdrückliche Betonung der Unterschiedlichkeit von Schulsystem und Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Effizienz-Fortsetzung der Fußnote auf der folgenden Seite.

Der als Anspruch an ein Schulsystem hier verwendete Begriff der Effizienz umfaßt eine "innere" und eine "äußere Effizienz". Als Maß innerer Effizienz gilt die von den Schulstrukturen abhängige Möglichkeit eines in das Schulsystem aufgenommenen Schülers, dieses System bis zu einem strukturell als optimal vorgegebenen Abschluß zu durchlaufen.

Die äußere Effizienz eines Schulsystems besteht darin, daß es einen größtmöglichen Teil der schulfähigen Wohnbevölkerung zu dem gesellschaftlich erwünschten Abschluß bringt.

Das zweite Unterziel des Modernisierungsanspruchs ist das der Gewährleistung intensiven Unterrichts. Unter formaler Intensität von Lehren und Lernen wird hier das Vorhandensein sekundärstatistisch gemessener Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer verstanden, die dem Ziel der "Gewährleistung der je besonderen Chance" Rechnung tragen, indem sie individuell gestaltete Unterrichtsprozesse möglich machen.

Was hier hinsichtlich der Interdependenz von Unterrichtsintensität und Demokratisierung angedeutet ist, gilt ähnlich für den gesamten Modernisierungsanspruch im Verhältnis zu dem Ziel der Demokratisierung. Die bestehende Wechselbeziehung kann generell so gedeutet werden, daß ein nach den Kriterien von Effizienz und Unterrichtsintensität bestimmter Modernitätsstand eines Schul-

überlegungen mag überflüssig scheinen; sie ist es nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es in den USA zeitweilig starke Einflüsse gegeben hat, die eine Gleichsetzung von Betrieb und Schule zur Grundlage der Beurteilung schulischer Arbeitsprozesse machten. Wenn auch damals das Taylor-System nicht direkt von der Wirtschaft auf die Schule übertragen wurde, so war es doch zur Selbstverständlichkeit geworden, die Schule als einen Betrieb zu sehen, der im Prinzip den gleichen Gesetzen wie eine erfolgreiche Unternehmung zu unterliegen hätte. Die verbreitete Befürchtung, ökonomische Kriterien könnten die pädagogischen Erwägungen verdrängen, ist die heute noch spürbare Folge jenes Kults, der mit der Effizienz im Schulwesen getrieben wurde.

Vgl. hierzu Callahan, R. E.: Education and the Cult of Efficiency. 2. Aufl., Chicago und London: The University of Chicago Press 1964 (1962).

systems erst dann zu einem gesellschaftlich akzeptablen Ziel wird, wenn die Partizipation an einem solcherart modernen Schulwesen durch keine schulfremden Auslesemechanismen eingeschränkt wird. Das heißt, Modernisierung als schulpolitische Zielkategorie bedarf begleitender Demokratisierungen im Schulsystem, um nicht zu einer perfekt ablaufenden Maschinerie zur Herstellung von Eliten zu werden.

Ein effizientes und unterrichtsintensives Schulsystem wird dagegen aufgrund seiner strukturell angelegten Offenheit zur Planung, das heißt aufgrund seiner Übersichtlichkeit, besser für demokratische Reformansätze geeignet sein als ein Schulsystem, welches in diesem Sinne "unmodern" ist.

Die Beziehung zwischen dem Demokratisierungs- und dem Modernisierungsziel kann vereinfacht so dargestellt werden, daß der Modernitätsstand eines Schulsystems Demokratisierungsbestrebungen erleichtern oder erschweren kann, jedoch keine notwendige Voraussetzung für demokratische Reformen im Schulsystem schlechthin darstellt; daß andererseits aber die begleitende demokratische Reform Teil jeder Modernisierung im Schulsystem sein muß, die sich als gesellschaftlich legitimierte Ziel schulpolitischen Handelns versteht.

II. Indikatoren der Demokratisierung

Das Ziel der optimalen Erfassung der im Bereich der beiden Schulsysteme vorhandenen Begabungen wurde dem Demokratisierungsziel als Synonym beigegeben. Um Anhaltspunkte darüber gewinnen zu können, inwieweit die verglichenen Schulsysteme die tatsächliche Begabungserfassung dem vorgegebenen Anspruch annähern, sind hier statistische Kenngrößen gebildet worden. Der Aufteilung in drei Unterziele entsprechend, denen diese Kenngrößen zuzuordnen sind, unterscheidet die Untersuchung drei Kategorien von Kenngrößen,

deren Unterschiedlichkeit durch ihre jeweils verschiedenen Erhebungsmerkmale gegeben ist. Diese Kenngrößen sind gebildet aus

- a) demographischen Merkmalen,
- b) schichtspezifischen Merkmalen und
- c) geschlechtsspezifischen Merkmalen.

Die Untersuchung versucht mit Hilfe der drei Kenngrößengruppen die Verteilung der Wohnbevölkerung im schulfähigen Alter auf die in den beiden Schulsystemen angebotenen verschiedenen Bildungsgänge aufzuzeigen. Die unterschiedlichen Bildungsgänge werden durch die verschiedenen Schulzweige des herkömmlich dreigegliederten allgemeinbildenden Schulwesens repräsentiert. Die Kenngrößen werden damit zu Instrumenten zur Messung jeweils erfolgter Demokratisierung im hier verstandenen Sinn. Ihnen kommt indikatorische Bedeutung zu. In der Untersuchung werden sie deshalb Indikatoren genannt.

1. Demographische Indikatoren

Demographische Indikatoren sind Kenngrößen, die aus Merkmalen der Bevölkerungsstatistik gebildet sind, genauer, der Statistik der Bevölkerungsverteilung.

a) Die Quote des relativen Schulbesuchs

Seit Erscheinen der Arbeit von Edding/v. Carnap¹ über den "relativen Schulbesuch" greift man bei der Darstellung von Schulsystemen immer häufiger auf diese Verhältniszahl zurück. Sie wird gebildet, indem man Schülerbestandszahlen der Schulklassen, Klassengruppen oder ganzer Schulzweige auf den der jeweiligen Schülergruppierung entsprechenden Altersjahrgang

¹ Vgl. Edding, F., und Carnap, R. V.: Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952-1960. 2. Aufl., Frankfurt a.M., 1962.

beziehungsweise die Altersjahrgänge der Wohnbevölkerung bezieht. Dabei geht man davon aus, daß der Vergleich absoluter Schülerzahlen deshalb nicht sinnvoll sein kann, weil diese Zahlen den verschiedensten Einflüssen ausgesetzt sind, welche ihre mögliche Aussagefähigkeit stark beeinträchtigen. Der wichtigste Einfluß verzerrender Art muß in der fehlenden Berücksichtigung der Bevölkerung gesehen werden.

Die Einbeziehung der Bevölkerung in die Schulbesuchszahl kann auf verschiedene Weise erfolgen; zum einen kann die Zahl der Schüler auf die gesamte Wohnbevölkerung bezogen werden, was zum Beispiel durch eine Quote der "Schüler pro 10.000 Einwohner" geschehen könnte. Doch erweist sich diese Art der Berücksichtigung der Bevölkerung, aus der die Schüler hervorgehen, als immer noch viel zu wenig präzise, um Urteile über das Bildungssystem zuzulassen. Indem man Schülerzahlen in Relation zur Wohnbevölkerung setzt, wobei nicht die Gesamtbevölkerung, sondern einzelne Altersjahrgänge oder Altersgruppen der Bevölkerung im schulfähigen Alter die jeweilige Bezugsgröße darstellen, ergibt sich ein weit enger gefaßtes Merkmal eines Schulsystems. "Die Jahrgangsstärken und damit der gesamte Altersaufbau haben sich in den letzten Jahrzehnten stark und unregelmäßig verändert. Indem man den Einfluß dieses sehr variablen Faktors ausschaltet, erhält man ein richtigeres Bild der schulischen Entwicklung."¹

Dieses "richtigere" Bild schulischer Entwicklung, welches die Quote des relativen Schulbesuchs vermittelt, zeigt dann auch, "... wie verschieden das in jedem Geburtsjahrgang und in jeder Altersgruppe vorhandene Begabungspotential in den Schulen Entwicklungschancen erhält"²:

¹ Vgl. Edding, F., und Carnap, R. V., a.a.O., S. 8.

² Vgl. Edding, F.: Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg i.Br.: Rombach 1963, S. 338.

Für die vorliegende Arbeit ist die Einbeziehung der Bevölkerungsstruktur in Schulbesuchsquoten von besonderer Bedeutung. Hamburg und Westberlin haben in ihrer Bevölkerungsentwicklung, wenn man die gesamte Nachkriegszeit betrachtet, eine stark voneinander abweichende Tendenz zu verzeichnen. Wie unterschiedlich die Entwicklung der Gesamtbevölkerung beider Stadtstaaten verlief und welcher verzerrenden Einfluß diese Verschiedenartigkeit auf Schulbesuchszahlen haben kann, wird an einer Stelle exemplarisch vorgeführt¹.

Bei der Verwendung der Quote des relativen Schulbesuchs als Indikator realisierter Ausschöpfung des Begabungspotentials muß als Einschränkung ihrer Aussagefähigkeit jedoch berücksichtigt werden, daß sie von den möglichen Faktoren, die eine Verzerrung von relativen Schulbesuchszahlen bewirken können, nur einen ausschaltet. Die vorzeitigen Abgänger werden genauso wenig wie die Sitzenbleiber erfaßt, so daß die Interpretation der Quote des relativen Schulbesuchs hinsichtlich der Ausschöpfung von Begabungspotential allein noch keine vollkommen befriedigende Antwort geben kann.

b) Die Quartanerquote

Eine Quote des relativen Schulbesuchs besonderer Art ist die sogenannte Quartanerquote. Gegenüber der Vielzahl der je nach Untersuchungsziel gebildeten Quoten des relativen Schulbesuchs ist sie in der bildungspolitischen Diskussion schon zu einem "terme technique" geworden. Als quantitatives Strukturmerkmal von Schulsystemen stellt diese Quote den Grad der erfolgten Aktivierung des Begabungspotentials an einer besonders signifikanten Station im Schulsystem und innerhalb individueller Bildungsprozesse dar, nämlich in der Eingangsklasse zum Gymnasium. Die Quartanerquote wird

¹ Vgl. Anhang, Tabelle 12 ff., wo jeweils eine Rubrik "Schüler auf 10.000 Einwohner" den Angaben des altersspezifisch relativen Schulbesuchs gegenübergestellt ist.

gebildet, indem man die Anzahl der Schüler in der Quarta (7. Klasse Gymnasium) auf den ihr entsprechenden Altersjahrgang der Wohnbevölkerung bezieht¹, der in der vorliegenden Arbeit mit 12 bis unter 13 Jahren angenommen wurde.

In der vorliegenden Arbeit ist der Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen mit dem Ende der 6. Grundschulklasse angenommen worden². Dieses Vorgehen empfiehlt sich wegen der unterschiedlichen Dauer der Grundschulzeit in Hamburg und Westberlin³. Mit der generellen Festlegung der Eingangsklasse weiterführender Schulen auf die Quarta (7. Klasse) wird jedoch nicht allein dem praktischen Bedürfnis der Vereinheitlichung zu Vergleichszwecken Rechnung getragen; in einer auf diese Weise gebildeten Quote des relativen Schulbesuchs sind nahezu alle Übergänge von der Grundschule auf die weiterführende Höhere Schule erfaßt. Der tatsächliche Zeitpunkt des Übergangs - ob nach der 4. oder 6. Grundschulklasse - hat somit keine Bedeutung. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß mögliche frühzeitige Revisionen der Entscheidung über einen vorgenommenen Schulwechsel die Aussage der Quote nicht verzerren. Das scheint der Grund dafür zu sein, daß die Quartanerquote auch in Ländern mit dem Übergangszeitpunkt zur Höheren Schule nach dem 4. Grundschuljahr als Index des Grades realisierter Begabungserfassung verwendet wird.

¹ Im Gegensatz zu dieser Definition wird mitunter die Übergangsquote zu Gymnasien als "Quartanerquote" bezeichnet. So zum Beispiel in: Arbeitsgruppe Kapazitätsberechnung des Hochschulausschusses (Hrsg.): Die Entwicklung der Studierendenzahlen und der Bedarf an Studienplätzen bis 1980 im gesamten Hochschulbereich. Arbeitsmaterial der Kultusministerkonferenz (KMK), Bonn 1969.

² Dieses ist für die Bildung der "Übergangsquote", von der im Zusammenhang mit der Effizienz von Schulsystemen noch ausführlich die Rede sein wird, von ebensogroßer Bedeutung wie für die Berechnung von Quartanerquoten.

³ Zur Nachkriegsgeschichte der beiden Schulsysteme vgl. S. 58 ff. dieser Arbeit.

2. Schichtspezifische Indikatoren

Schichtspezifische Indikatoren sind Kenngrößen, die aus Merkmalen der Zugehörigkeit von Bevölkerungsteilen zu sozialen Schichten gebildet sind.

"Eine Analyse sozialer Ordnungen unter dem Aspekt der Gleichheit wird möglich durch die Anwendung von Schichtmodellen, in denen die Personen eines sozialen Universums in verschiedenen Schichten vertikal geordnet sind. Die Untersuchung des Bildungssystems - orientiert am Kriterium der Gleichheit der Bildungschancen - gibt uns dabei Aufschluß in zweifacher Hinsicht: Einmal werden wir informiert über bestehende Ungleichheiten im Zugang zu und dem Erfolg in den einzelnen Bildungsanstalten und -typen und damit über den Grad der Demokratisierung des Bildungs- und Ausbildungswesens; zum anderen können wir durch derartige Untersuchungen Informationen darüber erhalten, an welchen Orten und in welchem Umfang weckbare Begabungen existieren und auf welche Weise diese für eine weiterführende Bildung und Ausbildung gewonnen werden können."¹

Die Untersuchung benutzt drei statistische Kenngrößen, die schichtspezifisch gebildet sind. Sie stellen prozentuale Anteilswerte an einer bestimmten Grundgesamtheit von Schülern dar:

- a) Anteil von Arbeiterkindern,
- b) Anteil von Nicht-Akademikerkindern,
- c) Anteil von Kindern aus bildungsfernen Familien.

Verwendet werden dabei die Ergebnisse einer Erhebung, die Mitte 1965 von den Statistischen Landesämtern bundeseinheitlich im Rahmen der Schulstatistik durchgeführt worden ist. Diese Sondererhebung basiert auf Individualfragebögen, die den Schülern der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien

¹ Vgl. OECD, a.a.O., S. 1.

vorgelegt wurden und unter anderem Fragen nach dem Wohnsitz der Schüler und dem Beruf des Erziehungsberechtigten enthielten.

Die hier benutzten Indikatoren für Chancengleichheit im Schulwesen sind jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Das verwendete Datenmaterial zur sozialen Herkunft der Schüler wurde nicht aus laufenden Erhebungen der amtlichen Statistik gewonnen, sondern stammt aus einer einmal durchgeführten Sondererhebung, bei der es sich nicht um ein theoretisch abgesichertes Verfahren der Stichprobentheorie handelt. Dadurch verringern sich Signifikanz und Repräsentativität der Ergebnisse. Zum anderen genügt das in dieser einmaligen Erhebung verwendete Modell sozialer Schichtung in seiner groben Unterteilung der Eltern der Schüler nach akademischer oder nicht-akademischer Ausbildung und in beiden Kategorien wiederum nach Berufstätigkeiten kaum den Anforderungen, die an ein Datenmaterial gestellt werden müßten, welches zu einer Analyse sozialer Chancengleichheit im Bildungswesen verwendet wird.

Ein für dieses Vorhaben akzeptables Modell schichtungsspezifischer Zuordnung von Elternhäusern der Schulkinder scheint jedoch noch nicht gefunden zu sein. Ein nach den Kategorien der Berufstätigkeit strukturiertes Schichtungsmodell muß notwendigerweise mit groben Aggregationen arbeiten, um übersichtlich zu sein: "Der Arbeiter" steht "dem Beamten", "dem Angestellten" gegenüber; denen wiederum ist "der Selbständige" konfrontiert. Dieses grob aggregierende Verfahren mag statistischen Anforderungen an erwerbsstrukturelle Übersichten einer Gesamtbevölkerung wohl genügen, kann jedoch nur mit großen Einschränkungen als Abbild der für bildungsstatistische Zwecke auszuwertenden Realität sozialer Gruppierungen gelten. Dabei geht es jedoch nicht allein darum, daß das vorgegebene Schichtungsmodell einen zu hohen Aggregationsgrad aufweist, um aussagefähig zu sein (Arbeiter = Facharbeiter, angelernte Arbeiter, ungelernte Arbeiter).

ter; Selbständige = Großunternehmer, kleine Gewerbetreibende usw.). Hinzu kommt, daß einem solchen, allein auf Strukturmerkmalen aufbauenden Modell der Schichtung eine wesentliche Komponente der sozialen Interaktionszusammenhänge fehlt, die gerade für Interpretationen schichtspezifischer Gleichheitschancen von großer Bedeutung ist; das Modell müßte neben Strukturmerkmalen noch Verhaltensmerkmale in sich aufnehmen, die die Bedeutung der Strukturvariablen relativieren und eine realitätsnähere Erfassung sozialer Gruppierungen ermöglichen würden¹.

Zwar war für die Gesamtheit der Klassen an Gymnasien kein entsprechendes Material vorhanden, und die Beschränkung der Auswahl schränkt die Auswertbarkeit ein; doch da es sich bei den beiden berücksichtigten Klassenstufen um Schuljahre handelt, die jeweils einer Zäsur im gymnasialen Entwicklungsgang vorgelagert sind und deshalb zur Beurteilung des Schulbesuchs an Gymnasien wertvollere Informationen beisteuern können als andere Klassenstufen, geht diese Arbeit davon aus, daß die möglichen Bedenken hinsichtlich der Repräsentativität der beiden Klassenstufen für

¹ Auf die Möglichkeiten der Bildung entsprechender Schichtungsmodelle geht Dahrendorf ein, wenn er den Begriff der "Schichtmentalität" als Aggregationsmerkmal aufgreift und damit anstelle gebräuchlicher sozioökonomischer Gliederungsaspekte soziopolitische und soziokulturelle Akzente betont wissen will. Vgl. dazu Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München: Piper 1965. In Kapitel 6, "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes" (S. 94 ff.), geht er auf die verschiedenen Ansätze zur Entwicklung von sozialen Schichtungsmodellen ein. Er führt dort (S. 101) unter anderem aus: "Die Unterschiedlichkeit der (nach 1945 entwickelten - C. C.) Schichtmodelle dokumentiert unfreiwillig, daß es in der deutschen Gesellschaft der Gegenwart keine so eindeutig abgrenzbaren sozialen Schichten gibt, daß ihre Identifizierung sich jedem Beobachter aufdrängen müßte." Dahrendorf verweist auf die Ansätze Theodor Geigers aus den zwanziger Jahren: "Der erfüllte Schichtbegriff Theodor Geigers ist bestimmt durch den Gedanken, daß soziale Schichten Gruppen mit gemeinsamer Sozialmentalität sind, von denen daher auch ein jeweils eigentümliches wirtschaftliches und politisches Verhalten erwartet werden darf. In diesem Sinne bilden Schichten reale Gruppierungen, auch wenn anzuerkennen bleibt, daß sie in sich differenziert sind, und an ihren Grenzen mit benachbarten Schichten verschwimmen." (Ebenda, S. 102)

den gesamten Gymnasialbereich weniger schwer wiegen als die Tatsache, daß überhaupt einigermaßen verwertbare Daten zur schichtenspezifischen Beurteilung des Schulbesuchs in den beiden Stadtstaaten zur Verfügung gestellt worden sind. Durch diese Hinweise auf die eingeschränkte Aussagefähigkeit der hier als Indikatoren verwendeten Anteilswerte in bezug auf das Ausmaß realisierter Chancengleichheit im Bildungswesen soll möglichen Fehlinterpretationen vorgebeugt werden.

a) Anteil von Arbeiterkindern

Die Quoten geben jedoch selbst in ihrer mangelnden Repräsentativität und ihrer methodischen Fragwürdigkeit zumindest ein grobes Orientierungsmerkmal ab; durch Bezug zum Beispiel der Zahl der Arbeiter auf die gesamte Erwerbsbevölkerung des gleichen Erhebungsjahres läßt sich ein Maßstab entwickeln, der hinreichend deutlich die unzulängliche Höhe des Anteils von Arbeiterkindern an der Gesamtzahl der Schüler weiterführender Schulen ausdrückt. Der Vergleich des 1965 tatsächlich realisierten Anteilswertes und dieser konstruierten Anteilsquote läßt einige Orientierungsschlüsse zu in bezug auf das Verhältnis von gesetzlichem Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf Erwerb von Bildung zu den tatsächlichen Möglichkeiten der Teilhabe an einer erweiterten Bildung¹.

b) Anteil von Nicht-Akademikerkindern

Die Kategorisierung der Erwerbsbevölkerung in vier Gruppen sozialer Stellung soll im folgenden verfeinert werden; Kinder von

¹ "Rechtliche Chancengleichheit bleibt ja eine Fiktion, wenn Menschen aufgrund ihrer sozialen Verflechtungen und Verpflichtungen nicht in der Lage sind, von ihren Rechten Gebrauch zu machen ... Daß jede Chance zwei Seiten hat, die der objektiven Möglichkeit - der Erlaubnis - und die der subjektiven Möglichkeit - der Fähigkeit -, ist ein Gedanke, der fast so alt ist wie die modernen Verfassungen, die dennoch immer wieder Menschen Dinge erlauben, ohne sie in die Lage zu versetzen, ihre Rechte auch auszunutzen." Siehe Dahrendorf, R.: Bildung ist Bürgerrecht, a.a.O., S. 23 f.

Arbeitern an Schulen weiterführender Bildung sind - zumal wenn die Ergebnisse wie hier so augenfällig den diskriminierenden Charakter der Auslese dokumentieren - zwar hinreichende Indikatoren für den Grad jeweils realisierter Chancengleichheit in den beiden Schulsystemen, doch kann eine weitere Unterteilung in soziale Subgruppen der Untersuchung auf Startgerechtigkeit im Bildungswesen noch wertvolle Anhaltspunkte liefern. Die vorliegende Arbeit verwendet für eine weitere Untergliederung der Schulbesucher nach Gruppen sozialer Stellung des Vaters das Muster der erwerbsstrukturellen Aufteilung der schulstatistischen Sondererhebung aus dem Jahr 1965.

Statt der Unterteilung der Schüler in den 10. und 13. Klassen an Gymnasien nach den vier Kategorien sozialer Stellung ihrer Väter, sollen nunmehr zwei Obergruppen gebildet werden, die die Väter der Schüler klassifizieren in solche mit abgeschlossener Hochschulbildung und andere, die nicht über eine abgeschlossene akademische Ausbildung verfügen, wobei der letztgenannten Kategorie auch jene Schüler zugeordnet sind, deren Väter entweder keinen Beruf haben oder keine Berufstätigkeit ausüben oder aber über die keine entsprechenden Angaben vorliegen¹.

Die Obergruppe der Schüler mit Vätern ohne abgeschlossenes Hochschulstudium wird sodann noch einmal in sechs Untergruppen unterteilt, von denen einige in sich unterschiedlichen sozialen Status darstellen können. Denen wird die Gruppe der Schüler mit Vätern mit abgeschlossenem Hochschulstudium als Gruppe von einheitlichem sozialen Status gegenübergestellt. Zwar ließe sich auch diese aggregierte Kategorie anhand des durch die schulsta-

¹ Es sei hier darauf hingewiesen, daß die Tabellen 22 ff. (Anhang) die Gruppe ohne Beruf, Berufstätigkeit oder Berufsangabe als eigenständige dritte Kategorie neben Akademiker und Nicht-Akademiker auffaßten. Etwaige Unterschiede in der Summenbildung der als Nicht-Akademiker im Text geführten männlichen Erwerbspersonen und entsprechenden Zahlen im Tabellenanhang sind auf diese unterschiedliche Form der Aggregation zurückzuführen.

tistische Sondererhebung verfügbaren Materials noch in berufliche Subgruppen zerlegen; doch geht es der vorliegenden Arbeit an dieser Stelle um die Untersuchung unterschiedlicher Chancen im System weiterführender Schulen, die durch Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten verursacht sind. Dabei wird davon ausgegangen, daß eine weitere Unterteilung der Gruppe der Väter mit Hochschulbildung nur eine Aufteilung in verschiedene Berufe gleichen sozialen Status sein kann und keine neuerliche Schichtung im Sinne unterscheidbarer Chancen für den Erwerb weiterführender Bildung konstituiert¹.

Die nach diesem Stratifikationsschema sozialer Stellung durchgeführte Schulbesuchsanalyse hat jedoch im Gegensatz zu der nach den vier Kategorien sozialer Stellung der Väter ausgerichteten Schichtungsmethode, wie sie zu Beginn dieses Abschnittes verwandt wurde, den Nachteil, daß die nach dem Kriterium der akademischen Ausbildung und nach dem sozialen Status ihrer Väter aggregierten Schülergruppen in den beiden Klassenstufen nur in ihrem Verhältnis zueinander in Anteilswerten ausgedrückt werden können. Der bei dem anderen Schichtungsschema mögliche Bezug zur Erwerbsstruktur der jeweiligen Gesamtbevölkerung beider Stadtstaaten läßt sich hier nicht durchführen, weil die amtliche Statistik keine Angaben in der dafür notwendigen Feingliederung nach sozialer Stellung hergibt.

c) Anteil der Kinder aus "bildungsfernen Familien"

Wie schon mehrfach in dieser Arbeit wird auch hierbei von der Hypothese ausgegangen, daß Elternhäuser den Bildungsgang

¹ Der Sohn eines Arztes und der eines akademisch ausgebildeten höheren Beamten verfügen wohl eher über die gleichen, positiven Chancen, eine weiterführende Schule mit Erfolg zu besuchen, als das bei zwei Kindern der Fall ist, wo der eine Vater "einen Gemüseladen an der Ecke" betreibt und der andere leitende Funktionen in der Industrie innehat, obwohl beide zur Obergruppe der Nicht-Akademiker zählen.

ihrer Kinder stark beeinflussen und in dem jeweiligen Verhältnis zu erweiterter Bildung ihrer Kinder durch die Stellung des Vaters im Beruf stark bestimmt sind. Statistisch wird dabei so verfahren, daß Haushalte von Akademikern einerseits und Nicht-Akademikern in höheren oder leitenden Positionen andererseits als bildungsoffen gelten, Haushalte mit Vätern, die kein Hochschulstudium absolviert haben und mittlere oder einfache Stellungen in ihrem Beruf innehaben, als bildungsfern eingestuft werden¹. Bildungsoffene Familien werden eher versuchen, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken, als Familien, in denen aufgrund sozialer Distanz zu Bildungseinrichtungen diese Möglichkeit entweder bewußt ausgeklammert oder aber gar nicht erst bewußt wird.

Der Anteil von Schulkindern aus solchen bildungsfernen Schichten an der Gesamtheit der Schulbevölkerung ist ein wichtiges Kriterium der Beurteilung eines Schulsystems. Denn "wenn es keine rechtlichen Schranken gibt, die die Kinder von Arbeitern daran hindern, die Höhere Schule zu besuchen, dann müssen die Barrieren in der Sozialstruktur und den durch sie geprägten Motiven der Menschen liegen. Zwei Strukturbereiche stehen dabei offenbar im Vordergrund: die Familie und das Schulsystem."² Dahrendorf spricht in diesem Zusammenhang von der "Arbeiterfreundlichkeit der Bildungseinrichtungen", die ein Schulsystem bestimmen müßte, wenn es den Grundgesetzauftrag der allgemeinen Gleichheit der Zugangschancen zu Institutionen weiterführender Bildung ernst nähme. Was Dahrendorf hier in bezug auf Arbeiterkinder sagt, gilt für die ge-

¹ Die Gruppe der Schüler ohne Angabe des väterlichen Berufs bleibt hier unberücksichtigt; die Schüler mit freiberuflich tätigem Vater sind in Hamburg nach ihrer Herkunft folgendermaßen aufgeteilt: aus bildungsoffenen Familien: 111 (10. Klasse), 63 (13. Klasse); aus bildungsfernen Familien: 132 (10. Klasse), 69 (13. Klasse). Vgl. dazu die Ausführungen über Hamburger Kaufleute, S. 89 f.

² Vgl. Dahrendorf, R.: Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Tübingen: Mohr 1965, S. 15.

samte Gruppe der hier als "aus bildungsfernen Familien stammend" klassifizierten Kinder. Das oben erwähnte Urteil über ein Schulsystem muß dann negativ ausfallen, wenn es diesem System nicht gelungen ist, Bedingungen zu schaffen, die einen immer größer werdenden Anteil dieser Kinder aus bildungsfernen Familien den Zugang zu weiterführenden Schulen finden lassen, denn "das Wecken von Talenten (ist) mehr eine Angelegenheit des Schaffens von besseren Bedingungen als eine Suche nach einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Menschen mit angeborener hoher Fähigkeit"¹.

3. Geschlechtsspezifische Indikatoren

Aus dem Merkmal der Geschlechtszugehörigkeit werden Indikatoren gebildet, die den Anteil weiblicher Schüler in verschiedenen Bildungsgängen aufzeigen. Die Arbeit geht dabei davon aus, daß Mädchen in den Bildungssystemen auch heute noch weniger privilegiert sind als Jungen, daß diskriminierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht auf biologische, sondern auf soziale Ursprünge zurückzuführen sind. Die bestehende Struktur der Schulsysteme in der BRD kann als eines der Haupthindernisse zur sozialen Gleichbehandlung von Jungen und Mädchen im Schulwesen angesehen werden².

Peisert³ sieht in den Mädchen eine unterprivilegierte Sozialgruppe, die bei der Einlösung des Gleichheitsanspruchs im Bil-

¹ Vgl. Evers, C.-H.: "Bildungspolitik in der BRD - Situation, Möglichkeiten, Notwendigkeiten. Rede des Berliner Schulsekretärs auf dem Deutschen Volks- und Betriebswirtetag 1966 in München". In: Forschungsinstitut der deutschen Volks- und Betriebswirt e.V. (Hrsg.): Bildungspolitik für Wirtschaft und Gesellschaft von morgen. Bonn 1967, S. 19.

² "Die traditionelle Schule hält auch die überkommene Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern aufrecht. Der Anteil der Mädchen an der Schülerzahl der Gymnasien ist vergleichsweise gering". Siehe Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Bildungsbericht 1970. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik. Bonn 1970, S. 31.

³ Peisert, H.: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München: Piper 1967.

dungswesen genauso übergangen worden ist wie die sozialen Gruppen der Arbeiter, Katholiken und Bauern. Helge Pross¹ schwächt eine solche Gleichstellung ab, indem sie ausführt, daß "... die Schichtzugehörigkeit noch stärker als das Geschlecht die Bildungswege bestimmt. Als isolierte Größe wirkt sich das Geschlecht weniger hemmend aus als die gesellschaftliche Herkunft. Erst in der Kombination mit anderen sozialen Faktoren wird es zu einer Art Bildungsverbot."²

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Anteil der Schülerinnen in ausgewählten Klassenstufen der Realschule und des Gymnasiums, mit dem Anteil der Abiturientinnen an der Gesamtabiturientenzahl und mit dem Anteil der weiblichen "Abbrecher" an der Gesamtheit vorzeitig abgehender Schüler.

Eine Untersuchung der Realisierung des schulpolitischen Postulats gleicher Bildungschancen unter geschlechtsspezifischem Aspekt hat symptomatischen Gehalt, weil sich an Mädchen "... besonders gut das allgemeine Phänomen sozialer Distanz gegenüber bislang fremden sozialen Bereichen aufzeigen läßt, das auf dieser allgemeinen Ebene wahrscheinlich für die meisten benachteiligten Gruppen gilt. Zudem eignen sich die Mädchen hierfür besonders gut, da ihnen die Gesellschaft ein eindeutiges Rollenverhalten nahelegt, das weitgehend im Widerspruch zur Wahrnehmung gleicher Bildungschancen steht."³

III. Indikatoren der Modernisierung

Aus sekundärstatistischen Angaben über die Zahl von Schülern, Lehrern und Klassen werden Kenngrößen gebildet, die als zeit-

¹ Pross, H.: Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1969.

² Vgl. ebenda, S. 17 f.

³ Vgl. Peisert, H., a.a.O., S. 109.

lich-punktuelle oder zu Zeitreihen zusammengestellte Daten die Beurteilung der Schulsysteme im regionalen und im historischen Vergleich ermöglichen sollen. Diese Kennzahlen sind entweder absolute oder häufiger relative Zahlen; als Relativzahlen sind sie entweder durch Bezug der Grunddaten (Schüler, Klassen, Lehrer) aufeinander oder durch Bezug auf Daten der Bevölkerungsstatistik gebildet.

1. Indikatoren der Effizienz

Die Unterscheidung des schulpolitischen Postulats der Effizienz von Schulsystemen in eine innere und eine äußere Effizienz führt zu der Trennung von Indikatoren in solche der inneren und der äußeren Effizienz.

a) Indikatoren der inneren Effizienz

(1) Die Übergangsquote

Diese Quote bezeichnet den Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium. Normalerweise wird sie gebildet, indem die Anzahl der Schüler in der Eingangsklasse des Gymnasiums auf die Anzahl der Schüler in der Abschlußklasse der Grundschule des vorangegangenen Schuljahres bezogen wird.

Die vorliegende Arbeit ändert dieses Verfahren. Die Übergangsquote stellt hier die Relation von Quartanern zu den Schülern in der 4. Grundschulklasse drei Jahre vorher dar. Die Gründe für dieses Vorgehen wurden zum Teil schon bei der Darstellung der Quartanerquote angeführt¹.

Bei Untersuchungen im Gesamtbereich der BRD wird das Verfahren folgendermaßen begründet. Da sowohl in der Sexta (5. Klas-

¹ Vgl. dazu S. 19 f. dieser Arbeit.

se) als auch in der Quinta (6. Klasse) einerseits ein Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium noch möglich, andererseits ein Wiederabgang aus diesen Klassenstufen vom Gymnasium nicht selten ist, kann der allgemeine Zugang zu der weiterführenden Höheren Schule nicht gut an den Zahlenstärken dieser beiden Klassen gemessen werden. Die Schulstrukturen Hamburgs und Westberlins weichen jedoch in der Frage des Übergangs zum Gymnasium von dem bundesdeutschen "Normalfall" deutlich ab. In den meisten Ländern der Bundesrepublik beträgt die Dauer der Grundschulzeit vier Jahre. In den drei Stadtstaaten zählen die ersten sechs Schuljahre zur Grundschule. Während Westberlin einen Übergang nach der 4. Grundschulklasse auf das Gymnasium nur in eindeutig definierten Ausnahmen erlaubt¹, Bremen den vorzeitigen Übergang von "einwandfrei erkennbarer theoretischer Begabung"² abhängig macht, genügt in Hamburg der Elternwille, um einen Übergang auf das Gymnasium nach der 4. Grundschulklasse zu ermöglichen³.

In Hamburg wie in Westberlin gelten die Klassenstufen 5 und 6 als eine Art Beobachtungsstufe. In Westberlin beginnt mit der 5. Grundschulklasse der Unterricht in Sachfächern und der Unterricht in der ersten Fremdsprache. Der Klassenlehrer soll den Unterricht in "gesamtunterrichtlicher Haltung"⁴ erteilen. Am Ende der 5. Klasse erteilt die Grundschule ein Gutachten, welches jeden Schüler zum Besuch eines bestimmten Typs weiterführender Schule empfiehlt. Die endgültige Entscheidung

¹ Fünf Gymnasien beginnen mit der Sexta, darunter drei öffentliche Gymnasien. Sie sollen vor allem aus dem Gebiet der Bundesrepublik zuziehenden Schülern den Übergang auf das Gymnasium erleichtern.

² Vgl. Heckel, H., a.a.O., S. 75.

³ In der Regel machen etwa 90 Prozent der Erziehungsberechtigten von der vorzeitigen Umschulung Gebrauch.
Vgl. Schultze, W., und Führ, Ch., a.a.O., S. 21.

⁴ Vgl. Senator für das Schulwesen (Hrsg.): Das Bildungswesen des Landes Berlin. Eine kurze Information. Berlin 1965, S. 7.

über den weiteren Bildungsweg der Schüler nach Abschluß der 6. Grundschulklasse liegt in Westberlin bei den Eltern. In Hamburg stellen die 5. und 6. Klasse des Gymnasiums eine pädagogische Einheit dar, deren Aufgabe als Erprobungsstufe festgelegt ist und in der normalerweise die Versetzung von Klasse 5 nach Klassenstufe 6 aufgehoben ist.

"Ziel der Erprobungsstufe ist es, den für die Anforderungen der neuen Schularten geeigneten Schülern über Übergangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen und am Ende der Erprobungsstufe für alle Schüler die ihnen gemäßen Schulbildungswege zu finden."¹

(2) Die Erfolgsquote

Sinn und Ziel des Besuchs von Gymnasien ist in der Regel der Erwerb der Hochschulreife², die nach bestandener Abiturprüfung "verliehen" wird. Dementsprechend sind äußerer Aufbau (Organisation) und innerer Ablauf (Curriculum) des Gymnasiums in der BRD so strukturiert, daß die Schulzeit vom Eintritt in das Gymnasium bis zu seinem Verlassen eine Einheit bildet; "Einschnitte, etwa nach der 8. und 10. Klasse, die den Bildungsgang sinnvoll und übersichtlich gliedern und zugleich als zusätzliche 'Verteilerkreise' Wege in andere schulische oder berufliche Bildungsgänge eröffnen könnten, fehlen."³ Dem Schulabschluß mit Abitur kommt somit gegenüber der "... in ihrer gegenwärtigen Form am Gymnasium wenig attraktiven 'Mittleren Reife' (Obersekundarreife)"⁴ die Hauptbedeutung zu.

¹ Vgl. Schultze, W., und Führ, Ch., a.a.O., S. 28.

² Etwa 90 Prozent der Abiturienten nehmen ein Studium auf. Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970. Bonn 1967, S. 53 f.

³ Vgl. Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Empfehlungen der Bildungskommission zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen. Bonn 1969, S. 38.

⁴ Ebenda.

Ziel jeder Schulpolitik sollte die "Expansion des Bildungswesens zur effektiven Durchsetzung staatsbürgerlicher Grundrechte" sein; der "... wichtigste Index aber und insofern das symbolische Ziel jeder Politik der Expansion des Bildungswesens liegt in der Erhöhung der Abiturientenzahlen"¹. Heute würde man von Absolventen der Sekundarstufe II sprechen. Der Entwicklung dieser Absolventenzahlen kommt symptomatischer Charakter zu, weil sich in ihr die Entwicklungstendenz des gesamten Bildungswesens widerspiegelt².

Die Übergangsquote zeigte an, welcher Teil der Grundschüler auf dem Gymnasium seine Fortbildung erhält. Es kann nun eine weitere Strukturquote als Maß der inneren Effizienz gebildet werden, die Aussagen darüber erlaubt, von welchem Erfolg der Besuch des Gymnasiums begleitet war. Zur Messung des relativen Erfolgs an Höheren Schulen wird die Relation zwischen den Quartanern ("Anfänger" auf dem Gymnasium) und den Abiturienten gebildet, die sieben Jahre später mit "Erfolg", das heißt nach bestandener Reifeprüfung des Abiturs, das Gymnasium verlassen; diese Relation soll mit Erfolgsquote bezeichnet werden. Im Sinne der angenommenen Definition innerer Effizienz eines Schulsystems gibt die Erfolgsquote also an, welcher ein großer Teil der einmal in das System weiterführender Schulen aufgenommenen Schüler den strukturell vorgegebenen Abschluß des Abiturs erfolgreich "hinter sich bringt".

¹ Vgl. Dahrendorf, R.: Bildung ist Bürgerrecht, a.a.O., S. 30 f. Daß eine Erhöhung der Abiturientenzahl nicht allein eine Frage von individueller Begabung ist, über die manche Schüler eben verfügen, andere hingegen nicht, sondern größtenteils als Ergebnis engagierter Bildungsplanung und effizienten Schulbetriebs anzusehen ist, wird von der modernen Bildungsforschung nicht mehr in Frage gestellt. "Pädagogen und Psychologen versichern, daß ein Ende der Bildungsfähigkeit einer Person nicht abzusehen und daß nahezu kein Individuum so wenig begabt sei, daß nicht ausdauerndes Bemühen zu Bildungsergebnissen führen könnte." Siehe Edding, F.: Ökonomie des Bildungswesens, a.a.O., S. 135, vgl. ebenda auch unter anderem S. 185, 321 und 394.

² Ebenda, S. 31.

Die Entwicklung von Erfolgsquoten wird hier sowohl für die Gymnasien als auch für die Realschulen in Hamburg und Westberlin dargestellt werden.

(3) Die Quote des vorzeitigen Abgangs

Dieses Strukturmerkmal eines Schulsystems drückt den vorzeitigen Abgang vom Gymnasium aus. Wer nach Antritt des gymnasialen Bildungsganges diesen verläßt, ohne das ihm vorgegebene Ziel eines "Abgangs mit Hochschulreife" (Abitur) zu erreichen, wird hier als vorzeitig abgegangen bezeichnet¹.

Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium ist nicht allein die Folge schlechter Schulleistungen. Untersuchungen haben gezeigt, daß "... etwa ein Viertel ... der vorzeitigen Abgänger ... offensichtlich für den erfolgreichen Besuch eines Gymnasiums ungeeignet (war) und - akzeptiert man die traditionelle Leistungsnorm - zurecht und zu seinem Vorteil in andere Bahnen gewiesen (wurde)"². Das bedeutet, daß drei Viertel der vorzeitig Abgegangenen aus anderen als aus Schulleistungsgründen das Gymnasium verließen.

Die Quote des vorzeitigen Abgangs vom Gymnasium ist im Zusammenhang mit der Erfolgsquote zu interpretieren. Beide Quoten sind hier als Indikator der inneren Effizienz von Schulsystemen verwendet. Daß die innere Effizienz ihrerseits aber nicht allein abhängt von dem bildungspolitischen Vorhaben, ein modernes Bildungssystem auf- und auszubauen,

¹ Vgl. dazu Peisert, H., und Dahrendorf, R. (Hrsg.): Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium. Studien und Materialien zum Schulerfolg an den Gymnasien in Baden-Württemberg 1953-1963. Stuttgart: Neckar 1967 (Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg zur Bildungsforschung, Bildungsplanung, Bildungspolitik).

² Vgl. Gerstein, H.: "Erfolg und Mißerfolg im Hinblick auf strukturelle, leistungsmäßige und soziale Faktoren". In: Peisert, H., und Dahrendorf, R., a.a.O., S. 131.

sondern stark mitbestimmt ist von den Realisierungstendenzen des schulpolitischen Anspruchs auf Demokratisierung, sei hier mit Nachdruck betont. Das in der Abbrecherquote zum Ausdruck kommende Zusammenwirken struktureller, sozialer und sicherlich auch leistungsmäßiger Faktoren kann in der vorliegenden Arbeit nur teilweise und im Ansatz untersucht werden.

Neben ihrer Funktion als Indikator der inneren Effizienz, wird die Quote des vorzeitigen Abgangs vom Gymnasium noch als Indikator realisierter Chancengleichheit im Bildungswesen in dem schon dargestellten Sinn gesehen. Durch geschlechtsspezifische Aufgliederung soll sie Auskunft geben über die den Schülerinnen gewährten Chancen, das Gymnasium mit Erfolg zu besuchen.

b) Indikator der äußeren Effizienz

Der Indikator der äußeren Effizienz gibt an, welcher Prozentsatz der Wohnbevölkerung von 19 bis unter 20 Jahren den gesellschaftlich optimalen Abschluß am Gymnasium (Abitur) erreicht. Dieser Indikator ist die Abiturientenquote. Aus bildungspolitischen Diskussionen über Qualitäten von Schulsystemen ist sie wegen ihrer vielschichtigen Signalwirkung nicht mehr wegzudenken. Sie ist Indikator für mehr als nur das hier mit "äußerer Effizienz" umschriebene Ziel von Schulpolitik. Sie verweist auf Aspekte der relativen Aktivierung von Begabungsreserven genauso wie sie Aspekte der Chancengleichheit eines Schulsystems berührt.

Die Quote wird vor allem als Merkmal der Leistung eines Schulsystems verstanden, den gesellschaftlichen Bedarf an hochqualifizierten Kräften zu decken. Bisher bestimmte sie allerdings überwiegend nur die Nachfrage nach Plätzen in Hochschulen und damit indirekt das Angebot von Akademikern auf dem Arbeitsmarkt.

2. Indikatoren formaler Intensität des Unterrichts

Der Begriff der formalen Intensität des Unterrichts ist nicht zu verwechseln mit dem der Bildungsintensität. Bildungsintensität "ist das Bemühen um Bildung, soweit es an einigen meßbaren Faktoren erkennbar ist"¹. Edding hat vor allem die Ausgaben für Schulen als Indikator einer dieserart verstandenen Bildungsintensität interpretiert². Die formale Intensität des Unterrichts meint etwas anderes. Sie stellt auf den Ablauf von Unterrichtsprozessen ab; die Beziehung zwischen Schüler und Lehrer einerseits und zwischen einzelner Schüler und der organisatorischen Einheit der Schulklasse andererseits beeinflussen den Grad der Intensität von Lehren und Lernen. Die Unterrichtsintensität kann theoretisch definiert werden. Unter dem Gesichtspunkt theoretischer Optimalität des Schüler-Lehrerverhältnisses und des Verhältnisses Schüler pro Klasse lassen sich Richtgrößen entwickeln, die als Zielgrößen einem Schulsystem vorgegeben werden können. Die vorliegende Arbeit beschränkt sich aufgrund ihres quantitativen Ansatzes auf Klassen- und Lehrerfrequenzen als Indikatoren formaler Unterrichtsintensität und läßt inhaltliche Indikatoren der Intensität von Lehr- und Lernprozessen an der Schule außer Betracht.

a) Die Klassenfrequenz

Mit "Klassenfrequenz" ist die Zahl der Schüler pro Klasseneinheit gemeint; die Anzahl der Schüler einer Klassenstufe wird bezogen auf die Anzahl der Klasseneinheiten der gleichen Stu-

¹ Vgl. Edding, F.: "Die Bildungsintensität der Bundesländer". In: Neue Sammlung, Göttinger Blätter für Kultur und Erziehung, 2. Jg. (1962), H. 5, S. 466.

² Vgl. ders.: Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen. Kiel 1958 (Kieler Studien Nr. 47).

fe eines Schulsystems, Schulzweigs, Schule oder Klassengruppe; "... das Senken der Verhältniszahl Schüler je Klasse verbessert die Arbeitsbedingung für die Lehrerschaft und zugleich das Unterrichts- und Erziehungsergebnis. Die Argumente für das Senken der Klassenfrequenzen müssen sehr stark sein, denn sie haben sich gegen große finanzielle Widerstände im ganzen recht wirksam durchgesetzt."¹ Durch die Höhe der Klassenfrequenz ist unter gegebenen Bedingungen von Unterrichtsorganisation der Lernerfolg maßgeblich bedingt. Die Relation Schüler je Klasse kann daher als signifikanter Indikator für den jeweils erreichten Grad formaler Intensität des Lehrens und Lernens in einem Schulsystem betrachtet werden.

b) Die Lehrerfrequenz

Mehr noch als die Quote der Klassenfrequenz ist die Relation Schüler pro Lehrer² als Indikator der Unterrichtsintensität eines Schulsystems anzusehen. Die Bereitstellung von Lehrpersonal in günstigem Verhältnis zur Zahl der zu unterrichtenden Schüler bestimmt in Verbindung mit der Klassenfrequenz die Möglichkeiten individualisierten Lehrens und Lernens, damit die Intensität von Lehrbemühungen und ihren möglichen Erfolg.

Gegen die unkritische Verwendung beider Relationen ist ein Einwand geltend gemacht worden. Es wird gewarnt, die beiden Quoten

¹ Vgl. Edding, F.: Ökonomie des Bildungswesens, a.a.O., S. 189. Dagegen führt Glaser aus: "Auf die überfüllten Klassen und die Überlastung der Lehrkräfte hinzuweisen, ist seit langem völlig erfolglos. In einer Gesellschaft, in der man Klassen als nicht überfüllt bezeichnet, weil der jedem Schüler zur Atmung notwendige Kubikmetergehalt an Luft zur Verfügung steht und die Lehrkraft nicht überbeansprucht erscheint, weil sie einen Mittelklassewagen fährt, ist es zumindest schwer verständlich zu machen, daß Erziehung eine Sache der Menschenbegegnung ist ..." In: Glaser, H. (Hrsg.): Die Bundesrepublik zwischen Restauration und Rationalismus. Analysen und Perspektiven. Freiburg i.Br.: Rombach 1965, S. 96 f.

² Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer.

in interregionalen Vergleichen zum generellen Beurteilungskriterium von Schulsystemen zu machen, da die Bildung beider Quoten in sehr grober Form erfolge, wenn man die Gesamtzahl der Klassen (Schüler) zu der Gesamtzahl der Schüler (Lehrer) in Relation setzt. Bei solchem undifferenzierten Verfahren ist das Ergebnis ein ungewogenes Mittel, bei dem die Streuung unbekannt bleibt und die Gefahr einer Fehlinterpretation zu groß ist¹.

Dieser Einwand richtet sich in erster Linie gegen die generelle Verwendung beider Quoten in Vergleichen von Bundesländern der BRD. Im Vergleich der Stadtstaaten untereinander scheint er zwar wichtig genug, um erwähnt zu werden, doch kommt ihm hier wohl nicht die gleiche Bedeutung zu, die er in dem Vergleich einiger Flächenstaaten untereinander oder gar mit den Stadtstaaten beanspruchen kann.

IV. Die Ausgabenwilligkeit der Träger von Schulsystemen

1. Ausgabenwilligkeit der Schulträger als Untersuchungsobjekt

Der quantitative Vergleich der Schulsysteme in Hamburg und Westberlin soll den Vergleich der jeweils praktizierten Schulausgabenpolitik einschließen. Dabei geht die vorliegende Arbeit davon aus, daß schulpolitische Maßnahmen zur Realisierung bildungspolitischer Ziele wie Demokratisierung und Modernisierung mit Maßnahmen der Schulausgabenpolitik in einer Art Wechselbeziehung stehen.

¹ Vgl. Brühl, W.: Statistische Grundlagen für Bildungsprognosen. Die Aussagefähigkeit der Statistik der Höheren Schulen in der BRD. Weinheim, Berlin und Basel: Beltz 1970, S. 42 f.; Edding, F.: Ökonomie des Bildungswesens, a.a.O., S. 368 f.; Posch, P.: Der Lehrermangel. Ausmaß und Möglichkeiten der Behebung. Weinheim und Berlin: Beltz 1967, S. 25 ff. Alle drei Autoren fordern eine Neuformulierung der beiden Relationen. In Poschs und Eddings Vorschlägen ist einer möglichen Erfassung der Lehrerplichtstunden Rechnung getragen, wodurch dem Problem des Lehrermangels entsprochen wird.

Alles, was in den Schulen vor sich geht, setzt Ausgaben voraus. Reformmaßnahmen kosten Geld. Schulausgaben sind somit Bedingung auch für Ansätze zu Demokratisierung und Modernisierung im Schulwesen. Die Handhabung der Schulausgabenpolitik kann Indikator für die Ernsthaftigkeit sein, mit der schulpolitische Entscheidungsträger "demokratische" und "moderne" Bildungssysteme wirklich anstreben.

Die amtliche Statistik der Schulausgaben hat sich in der BRD im Gegensatz zur Schüler- und Lehrerstatistik seit 1949 nur geringfügig entwickelt. Als unselbständiger Teil der Statistik der öffentlichen Finanzen ist sie zu wenig feingegliedert, um sich für einen Vergleich der Schulausgaben verschiedener Schulsysteme der BRD anzubieten¹.

Das mag als ein Grund dafür angesehen werden, daß in der entsprechenden Literatur der Schulstatistik "auf eine Verknüpfung der Schüler- und Lehrerdaten mit den dazugehörigen, sie wesentlich beeinflussenden Finanzdaten fast völlig verzichtet wird"². Einen weiteren Grund für die relative Vernachlässigung von Schulausgabenaspekten in statistischen Untersuchungen führt Edding an, wenn er von der "weitverbreiteten Scheu" spricht, "gegenüber Bildungsbemühungen nach der materiellen Basis zu fragen"³. Diese Scheu darf jedoch nicht dazu führen, jede schulfinanzstatistische Aussage abzulehnen. "Das Bildungswesen muß Schaden nehmen, wenn seine meßbaren Faktoren und

¹ Vgl. Brühl, W., a.a.O., S. 63 ff.

² Ebenda, S. 62.

³ Vgl. Edding, F.: Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen, a.a.O., S. 6. Zu einem gewissen Grad kann der Abneigung gegen ökonomische Denkweisen auf dem Gebiet des Schulwesens Verständnis entgegengebracht werden, denn: "Geistige Vorgänge, so wurde dem Verfasser mahrend gesagt, sind das Unwägbar schlechthin. Insbesondere widerstrebt es vielen, Bildungsvorgänge in Geldwert gemessen zu finden. Das ist durchaus verständlich. Allzu leicht wird die Grenze des Meßbaren übersehen." (Ebenda, S. 9)

seine Ökonomie nicht ebenso gründlich dargelegt, durchdacht und öffentlich erörtert werden wie seine geistigen Inhalte und Ziele."¹

2. Zur Formulierung von Indikatoren der Ausgabenwilligkeit

Zur quantitativen Darstellung der Ausgabenwilligkeit der Träger der beiden verglichenen Schulsysteme bedient sich die vorliegende Arbeit einiger Kenngrößen, deren Grunddaten der amtlichen Finanzstatistik entnommen worden sind. Zwei Quellen stehen für die schulfinanziellen Daten zur Verfügung. Zum einen die Haushaltspläne, zum anderen die Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes, die amtliche Statistik, die ihrerseits wieder auf den jeweiligen Haushaltsrechnungen der beiden Stadtgemeinden aufbaut. Die erste Datenquelle liefert Sollzahlen und ist damit aktueller als die amtliche Statistik, welche zwar Istzahlen aufweist, die jedoch nur unter erheblicher zeitlicher Verzögerung veröffentlicht werden können².

Der Nachteil mangelnder Aktualität wird jedoch durch die bessere Vergleichbarkeit von Länderdaten wieder aufgewogen. Während die Aufstellung von Haushaltsplänen oft länderspezifischen Eigenheiten unterliegt, die Haushaltspläne der beiden Stadtstaaten somit nicht immer dem Budgetgrundsatz der Einheitlichkeit entsprechend abgefaßt sind, wird die Berücksichtigung dieses

¹ Vgl. Edding, F.: Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen, a.a.O., S. 6.

² So erschien die Darlegung der öffentlichen Finanzwirtschaft für das Jahr 1967 erst im Juli 1970; vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft, 1967. Wiesbaden (1970). Die Bedeutung der beiden Quellen und ihre unterschiedlichen Informationsgehalte für Zwecke der Schulausgabenstatistik ist genauer dargelegt in Palm, G.: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960. Frankfurt a.M.: Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung 1963, S. 1 f.

Postulats dann garantiert, wenn das Statistische Bundesamt als zentrale Erfassungsstelle die einzelnen Länderangaben erfaßt, innerhalb eines einheitlichen Kategorienrahmens aufbereitet und geschlossen publiziert.

Die zur Bildung der Strukturquoten herangezogenen Ausgabenkategorien für öffentliche allgemeinbildende Schulen stellen Ausgaben zu jeweiligen (laufenden) Preisen dar, das heißt, eine Deflationierung wurde nicht vorgenommen. So bedeutsam eine von Preisänderungen im Zeitablauf bereinigte Darstellung der Entwicklung von Schulausgaben für Zwecke der Analyse ist, so muß doch hier auf eine solche Bereinigung verzichtet werden.

Abgesehen davon, daß gerade auf dem Sektor der Schulausgaben bisher noch keine befriedigenden Möglichkeiten zur Deflationierung von Ausgabenreihen entwickelt worden sind, existieren für bestehende Deflationierungsverfahren die zur Preisbereinigung der Schulausgaben notwendigen Preisindices allenfalls für das Bundesgebiet und nicht für einzelne Bundesländer oder Westberlin; die Entwicklung entsprechender Preisindices für die beiden Stadtstaaten würde eine besondere Arbeit erfordern, die hier nicht geleistet werden konnte.

Die in der vorliegenden Arbeit verwandte Klassifizierung von Schulausgabearten entspricht den Definitionen der Öffentlichen Finanzstatistik.

Den umgangssprachlich als "Schulausgaben" bezeichneten öffentlichen Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen entspricht präzisierend das finanzstatistische Konzept der "unmittelbaren Ausgaben". Diese Kategorie umfaßt mit Ausnahme der Zuweisungen, Darlehen und Tilgung an Gebietskörperschaften die Summe sämtlicher öffentlicher Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen. "Die unmittelbaren Ausgaben zeigen, in

welchem (finanziellen) Umfang die Gebietskörperschaften oder Verwaltungsebenen Aufgaben erfüllen."¹

Bei der Verwendung der Kategorie "unmittelbare Ausgaben" ergab sich eine anfängliche Schwierigkeit. Mit dem Haushaltsjahr 1963 wurde eine neue Methodik der Abgrenzung von Ausgabearten eingeführt. Bis einschließlich 1962 beinhaltete die Rubrik "unmittelbare Ausgaben" als Summe aus "Verwaltungs- und Zweckausgaben" und "Ausgaben der Vermögensbewegung" eine "Reihe von Haushaltspositionen, die in den Staatshaushalten überwiegend zentral bewirtschaftet werden und in der Statistik mehr oder weniger fiktiv aufgeteilt werden mußten"²; ab 1963 wurden diese Positionen dann zusammengefaßt und zentral ausgewiesen, so daß die Ausgaben für die Versorgung des beamteten Personals und der Hinterbliebenen, für Zinsen und Tilgung sowie für die Zuführung an Rücklagen nunmehr unberücksichtigt blieben³.

Die vorliegende Arbeit hat im Sinne der neuen Ausgabenstruktur die verwendeten Daten vereinheitlicht; die Zahlenangaben für die Jahre 1960 bis einschließlich 1962 enthalten somit jene Ausgaben nicht, die ab 1963 von der amtlichen Statistik zentral ausgewiesen werden.

Eine Gegenüberstellung der absoluten Zahlen der Kategorie "unmittelbare Ausgaben" für öffentliche allgemeinbildende Schulen in Hamburg und Westberlin bliebe ohne Erklärungswert. "Stei-

¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern, Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft, 1963. Wiesbaden (1966), S. 9 (Erläuterung der verwendeten Begriffe.

² Ebenda, S. 4.

³ Vgl. ebenda, S. 8; eine ausführlichere Darstellung der Problematik der statistischen Erfassung der Personalausgaben findet sich bei Palm, G.: Die Kaufkraft der Bildungsausgaben. Olten und Freiburg i.Br.: Walter 1966 (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung, S. 21 f.

gerungen haben wir seit 1950 auf fast allen Gebieten erlebt. Man muß deshalb die Ausgaben im Hinblick auf die Höhe und die Entwicklung anderer Größen betrachten und geeignete Relationen bilden, um eine zuverlässige Urteilsgrundlage zu gewinnen."¹ Solche Bezugsgrößen sind in der vorliegenden Arbeit

- die gesamten unmittelbaren Ausgaben der Stadtstaaten,
- das Bruttoinlandsprodukt,
- die Gesamtbevölkerung,
- die schulfähige Bevölkerung.

Die in der Untersuchung verwendeten Indikatoren jeweiliger Schulausgabenpolitik sind

- a) Anteil der Schulausgaben am Bruttoinlandsprodukt,
- b) Anteil der Schulausgaben an der Gesamtheit der unmittelbaren Ausgaben,
- c) die Schulausgaben pro Kopf der Wohnbevölkerung und der schulfähigen Wohnbevölkerung,
- d) fortdauernde Ausgaben pro Schüler,
- e) durchschnittliche Personalausgaben pro Lehrer,
- f) Ausgaben für Lehr- und Lernmittel pro Klasse,
- g) Anteil der Investitionsausgaben für allgemeinbildende Schulen an den "unmittelbaren Ausgaben" für allgemeinbildende Schulen,
- h) Anteil der Investitionsausgaben für allgemeinbildende Schulen an dem gesamten Investitionshaushalt des Stadtstaats.

Die Definition dieser relativen Zahlenwerte und die Erklärung ihrer Bedeutung für Vergleichszwecke im Sinne dieser Arbeit wird jeweils bei der Behandlung dieser Strukturdaten gegeben werden.

¹ Vgl. Palm, G.: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960, a.a.O., S. 7.

Der Schwerpunkt des dritten Teils dieser Arbeit über Aspekte der Schulausgabenpolitik liegt in dem Vergleich der beiden Schulsysteme zum Zeitpunkt der bei Abfassung der Untersuchung aktuellen Jahreswerte; verglichen werden soll die Situation der Schulausgabenpolitik für das Jahr 1967 als zuletzt von der amtlichen Statistik aufbereitetem Finanzrechnungsjahr.

Die vorliegende Arbeit sieht es nicht als ihre Aufgabe an, eine Untersuchung der Schulfinanzen zum Zweck der rückblickenden Erkenntnis von Zusammenhängen als Grundlage für die Vorausberechnung des zukünftigen Finanzbedarfs zu erstellen. Vielmehr sollen die Daten aus der Statistik der Schulfinanzen mögliche Unterschiede in der schwerpunktmäßigen Behandlung des Schulwesens des Jahres 1967 durch die beiden Stadtstaaten zum Ausdruck bringen.

Die Entwicklung der den Vergleich tragenden Strukturdaten wird deshalb auch nur bis zum Jahre 1960 zurückverfolgt und hat nur indikatorischen Charakter insofern, als die Darstellung dieser kurzfristigen Phase zur Verdeutlichung der Situation im Jahre 1967 beitragen soll.

C. Die Schulsysteme Hamburgs und Westberlins im quantitativen Vergleich

I. Die unterschiedliche politische Situation beider Stadtstaaten und daraus resultierende demographische, wirtschaftliche und sozio-ökonomische Unterschiede

1. Die politische Situation

In ihrem jeweiligen politischen Status unterscheiden sich Westberlin und Hamburg. Hamburg ist als Stadtstaat Land der Bundesrepublik Deutschland; Westberlin ist es nicht. Bei dieser Feststellung sind die Viermächtevereinbarungen über Berlin als bindend für den politischen Status Westberlins aufgefaßt. Durch ihre "essentials" und Garantieerklärungen haben die Westmächte den völkerrechtlich noch immer nicht aufgehobenen Viermächtestatus der Teilstadt Westberlin faktisch modifiziert. Der Bundesregierung ist eine Art Sorgerecht für Westberlin übertragen worden. Eine Eingliederung der Stadt in den Geltungsbereich des Grundgesetzes ist jedoch verhindert worden¹.

Aus dieser besonderen politischen Lage Westberlins resultiert eine Vielzahl Westberliner Besonderheiten, die bei einem Vergleich der Stadt mit Ländern der Bundesrepublik Deutschland beachtet werden müssen. Im folgenden sind einige demographische, wirtschaftliche und sozio-ökonomische Eigenheiten Westberlins durch Gegenüberstellung mit der Entwicklung in Hamburg aufgeführt.

¹ Vgl. dazu die Darlegung über verschiedene Aspekte des politischen Status Westberlin in: Wissenschaftliche Beratungskommission beim Senat von Berlin: Studie zur Lage und Entwicklung Westberlins - Politik, Wirtschaft, Bildung. Gutachten. Berlin 1968, unter anderem S. 2 ff.

2. Die Bevölkerungsverteilung¹

Über den gesamten Zeitraum von 1950 bis 1969 stieg die Anzahl der Einwohner in Hamburg von etwa 1.606.000¹ um etwa 13 Prozent auf rund 1.817.000. Im gleichen Zeitabschnitt stagnierte Westberlins Bevölkerungsentwicklung nahezu; waren 1950 in Westberlin noch rund 2.147.000¹ Einwohner mit erstem Wohnsitz gemeldet, so hatte sich die Einwohnerzahl bis 1969 um etwa 0,6 Prozent gesenkt und betrug rund 2.134.000.

Die Entwicklung innerhalb des nahezu zwanzigjährigen Betrachtungszeitraums weist für beide Stadtstaaten eine unterschiedlich wechselvolle Tendenz auf. 1955 betrug die Einwohnerzahl in Hamburg rund 1.782.000 Einwohner, hatte also in den fünf Jahren seit 1950 allein um 11,1 Prozent zugenommen. In Westberlin stieg die Bevölkerungsanzahl von 1950 bis 1955 um 2,6 Prozent auf 2.203.000 Einwohner.

Von 1955 bis 1960 erhöhte Hamburg die Einwohnerschaft um 3,1 Prozent, Westberlin hielt in etwa den Bestand von 1955. Tabelle 1 zeigt die Entwicklung von 1960 bis 1969.

Tabelle 1: Wohnbevölkerung in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969 (in 1.000 Einwohnern)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	1.837	1.832	1.848	1.855	1.857	1.854	1.847	1.833	1.823	1.817
Westberlin	2.202	2.194	2.174	2.186	2.200	2.197	2.185	2.163	2.141	2.134

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 46.

¹ Zu den für das Jahr 1950 angeführten Bevölkerungszahlen vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden (1962), S. 47. Alle anderen Zahlenangaben wurden der Tabelle 46 des Anhangs entnommen.

Die folgende Tabelle 2 gibt die jährlichen Änderungen der Wohnbevölkerungszahlen für beide Städte wieder.

Tabelle 2: Wohnbevölkerung in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969 (jährliche positive/negative Änderung in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	-	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,3
Westberlin	-	- 0,4	- 0,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 0,3

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Beide Stadtstaaten weisen von 1960 bis 1969 eine stagnierende bis rückläufige Entwicklung ihrer Bevölkerungszahlen auf. Bei sechs der neun aufgeführten Änderungsraten lag die Westberliner Entwicklung deutlich unter den entsprechenden Werten Hamburgs.

Betrachtet man den Zeitraum seit 1950, so lassen sich drei verschiedene Entwicklungsphasen unterscheiden. Es wird deutlich, daß Westberlin

- a) fünf Jahre lang steigende Bevölkerungszahlen registrierte, die von 1950 bis 1955 um 2,6 Prozent anstiegen, während Hamburg im gleichen Zeitraum einen Bevölkerungsanstieg von 11,1 Prozent verzeichnete,
- b) weitere fünf Jahre in der Entwicklung der Bevölkerungszahl stagnierte, während Hamburg von 1955 bis 1960 noch einen Bevölkerungszuwachs von 3,1 Prozent erlebte,
- c) bis 1969 insgesamt eine stagnierende Entwicklung seiner Wohnbevölkerung durchmachte, weil es in der Zeit von 1960 bis 1969 einen Rückgang von 3,1 Prozent hatte. In Hamburg sank die Bevölkerung in den gleichen zehn Jahren nur um 1,1 Prozent, so daß die Gesamtentwicklung in Hamburg seit 1950 um 13 Prozent ansteigen konnte.

Um die Bevölkerungsentwicklung in Westberlin in ihren Besonderheiten noch deutlicher darzustellen, gibt die folgende Tabelle 3 die prozentualen Änderungsraten der Wohnbevölkerung der BRD wieder.

Tabelle 3: Wohnbevölkerung der BRD¹ (positive/negative Änderung in Prozent 1950 bis 1955, 1955 bis 1960, 1950 bis 1969 sowie jährliche Änderung 1960 bis 1969)

1950 bis 1955	1955 bis 1960	1950 bis 1969	1960 bis 1961	1961 bis 1962	1962 bis 1963	1963 bis 1964	1964 bis 1965	1965 bis 1966	1966 bis 1967	1967 bis 1968	1968 bis 1969
+ 4,4	+ 5,8	+ 21,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1

¹ Zuzüglich Westberlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Hamburg blieb mit dem Anstieg seiner Bevölkerung bis auf den Zeitraum 1950 bis 1955 in allen Perioden unter dem bundesrepublikanischen Bevölkerungswachstum. Westberlins Wohnbevölkerung blieb in allen Betrachtungszeiträumen noch unter dem jeweiligen Hamburger Änderungswert. Im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung in der BRD ist die Westberliner Entwicklung damit als ausgesprochen gestört anzusehen¹.

Die vom normalen Altersaufbau der Bevölkerung einer Großstadt abweichende Altersstruktur der Westberliner Wohnbevölkerung soll hier noch kurz dargestellt werden.

Als Großstädte mit "normalem" Altersaufbau werden hier Bremen und Hamburg zum Maßstab für die Beurteilung der Westberliner

¹ Erst im Vergleich der Westberliner Bevölkerungsentwicklung mit der der BRD und der in Hamburg läßt sich dieses Urteil fällen; der Vergleich mit der BRD allein würde zwar Anhaltspunkte liefern können, doch wegen der sozialräumlichen Unterschiedlichkeiten zwischen Westberlin und der gesamten Bundesrepublik, die über die politischen Verschiedenheiten hinaus wirksam sind, wäre ein solcher Vergleich unstatthaft.

Altersstruktur gewählt. Indikator für die Altersstruktur ist der prozentuale Anteil der Wohnbevölkerung über 65 Jahre an der Gesamtbevölkerung. Tabelle 4 gibt eine Übersicht.

Tabelle 4: Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber an der gesamten Wohnbevölkerung in Hamburg, Bremen, Westberlin und der BRD, 1950, 1955, 1960, 1965, 1969 (in Prozent)

1950				1955				1960				1965				1969			
HH	HB	WB	BRD	HH	HB	WB	BRD	HH	HB	WB	BRD	HH	HB	WB	BRD ¹	HH	HB	WB	BRD ¹
10,9	10,1	12,4	9,3	12,4	11,1	15,3	10,0	13,6	11,6	17,7	10,6	15,4	12,7	20,1	12,0	16,5	13,8	21,3	13,0

¹ Zuzüglich Westberlin.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, laufende Folge.

Sowohl in den drei Stadtstaaten als auch im gesamten Gebiet der BRD ist eine deutliche Steigungstendenz der Bevölkerung über 65 Jahre seit 1950 zu registrieren. Den gewählten Maßstäben entsprechend kann man die Altersstruktur der Westberliner Bevölkerung als unnormal bezeichnen, denn sie hebt sich im Verlauf der beobachteten zwanzig Jahre deutlich von den "Überalterungstendenzen" der Vergleichsbevölkerungen ab.

3. Die Situation der Wirtschaft

Während der völkerrechtlich abzuleitende politische Status Westberlins durch die Trennung vom Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD als eigenständig bestimmt ist, also Unterschiede zu dem politischen Status der einzelnen Bundesländer aufweist, ist Westberlin wirtschaftlich faktisch in das Wirtschaftsgeschehen der BRD integriert¹. Doch gibt es eine Reihe

¹ "Faktische Wertintegration bedeutet..., daß sich die Wirtschaftsordnung ... der Stadt in prinzipiell der gleichen Weise in die ... Gesamtordnung der Bundesrepublik einfügt, wie dies bei den anderen Bundesländern der Fall ist." (Wissenschaftliche Beratungskommission, a.a.O., S. 23)

von Besonderheiten, die die Wirtschaftsregion Westberlin von anderen Wirtschaftsregionen der BRD unterscheiden:

- a) Seit Ende des Krieges beziehungsweise seit dem Bau der Mauer 1961 ist Westberlin ein Wirtschaftsgebiet ohne Hinterland. Das bedeutet Wegfall des Pendlerverkehrs, genauer
 - Wegfall von "Berufspendlern"; Westberlins Wirtschaft beschäftigt keine Arbeitskräfte, die nicht auch im Stadtgebiet Westberlins wohnen;
 - Wegfall von "Einkaufspendlern"; Westberlin ist nicht mehr Einkaufszentrum für die Bevölkerung des natürlichen Hinterlands. Mit dem natürlichen Umland verlor Westberlin die für Groß-Berlin früher wichtigen Zuliefer- und Weiterverarbeitungsindustrien in verkehrswirtschaftlich günstigen Entfernungen.
- b) Die räumliche Trennung der Wirtschaftsregion Westberlin von den Wirtschaftsregionen der BRD wird durch vertraglich nicht gesicherte Zufahrtswege in ihrer einschränkenden Bedeutung für den Warenverkehr verstärkt.
- c) Die geographische Lage Westberlins, die bestehende Unsicherheit der Zufahrtswege, die politische Situation der Stadt und eine lange Zeit ideologisch ausgerichtete Interpretation der Funktion Westberlins als "Frontstadt", "vorgesobener Posten" oder "Schaufenster des Westens" führten zu sinkender wirtschaftlicher Aktivität in Westberlin; nicht nur die Investitionsneigung privater Investoren ließ zunehmend nach, sondern es kam (nach dem Berlin-Ultimatum 1958; nach dem Bau der Mauer) zu einer sich steigernden privaten Kapitalflucht aus Westberlin.

Diese grundsätzlichen wirtschaftlichen Besonderheiten Westberlins werden zum Nachteil seiner Wirtschaft, vergleicht man zum Beispiel die Wirtschaftsgebiete Westberlin und

Hamburg¹. Hamburg verfügt gegenüber Westberlin über beträchtliche Standortvorteile, die nur geringfügig dadurch gemindert werden, daß die Bedeutung Hamburgs als Industrie-, Hafen- und Handelszentrum durch den Verlust eines Teils seines Hinterlands nach 1945 um einiges nachließ. Hamburg verfügt über ein natürliches Hinterland, ist verkehrswirtschaftlich günstig gelegen, ist fester politischer Bestandteil der BRD und bietet von daher keinerlei objektiv begründeten oder subjektiv erwarteten Widerstand gegen private Investitionsvorhaben.

Um die Standortnachteile der Wirtschaftsregion Westberlin auszugleichen, werden dem Westberliner Wirtschaftssystem durch die Bundesrepublik wirtschaftspolitische Stützungsmaßnahmen (Subventionen) gewährt².

Das Berlin-Hilfe-Gesetz von 1964 sieht eine Befreiung von der Umsatz- beziehungsweise teilweise Befreiung von der Mehrwertsteuer für Unternehmer vor, die mindestens eine Betriebsstätte in Westberlin unterhalten. Ferner gestattet es Sonderabschreibungen für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in drei Jahren bis zu 75 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten ausmachen können. Investitionsprämien und günstige Darlehensgewährung sind weitere Anreize für private Investitionstätigkeit in Westberlin.

¹ "Hamburg bietet sich von allen Wirtschaftsregionen der Bundesrepublik am ehesten als Vergleichsregion an, und zwar aus drei Gründen: Hamburg ist Stadtstaat wie Westberlin, es ist wirtschaftliches Ballungszentrum wie Westberlin, und es hat, gemessen an der Einwohnerzahl, annähernd die gleiche Größe wie Westberlin." (Wissenschaftliche Beratungskommission, a.a.O., S. 24)

² Die folgenden Ausführungen stützen sich vornehmlich auf Mänicke, J.: "Der wirtschaftliche Status Westberlins". In: Albertz, H., und Goldschmidt, D. (Hrsg.): Konsequenzen oder Thesen, Analysen und Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hamburg: Rowohlt 1969, S. 104-139.

Daneben erfolgt eine Subventionierung der in Westberlin entstandenen Einkommen. "Für Einkommenssteuer- und Lohnsteuerpflichtige kommen lediglich die um 30 % verminderten sonst in Westdeutschland geltenden Steuersätze zur Anwendung. Einbehaltene Gewinne der Körperschaftssteuerpflichtigen werden nur mit 37,6 % (statt der sonst geltenden 51 %) und ausgeschüttete Gewinne mit 8,8 % (statt 15 %) besteuert. Lohnsteuerpflichtige erhalten zusätzlich noch eine Arbeitnehmerzulage gewährt, die nach der Höhe des monatlichen Einkommens gestaffelt ist."¹

Exemplarisch für die Situation der Westberliner Wirtschaft im Vergleich zu der Wirtschaftslage in Hamburg soll das Bruttoinlandsprodukt der beiden Stadtstaaten miteinander verglichen werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung, die von den inländischen Wirtschaftseinheiten erbracht wird.

Die absoluten Zahlen des BIP (in jeweiligen Preisen) zeigen die stärkere wirtschaftliche Position Hamburgs. In Tabelle 5 ist die unterschiedliche Situation für drei Jahre dargestellt².

Tabelle 5: Das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) 1960, 1964, 1968 (in Mill. DM)

	1960	1964	1968
Hamburg	16.971	22.353	28.402
Westberlin	12.110	15.965	20.703

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 1.

¹ Mänicke, J., a.a.O., S. 108.

² Die Entwicklung von 1960 bis 1968 ist im Anhang der Arbeit, Tabelle 1, aufgeführt.

Im Durchschnitt der Jahre seit 1960 lag Hamburgs Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) um etwa 40 Prozent über dem Westberlins. Die Entwicklung des Anteils des Westberliner BIP an dem der Hansestadt ist der Tabelle 6 zu entnehmen.

Tabelle 6: Anteil des Westberliner Bruttoinlandsprodukts an dem Bruttoinlandsprodukt Hamburgs 1960 bis 1968 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Anteil in Prozent	71,4	73,0	70,8	71,2	71,4	72,7	72,8	72,2	73,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 1.

Bezieht man das Bruttoinlandsprodukt auf die Wohnbevölkerung, so wird die Stellung Hamburgs vor Westberlin noch deutlicher.

Tabelle 7: Das Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1954) je Einwohner in Westberlin und Hamburg von 1960 bis 1966 (in DM)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Hamburg	8.079	8.207	8.503	8.573	8.993	9.409	9.692
Westberlin	4.749	4.985	5.152	5.305	5.532	5.882	6.024

Quelle: Wissenschaftliche Beratungskommission beim Senat von Berlin, a.a.O., S. 28.

Allerdings sind hier die Pendler und ihre Familien unberücksichtigt, die das Bild zugunsten Hamburgs leicht beeinflussen. "Diese Einpendler haben zwar das Produkt mit erarbeitet, sie und ihre Familien erscheinen jedoch nicht in der Einwohnerzahl, auf die das Produkt bezogen ist. Um zu genaueren Aus-

sagen zu kommen, ist daher das Bruttoinlandsprodukt nicht auf die Einwohner, sondern auf die Wirtschaftsbevölkerung ... zu beziehen. Für 1966 ergibt sich dann folgendes Bild: Westberlin DM 8.600, Hamburg DM 12.500 (in jeweiligen Preisen)."¹

Ein letzter Indikator für die schwächere wirtschaftliche Position Westberlins sei noch angeführt:

"Unter den kreisfreien Städten des Bundesgebiets mit mehr als 100.000 Einwohnern lag Westberlin 1966 erst an 34. Stelle beim Vergleich des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in jeweiligen Preisen."²

4. Einige sozio-ökonomische Gegebenheiten

a) Löhne und Gehälter³

Wenn man die Löhne und Gehälter in beiden Stadtstaaten miteinander vergleicht, ergibt sich für Westberlin trotz vielfacher Stützaktionen eine relativ ungünstige Situation.

Der durchschnittlich in der Bundesrepublik gezahlte Stundenlohn lag 1951 bei 1,39 DM. Hamburg lag mit 1,62 DM um 16,5

¹ Vgl. Wissenschaftliche Beratungskommission, a.a.O., S. 28.

² Vgl. Mänicke, J., a.a.O., S. 113.

³ Löhne und Gehälter bezeichnen als Kategorien von Einkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttobeträge. "Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die dem Arbeitnehmer laufend (regelmäßig) vom Arbeitgeber gezahlt werden; das sind normalerweise der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn beziehungsweise das tarifliche oder frei vereinbarte Gehalt einschließlich tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge." (Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden (1971), S. 455) Das bedeutet, daß die in Westberlin gewährten Subventionen zum Einkommen berücksichtigt worden sind.

Prozent über diesem Durchschnitt, während Westberlin mit 1,35 DM um fast 3 Prozent darunter lag.

Im Jahr 1969 verzeichnete Westberlin einen Bruttostundenlohn von 5,47 DM, der um 1,8 Prozent den Bundesdurchschnitt (5,37 DM) übertraf; doch nimmt sich der Westberliner Betrag vergleichsweise gering gegenüber dem Hamburger Stundenlohn im gleichen Jahr aus, der mit 6,05 DM um 13 Prozent höher war als der Bundesdurchschnitt.

Tabelle 8: Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste in Hamburg und Westberlin (Arbeiterlöhne in der Industrie) – Positive/negative Differenz zum Bundesdurchschnittslohn in Prozent

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	+ 3,5	+ 10,5	+ 10,6	+ 10,4	+ 14,5	+ 13,1	+ 14,5	+ 13,4	+ 13,1	+ 12,7
Westberlin	- 13,9	- 8,1	- 6,1	- 5,4	- 3,4	- 3,1	- 0,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 2.

Bei einem Vergleich der Gehälter (Bruttomonatsverdienste der Angestellten) schneidet Westberlin ebenfalls ungünstig ab. Der Bundesdurchschnitt lag 1960 bei 579 DM, Hamburg lag mit 594 DM um 2,6 Prozent über, Westberlin mit 544 DM um 6,1 Prozent unter diesem Wert.

Im Jahre 1969 war der Bundesdurchschnitt auf ein Monatsgehalt von 1.124 DM angestiegen; Hamburg lag mit 1.182 DM um 5,2 Prozent darüber, Westberlin mit 1.089 DM um 3,1 Prozent darunter.

Tabelle 9: Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste in Hamburg und Westberlin (Angestelltengehälter in Handel und Industrie) – Positive/negative Differenz zum Bundesdurchschnittsgehalt in Prozent

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 6,3	+ 5,9	+ 6,8	+ 6,2	+ 6,4	+ 5,2
Westberlin	- 6,1	- 6,5	- 6,0	- 5,3	- 2,3	- 3,1	- 2,5	- 3,6	- 3,0	- 3,1

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 3.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 3.

b) Andere "Wohlstandsdaten"

Im folgenden sollen einige willkürlich ausgewählte Daten für beide Stadtstaaten vergleichend aufgeführt werden, die hier als "allgemeine Wohlstandsdaten" bezeichnet werden sollen. Sie werden nicht kommentiert.

Tabelle 10: Planmäßige Betten in Krankenhäusern¹ in Hamburg und Westberlin 1967, 1968, 1969

	1967	1968	1969
Hamburg	19.874	19.833	19.675
Westberlin	31.985	32.217	33.787

¹ Öffentliche, freie gemeinnützige und private Krankenhäuser.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, laufende Folge.

Tabelle 11: Erteilungen von allgemeinen Fahrerlaubnissen der Kfz-Klassen 1 bis 5 in Hamburg und Westberlin 1968, 1969, 1970 – insgesamt und an weibliche Personen (in Prozent)

	1968		1969		1970	
	insgesamt	an weibliche Personen	insgesamt	an weibliche Personen	insgesamt	an weibliche Personen
Hamburg	40.911	31,6	41.078	34,4	42.067	34,1
Westberlin	37.200	33,5	38.572	35,4	39.579	36,3

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 12: Fernseh-Rundfunkgenehmigungen in Hamburg und Westberlin 1968, 1969, 1970 (in 1.000)

	1968	1969	1970
Hamburg	892	937	968
Westberlin	725	756	781

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, laufende Folge.

Tabelle 13: Bewohnte Wohngelegenheiten¹ ohne WC sowie WC außerhalb der Wohngelegenheit in Hamburg und Westberlin 1968 (aufgerundete Zahlen)

Hamburg	2.400
Westberlin	6.300

¹ Wohngelegenheiten:
„Wohneinheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden ohne eigene Küche oder Kochnische, ferner die Einheiten im Kellergeschoß und in Unterkünften.“

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, laufende Folge.

II. Überblick über Entstehung und Entwicklung der Strukturen der Schulsysteme in Hamburg und Westberlin

Die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges hatten die Schulwesen beider Stadtstaaten in zweifacher Hinsicht betroffen. Neben den Zerstörungen und Beschädigungen der Schulgebäude¹, dem akuten Lehrermangel und den Schwierigkeiten versorgungstechnischer Art, Schulunterricht zu organisieren, war der traditionelle Aufbau des deutschen Schulwesens Gegenstand anlaufender Diskussion. Die Dreigliedrigkeit des Schulsystems wurde in Frage gestellt, da man soziale Klassenunterschiede als Strukturmerkmal verschiedener Bildungsgänge nicht mehr akzeptieren wollte². Diese Vorstellungen, die unter deutschen Pädagogen und Bildungspolitikern des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts schon weit verbreitet waren, wurden nach dem Ende des Krieges von den Alliierten stark gestützt³.

¹ Nach Kriegsende war zum Beispiel in Hamburg die Hälfte aller Schulen zerstört oder schwer beschädigt (vgl. Hattermann: Bildungsmöglichkeiten in Hamburg. Sonderdruck aus dem Hamburger Adressbuch 1956, S. 4).

² Vgl. Amerikanische Erziehungskommission: Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland. Bericht, München 1946 (Veröffentlichungen der Deutschen Pädagogischen Arbeitsstelle, Nr. 1), S. 9.

Daß das allgemeine Schulwesen in der BRD in seiner Dreigliedrigkeit noch immer besteht, wird heute damit gerechtfertigt, daß durch die drei Schulzweige, Volks-, Realschule und Gymnasien, verschiedenen Begabungstypen entsprechende Bildungsgänge angeboten werden könnten. Praktisch bedeutet das, daß "... die Schulgesetze der Länder in der Regel den drei Schulformen... drei Bildungsaufträge (zuweisen), die an drei entsprechenden Berufsfeldern beziehungsweise Führungsebenen orientiert sind. Die Volksschule bereitet hiernach auf das Gros der handarbeitenden Berufe vor, die Mittelschule auf mittlere Führungspositionen in Wirtschaft, Fürsorge und Verwaltung; die Gymnasien sind Vorbereitungsstätten für künftige Akademiker und für Spitzenpositionen in sämtlichen Berufen". (Kuhlmann, C.: "Schulreform und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1946-1966. Die Differenzierung der Bildungswege als Problem der westdeutschen Schulpolitik". In: Robinsohn, S. B., u. a. (Hrsg.): Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß. Ein interkultureller Vergleich. Bd. 1, Stuttgart: Klett 1970 (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung), S. 1/16 f.).

³ Vgl. Lawson, R. F.: Reform of West German School System 1945-1962. Ann Arbor, Mich.: Malloy Lithoprinting Inc. 1965, S. 3.

Die Aufhebung der schichtspezifischen Auslesefunktion des traditionellen deutschen Schulwesens war ein wichtiger Teil der Forderung alliierter Schulpolitik im Nachkriegsdeutschland¹. Sowohl in Hamburg als auch in Westberlin gingen die bald nach dem Krieg erlassenen Schulgesetze auf diese Forderungen ein und änderten die herkömmliche Struktur des allgemeinbildenden Schulwesens.

Im Gegensatz zu den Flächenstaaten der BRD, in denen das dreigliedrige Schulsystem nach dem Krieg in der Regel unverändert fortgeführt worden ist, waren in den Stadtstaaten nach dem Krieg Schulgesetze erlassen worden, die eine Abkehr von dieser Dreigliedrigkeit bezweckten. An die Stelle der nebeneinander herlaufenden, sich teilweise überschneidenden Schulformen Volksschule, Mittelschule und Höhere Schule, sollte ein einheitlich aufgebautes und in sich organisch gegliedertes Schulsystem treten, welches die standesorientierte Starrheit des bisherigen Systems zugunsten breit angelegter Durchlässigkeit ersetzen sollte. Die entsprechenden Schulgesetze wurden in Hamburg im Jahre 1949, in Berlin (vom Magistrat Großberlins) im Jahre 1948 verabschiedet. In ihrem Kern waren sich beide Gesetze ähnlich. Sie gingen in ihrem Ansatz beide zurück auf Artikel 146 der Reichsverfassung von 1919. Hamburg sah vor:

"... eine allgemeine Volksschule, in der sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule eine von allen Schulpflichtigen zu besuchende Oberschule aufbaut. Diese Oberschule gliedert sich - nach der Mannigfaltigkeit der Berufe und nach der Verschiedenheit der Begabung - in mehrere Bildungsgänge. Neben einer Praktischen Oberschule für die praktischen Begabungen, die für die vielen praktischen Berufe des werktätigen Lebens in Frage kommt, und einer Wissenschaftlichen Oberschule für die sehr viel kleinere Zahl theoretischer Begabungen, die sich für wissenschaftliche Arbeit eignen ..." gibt es eine "... Tech-

¹ Vgl. dazu unter anderem Robinsohn, S. B., und Kuhlmann, C., a.a.O., S. 312.

nische Oberschule (für) diejenigen (praktisch-technisch Begabten), die zwar einen Sinn für theoretische Erkenntnis haben, die diese aber nicht um ihrer selbst willen suchen, sondern im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit im praktischen Leben. Es sind jene Begabungen, deren die technische Entwicklung ... im Wirtschaftsleben und in der Verwaltung bedarf."¹

Mit dieser Neustrukturierung führte Hamburg das 9. Schuljahr als Pflichtschuljahr ein und verlängerte die Grundschuldauer um zwei Jahre. Der Übergang zu den drei weiterführenden Schulzweigen der Oberschule konnte somit erst nach dem 6. Schuljahr vorgenommen werden.

Zwar hatte Hamburg damit noch immer drei nach "Begabungen ausgerichtete" Schulzweige, doch ihre organisatorische und terminologische Einstufung als Differenzierungen eines Oberschulsystems kam den Auffassungen der Alliierten recht nahe.

Das Berliner Schulgesetz von 1948 sah eine zwölfjährige Einheitsschule vor; die Grundschuldauer betrug acht Jahre. Es schloß sich entweder ein 9. Berufsfindungsjahr an mit darauf aufbauender dreijähriger Berufs- und Berufsfachschule oder aber der vierjährige Besuch des wissenschaftlichen Zweiges der Einheitsschule. Ein Pendant zu der Hamburger Oberschule Technischer Zweig war nicht vorgesehen.

Beide Gesetze sind in den direkt nach ihrer Verabschiedung folgenden Jahren wieder "gegenreformiert" worden. Sie waren beide durch sozialdemokratische beziehungsweise sozialistische Mehrheiten verabschiedet worden. In beiden Stadtstaaten verfolgte die stadtparlamentarische Opposition offen das Ziel der Rückkehr zur dreigliedrigen Schulstruktur.

¹ Schröder, H.: "Eine neue Schule - Die Forderung unserer Zeit". In: Schulbehörde der Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Die Neuordnung des Hamburger Schulwesens. Hamburg 1949, S. 45.

In Hamburg - dessen Gesetz ohnehin dem alten Gliederungsprinzip der Schulstruktur eher entsprach als das Berliner Schulgesetz - löste 1953 ein CDU-Senat die SPD-Regierung ab und führte eine "Reform der Schulreform" dergestalt durch, "... daß sie den Übergang von Kindern aus der Grundschule sowohl nach dem vierten als auch nach dem sechsten Schuljahr ermöglichte. Praktisch war damit die Rückkehr zur vierjährigen Grundschule vollzogen, denn der Übergang nach dem vierten Schuljahr wurde der Regel-, und der nach dem sechsten der Ausnahmefall."¹

In Westberlin betrieb die CDU, "... die 1948 als einzige Partei gegen das Schulgesetz gestimmt hatte ... eine konsequente Restaurationspolitik mit dem Ziel, 'die Rettung des humanistischen Bildungsideals für die Berliner Schule zu bringen' ... Dabei kann sie fast ausnahmslos mit der Unterstützung durch die FDP rechnen, die behauptet, aus rein taktischen Gründen dem 48er Gesetz zugestimmt zu haben, um den Einfluß der SED abzuschwächen."² Schon drei Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes von 1948 wurde in Westberlin 1951 die horizontale Organisation des Schulsystems wieder abgeschafft; mit der Einführung der Oberschule Technischer Zweig (OTZ) näherte sich Westberlin nicht nur dem Hamburger Schulgliederungsprinzip, sondern damit auch wieder der Dreigliedrigkeit des alten Systems. Die Dauer des für alle Kinder verbindlichen Grundschulbesuchs wurde auf sechs Jahre herabgesetzt und das 13. Schuljahr für die Oberschule Wissenschaftlicher Zweig (OWZ) eingeführt.

Mit der Abkehr von horizontaler und der Hinwendung zu vertikaler Schulartengliederung wurde auch der Name des Westberliner Schulsystems geändert. Aus der Einheitsschule wurde die "Berliner Schule", eine Namensänderung, "die mit der Notwendigkeit, sich

¹ Fiege, H.: Geschichte der hamburgischen Volksschule. Bad Heilbrunn, Obb.: Klinkhardt 1970, S. 148.

² Vgl. Wissenschaftliche Beratungskommission beim Senat von Berlin, a.a.O., S. 79.

von der kommunistischen Terminologie zu distanzieren, begründet wird"¹. Die sechsjährige Grundschule blieb in Westberlin in der Regel erhalten, wobei - abgesehen von Versuchen mit "Schulen besonderer pädagogischer Prägung", die als erste Ansätze zur Entwicklung von Gesamtschulen gelten können - zwei altsprachliche Gymnasien und das "Französische Gymnasium" die Ausnahme bildeten und mit der 5. Klasse begannen².

Mittlerweile ist man sowohl in Hamburg als auch in Westberlin dazu übergegangen, die drei Oberschulzweige terminologisch dem Sprachgebrauch der amtlichen Statistik der Bundesrepublik anzugleichen. Der Grundschule folgt die Hauptschule, und beide bilden die sogenannte Volksschule; dieser sind in der Mehrzahl der Fälle auch die Sonderschulformen organisatorisch zugeordnet, die Realschule und das Gymnasium sind sogenannte "weiterführende Schularten" und ersetzen den Technischen Zweig (OTZ) und den wissenschaftlichen Zweig (OWZ) der Oberschule. Trotz dieser Angleichung der Bezeichnungen blieben jedoch einige grundlegende Unterschiede zu den Schulsystemen der Flächenstaaten bestehen. Die Schulsysteme der Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Westberlin werden deshalb von der Schulstatistik als "Schulen mit neuorganisiertem Schulaufbau" geführt.

¹ Vgl. Wissenschaftliche Beratungskommission beim Senat von Berlin, a.a.O., S. 80.

² "Daß es der SPD gelang, wenige Reste des 'Einheitsschulgesetzes' durch die Restauration hindurch zu retten und der Westberliner Schulpolitik das Image zu vermitteln, gegenüber westdeutschen Bundesländern einige Schritte voraus zu sein, kann darauf zurückgeführt werden, daß jenes Schulgesetz vor der Teilung (Groß-Berlins) unter starkem sozialistischen und alliierten Einfluß zustande gekommen war und als politisches Faktum nicht vollständig negiert werden konnte." Ebenda, S. 89.

III. Das Ziel der Demokratisierung

1. Demographische Indikatoren

a) Der relative Schulbesuch

Die Darstellung der Entwicklung des relativen Schulbesuchs in beiden Stadtstaaten geschieht für zwei Zeiträume. Die Untersuchung des relativen Schulbesuchs gliedert sich somit in zwei Abschnitte. Zuerst wird die gesamte Nachkriegsentwicklung an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen dargestellt. Daran schließt sich eine Darstellung der Entwicklung dieser Strukturquote von 1960 bis 1969 an, die die öffentlichen und privaten Schulen gemeinsam erfaßt.

Die Entwicklung seit 1948 wird hier in drei Phasen aufgeteilt. Für sämtliche Bereiche des öffentlichen und wirtschaftlichen Geschehens setzte nach der deutschen Kapitulation "am Punkt Null" eine Phase des Wiederaufbaus ein, was auch für die Schulsysteme der beiden Stadtstaaten galt. Die Einwirkungen des Krieges mußten zuerst beseitigt werden, bevor an eine über den Wiederaufbau hinausgehende Planung überhaupt gedacht werden konnte. Von daher ist diese erste Phase gekennzeichnet durch schulpolitische Aktivitäten, deren Ausführung notwendig geworden war, wollte man auf dem Sektor Schulwesen nicht unter den Stand dessen absinken, was vor dem Krieg an quantitativer Struktur gegeben war.

Die Dauer der Wiederaufbauphase in der Nachkriegsentwicklung des Schulwesens beginnt mit dem frühestmöglichen Termin zur Erhebung von Schuldaten und gilt mit dem Jahr 1955 als abgeschlossen. Für die Westberliner Entwicklung sind schulstatistische Strukturmerkmale schon für 1946 zu bilden; Hamburg dagegen verfügt erst ab 1948 über die erforderlichen Grunddaten. Einheitlich wird in dieser Arbeit somit für beide Stadtstaaten der Anfang der Wiederaufbauphase mit dem Jahr 1948 gewählt.

Die beiden darauffolgenden Phasen von jeweils wiederum sieben Jahren sollen hier terminologisch zusammengefaßt werden zu

einer "Ausbauphase"¹. Erst als Schulraumnot, Lehrermangel und hohe Klassenfrequenzen - um nur die wichtigsten quantitativen Merkmale einer gestörten Schulstruktur zu nennen - einigermaßen gemildert worden waren, konnten schulpolitische Aktivitäten geplant und umgesetzt werden, die Reformkonzepten entstammten und über den Rahmen von Wiederaufbauleistungen hinaus Verbesserungen der Struktur des Schulwesens vorsahen. Die genaue zeitliche Abgrenzung des Beginns der zweiten Periode, der Ausbauphase, bereitet Schwierigkeiten, da nicht auszuschließen ist, daß schon während der Wiederaufbauperiode teilweise Reformen im Sinne des verbessernden Ausbaus der quantitativen Strukturen des Schulwesens geplant und umgesetzt wurden.

Zum anderen ist nicht auszuschließen, daß Wiederaufbauleistungen auch noch nach 1955 - dem hier gesetzten Beginn der Ausbauperiode - gestellt wurden; doch geht die Arbeit davon aus, daß der Schwerpunkt des Wiederaufbaus in der Zeit von 1948 bis 1955 lag.

Der relative Schulbesuch, aufgefaßt als Indikator dafür, inwieweit das Ziel der Demokratisierung im Sinn eines optimalen Ausschöpfens von Begabungspotential in den vergangenen Nachkriegsjahren realisiert werden konnte, wird hier im Rahmen von Bedingungen dargestellt, die ihrerseits dem schulpolitischen Ziel der Modernisierung zuzuordnen sind. Aufbau und Ausbau eines Schulsystems nach seiner Zerstörung können als Stufen der Entwicklung zu einem modernen Schulsystem begriffen werden. Wenn also auch der Schwerpunkt der Betrachtung auf die Komponente der Demokratisierung gelegt wird, so zeigt die Entwicklung des relativen Schulbesuchs hier doch gleichermaßen auf, ob und wie weit die Schulsystemstrukturen modernisiert sind.

¹ Eine ähnliche Möglichkeit zur Einteilung der Nachkriegsentwicklung des Schulwesens in einzelne Phasen unterscheidet zwischen Aufbauphase (einschließlich der Deckung des Nachholbedarfs), Phase der systemimmanenten Expansion im System des dreigliedrigen Schulwesens und Phase der strukturverändernden Reform (Schulzentren, Gesamtschulen). Vgl. hierzu Boehm, U., und Rudolph, H.: Kompetenz- und Lastenverteilung im Schulsystem. Gutachten für die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Berlin 1971 (unveröffentlichtes Manuskript), unter anderem S. 108.

(1) Die Entwicklung von 1948 bis 1969

- Die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zusammen

Von 1948 bis 1969 stieg der relative Schulbesuch¹ an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Hamburg von 70,3 Prozent auf 72,7 Prozent, vermehrte sich also nur um 2,4 Prozentpunkte (3,4 Prozent des Ausgangswertes von 1948); in Westberlin verlief die Entwicklung im gleichen Zeitraum sogar rückläufig: von 75,1 Prozent (1948) fiel die Quote um 4,9 Prozentpunkte (6,5 Prozent des Wertes von 1948) auf 70,2 Prozent ab. Dazu war während der Wiederaufbauphase in beiden Städten ein starkes Absinken des relativen Schulbesuches zu beobachten; in Hamburg fiel die Quote von 70,3 Prozent (1948) um 13,2 Prozent dieses Ausgangswertes auf 61,0 Prozent (1955) ab, in Westberlin von 75,1 Prozent (1948) sogar um 15,6 Prozent auf 63,4 Prozent (1955).

Die Phase des Ausbaus, von 1955 bis 1969, ist dann in beiden Stadtstaaten von einer Aufwärtstendenz der Entwicklung bestimmt, die jedoch unterschiedlich stark war. In Hamburg stieg der relative Schulbesuch um 19 Prozent, in Westberlin um fast 11 Prozent. Die Aufteilung der Ausbauphase in zwei Sieben-Jahres-Perioden weist für beide Stadtstaaten nach, daß dieser Anstieg nur in der Zeit von 1962 bis 1969 erfolgte. In der ersten Hälfte der Ausbauperiode sank der Quotenwert in Westberlin sogar um 1,8 Prozentpunkte, während er in Hamburg nahezu stagnierte.

¹ Die Gesamtzahl der Schüler auf öffentlichen allgemeinbildenden Schulen, bezogen auf ihren Altersjahrgang, der mit 6 bis unter 20 Jahren angenommen wurde (schulfähige Wohnbevölkerung).

Tabelle 14: Der relative Schulbesuch in Hamburg und Westberlin an sämtlichen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen von 1948 bis 1969 -- Aufbau-, Ausbauphase und Gesamtentwicklung

		Hamburg	Westberlin
Quoten des relativen Schulbesuchs (in Prozent)	1948	70,3	75,1
	1955	61,0	63,4
	1962	60,5	61,6
	1969	72,7	70,2
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	- 13,2	- 15,6
Ausbauphase	1955-1969	+ 19,2	+ 10,7
	1955-1962	- 0,8	- 2,8
	1962-1969	+ 19,3	+ 14,0
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	+ 3,4	- 6,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 12.

- Öffentliche Grund- und Hauptschulen (Volksschulen)

Aufgrund der bestehenden allgemeinen Schulpflicht kann der Darstellung der Schulbesuchsentwicklung an Volksschulen selbst kein Hinweis auf bildungspolitische Konzepte der Chancengleichheit in einem Schulsystem entnommen werden. Es kann vermutet werden, daß der relative Volksschulbesuch in seinen auf- und abwärts gerichteten Entwicklungstendenzen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Schulbesuchs an anderen Schulzweigen aussagefähiger wird.

Daß trotz der Schulpflicht der relative Schulbesuch der Volksschule so weit unter dem 100-Prozentwert liegt, hat seinen Grund darin, daß der als typisch angenommene Altersjahrgang zum Teil auch der Altersjahrgang der Schüler an Realschulen und Gymnasien ist.

Während der gesamten Nachkriegszeit sank der Schulbesuch in Hamburg um fast 12 Prozent, in Westberlin um annähernd 10 Prozent. In der Wiederaufbauphase war das Absinken der Quote des relativen Volksschulbesuchs¹ besonders stark; in Hamburg betrug der Quotenabfall von 1948 bis 1955 etwa 13 Prozent, in Westberlin etwa 19 Prozent. Dafür stieg die Quote in Westberlin in den ersten sieben Jahren der Ausbauphase wieder an, während sie in Hamburg ihren Wert hielt. In Hamburg ist erst in der zweiten Hälfte der Ausbauperiode ein gemäßigtes Ansteigen des relativen Volksschulbesuchs zu beobachten; in Westberlin dagegen stieg die Quote von 1962 bis 1969 um mehr als 8 Prozent.

Tabelle 15: Der relative Schulbesuch in Hamburg und Westberlin an öffentlichen Grund- und Hauptschulen (Volksschulen) von 1948 bis 1969 – Aufbau-, Ausbauphase und Gesamtentwicklung

		Hamburg	Westberlin	
Quoten des relativen Schulbesuchs (in Prozent)	1948	79,1	80,8	
	1955	68,6	65,5	
	1962	68,6	67,5	
	1969	69,8	73,0	
Positive/negative Änderung (in Prozent):	Wiederaufbauphase	1948-1955	- 13,3	- 18,9
	Ausbauphase	1955-1969	+ 1,7	+ 11,5
		1955-1962	± 0	+ 3,1
		1962-1969	+ 1,7	+ 8,1
	Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	- 11,8	- 9,7

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 13.

- Öffentliche Realschulen

Sowohl in Hamburg als auch in Westberlin nahm der Besuch öffentlicher Realschulen, bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters²,

¹ Wohnbevölkerung im Alter von 6 bis unter 16 Jahren.

² Wohnbevölkerung im Alter von 12 bis unter 16 Jahren.

während der gesamten Nachkriegszeit sehr stark zu. Kamen 1948 in Hamburg fast 12 Realschüler auf 100 Personen der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, war diese Zahl bis 1969 auf annähernd 22 Schüler angewachsen. In Westberlin entwickelte sich diese Relation im gleichen Zeitraum von 10 auf nahezu 23 Realschüler.

In beiden Stadtstaaten stieg der relative Schulbesuch an Realschulen während der Wiederaufbauphase relativ stark an. In Hamburg betrug die prozentuale Steigerung des Quotenwerts von 1948 bis 1955 etwa 46 Prozent, in Westberlin sogar fast 140 Prozent.

Die Ausbauphase ist in ihrem ersten Abschnitt von 1955 bis 1962 in beiden Stadtstaaten durch einen absinkenden Realschulbesuch gekennzeichnet, während von 1962 bis 1969 der Schulbesuch wieder zunahm; in Hamburg stieg die Quote des relativen Schulbesuchs von 15,7 Prozent (1962) auf fast 22 Prozent (1969) an, in Westberlin von fast 22 Prozent auf annähernd 23 Prozent.

Tabelle 16: Der relative Schulbesuch in Hamburg und Westberlin an öffentlichen Realschulen von 1948 bis 1969 – Aufbau-, Ausbauphase und Gesamtentwicklung

		Hamburg	Westberlin	
Quoten des relativen Schulbesuchs (in Prozent)	1948	11,7	9,6	
	1955	17,1	23,0	
	1962	15,7	21,8	
	1969	21,8	22,5	
Positive / negative Änderung (in Prozent):	Wiederaufbauphase	1948-1955	+ 46,2	+ 139,6
	Ausbauphase	1955-1969	+ 27,5	-- 2,2
		1955-1962	-- 8,2	-- 5,2
		1962-1969	+ 38,9	+ 3,2
	Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	+ 86,3	+ 134,4

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 14.

Das besonders starke Ansteigen des Realschulbesuches in Hamburg von 1962 bis 1969 fällt mit einem relativ geringen Anstieg des Volksschulbesuchs zusammen. Während 1969 beide Stadtstaaten annähernd gleiche Realschulbesuchsquoten aufweisen, liegt der Volksschulbesuch in Westberlin deutlich über dem in Hamburg. Ein aufschlußreiches Bild würde generell der Vergleich der Hauptschulbesuchsentwicklung mit der Entwicklung des relativen Schulbesuchs an Realschulen ergeben. Wegen der unterschiedlichen Grundschuldauer in den Stadtstaaten läßt sich ein solcher Vergleich jedoch nur schwer durchführen. Die vorliegende Arbeit hat auf einen Vergleich dieser Art verzichtet.

- Öffentliche Gymnasien

Der zur Bildung der Strukturquote herangezogene Anteil der Wohnbevölkerung, der als gleichaltrig mit der Schülerschaft an Gymnasien aufgefaßt wird, wurde für beide Stadtstaaten unterschiedlich gewählt. Wegen der unterschiedlich langen Grundschulzeit wurde die dem Alter der Oberschüler entsprechende Jahrgangsguppe in Hamburg mit 10 bis unter 20 Jahren, in Westberlin mit 12 bis unter 20 Jahren angenommen.

Der relative Gymnasiumbesuch sank während der Aufbauphase in beiden Städten erheblich, wobei das Ausmaß des Absinkens in Westberlin mit fast 20 Prozent um das Doppelte größer war als in Hamburg. Allerdings lag die Quote des relativen Schulbesuchs an Gymnasien in Westberlin am Ende der ersten Periode (1955) noch immer um 3,7 Prozentpunkte über der in Hamburg. Von 1955 bis 1962 stagnierte die Quote in Hamburg; in Westberlin fiel sie um mehr als 7 Prozent auf einen Wert von 12,6 Prozent ab. Noch immer lag aber der Westberliner Wert über dem Hamburgs. Erst im Jahre 1969 hatte die Entwicklung des Schulbesuchs an Hamburger Gymnasien die Westberliner Quote übertroffen und lag mit 19 Prozent um 1,6 Prozentpunkte über dem Westberliner Quotenwert.

Tabelle 17: Der relative Schulbesuch in Hamburg und Westberlin an öffentlichen Gymnasien von 1948 bis 1969 – Aufbau-, Ausbauphase und Gesamtentwicklung

		Hamburg	Westberlin	
Quoten des relativen Schulbesuchs (in Prozent)	1948	10,6	16,9	
	1955	9,9	13,6	
	1962	10,0	12,6	
	1969	19,0	17,4	
Positive/negative Änderung (in Prozent):	Wiederaufbauphase	1948–1955	– 6,6	– 19,5
	Ausbauphase	1955–1969	+ 91,9	+ 27,9
		1955–1962	+ 1,0	– 7,4
		1962–1969	+ 90,0	+ 38,1
	Gesamtentwicklungsperiode	1948–1969	+ 79,2	+ 3,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 17.

Verglichen mit der Schulbesuchsentwicklung an den beiden anderen Schulzweigen öffentlicher allgemeinbildender Schulen fällt das Absinken des Schulbesuchs an Gymnasien in der Aufbauphase wieder mit dem Absinken des Volksschulbesuchs und einem Anstieg der Schulbesuchsquote an Realschulen zusammen. Das relativ starke Ansteigen des Hamburger Gymnasiumbesuchs von 1962 bis 1969 läuft parallel mit dem im Vergleich zu Westberlin starken Anstieg der Realschulbesuchsquote. Für den zweiten Abschnitt der Ausbauphase läßt sich erkennen, daß der Anreiz, weiterführende Schulen zu besuchen, in Hamburg größer war als in Westberlin.

- Öffentliche Sonderschulen

Der Schulbesuch an öffentlichen Hilfs- und Sonderschulen war 1948 in beiden Städten annähernd gleich, entwickelte sich in beiden Städten fast durchgehend aufwärts, weist aber für beide

Schulsysteme die Phase 1962 bis 1969 als eine relativ expansionsarme Zeit aus.

Zwar stieg der relative Sonderschulbesuch¹ im zweiten Teil der Ausbauphase in Westberlin noch immer um fast 10 Prozent an, doch verglichen mit den Steigerungsraten in den anderen Perioden fällt eine solche Steigerung kaum ins Gewicht. In Hamburg ging während der gleichen Zeit der Schulbesuch an Sonderschulen ganz leicht zurück. Bei der Interpretation der Steigerungsraten des Sonderschulbesuchs ist darauf zu achten, daß sie das Steigerungsmaß für relativ kleine Quoten abgeben. So ist das Absinken der Hamburger Schulbesuchsquote von 4,4 auf 4,3 Prozent immerhin schon eine negative Änderung von 2,3 Prozent.

Tabelle 18: Der relative Schulbesuch in Hamburg und Westberlin an öffentlichen Sonderschulen von 1948 bis 1969 – Aufbau-, Ausbauphase und Gesamtentwicklung

		Hamburg	Westberlin	
Quoten des relativen Schulbesuchs (in Prozent)	1948	2,1	2,2	
	1955	2,7	3,1	
	1962	4,4	5,2	
	1969	4,3	5,7	
Positive /negative Änderung (in Prozent):	Wiederaufbauphase	1948-1955	+ 28,6	+ 40,9
	Ausbauphase	1955-1969	+ 59,3	+ 83,9
		1955-1962	+ 63,0	+ 67,7
		1962-1969	- 2,3	+ 9,6
	Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	+ 104,8	+ 159,1

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 16.

¹ Die gleichaltrige Wohnbevölkerung wurde hier wie bei den Grund- und Hauptschulen mit 6 bis unter 16 Jahren angenommen.

Westberlin weist durchgehend nicht nur ein über dem Hamburgs liegendes Änderungsmaß auf; auch die absoluten Quotenwerte lagen von 1948 bis 1969 ständig über den Quoten des Hamburger Sonderschulbesuchs.

(2) Die Entwicklung von 1960 bis 1969

Die langfristig angelegte Darstellung der Entwicklung des relativen Schulbesuchs an den einzelnen Schulzweigen soll ergänzt werden durch die Wiedergabe der kurzfristigen Entwicklung dieser Strukturquote seit 1960. Im Gegensatz zu dem bisher geübten Verfahren bezieht die folgende Darstellung die privaten Schulen mit ein.

- Grund- und Hauptschulen¹

In Hamburg wuchs die absolute Schülerzahl an Grund- und Hauptschulen von 139.045 (1960) um 3,4 Prozent auf 143.776 (1969) an; der relative Schulbesuch fiel jedoch von 72,2 Prozent (1960) auf 70,1 Prozent (1969), also um 2,9 Prozent.

In Westberlin stieg im gleichen Zeitraum die absolute Zahl der Schüler an Grund- und Hauptschulen von 137.290 (1960) auf 145.594 (1969), was einen Anstieg von 6 Prozent bedeutet; die relative Schulbesuchszahl stieg jedoch nur um 2,9 Prozent an, nämlich von 72,2 Prozent (1960) auf 74,3 Prozent (1969). Der Anstieg der Quote des relativen Schulbesuchs verlief in Westberlin somit um 2,5 Prozentpunkte stärker als in Hamburg.

¹ Einschließlich Aufbauklassen, freiwilligen 9. beziehungsweise 10. Klassen, Förderklassen, Hilfsschulklassen, übrigen Sonderklassen, Schüler der Grundstufe der Freien Waldorfschulen.

Tabelle 19: Der relative Schulbesuch an Grund- und Hauptschulen 1960 bis 1969
(in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	72,2	73,4	72,0	71,2	70,9	70,8	72,4	74,6	74,5	70,1
Westberlin	72,2	73,4	69,6	68,4	67,6	67,8	70,8	72,4	73,1	74,3

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 5.

- Realschulen

Im Jahre 1960 besuchten in Hamburg 13.921 Schüler die Realschule; die absolute Schulbesuchszahl steigerte sich in zehn Jahren um 12,0 Prozent auf 15.593 (1969). Weit weniger stark stieg der relative Schulbesuch an; von einem Ausgangswert von 17,1 Prozent (1960) hob er sich auf 23,2 Prozent (1969) und stieg somit um 6,1 Prozentpunkte, was einem prozentualen Anstieg von 35,7 Prozent gleichkommt. Die zehnjährige Entwicklung der Quote war in Hamburg in ihrer stetigen Aufwärtstendenz nur einmal (1962) unterbrochen worden. Anders in Westberlin; die absolute Realschülerzahl sank im Berichtszeitraum von 18.338 um 14,1 Prozent auf 15.750 ab. Dieses Absinken war jedoch von entsprechenden Bewegungen in der gleichaltrigen Wohnbevölkerung begleitet, so daß die Quote des relativen Schulbesuchs fast durchgehend die gleiche blieb; der Vergleich zwischen dem Anfangswert von 23,9 Prozent (1960) und dem Endwert von 23,6 Prozent (1969) weist ein prozentuales Sinken der Quote von nur 1 Prozent aus. Zwar lagen Westberlins Werte des relativen Realschulbesuchs während der zehn Jahre immer über denen Hamburgs, doch wird der dadurch eventuell hervorgerufene Eindruck einer Vorrangstellung Westberlins durch den unterschiedlichen Verlauf des Quotenwachstums zugunsten Hamburgs stark geschwächt. Die Differenz zwischen den Ausgangswerten der Quote in beiden Stadtstaaten betrug 1960 noch 6,8 Prozentpunkte, sank bis 1969 jedoch auf 0,4 herab.

Tabelle 20: Der relative Schulbesuch an Realschulen 1960 bis 1969 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	17,1	16,3	16,7	16,7	17,3	17,7	18,0	19,2	21,2	23,2
Westberlin	23,9	24,2	22,9	22,9	23,4	23,4	24,0	24,1	24,1	23,6

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 7.

- Gymnasien¹

Die absoluten Schülerzahlen entwickelten sich in Hamburg von 25.037 (1960) auf 35.401 (1969) und stiegen damit um 41,4 Prozent an. Viel eindrucksvoller erhöhten sich jedoch die Werte des relativen Schulbesuchs², nämlich von 10,9 Prozent (1960) auf 20,3 Prozent (1969). Das ist eine Steigerung um 86 Prozent. Nachdem in der ersten Hälfte der untersuchten Periode der Anstieg noch vergleichsweise langsam vonstatten ging (von 1960 bis 1964 ein Steigen um etwa 12 Prozent), ergaben sich ab 1965 erheblich höhere Quoten.

Westberlin zeigte während der vergangenen zehn Jahre eine weniger expansive Entwicklung auf diesem Gebiet; so stiegen die absoluten Schülerzahlen nur um wenig über 4 Prozent an, nämlich von 29.176 Schülern an Gymnasien im Jahre 1960 auf 30.422 im Jahre 1969. Durch ein Absinken der gleichaltrigen Bevölkerung stieg demgegenüber die Quote des relativen Schulbesuchs im gleichen Zeitabschnitt von 13,7 auf 20,3 Prozent an.

¹ Einschließlich der Schüler der Mittel- und Oberstufen an Schulen mit gesamtschulartigem Aufbau und Schüler der Oberstufe der Freien Waldorfschulen (1969 ohne Schüler der Freien Waldorfschulen).

² Zur Wahl der mit den Gymnasiumbesuchern gleichaltrigen Wohnbevölkerung vgl. die Ausführungen auf S. 69 f.

Tabelle 21: Der relative Schulbesuch an Gymnasien 1960 bis 1969 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	10,9	10,6	11,1	11,5	12,2	13,1	14,3	15,5	18,0	20,3
Westberlin	13,7	14,4	13,9	14,2	15,4	16,4	16,8	18,0	20,5	20,3

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 8.

- Sonderschulen

In Hamburg lag die absolute Schulbesuchszahl 1960 bei 7.822 Schülern und vergrößerte sich bis 1969 um 24,6 Prozent auf 9.744; dieser Entwicklung entsprach ein Ansteigen des relativen Schulbesuchs um rund 15 Prozent von 4,1 Prozent (1960) auf 4,7 Prozent (1969). Dabei sind in der Entwicklung zwei Phasen deutlich zu unterscheiden: eine erste Anstiegsphase von 1960 bis 1964 (17 Prozent), in welcher die für die gesamte Periode geltende Steigerung schon übertroffen wurde; ab 1965 setzte eine Phase der Stagnation ein; der Wert der relativen Schulbesuchsquote pendelte zwischen 4,6 Prozent und 4,7 Prozent.

In Westberlin lag nicht nur die absolute Sonderschülerzahl und der anfängliche Quotenwert des relativen Schulbesuchs über den entsprechenden Daten der Hamburger Entwicklung, sondern in Westberlin war im gleichen Zeitraum ein stärkeres Ansteigen von absoluter Schülerzahl und relativem Schulbesuch zu beobachten. Einer Steigerung der Zahl der Sonderschüler von 8.793 (1960) auf 11.742 (1969) um annähernd 34 Prozent entsprach eine Anhebung der relativen Schulbesuchsquote um mehr als 30 Prozent, nämlich von 4,6 Prozent auf 6,0 Prozent. Ähnlich wie für Hamburg lassen sich auch für Westberlin zwei unterschiedliche Phasen der Entwicklung erkennen. War die erste Phase gekennzeichnet von einem Anstieg des Schulbesuchs um fast 33 Prozent, und zwar von 4,6 Prozent (1960) auf 6,1 Prozent (1965), so

oszillierte die Quote von 1966 bis 1969 um den Wert von 6,1 Prozent, unter den sie zum Ende der Berichtsperiode abfiel (1969: 6,0 Prozent).

Tabelle 22: Der relative Schulbesuch an Sonderschulen 1960 bis 1969 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	4,1	4,6	4,5	4,5	4,8	4,7	4,6	4,6	4,6	4,7
Westberlin	4,6	5,1	5,3	5,6	5,9	6,1	6,1	6,2	6,1	6,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 6.

b) Die Quartanerquote

(1) Öffentliche Gymnasien

Der Besuch der Quarta, gemessen in absoluten Zahlen, stieg von 1960 bis 1969 in beiden Stadtstaaten an. In Hamburg lag zu Beginn der Berichtszeit die Anzahl der Schüler in der 7. Klassenstufe der öffentlichen Gymnasien bei 3.006 (1960). Sie stieg während der folgenden neun Jahre um 1.814 Schüler auf eine Anzahl von 4.820 (1969). In Westberlin erhöhten sich die absoluten Quartanierzahlen von 3.596 (1960) um 1.252 Schüler auf 4.848 (1969) Quartaner. Während Hamburg den Ausgangsbestand an Quartanern im Berichtszeitraum um etwa 60 Prozent erhöhte, konnte in Westberlin nur eine Zunahme um 35 Prozent festgestellt werden.

Diese aus absoluten Quartanierzahlen ermittelten Entwicklungsverläufe geben jedoch ein verzerrtes Bild, weil sie die mit dieser Entwicklung parallel laufenden Änderungen in der Bevölkerungszahl beider Städte nicht berücksichtigen. Indem eine auf die Wohnbevölkerung bezogene Quote des relativen Quartanerbesuchs gebildet wird, können aussagefähigere Ergebnisse erzielt werden. Die Quartanerquote bezieht die Anzahl der Quartaner

auf den für diese Klassenstufe typischen Altersjahrgang der Bevölkerung, der hier als der Jahrgang der jeweils Zwölf- bis unter Dreizehnjährigen angenommen wird.

Während dieser Alterjahrgang in der Berichtszeit im gesamten Bundesgebiet um etwa 14 Prozent anstieg, nahm er in Westberlin und Hamburg ab¹. In Hamburg verringerte er sich um 9,8 Prozent (1960: 21.136; 1969: 19.062), in Westberlin um 17,8 Prozent (1960: 20.670; 1969: 16.981); diese Entwicklung des Altersjahrgangs der Quartaner kann durch die Quartanerquote mit der absoluten Änderung der jeweiligen Quartanierzahlen im Berichtszeitraum verknüpft werden. Indem man die demographische Entwicklung auf diese Art neutralisiert, bekommt man ein Ergebnis, welches weit eher Rückschlüsse auf bildungspolitische Hintergründe der Entwicklung von Quartabesuchszahlen zuläßt.

In beiden Stadtstaaten zeigte die Entwicklung der Quartanerquoten eine steigende Tendenz, doch erscheint die Schere der beiden Entwicklungsverläufe nun nicht mehr so weit geöffnet wie die Entwicklung der absoluten Quartanierzahlen vermuten läßt; Hamburg verbesserte die Quartanerquote von 14,2 Prozent (1960) auf 25,3 Prozent (1969), Westberlin von 17,4 Prozent (1960) auf 28,5 Prozent (1969).

Tabelle 23: Relativer Besuch der 7. Klasse des öffentlichen Gymnasiums (Quartanerquote) 1960 bis 1969 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	14,2	13,8	14,9	14,7	16,0	17,4	19,0	21,5	23,3	25,3
Westberlin	17,4	18,8	17,8	20,4	22,3	22,9	24,1	27,3	27,1	28,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 9.

¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden (1962); dass. (Hrsg.): 2. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung 1968-2000. Wiesbaden 1970 (unveröffentlichte Unterlagen).

(2) Öffentliche Realschulen¹

Neben der Quartanerquote an den Gymnasien wird eine für die Realschulen entsprechend gebildete Quote als demographisch konstruierter Indikator für Demokratisierung im Schulsystem verwendet. Der Grad der Gewährung von Chancengleichheit im Zugang zu weiterführenden Schulen kann nur bestimmt werden, wenn beide Schulzweige berücksichtigt worden sind.

Die Entwicklung der absoluten Schülerzahlen der 7. Realschulklassen in Hamburg verlief in den beiden Stadtstaaten unterschiedlich. In Hamburg waren es zu Beginn der untersuchten Periode (1960) 3.374 Schüler; bis 1963 sank die Zahl auf 3.131 Schüler ab, um dann bis 1967 auf 3.477 Schüler anzusteigen.

In Westberlin verlief die Entwicklung durchgehend rückläufig. Von 5.392 (1960) Schüler sank sie auf 4.239 (1967) Schüler herab. Betrachtet man nur Anfangs- und Endwerte beider Entwicklungen, so stagnierte der Schulbesuch der 7. Realschulklasse in Hamburg, während er in Westberlin um über 20 Prozent sank.

Das schon erwähnte Absinken des altersgleichen Jahrgangs der Wohnbevölkerung in beiden Städten (1960 bis 1967 in Hamburg um 16,9 Prozent, in Westberlin um 21,4 Prozent) traf in Westberlin mit einem gleich starken Sinken der Schulbesuchszahl der 7. Realschulklasse zusammen. Das wird deutlich in der Darstellung der Entwicklung der "Quartanerquote"².

¹ Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Datenbeschaffung ist der Schulbesuch der 7. Realschulklassen nur von 1960 bis einschließlich 1967 untersucht worden.

² Die Bezeichnung "Quartanerquote" wird hier der besseren Vergleichbarkeit wegen auch für den Realschulbesuch beibehalten.

Tabelle 24: Relativer Besuch der 7. Klasse der öffentlichen Realschule (Quartanerquote)
1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	16,0	15,6	16,8	16,2	17,5	18,4	18,1	19,8
Westberlin	26,1	27,0	25,6	26,9	26,8	25,3	25,9	26,1

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 10.

Während der relative Schulbesuch in der 7. Realschulklasse in Westberlin stagnierte und nur geringfügig um den Quotenwert 26 Prozent oszillierte, konnte in Hamburg die Quartanerquote von 1960 bis 1967 um 23,8 Prozent ansteigen. Der Vorsprung des absoluten Werts der Westberliner Quote vor der Hamburger Quartanerquote konnte damit zwar eingeschränkt werden, betrug 1967 jedoch immer noch fast 32 Prozent.

(3) Öffentliche Realschulen und Gymnasien zusammen

Eine Quartanerquote, die beide Schulzweige gemeinsam erfaßt (Gesamtquartanerquote), soll in ihrer Entwicklung von 1960 bis 1967 dargestellt werden. Sie ist aufschlußreich insofern, als sie zum Ausdruck bringt, wie groß der Anteil der auf weiterführende Schulen übergehenden Schüler an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung ist. Mehr noch als die für die zwei Schulzweige getrennt dargestellte Entwicklung der Quartanerquoten kann eine solcherart zusammenfassende Quote des relativen Schulbesuchs in den Aufnahmeklassen weiterführender Schulen die ihr zuge dachte Indikatorfunktion erfüllen. Sie gibt an, wie groß der Bevölkerungsteil ist, der Zugang zu weiterführenden Bildungsgängen erhält.

Die im Vergleich zu Hamburg höheren Quotenwerte der getrennt berechneten beiden Quartanerquoten in Westberlin führen dazu,

daß Westberlin eine Gesamtquartanerquote registrieren konnte, die nicht nur durchgehend über dem Stand der Hamburger Quote lag, sondern 1966 die 50-Prozenthöhe überstieg.

Zu Beginn des Beobachtungszeitraumes lag die Gesamtquartanerquote in Westberlin bei 43,5 Prozent und somit um 44 Prozent über dem Hamburger Wert von 30,2 Prozent. Von geringfügigen Rückgängen um 1961 und 1962 in beiden Stadtstaaten stiegen beide Gesamtquoten grundsätzlich an. Hamburg konnte seinen Gesamtquotenwert bis 1967 um 36 Prozent auf einen Stand von 41,2 Prozent verbessern. In Westberlin betrug der Anstieg 21 Prozent und lag 1967 mit 53,4 Prozent um 30 Prozent über dem Hamburger Endwert.

Tabelle 25: Relativer Besuch der 7. Klasse der öffentlichen Realschule und des Gymnasiums (Gesamtquartanerquote) 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	30,2	29,4	31,7	30,9	33,5	35,8	37,1	41,2
Westberlin	43,5	45,8	43,4	47,4	48,8	48,2	50,0	53,4

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 11.

In Westberlin erhält ab 1966 mindestens die Hälfte der entsprechenden Altersgruppe die Chance, auf öffentlichen weiterbildenden Schulen aufgenommen zu werden. In Hamburg liegt dieser Bevölkerungsanteil deutlich tiefer. Es wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit noch dargestellt werden, wie viele dieser einmal aufgenommenen Schüler die eingeschlagenen Bildungsgänge erfolgreich absolvieren.

2. Schichtspezifische Indikatoren

a) Anteil von Arbeiterkindern an der Gesamtschülerschaft

Der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtheit der Schüler, die ein Gymnasium besuchen, soll als Indikator dafür gewertet werden, inwieweit die Schulsysteme Hamburgs und Westberlins jeweils dem Grundgesetzauftrag der Schaffung gleicher Zugangschancen zu weiterführenden Bildungseinrichtungen gerecht werden. Auf die Problematik schichtenspezifischer Schulbesuchsanalysen im allgemeinen und die speziellen Datenerhebungsprobleme im besonderen Fall dieser Arbeit ist schon aufmerksam gemacht worden (vgl. S. 22 ff. dieser Arbeit).

Darüber hinaus muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die schulstatistische Sondererhebung, die das Datenmaterial für diesen hier behandelten Komplex der Chancengleichheit im Schulwesen Hamburgs und Westberlins lieferte, nur in den Klassenstufen 10 und 13 an öffentlichen und privaten Gymnasien durchgeführt wurde.

In Hamburg besuchten 1965 insgesamt 2.606 Schüler die 10. Klasse eines öffentlichen oder privaten Gymnasiums. Von diesen lassen sich 2.547 Schüler nach der sozialen Stellung des Vaters in die vier Kategorien Beamter, Angestellter, Selbständiger und Arbeiter einordnen; 59 Schüler machten entweder keine entsprechenden Angaben oder kamen aus Familien, in denen der Vater ohne Beruf beziehungsweise Berufstätigkeit war.

In Westberlin betrug die Zahl sämtlicher Besucher der 10. Klassen an öffentlichen oder privaten Gymnasien im gleichen Jahr 3.681. Den vier Kategorien sozialer Stellung lassen sich hier 3.434 Schüler zuordnen, denn in Westberlin belief sich die Zahl der Kinder von Vätern ohne Berufsangabe auf 247.

Tabelle 26: Schüler der 10. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien nach der sozialen Stellung des Vaters -- Absolute Zahlen und ihr jeweiliger Anteil an der Gesamtzahl der Schüler der 10. Klassen (in Prozent) -- 1965

Soziale Stellung des Vaters	Hamburg		Westberlin	
	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern (in Prozent)	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern (in Prozent)
Selbständiger	754	29,6	892	26,0
Beamter	544	21,4	820	23,9
Angestellter	1.120	44,0	1.247	36,3
Arbeiter	129	5,0	475	13,8
Zusammen	2.547	100,0	3.434	100,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 18.

In beiden Stadtstaaten stellten die Kinder von Arbeitern den weitaus geringsten Teil der Schüler der 10. Klassen, doch während in Hamburg nur 5 Prozent der Gesamtschülerzahl dieser Klassenstufe - von den Schülern ohne Angabe der sozialen Stellung des Vaters abgesehen - Arbeiterkinder waren, betrug in Westberlin dieser Anteil fast 14 Prozent. Anders ausgedrückt war also in Hamburg jeder zwanzigste Schüler der 10. Gymnasiums-klasse, in Westberlin etwa jeder siebente Schüler ein Arbeiterkind.

Die gleiche Erhebung an den 13. Klassen der Gymnasien verstärkt den Eindruck, daß Westberlin dem bildungspolitischen Postulat der Startgerechtigkeit im Schulwesen im Jahr 1965 weit eher entsprach als die Hansestadt Hamburg.

Tabelle 27: Schüler der 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien nach der sozialen Stellung des Vaters – Absolute Zahlen und ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler der 13. Klassen (in Prozent) – 1965

Soziale Stellung des Vaters	Hamburg		Westberlin	
	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern (in Prozent)	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern (in Prozent)
Selbständiger	440	29,5	655	29,7
Beamter	366	24,5	515	23,3
Angestellter	639	42,8	844	38,3
Arbeiter	47	3,2	191	8,7
Zusammen	1.492	100,0	2.205	100,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 18.

In Hamburg besuchten insgesamt 1.575 Schüler eine öffentliche oder private Oberprima; von diesen entfielen 83 auf die Gruppe ohne Angabe über den Beruf des Vaters, so daß sich 1.492 Schüler auf die vier Kategorien sozialer Stellung des Vaters verteilten.

Die Gesamtzahl der Schüler der 13. Klassen von Gymnasien betrug in Westberlin 2.416; davon machten 211 Schüler keine Angaben über den Beruf des Vaters; somit ließen sich 2.205 Oberprimaner den vier Typen sozialer Stellung zuordnen.

In Hamburg lag der Anteil von Arbeiterkindern an dieser eingeschränkten Gesamtzahl von Schülern in den Abiturklassen bei 3,2 Prozent, während er in Westberlin mit 8,6 Prozent um mehr als 5 Prozentpunkte darüber lag.

Zur besseren Darstellung der Bedeutung dieser Ergebnisse soll im folgenden die jeweilige Struktur der Erwerbsbevölkerung in beiden Stadtstaaten diesen Anteilswerten gegenübergestellt werden.

In beiden Stadtstaaten stellten die statistisch als Arbeiter erfaßten Erwerbstätigen mehr als die Hälfte sämtlicher männlicher Erwerbspersonen.

Tabelle 28: Anteil verschiedener Gruppen sozialer Stellung an der gesamten männlichen Erwerbsbevölkerung (in Prozent) – 1965

Soziale Stellung	Hamburg		Westberlin	
	10. Klasse	13. Klasse	10. Klasse	13. Klasse
Selbständiger	11,3	7,0	13,1	9,6
Beamter	8,1	8,1	14,3	9,0
Angestellter	27,8	4,1	8,0	5,4
Arbeiter	52,8	0,2	1,6	0,6
Zusammen	100,0		100,0	

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 24.

Dieser Vergleich durch Gegenüberstellung der Anteilswerte Arbeiterkinder/sämtliche Schüler und männliche Arbeiter/sämtliche männlichen Erwerbspersonen kann vereinheitlicht werden, indem man die Anzahl der Schüler in der Gliederung nach der sozialen Stellung des Vaters auf die männliche Bevölkerung in eben diesen sozialen Schichten bezieht.

Tabelle 29: Kinder von Vätern bestimmter sozialer Stellung in den 10. und 13. Klassenstufen auf 1.000 männliche Erwerbspersonen in jeweiliger sozialer Stellung – 1965

Soziale Stellung des Vaters	Hamburg		Westberlin	
	10. Klasse	13. Klasse	10. Klasse	13. Klasse
Selbständiger	12,0	7,0	13,1	9,6
Beamter	12,1	8,1	14,3	9,0
Angestellter	7,3	4,1	8,0	5,4
Arbeiter	0,4	0,2	1,6	0,6

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 25.

In Hamburg kamen 1965 auf 10.000 Arbeiter etwa 4 Kinder von Arbeitern in den 10. Klassenstufen der Gymnasien, in den Oberprimen waren es nur 2. Demgegenüber behauptete Westberlin im gleichen Jahr eine Relation von 16 Arbeiterkindern pro 10.000 Arbeiter in den 10. Klassen und von 6 Arbeiterkindern in den 13. Klassen öffentlicher und privater Gymnasien.

b) Anteil von Nicht-Akademikerkindern an der Gesamtschüler-
schaft

Im Erhebungsjahr 1965 befanden sich in Hamburg 808 Schüler mit akademisch vollausgebildeten Vätern in der 10. Klasse des Gymnasiums, was einem Anteil von 31 Prozent an sämtlichen Schülern dieser Klassenstufe entspricht. In Westberlin zählte die entsprechende Gruppe im gleichen Jahr dagegen nur 739 Schüler, wobei der Anteil an sämtlichen Schülern der 10. Klasse bei genau 20 Prozent lag. Diesen Werten entsprechend lag somit in Hamburg der Anteil von Nicht-Akademikerkindern mit 1.798 Schülern in der 10. Klassenstufe bei 69 Prozent, in Westberlin mit 2.942 Schülern bei 80 Prozent.

In der 13. Klasse des Gymnasiums stellt sich die Situation ähnlich dar; doch hat sich die Überrepräsentation der Akademikerkinder in Westberlin um einiges der in Hamburg angenähert. Mit 654 Schülern der Abiturklassen, deren Väter akademische Ausbildungsgänge durchlaufen haben, sind in Westberlin 27 Prozent sämtlicher Oberprimaner repräsentiert. In Hamburg stellten 561 Schüler der 13. Klasse, deren Väter Akademiker sind, jedoch immer noch einen größeren Prozentsatz der Oberprimaner, nämlich fast 35 Prozent.

Im folgenden soll nunmehr die Obergruppe der Schüler mit nicht akademisch ausgebildeten Vätern in einzelne Subgruppen sozialer Stellung des Vaters aufgeteilt werden. Dabei werden zunächst der Stellung des Vaters im Beruf entsprechend sechs arbeitsvertraglich unterscheidbare Berufskategorien gebildet (Beamte, Angestellte, Selbständige, freiberuflich Tätige, Arbeiter und die Gruppe ohne Beruf beziehungsweise ohne Berufsangabe).

Tabelle 30: Schüler der 10. und 13. Klassen nach Ausbildung und beruflicher Stellung des Vaters
 -- Absolute Zahlen und Anteil an der jeweiligen Obergruppe Akademiker beziehungsweise Nicht-Akademiker (in Prozent) -- 1965

Ausbildung und berufliche Stellung des Vaters	Hamburg		Westberlin	
	Schüler (Anzahl)	Anteil Obergruppe (in Prozent)	Schüler (Anzahl)	Anteil Obergruppe (in Prozent)
10. Klasse				
Mit Hochschulbildung	808	100,0	739	100,0
Ohne Hochschulbildung	1.798	100,0	2.942	100,0
Beamter	280	15,6	562	19,1
Angestellter	868	48,3	1.033	35,1
Selbständiger	219	12,2	546	18,6
Freiberuflich Tätiger	243	13,5	79	2,7
Arbeiter	129	7,1	475	16,1
Ohne Beruf(sangabe)	59	3,3	247	8,4
13. Klasse				
Mit Hochschulbildung	561	100,0	654	100,0
Ohne Hochschulbildung	1.014	100,0	1.762	100,0
Beamter	170	16,8	291	16,6
Angestellter	475	46,8	649	36,8
Selbständiger	107	10,6	354	20,1
Freiberuflich Tätiger	132	13,0	66	3,7
Arbeiter	47	4,6	191	10,8
Ohne Beruf(sangabe)	83	8,2	211	12,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 19.

Doch diese berufskategoriale Aufteilung ist für Zwecke einer auf schichtenspezifisch ungleiche Startsituationen für Schüler gerichteten Untersuchung noch zu wenig nach unterschiedlichem sozialen Status der Schülergruppen gegliedert.

Das zur Auswertung verfügbare statistische Material der Sondererhebung läßt eine weitere Untergliederung der Beamten, Angestellten und Selbständigen in berufspositionale Kategorien zu; die drei arbeitsvertraglich unterschiedlichen Berufskategorien werden jeweils getrennt in sogenannte höhere oder leitende Positionen einerseits und die "sonstigen Berufspositionen" andererseits. Eine solche Trennung bei Beamten und Angestellten ist

dem statistischen Quellenmaterial direkt zu entnehmen. Schwierigkeiten bereitet dagegen eine entsprechende Dichotomisierung der Kategorie der Selbständigen. Die vorliegende Arbeit behalf sich, indem sie Landwirte, Fabrikanten und Großhändler zu einer den leitenden und höheren Positionen der Angestellten und Beamten entsprechenden Gruppe mit höherem Sozialstatus zusammenfaßte und ihr die Einzelhändler, Gastwirte, Handwerker und übrigen selbständig Gewerbetreibenden als "sonstige Gewerbetreibende" gegenüberstellte, denen vergleichsweise minderer sozialer Status zugeschrieben werden kann.

Tabelle 31: Schüler der 10. und 13. Klassen nach dem Beruf und der Stellung im Beruf des Vaters – Beamte, Angestellte, Selbständige ohne abgeschlossenes Hochschulstudium – 1965

Beruf/Stellung im Beruf des Vaters	Anteil der Schüler mit Vätern bestimmter Stellung im Beruf an sämtlichen Schülern mit Vätern des entsprechenden Berufs (in Prozent)			
	10. Klasse Gymnasium		13. Klasse Gymnasium	
	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin
Beamter				
in höherer Position	52,1	62,6	53,5	64,6
sonstiger Beamter	47,9	37,4	46,5	35,4
Angestellter				
in leitender Stellung	60,3	21,6	59,2	23,9
sonstiger Angestellter	39,7	78,4	40,8	76,1
Selbständiger				
Landwirt, Fabrikant, Großhändler	34,7	21,6	30,8	21,5
sonstiger selbständiger Gewerbetreibender	65,3	78,4	69,2	78,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 20.

In beiden Stadtstaaten überwog bei Beamtenkindern auf beiden Klassenstufen der Anteil der Schüler mit Vätern, die gehobene Beamtenpositionen innehaben; Westberlin wies in der 10. Klassenstufe der Gymnasien einen Anteil von fast 63 Prozent der Kinder von Beamten in höherer Position aus, während Hamburg mit 52 Pro-

zent der gleichen Kategorie erheblich weniger Kinder dieser besser situierten Gruppe im Vergleich zu Kindern von Beamten der mittleren und einfachen Laufbahn in der 10. Klasse aufwies. In der 13. Klassenstufe war ungefähr die gleiche Relation beider Schülergruppen zueinander zu beobachten.

Bei der Schülergruppe der Kinder von Angestellten zeigte sich ein genau umgekehrtes Verhältnis; während in Hamburg in beiden Klassenstufen der Anteil der Kinder von Angestellten in leitender Stellung an der Gesamtzahl der Angestelltenkinder bei etwa 60 Prozent lag, machten in Westberlin die Kinder aus besser situierten Familien von Angestellten nur etwa 22 Prozent aus. Die Schüler mit Vätern, die als Angestellte niedrigeren Sozialstatus hatten, stellten dagegen in Westberlin fast einen doppelt so hohen Anteil an sämtlichen Angestelltenkindern in den beiden Klassenstufen wie in Hamburg.

Es sei darauf hingewiesen, daß die gesamte Gruppe von Schülern, die den Beruf des Vaters mit "Angestellter" angegeben hatten, in beiden Stadtstaaten an erster Stelle auf einer Rangskala nach der Höhe jeweiliger Anteilswerte der Berufsgruppen insgesamt rangierte. Doch ist der Unterschied zwischen Hamburg und Westberlin hinsichtlich der Größe dieser am häufigsten vertretenen Schülergruppen frappierend (vgl. Tabelle 26 und 27). Während die Kinder von Angestellten in Hamburg nahezu die Hälfte sämtlicher Schüler in der 10. Klasse ausmachten, repräsentierten sie in Westberlin nur knapp über ein Drittel aller Schüler. Dadurch wird die Bedeutung des Verhältnisses von Kindern von höheren Angestellten zu denen der übrigen Angestellten erhöht; an anderer Stelle dieser Arbeit sollen nämlich die Schüler der beiden Klassenstufen durch alle Berufe der Väter hindurch nach der gehobenen oder einfachen Stellung des Vaters in seinem Beruf aggregiert werden. Auf diese Weise sollen die Kinder an Gymnasien grob unterteilt werden in solche aus bildungswilligen und andere aus bildungsfernen Schichten der Bevölkerung. Wenn also in Hamburg nahezu 50 Prozent der Kinder nicht akademisch vorgebildeter Väter allein von der Gruppe der Angestelltenkinder repräsentiert wurden, fällt die hohe Quote der Kinder von leitenden

den Angestellten dergestalt ins Gewicht, daß die ohnehin sich abzeichnende Tendenz verstärkt wird, daß in der Hansestadt Kindern aus bildungsfernen Familien weniger Anreize und Chancen zum Besuch weiterführender Schulen geboten werden als in Westberlin.

Bei der Berufsgruppe der Selbständigen, die ihre Kinder die 10. und 13. Klasse der Gymnasien besuchen ließen, waren es in beiden Stadtstaaten die Einzelhändler, Gastwirte, Handwerker und sonstigen selbständigen Gewerbetreibenden, deren Kinder auf beiden Klassenstufen die Mehrheit bildeten. Die dieser Gruppe gegenüber überwiegend sozial höher einzustufenden selbständigen Landwirte, Fabrikanten und Großhändler waren durch ihre Kinder in Hamburg in der 10. Klasse mit etwa 35 Prozent, in der 13. Klasse mit etwa 31 Prozent vertreten, während in Westberlin ihr Anteil in beiden Klassenstufen bei etwa 21 Prozent lag (vgl. Tabelle 31).

Unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit im Schulwesen weitaus aussagefähiger ist jedoch der Unterschied zwischen den Anteilswerten von Schülern, deren Vater freiberuflich tätig ist. Während in Hamburg diese Schülergruppen in beiden Klassenstufen mit etwa 13 Prozent vertreten waren, lag der entsprechende Anteilswert in Westberlin in der 10. Klassenstufe bei 2,7 Prozent, in der 13. Klassenstufe bei 3,7 Prozent. Das hat seinen Grund darin, daß in diese Gruppierung jene Schüler aufgenommen worden sind, die den Beruf ihres Vaters mit "Kaufmann" angegeben hatten. Unter diese Rubrik fallen die für die personelle Erwerbsstruktur Hamburgs typischen Export- und Import-Kaufleute, die generell ihre berufliche Stellung ohne Hochschulstudium erworben haben, jedoch in einer möglichen Rangskala sozialer Wertschätzung in der Hansestadt traditionell einen der vordersten Plätze belegen.

In der 10. Klassenstufe sind es 111 Schüler, deren Vater als "Kaufmann" geführt worden ist, in der 13. Klassenstufe sind es 63; in beiden Klassen repräsentieren die Kinder dieser "Kauf-

leute" nahezu die Hälfte der Schüler mit einem freiberuflich tätigen Vater (vgl. Tabelle 30).

Geht man davon aus, daß in der Regel Berufe ohne akademische Grundlegung von minderm sozialen Status begleitet sind als solche, die auf einem Hochschulstudium aufbauen, muß im Fall der Hamburger Kaufleute diese Regel als durchbrochen angesehen werden, hinsichtlich des sie begleitenden Sozialprestiges rangieren Hamburger Kaufleute auf einem Niveau mit Berufen, die ein Hochschulstudium voraussetzen. Untergebracht in der Gruppe der Schüler mit Vätern ohne ein abgeschlossenes Hochschulstudium, müssen die Kinder von Hamburger Kaufleuten einen verzerrenden Einfluß auf das Ergebnis jeder Untersuchung haben, die eine Offenlegung möglicher Selektion von Schülern für weiterführende Schulen aufgrund der Zugehörigkeit zu niedriger bewerteten Sozialschichten zum Ziel hat.

Für die Kategorie der Schüler, die als Kinder von Arbeitern die beiden Klassenstufen besuchen, läßt sich über die schon an vorhergehender Stelle aufgeführten Ergebnisse hinaus nichts hinzufügen.

Wie schon angekündigt, sollen nun die Schüler in den 10. und 13. Klassen der Gymnasien nach dem Kriterium der Bildungswilligkeit beziehungsweise Bildungsferne ihrer familiären Umgebung zu zwei Schülergruppen aggregiert werden, um so am Abschluß des Kapitels über Chancengleichheit im Schulwesen Hamburgs und Westberlins, sozusagen als Zusammenfassung bisheriger Teilergebnisse, auf ihren Anteil an der Schülerschaft der beiden Klassenstufen hin untersucht zu werden.

Tabelle 32 zeigt deutlich, daß die 10. und 13. Klasse öffentlicher und privater Gymnasien 1965 in Westberlin zu einem größeren Anteil von Kindern aus bildungsfernen Familien unserer Definition besucht wurden, als das in Hamburg der Fall gewesen ist. In Hamburg lag der Anteil der Schüler aus bildungsoffenen Familien in beiden Klassenstufen bei etwa zwei Dritteln der ge-

samten Schülerzahl dieser Klassen; in der 13. Klasse erreichte er annähernd 70 Prozent. Demgegenüber waren in Westberlin nahezu 60 Prozent der Schüler in der 10. und über 50 Prozent in der 13. Klassenstufe Kinder aus bildungsfernen Familien.

Tabelle 32: Schüler der 10. und 13. Klassen nach ihrer Herkunft aus bildungsoffenen und bildungsfernen Familien – 1965

Bildungsbezug der Familie	Schüler der 10. Klassen		Schüler der 13. Klassen	
	Anzahl	Anteil an sämtlichen Schülern der 10. Klasse (in Prozent)	Anzahl	Anteil an sämtlichen Schülern der 13. Klasse (in Prozent)
Bildungsoffen				
Hamburg	1.664	65,3	1.029	69,0
Westberlin	1.432	41,7	1.073	48,7
Bildungsfern				
Hamburg	883	34,7	463	31,0
Westberlin	2.002	58,3	1.132	51,3

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 21.

3. Geschlechtsspezifische Indikatoren

a) Mädchen an Realschulen

In der Anfangsklasse der Realschulen waren von 1960 bis 1967 in beiden Stadtstaaten mehr Mädchen als Jungen. Die Verteilung beider Geschlechter entsprach in etwa dem Anteil der Mädchen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, das heißt, die Schülerinnen der 7. Realschulklasse stellten durchschnittlich 53,1 Prozent der Schülerschaft dieser Klassenstufe in beiden Stadtstaaten gleichermaßen.

Tabelle 33: Anteil der Mädchen an den Schülern der 7. Klasse der öffentlichen Realschule 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	53,0	51,9	53,2	52,1	54,2	53,6	54,9	52,5
Westberlin	53,8	54,2	53,4	52,7	51,9	53,5	51,7	54,1

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 26.

In den Abschlußklassen war im gleichen Zeitraum in Hamburg die Verteilung nach Geschlechtern fast unverändert geblieben. Sie betrug durchschnittlich 52,4 Prozent, war also geringfügig gesunken.

In Westberlin dagegen war der Anteil der Mädchen, die mit dem Abschlußzeugnis die öffentliche Realschule verlassen, größer als in der Eingangsklasse. Er betrug von 1960 bis 1967 im Durchschnitt 55,3 Prozent.

Tabelle 34: Anteil der Mädchen an den Abgängern mit Abschlußzeugnis von öffentlichen Realschulen 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	52,8	51,8	52,5	54,0	53,1	51,2	52,4	51,4
Westberlin	55,0	52,8	55,4	55,3	56,2	56,9	56,7	54,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 27.

Besonders interessant diesen Anteilswerten gegenüber ist die nach dem Geschlecht gebildete Erfolgsquote. Die unterschiedlich hohen Erfolgsquoten des Realschulbesuchs in Westberlin und Hamburg werden an anderer Stelle noch dargestellt werden.

Von größerer Bedeutung ist hier die Unterschiedlichkeit der Erfolgsquoten, wenn man Schüler und Schülerinnen miteinander vergleicht.

Tabelle 35: Erfolgsquoten an öffentlichen Realschulen nach dem Geschlecht der Schulabgänger 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Mädchen								
Hamburg	85,7	85,1	88,3	84,1	85,4	78,0	88,3	86,7
Westberlin	71,1	70,4	68,6	63,5	64,4	67,7	64,4	66,4
Jungen								
Hamburg	82,9	82,3	88,1	83,3	85,2	80,1	91,1	89,4
Westberlin	66,5	69,0	67,0	62,6	58,2	60,8	56,3	61,7

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 27.

Bis auf die Jahre 1965, 1966 und 1967 lagen in Hamburg die von den Schülerinnen realisierten Erfolgsquoten über denen der Realschüler; in Westberlin lagen die Erfolgsquoten von Realschülerinnen durchgehend über denen der männlichen Realschüler.

Tabelle 36: Vorsprung der für weibliche Realschüler berechneten Erfolgsquoten vor den Erfolgsquoten männlicher Realschüler 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	3,4	3,4	0,2	1,0	0,2	- 2,6	- 3,1	- 3,3
Westberlin	6,9	2,0	2,4	1,4	10,7	11,3	14,4	7,6

Quelle: Vgl. Tabelle 35.

b) Mädchen an Gymnasien

Der Anteil der Mädchen an der Schülerschaft der 7. Klassenstufe an öffentlichen Gymnasien lag von 1960 bis 1967 in Westberlin mit durchschnittlich 46 Prozent über dem Anteilswert in Hamburg, der im Durchschnitt 45 Prozent betrug.

Tabelle 37: Anteil der Mädchen an den Schülern der 7. Klasse des öffentlichen Gymnasiums 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	44,7	45,2	43,5	42,2	44,6	46,0	45,6	46,3
Westberlin	45,4	44,0	45,6	45,2	45,0	45,6	46,7	46,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 28.

In beiden Stadtstaaten stieg der Anteil der Schülerinnen während des Berichtszeitraums an; durch den starken Anstieg seit 1960 hatte der in Hamburg beobachtete Schülerinnenanteil bis 1967 den Westberliner Anteilswert fast erreicht.

Der Mädchenanteil an den Abiturienten der gleichen Periode war in Hamburg und Westberlin prozentual nahezu gleich. In beiden Stadtstaaten oszillierte er um den 40-Prozentwert.

Tabelle 38: Anteil der Mädchen an den Abiturienten öffentlicher Gymnasien 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	39,4	39,2	38,1	39,8	37,4	39,5	40,9	41,0
Westberlin	42,2	38,7	41,6	41,7	35,9	35,2	42,1	41,7

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 29.

In Hamburg betrug der durchschnittliche Anteil von Abiturientinnen zwischen 1960 und 1967 rund 39 Prozent, in Westberlin rund 40 Prozent. Im Vergleich zur Eingangsklasse (Quarta) hatte sich der Mädchenanteil an den Schülern in Hamburg und Westberlin damit um 13 Prozent verringert. Westberlin hielt mit den absoluten Quoten einen kleinen Vorsprung vor Hamburg.

Verfolgt man die Entwicklung der Abiturientenquote, die für weibliche Schülerinnen berechnet wurde, von 1960 bis 1969, so fällt ein deutlicher Vorsprung Westberlins vor Hamburg auf. Auf die Unterschiede beider Schulsysteme hinsichtlich der allgemeinen, für beide Geschlechter zusammen gebildeten Abiturientenquote wird an anderer Stelle noch eingegangen werden. Zur besseren Einschätzung der unterschiedlichen Entwicklungsverläufe der Abiturientinnenquote beider Stadtstaaten ist in Tabelle 39 die Darstellung der allein für männliche Abiturienten gebildeten Quote des relativen Schulbesuchs mit aufgeführt.

Tabelle 39: Abiturientenquoten nach dem Geschlecht 1960 bis 1969 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Mädchen										
Hamburg	3,7	4,3	4,8	4,7	6,4	5,2	5,4	5,8	6,6	7,2
Westberlin	6,4	7,4	8,4	9,0	6,8	7,5	7,9	7,3	8,4	8,0
Jungen										
Hamburg	5,4	6,4	7,4	7,1	10,6	7,6	7,6	8,3	9,1	10,3
Westberlin	8,5	11,2	10,9	11,1	10,9	12,4	10,4	9,7	11,1	11,1

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 29.

In beiden Stadtstaaten waren die Abiturientinnenquoten niedriger als die für männliche Abiturienten gebildeten Werte. Den prozentualen Vorsprung der für männliche Schulabgänger geltenden Quoten vor den für Abiturientinnen berechneten Werten gibt Tabelle 40 wieder.

Tabelle 40: Vorsprung der für männliche Abiturienten berechneten Abiturientenquoten vor den Abiturientinnenquoten 1960 bis 1969 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	45,9	48,8	54,2	51,1	65,6	46,2	40,7	43,1	37,9	43,1
Westberlin	32,8	51,4	29,8	23,3	60,3	65,3	31,6	32,9	32,1	38,8

Quelle: Vgl. Tabelle 39.

Der geschlechtsspezifische Unterschied der Anteile der Abiturienten am gleichaltrigen Jahrgang der Wohnbevölkerung war, von zwei Ausnahmen abgesehen, in jedem Jahr seit 1960 in Hamburg erheblich größer als in Westberlin. Die größte Differenz der nach Geschlechtern gebildeten Abiturientenquote war in Hamburg ein Vorsprung der männlichen Abiturienten von fast 66 Prozent, in Westberlin von etwas über 65 Prozent. Die niedrigste Quote des relativen Unterschieds war in Westberlin mit knapp über 23 Prozent gegeben, in Hamburg betrug sie nahezu 38 Prozent. Deutlicher wird die unterschiedliche Beteiligung der Mädchen an den Jahrgangsgruppen der Abiturienten jedoch, wenn man beachtet, daß in Westberlin zwischen 1960 und 1969 der Vorsprung der männlichen Abiturienten in sechs Jahren unterhalb von 35 Prozent lag, in Hamburg wurde ein derart niedriger Vorsprung in keinem Jahr realisiert. Dagegen betrug der Vorsprung der Jungen in Hamburg in sechs Jahren mehr als 45 Prozent; in Westberlin wurde dieser Wert nur in drei Jahren erreicht.

Ebenso wie nach Geschlechtern getrennte Abiturientenquoten sollen Erfolgsquoten in der Entwicklung seit 1960 dargestellt werden, die jeweils für männliche und weibliche Abiturienten gebildet wurden¹.

¹ Aus Gründen, die in der Schwierigkeit liegen, für beide Schulsysteme vergleichbare Daten zu erheben, wird die für beide Geschlechter getrennt gebildete Erfolgsquote ab 1963 dargestellt.

Tabelle 41: Erfolgsquoten nach dem Geschlecht 1963 bis 1969 (in Prozent)

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Mädchen							
Hamburg	33,1	36,6	43,6	45,1	47,5	53,0	61,3
Westberlin	47,1	46,1	47,6	50,9	49,3	55,9	58,8
Jungen							
Hamburg	42,2	51,7	53,8	51,8	55,3	61,3	66,3
Westberlin	57,4	66,6	66,0	60,2	57,4	63,8	68,6

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 29.

Auch hier soll noch nicht auf den allgemeinen Vorsprung der Westberliner vor den Hamburger Erfolgsquoten eingegangen werden; wieder wird das Verhältnis der beiden Geschlechter zueinander in dem jeweiligen Schulsystem untersucht.

Zur besseren Übersicht gibt Tabelle 42 die prozentualen Vorsprünge der für männliche Abiturienten gebildeten Erfolgsquoten vor den Erfolgsquoten weiblicher Schulabgänger wieder.

Tabelle 42: Vorsprung der für männliche Abiturienten berechneten Erfolgsquoten vor den Erfolgsquoten weiblicher Abiturienten 1963 bis 1969 (in Prozent)

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	27,5	41,3	23,4	14,9	16,4	15,7	8,2
Westberlin	21,9	44,5	38,7	18,3	16,4	14,1	16,7

Quelle: Vgl. Tabelle 41.

Anders als bei den durch Wohnbevölkerungsbezug gebildeten Abiturientenquoten sieht die Entwicklung der durch Bezug auf die Schülerzahl der 7. Klassenstufe acht Jahre zuvor gebildeten Erfolgsquoten aus. Zwar sind auch hier die männlichen Abiturienten generell in einer besseren Situation als die Abiturien-

tinnen, doch ist das Ausmaß ihres Vorsprungs bei weitem nicht so groß. Die Zahl der Mädchen, die als Schülerinnen das Gymnasium bis zum erfolgreichen Abschluß durchlaufen, war im Verhältnis zu den männlichen Schülern in Hamburg um einiges höher als in Westberlin. Der niedrigste Erfolgsquotenvorsprung der Jungen vor den Mädchen war in Hamburg 1969 mit nur 8 Prozent erreicht; in Westberlin lag der entsprechende Wert bei 14 Prozent (1968). Am größten war die geschlechtsspezifische Differenz der Erfolgsquoten in Westberlin 1964 (45 Prozent); der höchste Vorsprung der Jungen in Hamburg betrug 41 Prozent im gleichen Jahr. Insgesamt unterschritt der Vorsprungswert in Hamburg den Wert von Westberlin in vier Jahren, 1967 waren die Vorsprünge je gleich und nur in den Jahren 1963 und 1968 lagen sie in Hamburg über den Werten Westberlins.

Die Untersuchung des relativen Erfolgs von Mädchen auf öffentlichen Gymnasien in Hamburg und Westberlin soll durch die Darstellung geschlechtsspezifisch erfaßter vorzeitiger Abgänger von öffentlichen und privaten Gymnasien erweitert werden.

Tabelle 43 gibt die Quoten des vorzeitigen Abbruchs des Gymnasiumsbesuchs für männliche und weibliche Schüler wieder¹.

¹ Die Quote wird gebildet, indem alle im Laufe eines Schuljahres vorzeitig abgehenden Schüler in Beziehung gesetzt werden zu dem Schülerbestand der jeweiligen Bezugseinheit an einem Tag im Jahr (hier: 15. 5.). Bezugseinheiten können Klassen, Klassengruppen, Schulen, Schulzusammenfassungen sein.

Tabelle 43: Der vorzeitige Abgang von öffentlichen und privaten Gymnasien nach dem Geschlecht 1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Mädchen							
Hamburg	13,0	11,5	9,9	8,9	7,2	6,0	5,6
Westberlin	12,8	14,1	11,5	10,9	9,8	8,7	8,8
Jungen							
Hamburg	10,1	8,5	8,1	6,8	5,5	5,1	4,6
Westberlin	11,4	13,3	9,7	10,0	8,6	8,0	7,2

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 30.

Die generell in Westberlin über den Hamburger Werten liegende Abbrecherquote wird an anderer Stelle noch erörtert werden. Wie schon bei der Abiturienten- und bei der Erfolgsquote soll es hier darauf ankommen, das Verhältnis der vorzeitig abgehenden Mädchen zu den Jungen darzustellen. Dazu wird in Tabelle 44 eine Übersicht über den relativen Vorsprung der weiblichen Abgänger gegeben.

Tabelle 44: Vorsprung der für weibliche vorzeitige Abgänger von öffentlichen und privaten Gymnasien berechneten Abgangsquote vor der Quote vorzeitigen Abgangs männlicher Schüler 1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Hamburg	28,7	35,3	22,2	30,9	30,9	17,6	21,7
Westberlin	12,3	6,0	18,6	9,0	14,0	8,8	22,2

Quelle: Vgl. Tabelle 43.

Danach gehen in Hamburg und Westberlin mehr Mädchen vorzeitig vom Gymnasium ab als Jungen, wobei in Hamburg jedoch der Vorsprung vorzeitig abgehender Schülerinnen vor vorzeitig abgehenden Schülern erheblich höher ist als in Westberlin. 1961/62

erreichte der Vorsprung der Abbrecherquote für Schülerinnen vor der für Schüler in Hamburg einen Wert von über 35 Prozent. In Westberlin übertrafen 1966/67 die abbrechenden Mädchen die vorzeitig abgehenden Schüler um 22 Prozent; dieses war das einzige Jahr, in dem der Westberliner Vorsprung der Mädchenabbruchsquote den 20-Prozentwert überstieg.

Ein besonders starkes Ungleichgewicht beim vorzeitigen Abgang von Schülern und Schülerinnen tritt in der 10. Gymnasiumsklasse auf; sowohl in Hamburg als auch in Westberlin ist es diese Klassenstufe, die weit über dem für alle Klassenstufen dargestellten Verhältnis der Geschlechter zueinander liegt, weil die Abgänger mit Versetzungszeugnis nach Klasse 11 (frühere Mittlere Reife) als vorzeitige Abgänger gelten¹.

Tabelle 45: Der vorzeitige Abgang aus der 10. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien nach dem Geschlecht 1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Mädchen							
Hamburg	36,4	35,1	31,8	27,2	25,3	18,3	17,8
Westberlin	29,3	32,1	25,6	23,9	22,1	21,4	19,6
Jungen							
Hamburg	19,1	20,6	18,4	14,2	13,0	11,8	8,0
Westberlin	18,2	18,5	15,0	12,8	11,5	11,9	9,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 30.

¹ Vgl. dazu Ausführungen über Verfahren der Abbrecherquotenkonstruktion auf S. 31 f. der Arbeit.

In welchem Ausmaß die Abgangsquoten für Schülerinnen die für Schüler übertreffen, geht aus Tabelle 46 hervor.

Tabelle 46: Vorsprung der für weibliche vorzeitige Abgänger aus der 10. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien berechneten Abgangsquote vor der Quote vorzeitigen Abgangs männlicher Schüler 1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Hamburg	90,6	70,4	72,8	91,5	94,6	55,1	122,5
Westberlin	61,0	73,5	70,7	86,7	92,2	79,8	98,0

Quelle: Vgl. Tabelle 45.

In Hamburg erreicht der Vorsprung der Abbrecherquote der Schülerinnen vor der der Schüler 1966/67 eine Höhe von 123 Prozent; im gleichen Jahr erreicht auch in Westberlin der Vorsprung seinen höchsten Wert, der mit 98 Prozent noch vergleichsweise "gering" ausfällt. Doch von diesen extremen Entwicklungen abgesehen, weisen beide Stadtstaaten keine signifikanten Höhenunterschiede des relativen Vorsprungs der Quote des vorzeitigen Schülerinnenabgangs auf. Läßt man die außergewöhnlich hohen Werte von 1966/67 außer Betracht, so ergibt sich von 1960/61 bis 1965/66 für Westberlin ein durchschnittlicher Vorsprung der weiblichen Abbrecherquote von 77 Prozent vor der Quote der männlichen Abbrecher; in Hamburg lag dieser Durchschnittsvorsprung bei 79 Prozent.

IV. Das Ziel der Modernisierung

1. Indikatoren der Effizienz

a) Die innere Effizienz

(1) Die Übergangsquote

Die Übergangsquote wird für die Realschule und das Gymnasium zuerst getrennt berechnet und verglichen; eine für beide Schulzweige geltende Quote des Übergangs auf weiterführende allgemeinbildende Schulen wird im Anschluß daran untersucht werden. Objekt der Untersuchung sind öffentliche Schulen; der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1960 bis 1967.

- Der Übergang zu den öffentlichen Realschulen

Der Anteil der Schüler in der Eingangsklasse (7. Klassenstufe) der öffentlichen Realschulen an den Schülern der 4. Grundschulklasse drei Jahre davor war von 1960 bis 1967 in Westberlin durchgehend größer als in Hamburg.

Tabelle 47: Der Übergang von der Grundschule auf öffentliche Realschulen (Übergangsquote Realschulen) 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	17,2	16,8	17,2	17,2	17,6	19,2	19,5	21,5
Westberlin	29,6	29,2	28,5	27,0	26,2	26,3	27,9	27,3

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 10.

1967 betrug die Realschulübergangsquote in Hamburg 21,5 Prozent, in Westberlin 27,3 Prozent; der Westberliner Quotenwert lag damit um 27 Prozent über dem für Hamburg ermittelten Wert. Die Entwicklung seit 1960 verlief in beiden Stadtstaaten unterschiedlich.

Noch 1960 lag die Übergangsquote in Hamburg bei 17,2 Prozent, in Westberlin bei 29,6 Prozent. Der Vorsprung Westberlins war somit zu Anfang der betrachteten Periode mit 72 Prozent noch erheblich größer als gegen Ende der Berichtszeit. Die Gesamtentwicklung der Übergangsquote in Hamburg wies eine steigende, die der Westberliner Quote eine generell fallende Tendenz auf.

- Der Übergang zu den öffentlichen Gymnasien

Die Quote des Übergangs zu den Gymnasien betrug 1969 in Hamburg 23,3 Prozent, in Westberlin 27,9 Prozent; der Westberliner Übergang lag damit um fast 20 Prozent über der Hamburger Übergangsquote. Zu Beginn der Berichtszeit betrug der Vorsprung Westberlins noch fast 29 Prozent; seit 1960 hatte sich die Übergangsquote in Westberlin um 52 Prozent, die in Hamburg um 42 Prozent vergrößert.

Tabelle 48: Übergang von der Grundschule auf öffentliche Gymnasien (Übergangsquote) 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	15,3	14,7	15,2	15,6	16,2	18,1	20,5	23,3
Westberlin	19,7	20,3	19,9	20,5	21,5	23,8	25,9	27,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 9.

- Der Übergang zu weiterführenden allgemeinbildenden Schulen

Aus den für die beiden Schulzweige getrennt berechneten Übergangsquoten soll nun eine Quote gebildet werden, die den Übergang zu Realschulen und Gymnasien gemeinsam erfaßt. Die innere Effizienz von Schulsystemen wird hier an dem Grad der Durchlässigkeit gemessen, der das Verhältnis von Primar- zur Sekundarstufe im Schulsystem kennzeichnet.

Wie schon bei der Einzeldarstellung beider Schulzweige hält die Quote des Übergangs zu sämtlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in Westberlin einen dauernden Vorsprung zu Hamburgs Übergangsquote.

Tabelle 49: Übergang von der Grundschule auf öffentliche Realschulen und Gymnasien (Übergangsquote zu weiterführenden Schulen) 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	32,5	31,5	32,4	32,8	33,8	37,3	40,0	44,8
Westberlin	49,3	49,4	48,4	47,5	48,1	50,1	53,7	55,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 11.

Beide Quotenentwicklungen wiesen seit 1960 eine steigende Tendenz auf. In Hamburg stieg die Übergangsquote von 1960 bis 1967 um 38 Prozent auf einen Quotenwert von fast 45 Prozent an, in Westberlin um 13 Prozent auf eine Übergangsquote von 55,9 Prozent. Seit 1965 gehen in Westberlin mehr als die Hälfte der Grundschüler auf eine weiterführende allgemeinbildende Schule über; in Hamburg war der höchste Übergang mit 45 Prozent der Grundschüler gegeben. Als in Westberlin die 50-Prozentmarke überschritten wurde, registrierte Hamburg einen Übergang von 37 Prozent.

(2) Die Erfolgsquote

Die innere Effizienz der beiden Schulsysteme soll daran gemessen werden, inwieweit sie strukturelle Bedingungen schaffen, die ein erfolgreiches Durchlaufen ihrer Bildungswege ermöglichen. Unter erfolgreichem Abschluß der Bildungsgänge wird hier die Entlassung mit Abschlußzeugnis verstanden. Für die Realschule ist dieses das Abschlußzeugnis nach der 10. Klassenstufe, die frühere Mittlere Reife, für das Gymnasium das Abschlußzeugnis des Abiturs, der Ausweis der Hochschulreife. Die

Darstellung beschränkt sich auf öffentliche Schulen; die Entwicklung von 1960 bis 1967 wird aufgeführt. Bevor die Erfolgsquotenentwicklung untersucht wird, soll die Entwicklung der absoluten Zahlen der erfolgreichen Abgänger von Realschulen und Gymnasien dargestellt werden.

- Die erfolgreichen Abgänger von Realschulen¹

In beiden Stadtstaaten war die Entwicklung der Realschulabsolventen rückläufig. Von 1960 sank die Zahl der Realschulabgänger mit Abschlußzeugnis in Hamburg von 3.905 um 33 Prozent auf 2.605 (1967); in Westberlin betrug die Senkung 42 Prozent und zwar von 5.781 (1960) auf 3.359 (1967). Trotz des stärkeren prozentualen Absinkens hielt die Westberliner Zahl erfolgreich abgehender Realschüler 1967 gegenüber der Hamburger Zahl noch einen Vorsprung von 29 Prozent.

- Die erfolgreichen Abgänger von Gymnasien²

Die absolute Zahl der Abiturienten lag 1967 in Westberlin bei 1.931 und damit um 24 Prozent über der Anzahl der Hamburger Abiturienten im gleichen Jahr von 1.558. In Hamburg war die Entwicklungstendenz seit 1960 generell uneinheitlich, wenn auch insgesamt von 1960 bis 1967 eine Steigerung der Abiturientenzahl um etwa 6 Prozent zu vermerken ist. Doch zweimal wurde die Entwicklung in Hamburg empfindlich unterbrochen. Von 1962 auf 1963 sank die Anzahl der Abiturienten in Hamburg um etwa 8 Prozent, 1964 auf 1965 sogar um 18 Prozent. Beide Unterbrechungen sind die Folge eines Rückgangs der gleichaltrigen Wohnbevölkerung in Hamburg.

In Westberlin stieg die Abiturientenzahl bis 1962 langsam an, sank bis 1965 dann aber in den drei Jahren um 47 Prozent auf

¹ Die angeführten Zahlen sind dem Anhang dieser Arbeit entnommen. Vgl. Anhang, Tabelle 27.

² Vgl. ebenda, Tabelle 31.

1.774 Abiturienten ab und erholte sich bis 1967 durch einen Anstieg um etwa 9 Prozent auf 1.931. Das Sinken und Steigen der Abiturientenzahlen war wie in Hamburg zu einem großen Teil von gleichlaufenden Änderungstendenzen in der gleichaltrigen Wohnbevölkerung begleitet. Die später noch dargestellte Abiturientenquote wird die Bedeutung der Bevölkerungsbewegungen abschwächen.

- Die Erfolgsquote an Realschulen

Bei der Erörterung von Erfolgsquoten der männlichen und weiblichen Schulbesucher wurde schon darauf hingewiesen, daß die für beide Geschlechter zusammen gebildeten Erfolgsquoten in Hamburg größer als in Westberlin sind¹.

Die Entwicklung der Realschulerfolgsquoten seit 1960 an öffentlichen Schulen in Westberlin und Hamburg ist in Tabelle 50 dargestellt.

Tabelle 50: Die Erfolgsquoten an öffentlichen Realschulen 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	84,4	83,7	88,2	83,7	85,3	79,0	89,6	88,0
Westberlin	68,9	69,7	67,9	63,1	61,4	64,5	60,6	64,2

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; eigene Berechnungen.

Während die jeweils über den Westberliner Erfolgsquoten liegenden Quotenwerte in Hamburg von 1960 bis 1967 insgesamt eine steigende Tendenz aufwiesen, war die Entwicklung der Westberliner Realschulerfolgsquote rückläufig. Von den 1963 in die Eingangsklasse der Realschulen aufgenommenen Schülern erreichten 1967 in Hamburg 88 Prozent den erfolgreichen Abschluß; in West-

¹ Vgl. S. 92 f. der vorliegenden Arbeit.

berlin betrug die Erfolgsquote des gleichen Jahres dagegen nur 64,2 Prozent. Die an den Erfolgsquoten gemessene innere Effizienz der Realschulen lag von 1960 bis 1967 in Hamburg durchschnittlich bei 85 Prozent, in Westberlin bei 65 Prozent.

- Die Erfolgsquoten an Gymnasien

Das Verhältnis der Schulsysteme Hamburg und Westberlin, gemessen an den Erfolgsquoten an Gymnasien, zeigt ein zugunsten Westberlins verändertes Bild¹. Lagen bei den Realschulen die Hamburger Erfolgsquoten über denen in Westberlin, so ist es hier genau umgekehrt: Die Westberliner Erfolgsquoten an Gymnasien liegen durchgehend über den in Hamburg realisierten Quotenwerten.

Tabelle 51: Die Erfolgsquoten an öffentlichen Gymnasien 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	41,7	39,8	49,2	38,1	44,8	49,2	48,8	51,8
Westberlin	51,3	54,2	51,2	52,0	56,0	54,6	55,9	53,7

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 31.

Die Entwicklung der Erfolgsquote in Hamburg verlief von 1960 bis 1967 unstetiger ansteigend als in Westberlin. 1967 lag der Westberliner Wert um 3,7 Prozent über dem Wert Hamburgs. Diese Differenz stellt eine merkliche Verbesserung des 1960 bestehenden Verhältnisses der Stadtstaatenquoten zueinander dar, wo die Westberliner Quote noch um 23 Prozent vor der Hamburger Erfolgsquote lag.

¹ Vgl. dazu die geschlechtsspezifische Unterscheidung der Schülererfolgsquoten an Gymnasien, S. 97 f. der vorliegenden Arbeit.

(3) Abbrecherquoten

Die innere Effizienz von Schulsystemen kann an dem Anteil der Schüler an der gesamten Schülerschaft gemessen werden, der vorzeitig den eingeschlagenen Bildungsgang abbricht. Dieser Anteil, in Prozentwerten ausgedrückt, heißt Quote des vorzeitigen Abgangs oder, kürzer, Abbrecherquote.

Die verfügbare amtliche Sekundärstatistik weist keine Abbrecherquoten aus. Die vorliegende Arbeit verfährt bei der Ermittlung der Quote so, daß sie sämtliche Übergänge und Abgänge während eines Schuljahrs addiert, von dieser Summe dann die Übergänge auf andere Gymnasien, Höhere Schulen, Gesamtschulen und Hochschulen subtrahiert. Dieses Verfahren wurde für den Abgang aus den Klassenstufen bis einschließlich 12. Klasse angewandt. Für die Erfassung des vorzeitigen Abgangs aus der 13. Klasse wurde von der Summe der Ab- und Übergänge außer den Übergängen auf die den Gymnasien vergleichbaren Institutionen noch die Zahl der Abiturienten abgezogen. Die bei beiden Verfahren als Rest verbleibende Schüleranzahl wird in der vorliegenden Arbeit als vorzeitig abgegangen geführt. Unter die so definierten Abbrecher fallen damit auch die mit dem Versetzungszeugnis zur Klasse 11 abgehenden Schüler (frühere Mittlere Reife), die als Abgänger aus der 10. Klassenstufe mit erfaßt werden¹.

Bei der Bildung der Abbrecherquote ist ein erhebungstechnischer Hinweis notwendig: Die amtliche Statistik weist Schülerbestände einzelner Klassenstufen zu einem Stichtag des Berichtsjahres aus². Die Schülerbewegung ist dagegen für die Dauer des laufenden Schuljahres erfaßt.

Neben der allgemeinen Unschärfe einer Quote, die durch Bezug von Strömungsgrößen auf Bestandsgrößen gebildet worden ist,

¹ Vgl. dazu die Ausführungen über das Verhältnis von ehemaliger Mittlerer Reife zum Abgang mit Hochschulreife auf S. 32 f. der vorliegenden Arbeit, wo das Ziel des Gymnasiums mit der Erlangung der Hochschulreife definiert ist.

² Bis einschließlich 1966 war der jährliche Erhebungstermin Mitte Mai; ab 1967 ist er infolge der Umstellung des Schuljahresbeginns Mitte Oktober.

muß bei der Bildung der Quote des vorzeitigen Schulabgangs folgendes beachtet werden: Die Publikationen der amtlichen Schülerstatistik erscheinen in kalenderjährlicher Folge. In jeder Veröffentlichung sind die Schülerbewegungen sowie der Schülerbestand erfaßt. Die Veröffentlichung für das Jahr n weist den Schülerbestand am jeweiligen Stichtag im Jahr n aus; die Schülerbewegungsstatistik in der gleichen Publikation weist die Ab- und Übergänge von Schülern im Schuljahr $n-1/n$ nach. Zur Bildung der Abbrecherquote für das Schuljahr $n-1/n$ muß jedoch die Zahl der Abbrecher auf den Bestand zu Beginn dieses Schuljahres bezogen werden. Der Schülerbestand zu Beginn des Jahres $n-1/n$ ist der Schülerbestand am Stichtag des Jahres $n-1$ ¹.

Die vorliegende Arbeit faßt bei ihrer Darstellung des vorzeitigen Abgangs vom Gymnasium in Hamburg und Westberlin öffentliche und private Schulen zusammen. Untersucht wird die Entwicklung der Abbrecherquote von 1960/61 bis 1966/67, also im Verlauf von sieben Jahren.

Die Arbeit stellt zuerst den vorzeitigen Abgang aus allen Klassenstufen des Gymnasiums zusammen dar und anschließend für einzelne Klassenstufen und Klassengruppen. Auf die schon erfolgte Darstellung der Unterschiede zwischen Abbruchquoten weiblicher und männlicher Schüler sei verwiesen².

¹ Zur Bildung der Abbrecherquote für männliche und weibliche Schüler der Klassenstufe 13 in Westberlin 1966/67 bezieht die Arbeit die für 1966/67 ermittelten vorzeitigen Abgänge von 80 Schülern auf den Schülerbestand der 13. Klasse Mitte Mai 1966 von 2.335 Schülern. Die Quote des vorzeitigen Abgangs von der 13. Klasse in Westberlin für alle Schüler betrug 1966/67 somit 3,4 Prozent. Zu den Grundzahlen vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 10: Bildungswesen. I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden (1966), S. 45, sowie (1967), S. 52 ff.

² Vgl. S. 98 f. der vorliegenden Arbeit.

- Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium

Der schuljährlich erfaßte vorzeitige Abgang vom Gymnasium lag in Westberlin während der untersuchten Periode durchgehend über den Abbrecherquoten Hamburgs. In beiden Stadtstaaten ist seit 1960/61 eine rückläufige Tendenz der Entwicklung vorzeitigen Schulabgangs festzustellen.

Tabelle 52: Der vorzeitige Abgang von öffentlichen und privaten Gymnasien (Abbrecherquote) 1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Hamburg	11,4	9,8	8,9	7,7	6,3	5,5	5,1
Westberlin	12,0	13,6	10,5	10,4	9,1	8,3	8,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 30.

Der Vorsprung des Westberliner Quotenwerts vor der Quote des vorzeitigen Abgangs in Hamburg lag 1960/61 bei 5 Prozent und erreichte 1966/67 einen Wert von 57 Prozent. Von Anfang bis Ende des untersuchten Zeitraumes sank die Abbrecherquote in Hamburg um 55 Prozent, in Westberlin dagegen nur um 33 Prozent.

Die durchschnittliche Abgangsquote, gebildet als arithmetisches Mittel der Jahreswerte, betrug in Hamburg 7,8 Prozent, in Westberlin dagegen 10,2 Prozent. Während also im Jahr in Hamburg etwa jeder achte Schüler von hundert vorzeitig seinen Schulbesuch abbrach, waren es in Westberlin mehr als zehn.

Den für alle Klassenstufen zusammen gebildeten Abbrecherquoten soll die Entwicklung in einigen Klassen und Klassengruppen gegenübergestellt werden.

- Der vorzeitige Abgang aus den Klassenstufen 5 bis 9 beziehungsweise 7 bis 9

Für Hamburg wird die Entwicklung der Quote des vorzeitigen Abgangs von Schülern aus den Klassen 5 bis 9, für Westberlin aus den Klassen 7 bis 9 dargestellt¹.

Der Anteil der Abbrecher an der Gesamtheit der Schüler dieser Klassenstufen lag in Westberlin während der Berichtszeit durchgehend über dem Anteil in Hamburg.

Tabelle 53: Der vorzeitige Abgang aus den Klassenstufen 5 bis 9 beziehungsweise 7 bis 9 – Abbrecherquoten 1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Hamburg	8,9	6,9	6,7	5,7	4,0	3,9	3,7
Westberlin	9,3	10,7	8,0	7,8	7,1	7,0	6,4

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 30.

Zu Beginn der Periode lag der Quotenwert in Westberlin mit 9,3 Prozent um 5 Prozent über der Abbrecherquote in Hamburg von 8,9 Prozent. Bis 1966/67 sank der Anteil der vorzeitigen Abgänger in Hamburg um 58 Prozent auf einen Wert von 3,7 Prozent, in Westberlin nur um 32 Prozent auf eine Abbrecherquote von 6,4 Prozent. Am Ende des betrachteten Entwicklungszeitraumes lag Westberlins Quote um 73 Prozent über der Hamburgs.

- Der vorzeitige Abgang aus der 10. Klassenstufe

Die Entwicklung der Abgangsquoten für die 10. Klasse verlief in Westberlin bei weitem nicht so ungünstig wie für die Klassenstufen vorher. Über mehrere Jahre behauptete die Westber-

¹ Ausführungen über die unterschiedliche Dauer der Grundschulzeit in beiden Stadtstaaten finden sich auf S. 69 f. der vorliegenden Arbeit.

liner Quote eine günstigere Position als der in Hamburg gemessene Quotenwert.

Tabelle 54: Der vorzeitige Abgang aus der 10. Klasse – Abbrecherquoten
1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Hamburg	27,1	27,0	24,6	20,2	18,6	14,8	12,3
Westberlin	23,4	24,8	20,2	18,1	16,5	16,6	14,7

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 30.

Die vergleichsweise sehr hohen Abbrecherquoten in beiden Stadtstaaten sind darauf zurückzuführen, daß die mit dem Versetzungszeugnis zur 11. Klasse (frühere Mittlere Reife) abgehenden Schüler als Abbrecher erfaßt worden sind. Bis einschließlich 1964/65 lag die Quote der Abbrecher in Westberlin deutlich unter den Quotenwerten in Hamburg.

Bei Beginn der Periode lag die Abbrecherquote in Hamburg um 16 Prozent über der Westberliner Quote. Am Ende des betrachteten Zeitraums hatte sich das Verhältnis umgedreht, und Westberlins Abbrecherquote lag um 20 Prozent über dem in Hamburg registrierten Wert.

Von 1960/61 bis 1966/67 machten die Abbrecherquoten in beiden Stadtstaaten eine rückläufige Tendenz durch; in Hamburg fiel sie um 55 Prozent auf 12,3 Prozent, in Westberlin um 37 Prozent auf einen Wert von 14,7 Prozent.

- Der vorzeitige Abgang aus der 13. Klasse

Deutlich unterschiedlich verlief die Entwicklung der Abbrecherquote in beiden Stadtstaaten, betrachtet man den vorzeitigen Abgang aus der 13. Klassenstufe.

Tabelle 55: Der vorzeitige Abgang aus der 13. Klasse – Abbrecherquote
1960/61 bis 1966/67 (in Prozent)

	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
Hamburg	3,1	2,8	3,0	2,6	3,0	3,5	2,6
Westberlin	12,2	14,3	8,6	9,7	6,3	4,2	3,4

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 30.

Während die Abbrecherquote in Hamburg relativ gleichbleibend von 1960/61 bis 1966/67 um den Quotenwert von 3 Prozent oszillierte, war die Entwicklung in Westberlin völlig anders. Von einem Wert von 12,2 Prozent sank die Quote des vorzeitigen Schulabgangs in der 13. Klasse bis 1966/67 um 72 Prozent auf einen Wert von 3,4, näherte sich damit also dem durchgehend gültigen Quotenniveau in Hamburg. Eine dermaßen krasse Diskrepanz der beiden Entwicklungen der Stadtstaaten gilt bei keiner für andere Klassen berechneten Quote vorzeitigen Schulabgangs.

b) Die äußere Effizienz (Abiturientenquote)

Die Abiturientenquote, das heißt der Anteil der Abiturienten am gleichaltrigen Jahrgang der Wohnbevölkerung, der hier mit 19 (19 bis unter 20) Jahren angenommen worden ist, modifiziert das durch Betrachten der absoluten Abiturientenzahlen entstandene Bild dadurch, daß es die demographische Entwicklung im Betrachtungszeitraum berücksichtigt.

In beiden Städten entwickelte sich die neunzehnjährige Wohnbevölkerung rückläufig; die Abiturientenquote nahm in beiden Schulsystemen zu.

Tabelle 56: Die Entwicklung der Abiturientenquote 1960 bis 1969 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	4,6	5,4	6,1	5,9	8,5	6,4	6,5	7,1	7,9	8,7
Westberlin	7,5	9,4	9,7	10,1	9,0	10,1	9,2	8,6	10,1	9,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 31.

Der Entwicklungsverlauf war in beiden Schulsystemen relativ unstetig. In Hamburg stieg die Abiturientenquote von 4,6 Prozent (1960) auf 8,7 Prozent (1969), in Westberlin von 7,5 Prozent (1960) auf 9,5 Prozent (1969). Der in Hamburg registrierte Gesamtanstieg betrug somit 89 Prozent, der in Westberlin 27 Prozent. Die Quotenwerte lagen in Westberlin durchgehend über denen in Hamburg. Tabelle 57 gibt die jährlichen Steigerungsraten der Werte der Abiturientenquoten beider Stadtstaaten wieder;

Tabelle 57: Die jährlichen Steigerungsraten der Abiturientenquote 1961 bis 1969 (in Prozent)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg	17,4	13,0	- 3,3	44,1	- 24,7	1,6	9,2	11,3	10,1
Westberlin	25,3	3,2	4,1	- 10,9	12,2	- 8,9	- 6,5	17,4	- 6,0

Quelle: Vgl. Tabelle 56.

sie zeigt, um wieviel unstetiger die Entwicklung der Abiturientenquoten in Hamburg verlaufen ist als in Westberlin.

Was die äußere Effizienz eines Schulsystems angeht, so weisen Entwicklungsverlauf und zuletzt erfaßter Stand der Abiturientenquoten dem Schulsystem Westberlins deutlich einen Platz vor dem Hamburgs zu.

2. Indikatoren formaler Intensität des Unterrichts

Als zweites, dem allgemeinen schulpolitischen Ziel der Modernisierung zugeordnetes Unterziel kennt die Untersuchung das der Gewährleistung formaler Intensität von Lehren und Lernen. Indikatoren zur Beurteilung des Realisierungsgrades dieses Subziels in beiden Schulsystemen sind hier die Klassen- und die Lehrerfrequenzen.

Wie schon bei der Quote des relativen Schulbesuchs wird auch die Lehrer- und die Klassenfrequenz in ihrer Entwicklung seit 1948 in beiden Stadtstaaten dargestellt. Die Entwicklung ist wieder in die Wiederaufbauphase (1948 bis 1955) und die Ausbauphase (1955 bis 1969) eingeteilt, wobei die Ausbauphase ihrerseits wieder geschieden ist in eine erste (1955 bis 1962) und eine zweite Periode (1962 bis 1969). Alle Teilphasen werden terminologisch zusammengefaßt zur Gesamtentwicklungsphase.

Lehrer- und Klassenfrequenzen werden für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ohne private Schulen berechnet. Nach der Darstellung der Entwicklung für alle Schulzweige zusammen wird die Entwicklung für jeden Schulzweig getrennt dargestellt.

a) Die Lehrerfrequenz

- Öffentliche allgemeinbildende Schulen zusammen

In beiden Stadtstaaten sank die Quote Schüler pro Lehrer¹ in allen drei Entwicklungsphasen.

In der Gesamtentwicklungsphase stieg in Hamburg die absolute Schülerzahl um 7 Prozent, während die Zahl der Lehrer um 56 Prozent anstieg. Die aus beiden Größen gebildete Lehrerfrequenz sank in der gleichen Zeit um 32 Prozent, nämlich von 36 Schülern pro Lehrer im Jahr 1948 auf einen Wert von 25 im Jahr 1969.

¹ Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer.

In Westberlin fiel die Schülerzahl von 1948 bis 1969 um fast 25 Prozent; die der Lehrer stieg dagegen um 70 Prozent an. Die Lehrerfrequenz in Westberlin sank von ihrem Ausgangswert von 50 Schülern pro Lehrer im Jahr 1948 um 56 Prozent auf ein Verhältnis von 22 Schülern pro Lehrer 1969 ab.

Tabelle 58: Schüler pro Lehrer (Lehrerfrequenz) an sämtlichen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zusammen 1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Lehrerfrequenz	1948	36,3	49,6
	1955	29,9	29,7
	1962	24,8	24,2
	1969	24,8	21,9
Positive / negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	- 17,6	- 40,1
Ausbauphase	1955-1969	- 17,1	- 26,3
	1955-1962	- 17,1	- 18,5
	1962-1969	± 0	- 9,5
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	- 31,7	- 55,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 12.

- Öffentliche Volks- und Realschulen zusammen

Angaben über Lehrer für den Bereich der Volks- und Realschulen sind in der amtlichen Hamburger Statistik nur zusammengefaßt gegeben. Die nach dem Krieg in beiden Stadtstaaten eingeführte Einheitlichkeit des Bildungssystems zeigt für Hamburg somit bis heute schulstatistische Konsequenzen, obwohl die dreigliedrige Struktur des allgemeinbildenden Schulwesens de facto wieder gegeben ist.

Für die Schulzweige Volks- und Realschule wiederholte sich in der Höhe der Gesamtentwicklungsquote annähernd die Entwicklung der sämtliche allgemeinbildende Schulen zusammenfassenden Quote; das Absinken der Lehrerfrequenz von 1948 bis 1969 betrug in

Hamburg fast 32 Prozent, in Westberlin nahezu 58 Prozent. Die absoluten Lehrerfrequenzen an Volks- und Realschulen jedoch lagen für beide Stadtstaaten in den entsprechenden Jahren über dem Durchschnitt aller allgemeinbildenden Schulen. 1948 betrug die Quote Schüler pro Lehrer an Volks- und Realschulen in Hamburg etwa 42 Prozent, in Westberlin sogar 61. Diese für Westberlin überaus ungünstige Anfangssituation änderte sich im Verlauf der Gesamtentwicklungsphase grundlegend; 1969 betrug die Lehrerfrequenz in Hamburg knapp 29 Schüler pro Lehrer, während sie in Westberlin auf einen Wert von etwa 26 abgefallen war.

Tabelle 59: Schüler pro Lehrer (Lehrerfrequenz) an öffentlichen Volks- und Realschulen zusammen 1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Lehrerfrequenz	1948	41,7	61,0
	1955	33,4	32,0
	1962	27,0	27,6
	1969	28,7	25,7
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	- 19,9	- 47,6
Ausbauphase	1955-1969	- 14,1	- 19,7
	1955-1962	- 19,2	- 13,8
	1962-1969	+ 6,3	- 6,9
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	- 31,2	- 57,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 15.

Während der Wiederaufbauperiode realisierte Hamburg eine Frequenzverbesserung von 20 Prozent; Westberlin begann mit einer weitaus ungünstigeren Ausgangssituation 1948 und senkte die Lehrerfrequenz bis 1955 noch unter den Stand von Hamburgs Frequenz des gleichen Jahres.

In der Phase des Ausbaus verlangsamte sich das Absinken dieser Strukturquote in beiden Stadtstaaten. Von 1955 bis 1962 konnte

Hamburgs Lehrerfrequenz an Volks- und Realschulen zwar noch um 19 Prozent gesenkt werden, doch von 1962 bis 1969 stieg sie wieder um 6 Prozent an. Demgegenüber fiel in Westberlin die Volks- und Realschullehrerfrequenz im ersten Teil der Ausbauphase um fast 14 Prozent auf 28 Schüler pro Lehrer und senkte sich bis 1969 noch einmal um 7 Prozent des Wertes von 1962 auf 26.

- Öffentliche Sonderschulen

Die Gruppe der Hilfs- und Sonderschulen zeigte für die Dauer der Gesamtentwicklungsphase ein in beiden Stadtstaaten annähernd gleich verlaufendes Absinken der Relation Schüler pro Lehrer.

In Hamburg lag die Quote 1948 bei 24, sank bis 1969 um etwa 46 Prozent auf 13 Schüler pro Lehrer ab, während in Westberlin die Schüler-Lehrer-Relation von 27 im Jahr 1948 bis 1969 um 49 Prozent auf einen Wert von fast 14 Schülern pro Lehrer abfiel. An den Hilfs- und Sonderschulen behauptete Hamburg in der Gesamtentwicklung somit einen Platz knapp vor Westberlin.

Tabelle 60: Schüler pro Lehrer (Lehrerfrequenz) an öffentlichen Sonderschulen
1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Lehrerfrequenz	1948	24,3	26,8
	1955	18,1	15,3
	1962	15,2	16,9
	1969	13,2	13,5
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	- 25,5	- 42,9
Ausbauphase	1955-1969	- 27,1	- 11,8
	1955-1962	- 16,0	+ 10,5
	1962-1969	- 13,2	- 20,1
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	- 45,7	- 49,6

Ähnlich wie schon bei der Entwicklung der Lehrerfrequenz an sämtlichen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen gestaltete sich auch bei den Hilfs- und Sonderschulen die Quotenentwicklung in den beiden Teilphasen der Gesamtentwicklung.

In der Wiederaufbauphase realisierte Westberlin eine stärkere Senkung als Hamburg; von 1948 bis 1955 fiel die Lehrerfrequenz in Hamburg um 26 Prozent, in Westberlin um 43 Prozent.

Im ersten Abschnitt der Ausbauphase sank die Lehrerfrequenz in Hamburg um 16 Prozent auf 15 Schüler pro Lehrer, in Westberlin jedoch stieg sie um 11 Prozent an, erreichte damit für 1962 einen über der Hamburger Frequenz von 15 liegenden Wert von 17 Schülern pro Lehrer. Von 1962 sanken die Lehrerfrequenzen in beiden Stadtstaaten, wobei das Absinken in Hamburg schwächer verlief als in Westberlin.

- Öffentliche Gymnasien

Entsprach die Entwicklung der Lehrerfrequenz bei den Volks- und Realschulen sowie bei den Hilfs- und Sonderschulen annähernd der für sämtliche allgemeinbildende Schulen dargestellten Entwicklung, so fällt die Entwicklung an den Gymnasien deutlich aus diesem allgemeinen Trend heraus.

Vergleicht man die Lehrerfrequenz 1948 mit der von 1969, so blieb die Zahl der Schüler pro Lehrer in Hamburg die gleiche. 1948 ebenso wie 1969 realisierte Hamburg eine Relation von 18 Schülern pro Lehrer. Westberlin konnte das Verhältnis von fast 22 Schülern pro Lehrer im Jahr 1948 auf einen Wert von etwas über 13 Schülern pro Lehrer im Jahr 1969 senken, verbesserte sich also während der Gesamtentwicklungsphase um mehr als 38 Prozent.

Tabelle 61: Schüler pro Lehrer (Lehrerfrequenz) an öffentlichen Gymnasien
1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Lehrerfrequenz	1948	18,0	21,7
	1955	19,1	25,2
	1962	15,3	15,1
	1969	18,0	13,4
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	+ 6,1	+ 16,1
Ausbauphase	1955-1969	- 5,8	- 46,8
	1955-1962	- 19,9	- 40,1
	1962-1969	+ 17,6	- 11,3
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	± 0	- 38,3

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 17.

Im Unterschied zu der Entwicklung an den anderen Schulzweigen stieg die Lehrerfrequenz an den Gymnasien in beiden Stadtstaaten während der Wiederaufbauphase an; Hamburg verschlechterte seinen Frequenzwert von 18 Schülern auf 19 Schüler pro Lehrer; Westberlins Lehrerfrequenz an den Gymnasien stieg von 1948 bis 1955 sogar auf 25 Schüler an.

Im ersten Teil der Ausbauphase aber konnte Westberlins Lehrerfrequenz wieder auf einen Stand von 15 Schülern pro Lehrer gesenkt werden, was einer Senkung von 40 Prozent entspricht. 1955 waren die Lehrerfrequenzen beider Stadtstaaten mit 15 Schülern pro Lehrer gleich. Während Hamburg die Frequenz dann bis 1969 um 18 Prozent verschlechterte und auf 18 Schüler anhub, kamen 1969 in Westberlin auf einen Lehrer 13 Schüler.

b) Die Klassenfrequenz

- Öffentliche allgemeinbildende Schulen zusammen

In allen drei unterscheidbaren Entwicklungsperioden sank diese Strukturquote sowohl in Hamburg als auch in Westberlin; dabei ist die Parallelität der abwärts gerichteten Entwicklungstendenz auffällig. Zwar ging die Nachkriegsentwicklung in Hamburg von einer höheren Klassenfrequenz im Jahre 1948 aus, als das in Westberlin der Fall war, doch blieb dieser Niveauunterschied von + 5,8 (1948) zuungunsten Hamburgs bis 1969 nahezu erhalten (+ 5,6 Prozent). Hamburgs Klassenfrequenz lag 1969 bei 30 Schülern pro Klasse, Westberlins Frequenzwert im gleichen Jahr bei 29.

In der Gesamtentwicklungsperiode sank die Klassenfrequenz in Hamburg um 21,4 Prozent, in Westberlin um 21,2 Prozent ab. In beiden Stadtstaaten war es die Ausbauphase, deren Strukturquotenentwicklung die Tendenz in der Gesamtentwicklungsphase bestimmte; während der Wiederaufbauphase sank die Klassenfrequenz in Hamburg nur um 8,1 Prozent, in Westberlin um 7,7 Prozent.

Tabelle 62: Schüler pro Klasse (Klassenfrequenz) an sämtlichen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen 1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Klassenfrequenz	1948	38,4	36,3
	1955	35,3	33,5
	1962	30,4	30,3
	1969	30,2	28,6
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	- 8,1	- 7,7
Ausbauphase	1955-1969	- 14,5	- 14,6
	1955-1962	- 13,9	- 9,6
	1962-1969	- 0,7	- 5,6
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	- 21,4	- 21,2

- Öffentliche Grund- und Hauptschulen (Volksschulen)

In der Gesamtentwicklungsphase sank die Klassenfrequenz in Hamburg von 42 (1948) auf 33 (1969), in Westberlin von 39 auf 32. Damit senkte sie sich in Hamburg stärker als in Westberlin, blieb aber trotzdem am Ende der Betrachtungsperiode über der in Westberlin realisierten Relation. Die beiden Teilperioden, Wiederaufbau- und Ausbauphase, sind in Westberlin durch ein spürbares Absinken der Frequenzwerte gekennzeichnet. In Hamburg senkte sich die Klassenfrequenz von 1955 bis 1962 noch um fast 12 Prozent, blieb aber dann bis 1969 fast unverändert bei 33 Schülern stehen. Die Bemühungen um eine Senkung der Relation Schüler pro Klasse setzten somit in beiden Städten schon gleich nach Kriegsende ein und wurden bis in das letzte Jahr der Berichtszeit noch fortgesetzt. Legt man als Vergleichsmaßstab die Meßzahlen an, die von der KMK zum einen als Ziel-, zum anderen als Mittelwerte für Klassenfrequenzen an Volksschulen definiert worden sind, so liegt die Quote "Schüler pro Klasse" 1969 in

Tabelle 63: Schüler pro Klasse (Klassenfrequenz) an öffentlichen Grund- und Hauptschulen (Volksschulen) 1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Klassenfrequenz	1948	42,0	38,5
	1955	37,5	35,6
	1962	33,2	33,3
	1969	32,7	31,8
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	- 10,7	- 7,5
	1955-1969	- 12,8	- 10,7
Ausbauphase	1955-1962	- 11,5	- 6,5
	1962-1969	- 1,5	- 4,5
	Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	- 22,2

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 13.

beiden Stadtstaaten noch über dem Zielwert von 30, doch auch unter dem Mittelwert von 33 Schülern pro Klasse¹.

- Öffentliche Realschulen

Weit weniger stetig abwärts gerichtet als die Entwicklung von Klassenfrequenzen an Volksschulen vollzog sich die Entwicklung der Relation Schüler pro Klasse an den öffentlichen Realschulen beider Stadtstaaten.

Betrachtet man den gesamten Zeitraum von 1948, verlief die Quotenentwicklung in Hamburg sogar ansteigend; von 31 stieg die Klassenfrequenz auf 32 (1969) an. In der gleichen Zeit fiel sie in Westberlin von 34 auf 28.

Steigenden Verlauf zeigte die Entwicklung in beiden Stadtstaaten während der Wiederaufbauphase, doch während in Hamburg ein Anstieg von 31 auf 34, also um drei Schüler pro Klasse zu verzeichnen war, entwickelte sich die Klassenfrequenz in Westberlin nur geringfügig nach oben, nämlich nur um einen rechnerisch erfaßbaren Satz von 34,4 (1948) auf 34,6 (1955).

¹ Vgl. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Bedarfsfeststellung 1961-1970. Bonn 1963 (Dokumentation Nr. 6), S. 20. Vgl. dazu auch: Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): Mittelfristige Bauplanung für die Schulen. Berlin 1970 (V. Wahlperiode, Drucksache Nr. 1297 vom 2. 10. 1970), wo die theoretischen Klassenfrequenzen für die Grundschule (Sollwerte) mit durchschnittlich 31,1 Schüler pro Klasse und für die Hauptschule mit 28 festgelegt worden sind.

Tabelle 64: Schüler pro Klasse (Klassenfrequenz) an öffentlichen Realschulen
1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Klassenfrequenz	1948	31,4	34,4
	1955	34,4	34,6
	1962	31,5	30,4
	1969	32,0	27,9
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	+ 9,6	+ 0,6
Ausbauphase	1955-1969	- 7,0	- 19,4
	1955-1962	- 8,4	- 12,1
	1962-1969	+ 1,6	- 8,2
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	+ 1,9	- 18,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 14.

Die erste Teilperiode der Ausbauphase war in beiden Stadtstaaten von einem Sinken der Relation gekennzeichnet: in Hamburg um 8 Prozent, nämlich von 34 (1955) auf 32 (1962) Schüler pro Klasse; in Westberlin um 12 Prozent von 35 auf 30 Schüler. Von 1962 bis 1969 vergrößerte Hamburg die rechnerische Realschulklassenfrequenz geringfügig, blieb jedoch faktisch bei einem Frequenzwert von 32. Westberlin dagegen konnte die Anzahl der Realschüler pro Klasse spürbar während der gleichen Teilphase von 30 auf 28 senken.

Die schon für die Beurteilung der Klassenfrequenzentwicklung an den Volksschulen herangezogenen Vergleichszahlen der KMK definieren für die Realschulen als Zielwert eine Klassenfrequenz von 26 Schülern, als Mittelwert von 30 Schülern pro Klasse¹.

¹ Vgl. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Bedarfsfeststellung 1961-1970, a.a.O., S. 20.

Damit befand sich Westberlin mit seinem Endwert von 28 noch innerhalb der so gezogenen Grenzen, während Hamburg mit seinem Wert von 1969 in Höhe von 32 um 6,7 Prozent über dem KMK-Mittelwert lag.

- Öffentliche Sonderschulen

Während der Gesamtentwicklungsphase sank die Klassenfrequenz bei Sonderschulen in beiden Stadtstaaten: in Hamburg von 21 (1948) auf 16 (1969), in Westberlin von 20 (1948) auf 16 (1969).

Weniger die Wiederaufbauphase als die Ausbauperiode bestimmte diese Entwicklung (von 1948 bis 1950 stieg in Hamburg und Westberlin die Zahl der Schüler pro Klasse); 1955 betrug diese Quote in Hamburg 21, in Westberlin 18.

Von 1955 bis 1962 konnte in Hamburg die Frequenz auf 18 Schüler weiter gesenkt werden; in Westberlin stieg sie dagegen von 18 auf 19 Schüler an. Beide Stadtstaaten konnten dann bis 1969 ihre Klassenfrequenzen senken; Hamburg und Westberlin realisierten 1969 die gleiche Sonderschulklassenfrequenz von 16 Schülern.

Vergleicht man die Endwerte wieder mit den Ziel- und Mittelwertangaben der KMK für Klassenfrequenzen¹, so liegt Hamburg noch geringfügig über der oberen Grenze des Mittelwertes von 16, Westberlin jedoch zwischen KMK-Zielwert von 14 Schülern pro Klasse und dem Mittelwert.

¹ Vgl. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Bedarfsfeststellung 1961-1970, a.a.O., S. 20.

Tabelle 65: Schüler pro Klasse (Klassenfrequenz) an öffentlichen Sonderschulen
1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Klassenfrequenz	1948	21,4	19,5
	1955	20,6	17,9
	1962	18,1	18,5
	1969	16,1	15,8
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	- 3,7	- 8,2
	1955-1969	- 21,9	- 11,7
Ausbauphase	1955-1962	- 12,1	+ 3,4
	1962-1969	- 11,1	- 14,6
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	- 24,8	- 19,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 16.

- Öffentliche Gymnasien

Die Klassenfrequenzen sanken an den öffentlichen Gymnasien Westberlins während der Gesamtentwicklungsphase von 30 auf 23 Schüler pro Klasse. In Hamburg stiegen sie im gleichen Zeitraum rechnerisch von 27,0 auf 27,4 an. Ein Anstieg dieser Strukturquote war in der Wiederaufbauphase in beiden Städten zu verzeichnen. In Hamburg entwickelte sich die steigende Klassenfrequenz von 27 auf 30 (1955); in Westberlin erhöhte sich die rechnerische Frequenz von 29,5 auf 30,2 Schüler pro Klasse.

Tabelle 66: Schüler pro Klasse (Klassenfrequenz) an öffentlichen Gymnasien
1948, 1955, 1962, 1969

		Hamburg	Westberlin
Klassenfrequenz	1948	27,0	29,5
	1955	30,5	30,2
	1962	24,1	24,9
	1969	27,4	23,2
Positive/negative Änderung (in Prozent):			
Wiederaufbauphase	1948-1955	+ 13,0	+ 2,4
Ausbauphase	1955-1969	- 10,2	- 23,2
	1955-1962	- 21,0	- 17,6
	1962-1969	+ 13,7	- 6,8
Gesamtentwicklungsperiode	1948-1969	+ 1,5	- 21,4

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 17.

Von 1955 bis 1962 fiel die Zahl der Schüler pro Klasse in Westberlin von 30 auf 25, in Hamburg von 31 auf 24. Der Endwert im Jahr 1969 in Hamburg lag mit 27 Schülern pro Klasse noch über dem KMK-Mittelwert für Klassenfrequenzen an Gymnasien (24), während er sich in Westberlin mit 23 zwischen dem Mittelwert und dem Zielwert der KMK (20) befand¹.

¹ Vgl. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Bedarfsfeststellung 1961-1970, a.a.O., S. 20.

D. Die Ausgabenwilligkeit der Träger der Schulsysteme in Hamburg und Westberlin

Nach der vergleichenden Darstellung verschiedener Merkmale der Schulsysteme Hamburgs und Westberlins, die hier als Indikatoren des jeweiligen Realisierungsgrades der allgemeinen schulpolitischen Ziele Demokratisierung und Modernisierung aufgefaßt worden sind, sollen im folgenden Teil der Arbeit Aspekte der Schulausgabenpolitik beider Stadtstaaten miteinander verglichen werden. Hierbei sind die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Untersuchungsgegenstand. Dem Ziel der vorliegenden Arbeit entsprechend kommt es bei der Darstellung einzelner signifikanter Ausgabenkategorien nicht darauf an, eine Analyse der Ausgabenpolitik des jeweiligen Stadtstaates hinsichtlich seiner Schulen vorzunehmen, als vielmehr Merkmale der Schulausgabenpolitik beider Städte miteinander zu vergleichen.

I. Vergleich allgemeiner Indikatoren

1. Schulausgaben und Gesamthaushalt

Der Gesamthaushalt wird hier definiert als die Summe der in dem jeweiligen Stadtstaat jährlich anfallenden öffentlichen Bruttoausgaben; damit sind neben den direkten auch die indirekten Ausgaben miteinfaßt¹. Die Entwicklung der Gesamtausgaben wirkt direkt auf die Entwicklung der Schulausgaben und markiert den Ressourcenspielraum für den Finanzbedarf der Schulen und ist deshalb als enger ökonomischer Bezugsrahmen für den Finanzbedarf des Schulsystems ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Realisierungschancen von Bildungsplänen².

¹ Das Bruttoausgabenvolumen setzt sich zusammen aus den gesamten unmittelbaren Ausgaben (Verwaltungs- und Zweckausgaben plus Ausgaben der Vermögensbewegung) und den Zahlungen an andere Gebietskörperschaften.

² Vgl. Schmitz, E.: Die öffentlichen Ausgaben für Schulen in der Bundesrepublik Deutschland 1965-1970. Studie im Auftrag der Fortsetzung der Fußnote auf der folgenden Seite.

Um die unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (UAS) der beiden Stadtstaaten im Jahre 1967 mit dem jeweiligen Gesamtausgabenvolumen (GAV) des gleichen Jahres in Verbindung zu bringen, bieten sich drei Möglichkeiten an.

Zum einen können für Hamburg und Westberlin Indexreihen zur Entwicklung von UAS und GAV aufgestellt werden; die Indexwerte für 1967 als dem Endjahr der Datenreihe können dann zueinander in Beziehung gesetzt und verglichen werden. Zum anderen kann die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate für die UAS und das GAV in Hamburg und Westberlin von 1966 auf 1967 gebildet und miteinander verglichen werden. Ferner besteht die Möglichkeit, die UAS von 1967 als Anteil an dem GAV des gleichen Jahres auszudrücken und den Hamburger mit dem Westberliner Quotienten zu vergleichen.

Für alle drei Methoden der Zuordnung von UAS zu GAV läßt sich gleichermaßen erkennen, daß die von ihnen gelieferten Resultate so lange nur unvollkommene Informationen liefern, wie sie als Darstellung der Situation von 1967 nicht ergänzt werden durch eine Offenlegung der Entwicklung, die mit dem Jahr 1967 abschloß. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung der jeweiligen Kenngrößen ab 1960 dargestellt.

Das erste Jahr (1960) der betrachteten Entwicklungsperiode war ein sogenanntes Rumpfrechnungsjahr und scheidet deshalb bei der Bildung von Indexreihen als vergleichender Maßstab einer Entwicklung von ganzjährlich berechneten Haushaltspositionen aus.

Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Stuttgart: Klett 1967, S. 62.

An dieser Stelle sei auf einen Unterschied zwischen der Struktur der Gesamtausgaben in Westberlin und Hamburg verwiesen. Im Gegensatz zu Hamburg erfährt der Westberliner Haushalt eine aus der politischen Lage resultierende Subventionierung durch die Bundesrepublik; die Höhe der in den letzten Jahren gewährten Bundeshilfe liegt bei etwa 40 Prozent des Ausgabensatzes des Westberliner Haushalts. Vgl. dazu Mänicke, J., a.a.O., S. 108 f.

Tabelle 67: Zuwachsraten des Gesamtausgabevolumens (GAV) und der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (UAS) – Indexreihe 1961 = 100 – 1960 bis 1967

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg								
Wachstum GAV	67,5	100	112,2	135,0	142,4	149,6	160,9	167,0
Wachstum UAS	66,3	100	94,4	104,4	110,4	118,6	132,3	137,1
Westberlin								
Wachstum GAV	73,2	100	113,5	116,2	124,6	137,4	147,9	152,5
Wachstum UAS	72,3	100	106,2	115,0	124,4	135,7	158,6	178,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 33 und 35.

Von 1960 bis 1965 verlief der Anstieg der Westberliner Schulausgaben nahezu gleich dem Anstieg der Gesamtausgaben Westberlins. Ab 1965 setzt ein Schulausgabenwachstum ein, welches das Ansteigen der Gesamtausgaben hinter sich ließ. Anders in Hamburg: hier stiegen die Gesamtausgaben durchgehend stärker an als die Schulausgaben. Die Indexwerte zeigen deutlich den Vorsprung Westberlins in der Entwicklung der Schulausgaben. Während das GAV in Hamburg stärker als in Westberlin stieg, lagen die jährlichen Indexziffern des Schulausgabenanstiegs deutlich oberhalb der für Hamburg geltenden Werte. Die jährlichen Steigerungsraten von Gesamtausgabenvolumen und Schulausgaben sind in Tabelle 68 dargestellt.

Tabelle 68: Jährliche Zuwachsraten des Gesamtausgabevolumens (GAV) und der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (UAS) 1961 bis 1967 (in Prozent)

	1961 ¹	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg							
Wachstum GAV	48,2	12,2	20,3	5,4	5,1	7,5	3,8
Wachstum UAS	50,7	- 5,6	10,6	5,7	7,4	11,5	3,7
Westberlin							
Wachstum GAV	36,6	13,5	2,3	7,3	10,2	7,6	3,1
Wachstum UAS	38,4	6,2	8,4	8,1	9,1	16,8	12,6

¹ 1960 = Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 32 und 35.

Von zwei Ausnahmen abgesehen, lagen die jährlichen Steigerungsraten der Westberliner Ausgaben für Schulen über den entsprechenden Werten der Hamburger Ausgabenentwicklung. Zeigte die Darstellung als Indexreihe noch einen Vorsprung der GAV-Werte in Westberlin vor den UAS-Änderungsraten von 1960 bis 1965, so ist die jährliche Entwicklungsrate der Schulausgaben schon 1961 höher als die der Gesamtausgaben, verliert 1962 kurzfristig den Vorsprung und hält sich, von 1965 abgesehen, durchgehend über dem Niveau der Gesamtausgabenentwicklung. In Hamburg lagen die jährlichen Steigerungsraten für die UAS zwar auch meistens über denen des GAV, doch war der Abstand zwischen beiden Ausgabenkategorien in Hamburg durchgehend niedriger als in Westberlin.

Die Schulausgaben werden nunmehr als Anteile der Gesamtausgaben dargestellt. Die Entwicklung der Anteilswerte seit 1960 ist Tabelle 69 zu entnehmen.

Tabelle 69: Anteil der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (UAS) am Gesamtausgabevolumen (GAV) 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	8,9	9,1	7,6	7,0	7,0	7,2	7,5	7,5
Westberlin	4,7	4,7	4,4	4,7	4,7	4,7	5,1	5,5

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 36.

Die Darstellung der UAS als Anteil des GAV zeigt deutlich die Folge der parallelen Entwicklung beider Ausgabenkategorien über mehrere Jahre in Westberlin. Das durchgehend höhere Niveau der Anteilswerte in Hamburg ist sowohl auf die in Westberlin von 1960 bis 1967 durchschnittlich um 37 Prozent über den Hamburger Zahlen liegenden Gesamtausgaben zurückzuführen als auch durch die unter den Hamburger Schulausgaben liegenden Westberliner Ausgaben für Schulen bedingt.

2. Schulausgaben und Bruttoinlandsprodukt

Obwohl hier das Bruttoinlandsprodukt und nicht das Bruttonsozialprodukt zur Bezugsgröße der Bildungsausgaben gewählt worden ist, läßt sich zur Begründung dieses Schrittes anführen, was Palm in bezug auf das Bruttonsozialprodukt feststellt: "Die Berechtigung zur Berechnung dieser Relation ergibt sich aus der Tatsache, daß der Aufwand für die Bildungseinrichtungen einmal eine Belastung des Sozialprodukts darstellt, auf der anderen Seite - wenn auch mit zeitlicher Verschiebung - Ursache für dessen Erstellung und Steigerung ist."¹

¹ Palm, G.: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960, a.a.O., S. 9.

Der letzte Teil der Begründung trifft dabei jedoch eher auf das Bruttoinlandsprodukt als auf das Bruttosozialprodukt zu. Das Bruttosozialprodukt schließt im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt auch jene Teile des Erwerbs- und Vermögenseinkommens ein, die den inländischen Wirtschaftseinheiten "von außen" zugeflossen sind; das heißt, das Bildungswesen des betrachteten Wirtschaftssystems ist nicht Grundlage dieser Teile des Volkseinkommens. Das Bruttoinlandsprodukt aber umfaßt zudem noch jene Leistungen, welche nicht-inländischen Empfängern aus dem betrachteten Wirtschaftssystem zufließen, zu deren Erstellung das Bildungswesen dieses Wirtschaftssystems beigetragen hat.

Wie schon bei der Darstellung der Schulausgaben in ihrem Verhältnis zum Gesamtausgabenvolumen, sollen das Bruttoinlandsprodukt und die Ausgaben für Schulen in ihrer Entwicklung seit 1960 dargestellt werden, wobei zuerst wieder eine Indexreihe, dann die jährlichen Steigerungsraten und schließlich Anteilswerte der UAS am BIP aufgeführt werden.

Tabelle 70: Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen 1960 bis 1967 (1961 = 100)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg								
Wachstum								
Bruttoinlandsprodukt	93,5	100	109,2	114,2	123,1	133,3	142,1	146,4
Wachstum								
Unmittelbare Ausgaben	66,3	100	94,4	104,4	110,4	118,6	132,3	137,1
Westberlin								
Wachstum								
Bruttoinlandsprodukt	91,4	100	105,8	111,4	120,4	132,7	141,7	144,8
Wachstum								
Unmittelbare Ausgaben	72,3	100	106,2	115,0	124,4	135,7	158,6	178,5

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Wie auch ähnlich schon für das Verhältnis von Gesamtausgabenvolumen und Schulausgaben festgestellt, fällt hier auf, daß in Westberlin im Zeitraum von 1961 bis 1965 das BIP und die UAS nahezu gleich stark anwuchsen, während Hamburg in derselben Periode sein BIP weit stärker als die UAS ansteigen ließ; die drei letzten Jahre des betrachteten Zeitraums zeigen in Hamburg für beide Kategorien nur mäßigen Anstieg, während in Westberlin von 1965 bis 1967 die UAS plötzlich relativ steil ansteigen bei fortlaufend abnehmendem Wachstum des BIP (vgl. Tabelle 71).

Während des gesamten Zeitraums lagen die auf 1961 bezogenen Indexwerte für die Westberliner UAS immer über denen der Hansestadt.

Eine Übersicht über die jährlichen Steigerungsraten von BIP und UAS verstärkt den Eindruck des "Dauervorsprungs" Westberlins, wie aus Tabelle 71 hervorgeht.

Tabelle 71: Jährliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1961 ¹	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg							
Wachstum							
Bruttoinlandsprodukt	7,0	9,2	4,6	7,8	8,3	6,6	3,0
Wachstum							
Unmittelbare Ausgaben	50,7	5,6	10,6	5,7	7,4	11,5	3,7
Westberlin							
Wachstum							
Bruttoinlandsprodukt	9,5	5,8	5,2	8,2	10,2	6,8	2,2
Wachstum							
Unmittelbare Ausgaben	38,4	6,2	8,4	8,1	9,1	16,8	12,6

¹ 1960 = Rumpfrechnungsjahr.

Interessant ist hierbei, daß die jährlichen Zuwachsraten des Westberliner BIP bis auf das letzte Jahr der Entwicklung höher als die Hamburgs waren, obwohl Hamburg höhere Indexwerte zur Basis 1961 als Westberlin aufweist. Der durch die Indexentwicklung schon offensichtlich gewordene Eindruck, daß Westberlins UAS stärker anstiegen als die Hamburger Werte, wird bekräftigt; allerdings setzt diese Phase des Westberliner Vorsprungs der jährlichen Zuwachsraten erst mit dem Übergang von 1963 auf 1964 ein, um sich dann rapide von den Hamburger Zuwächsen zu entfernen.

Auch hier erfährt das durch die getrennte Erfassung der Wachstumsraten von BIP und UAS gewonnene Bild des generell durchschnittlich stärkeren Anstiegens der UAS in Westberlin seine bestätigende Abrundung durch die formale Integration beider Kategorien. Tabelle 72 gibt die Entwicklung der UAS als Anteil des BIP wieder.

Tabelle 72: Anteil der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen am Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1967 (in Promille)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	9,0	12,6	10,9	11,6	11,4	11,2	11,8	11,9
Westberlin	10,5	13,3	13,3	13,7	13,7	13,6	14,9	16,4

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 37.

Der Anteil der UAS am BIP lag 1967 in Westberlin mit 16,4 Promille um 37,8 Prozent über dem entsprechenden Wert Hamburgs, der sich auf 11,9 Promille belief. Während der Periode der vorausgegangenen sieben Jahre hielt der Westberliner Wert durchgehend eine über dem Hamburger Wert liegende Relation.

Die hier für die Gesamtheit öffentlicher allgemeinbildender Schulen aufgezeigte Entwicklung ist in Tabelle 73 nach einzelnen Schulzweigen aufgliedert. Westberlin behauptet bei allen Schularten seine Vorrangstellung seit 1960. Doch sind eindeutig Unterschiede zwischen den Schulzweigen zu erkennen. Westberlin wandte seine Ressourcen primär dem Realschulwesen zu. Die Investitionen im Primarschulbereich lagen dagegen nicht viel über denen Hamburgs.

Tabelle 73: Vorsprung der Westberliner Anteile der unmittelbaren Ausgaben am BIP vor den Hamburger Anteilswerten nach Schulzweigen 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen	+ 4,7	- 9,7	+ 8,9	+ 7,3	+ 11,1	+ 11,4	+ 16,7	+ 26,2
Realschulen	+ 71,4	+ 66,7	+ 114,3	+ 50,0	+ 55,6	+ 55,6	+ 87,5	+ 100,0
Gymnasien	+ 35,0	+ 41,7	+ 50,0	+ 41,7	+ 37,5	+ 41,7	+ 38,5	+ 55,6

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 37.

3. Schulausgaben und Bevölkerung

a) Schulausgaben je Einwohner

Neben dem Bruttoinlandsprodukt bietet sich die Wohnbevölkerung der Stadtstaaten als Bezugsgröße für die Bildungsausgaben an. Unter dem Gesichtspunkt der individuellen Belastung kann damit die Frage beantwortet werden, wie hoch der Aufwand für Bildungseinrichtungen pro Kopf der Bevölkerung bemessen ist. Im Vergleich der beiden Stadtstaaten Hamburg und Westberlin muß eine solche Relation mit Vorsicht aufgestellt und interpretiert werden; aufgrund der schon dargelegten (vgl. S. 46 ff.) Unterschiedlichkeit beider Städte hinsichtlich ihres Bevölkerungswachstums

und ihrer altersspezifischen Bevölkerungsstruktur kann die unvermittelt präsentierte Relation Bildungsausgaben pro Einwohner nur Resultate von begrenzter Aussagefähigkeit liefern, wenn nicht gar Fehlinterpretationen Vorschub leisten. Es erscheint daher sinnvoll, der unspezifisch demographisch gebildeten Ausgabenrelation eine zweite zur Seite zu stellen.

Durch Bezug der Bildungsausgaben auf die Gruppe der Bevölkerung im schulfähigen Alter (schulfähige Bevölkerung) wird die Wirkung des Westberliner Überhangs der "alten" Wohnbevölkerung ausgeklammert.

Im Jahr 1967 lag die Relation Bildungsausgaben pro Kopf der Wohnbevölkerung in Hamburg mit 172 DM um fast 18 Prozent über dem Westberliner Wert von 146 DM. Dieser absolute Rückstand Westberlins stellt eine bemerkenswerte relative Verbesserung dar, wenn man die Entwicklung der Relation während der vorhergegangenen Jahre betrachtet.

Tabelle 74: Unmittelbare Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen pro Kopf der Wohnbevölkerung 1960 bis 1967

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg (in DM)	83	125	117	129	137	147	164	172
Westberlin (in DM)	58	80	86	93	100	109	128	146
Vorsprung Hamburgs (in %)	+ 43,1	+ 56,3	+ 36,0	+ 38,7	+ 37,0	+ 34,9	+ 28,1	+ 17,8

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 38.

b) Schulsausgaben je schulfähigem Einwohner

Wie schon betont, ist dieser relativ große Vorsprung Hamburgs jedoch vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Aufbaus der Alterspyramide beider Stadtstaaten zu interpretieren. Die Dar-

stellung der Entwicklung der Relation Bildungsausgaben pro Kopf der schulfähigen (potentiell die Schuleinrichtungen nutzenden) Bevölkerung über die dem Jahr 1967 vorangegangenen Jahre relativiert den Eindruck vom Hamburger Vorsprung. Die schulfähige Bevölkerung wurde als Gruppe der Sechs- bis unter Zwanzigjährigen bestimmt.

Tabelle 75: Unmittelbare Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen pro Kopf der schulfähigen Bevölkerung 1960 bis 1967 (6 bis unter 20 Jahre)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg (in DM)	503	777	770	875	946	1.009	1.124	1.159
Westberlin (in DM)	391	580	648	739	833	912	1.046	1.168
Vorsprung Hamburgs (in %)	+ 28,6	+ 34,0	+ 18,8	+ 18,4	+ 13,6	+ 10,6	+ 7,5	- 0,8

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 38.

Aus Tabelle 75 geht eindeutig hervor, daß die pro Kopf der schulfähigen Bevölkerung ermittelten Ausgabenwerte seit 1960 in Westberlin stärker als in Hamburg angestiegen sind; Hamburg vergrößerte den Pro-Kopf-Betrag von 1961 bis 1967 von 777 DM auf 1.159 DM um 49,2 Prozent, während Westberlin diese Relation während der gleichen Periode um 101,4 Prozent von 580 DM auf 1.168 DM ansteigen lassen und somit einen - wenn auch minimalen - absoluten Vorsprung der Entwicklung der gleichen Relation in Hamburg einnehmen konnte.

Zur Interpretation dieses Ergebnisses muß eine zweite, neben dem unterschiedlichen Aufbau der Alterspyramide in beiden Stadtstaaten bestehende demographische Verschiedenheit berücksichtigt werden. Die zahlenmäßige Entwicklung der Einwohnerschaft verlief unterschiedlich.

Während die Gesamtbevölkerung beider Stadtstaaten im betrachteten Zeitraum nahezu stagnierte - von 1960 bis 1967 sank sie in Hamburg um 0,2 Prozent, in Westberlin um 1,8 Prozent -, machte die Gruppe der schulfähigen Wohnbevölkerung eine in beiden Städten stärker absinkende Entwicklung durch. In Hamburg sank sie von 1960 bis 1967 um etwa 10 Prozent, während sich in Westberlin die schulfähige Bevölkerung um über 17 Prozent verringerte.

Der geringe Vorsprung der Westberliner Relation Schulausgaben pro schulfähige Wohnbevölkerung im Jahr 1967 ist somit nur teilweise auf die seit 1960 in Westberlin stärker als in Hamburg angestiegenen Schulausgaben zurückzuführen; die demographische Entwicklung trug zu dieser Situation im Jahr 1967 ebenfalls bei.

c) Schulausgaben je abhängig Erwerbstätigen

Indem man die Schulausgaben auf die abhängig erwerbstätige Wohnbevölkerung¹ bezieht, läßt sich eine Verhältniszahl konstruieren, die Auskunft gibt darüber, wieviel die Schulbildung von Kindern in jedem Stadtstaat jeden "kostet", der durch Steuern das Schulsystem mitfinanziert.

Tabelle 76: Unmittelbare Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen pro abhängig Erwerbstätigen 1961, 1963, 1965, 1966, 1967 (in DM)

	1961	1963	1965	1966	1967
Hamburg	272	281	335	380	408
Westberlin	197	226	254	301	352

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; eigene Berechnungen.

¹ Beschäftigte Arbeiter, Angestellte, Beamte und mithelfende Familienangehörige.

Diese fiktive Zuteilung zeigt, daß das Schulsystem in Hamburg von jedem Erwerbstätigen, der in abhängigem Arbeitsverhältnis steht, mehr finanzielle Opfer verlangt als das in Westberlin der Fall ist. Der abhängig Erwerbstätige zahlt in Hamburg im Durchschnitt der angeführten Jahre 25 Prozent mehr für das Schulsystem als sein Westberliner Kollege.

II. Vergleich besonderer Indikatoren

1. Die Struktur der Schulausgaben (Ausgabenarten)

Die öffentliche Finanzstatistik unterteilt die Gruppe der unmittelbaren Ausgaben in zwei Kategorien; sie unterscheidet zwischen Verwaltungs- und Zweckausgaben (vermögensunwirksame Ausgaben) einerseits und den Ausgaben der Vermögensbewegung (vermögenswirksame Ausgaben) andererseits. Das Kriterium der Vermögensänderung kann durch das der Häufigkeit des Anfallens von Ausgaben ersetzt werden; vermögenswirksame Ausgaben fallen einmal an, vermögensunwirksame Ausgaben sind laufend zu tätige Ausgaben. Den laufenden (fortdauernden) Ausgaben ordnet die öffentliche Finanzstatistik folgende Ausgabenkategorien zu:

- Personalausgaben,
- Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen,
- Zuweisungen an Zweckverbände,
- übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben.

Die Personalausgaben umfassen die Lehrergehälter (Beamtenbezüge), Angestelltenvergütungen, Arbeiterlöhne und die personellen Nebenkosten¹. Bis zu der schon angeführten (vgl. S. 42) Umstellung der Methodik in der öffentlichen Finanzstatistik ab Haushaltsjahr 1963 waren die Versorgungsbezüge den Personalausgaben zugeordnet. Aufgrund des ihnen eigentümlichen zeitlichen Auseinanderfallens von Erstellung und rechnermäßiger Erfassung kommt

¹ Beihilfen, Aufwandsentschädigungen usw.

den Versorgungsposten Transferausgabencharakter zu, der sie der Definition der fortdauernden Ausgaben nicht mehr entsprechen läßt¹.

Die Zuweisungen an Zweckverbände sind in erster Linie Zuweisungen der öffentlichen Haushalte an private und an sonstige Schulen, deren Träger nicht die öffentliche Hand ist.

Die Kategorie der "Übrigen Verwaltungs- und Zweckausgaben" kann mit der der "Unterhaltung und Instandsetzung von beweglichem Vermögen" zu dem Begriff "Fortdauernde Sachausgaben" zusammengezogen werden. "Unter dem Begriff 'fortdauernde Sachausgaben' werden alle laufenden Aufwendungen außer den Personalausgaben und Zuweisungen zusammengefaßt, so die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel, Heizung, Strom, Wasser, Unterhaltung und Ergänzung der Geräte, Steuern, Versicherungen, Postgebühren, Fahrgelder und Reisekosten. Nicht enthalten sind in den fortdauernden Ausgaben die Zinsen, die ... entsprechend der bereits erwähnten Umstellung der amtlichen Finanzstatistik nicht berücksichtigt werden."²

Die zweite Kategorie der unmittelbaren Ausgaben sind die vermögenswirksamen, einmaligen Ausgaben der Vermögensbewegung. Sie werden in dieser Arbeit unter der Bezeichnung "Investitionsausgaben für allgemeinbildende Schulen" den fortdauernden Ausgaben gegenübergestellt. Im Gegensatz zu dem alten Konzept der öffentlichen Finanzstatistik schließt der hier verwendete Begriff der Investitionsausgaben die Zuführung an Rücklagen und die Tilgung aus, welche seit der methodischen Umstellung der öffentlichen Finanzstatistik im Haushaltsjahr 1963 zen-

¹ Vgl. im Gegensatz dazu Palm, G.: Die Kaufkraft der Bildungsausgaben, a.a.O., S. 217, wo er die Meinung vertritt, daß ihr Transferausgabencharakter sehr wohl mit der Definition der fortlaufenden Ausgaben kompatibel sei.

² Vgl. Schmitz, E.: Die öffentlichen Ausgaben für Schulen in der Bundesrepublik Deutschland 1965-1970, a.a.O., S. 37.

tral ausgewiesen werden¹. Somit werden unter der Rubrik "Investitionsausgaben" erfaßt:

- Bauten und große Instandsetzungen,
- Neuanschaffung von beweglichem Vermögen,
- Erwerb von Grundvermögen,
- Erwerb von Beteiligungen,
- Gewährung von Darlehen an Dritte,
- übrige Ausgaben der Vermögensbewegung.

"Art und Umfang der öffentlichen Investitionen besitzen infolge ihrer konjunkturellen 'Schlüsselstellung' besondere Bedeutung."² Die Auf- und Abwärtsbewegungen der Investitionsausgaben für Schulen können als Indikatoren dafür angesehen werden, inwieweit konjunkturelle "Sachzwänge" bildungspolitische Ausgabenentscheidungen beeinflussen.

Tabelle 77 gibt einen Überblick über die Verteilung der unmittelbaren Ausgaben auf die Ausgabenarten in der Periode 1960-1967:

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern, Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden 1963, S. 4 und 8.

² Ebenda, S. 7.

Tabelle 77: Unmittelbare Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (öffentliche Schulausgaben) nach Ausgabenarten 1960 bis 1967 (in Prozent)

Jahr	Stadtstaat	Personalausgaben	Fortdauernde Sachausgaben	Zuweisungen	Investitionsausgaben	Insgesamt
1960 ¹	Hamburg	58,5	5,2	2,5	33,8	100
	Westberlin	72,0	13,4	3,8	10,8	100
1961	Hamburg	56,3	7,1	2,5	34,1	100
	Westberlin	74,2	14,3	4,2	7,3	100
1962	Hamburg	61,4	8,7	2,3	27,6	100
	Westberlin	72,6	16,4	4,3	6,7	100
1963	Hamburg	60,1	8,5	3,3	28,1	100
	Westberlin	72,1	16,1	4,3	7,5	100
1964	Hamburg	60,9	9,2	2,9	27,0	100
	Westberlin	71,0	15,9	4,0	9,1	100
1965	Hamburg	62,6	10,2	3,0	24,2	100
	Westberlin	72,4	16,1	4,1	7,6	100
1966	Hamburg	64,6	10,1	3,1	22,2	100
	Westberlin	68,3	14,8	4,2	12,7	100
1967	Hamburg	65,6	10,6	3,0	20,8	100
	Westberlin	64,7	15,3	4,1	15,9	100

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 39.

Die Personalausgaben, fortdauernden Sachausgaben und Investitionsausgaben sollen im folgenden durch Bezug auf Höhe und Entwicklung anderer Daten zu bestimmten Kennziffern schulpolitischen Ausgabengebarends relativiert werden.

2. Verwaltungs- und Zweckausgaben für Schulen

a) Fortdauernde Ausgaben je Schüler

Palm unterstellt in seiner Untersuchung¹ für den Geltungsbereich BRD, daß "... bei gleichem Einsatz von personellen und

¹ Palm, G.: Die Kaufkraft der Bildungsausgaben, a.a.O.

sachlichen Mitteln (also fortdauernde Ausgaben, C.C.) je Schüler steigende Schülerzahlen ein entsprechend ihrer Steigerungsrate proportionales Ansteigen der Ausgaben bewirken, sinkende Schülerzahlen dagegen zu einer entsprechenden Abnahme der Ausgaben führen"¹. Ob eine solche positive Korrelation zwischen Schülerzahl und Höhe der fortdauernden Ausgaben besteht, soll für die beiden Stadtstaaten im folgenden untersucht werden.

Tabelle 78 stellt die absoluten Zahlen der fortdauernden Ausgaben und ihre Zuwachsraten den absoluten Schülerzahlen und ihren relativen Veränderungen seit 1960 gegenüber.

Tabelle 78: Fortdauernde Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (in 1.000 DM) und Schulbesuchszahlen – Absolute Zahlen, jährliche Steigerungsraten, Indexreihen (1961 = 100) 1960 bis 1967

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg								
Fortdauernde Ausgaben absolut (in 1.000 DM)	100.938	151.349	156.912	172.318	185.171	206.254	236.273	249.698
jährliche Steigerung (in %)		49,9	3,7	9,8	7,5	11,4	14,6	5,7
Indexreihe (1961 = 100)	66,7	100	103,7	113,9	122,3	136,3	156,1	165,0
Schülerzahlen absolut	185.825	183.642	179.218	176.623	175.733	177.725	184.008	193.948
jährliche Steigerung (in %)		- 1,2	- 2,4	- 1,5	- 0,5	1,1	3,5	5,4
Indexreihe (1961 = 100)	101,2	100	97,6	96,2	95,7	96,8	100,2	105,6
Westberlin								
Fortdauernde Ausgaben absolut (in 1.000 DM)	113.577	163.349	174.653	187.520	199.249	221.241	243.966	264.707
jährliche Steigerung (in %)		43,8	6,9	7,4	6,3	11,0	10,3	8,5
Indexreihe (1961 = 100)	69,5	100	106,9	114,8	122,0	135,4	149,4	162,0
Schülerzahlen absolut	193.597	191.769	185.612	180.659	178.147	177.910	182.207	187.514
jährliche Steigerung (in %)		- 1,0	- 3,2	- 2,7	1,4	- 0,1	2,4	2,9
Indexreihe (1961 = 100)	101,0	100	96,8	94,2	92,9	92,8	95,0	97,8

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 4 und 40.

¹ Palm, G.: Die Kaufkraft der Bildungsausgaben, a.a.O., S. 112.

Aus Tabelle 78 geht deutlich hervor, daß die jährlichen Steigerungsraten für fortdauernde Ausgaben und Schülerzahlen keinen parallelen Trend aufweisen, wobei Hamburg eher noch als Westberlin einige den beiden Kategorien gemeinsame Richtungsverläufe in der Entwicklung aufweist. Die zur Basis 1961 gebildeten Indexreihen der Entwicklung unterstreichen diesen Eindruck.

Die These Palms, die eine positive Korrelation beider Kategorien unterstellt, ist für beide Stadtstaaten in der Entwicklung des Verhältnisses Ausgaben pro Schüler nicht aufrechtzuerhalten¹. Allerdings rechnet Palm mit deflationierten Ausgabenreihen, während die vorliegende Arbeit unbereinigte Ausgabenwerte verwendet.

Selbst wenn eine Korrelation von Ausgaben und Schülerzahlen nicht nachzuweisen war, ergibt sich durch Bezug der fortdauernden Ausgaben auf die Zahl der Schüler gerade für den interregionalen Vergleich eine aussagefähige Strukturquote. Die vorliegende Arbeit geht davon aus, daß ein kausaler Zusammenhang theoretisch denkbar ist. Sie benutzt die Relation fortdauernder Ausgaben pro Schüler, um die vergleichende Gegenüberstellung der beiden Schulsysteme hinsichtlich ihrer jeweiligen Bereitstellung von Personal- und Sachmitteln übersichtlicher zu gestalten als das der Fall wäre, wenn man die absoluten Ausgabenhöhen miteinander vergleichen würde.

¹ Der Versuch, eine mögliche Korrelation beider Größen in ihrer Entwicklung mit Hilfe eines statistischen Korrelationsmaßes nachzuweisen, brachte ein Ergebnis, das die oben angeführte grobe Interpretation des Verhältnisses von Schülerzahlen zur Höhe der fortdauernden Ausgaben bestätigte. Der Bravais-Pearsonsche Korrelationskoeffizient für die Zeitreihen beider Kategorien seit 1961 (1960 als Rumpfrechnungsjahr kann nicht in die zu untersuchende Reihe aufgenommen werden) ergab für Westberlin eine kaum erkennbare Korrelation (in der Nähe von 0,2 liegender negativer Korrelationskoeffizient), für Hamburg eine äußerst schwache positive Abhängigkeit beider Entwicklungen voneinander (Korrelationskoeffizient von ungefähr 0,3).

"Die Berechnung der fortdauernden Ausgaben je Schüler ist eine der wichtigsten Aufgaben der Bildungsstatistik. Sofern eine solche Statistik auf interregionaler Basis angelegt wird, können ihre Ergebnisse unschätzbare Dienste als Vergleichszahlen sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in den Haushaltsdebatten der Gebietskörperschaften leisten."¹

Diese Strukturquote soll hier als Ausdruck der Bereitwilligkeit der Träger des Schulsystems verstanden werden, die personellen und sachlichen Mittel in "genügendem" Maß bereitzustellen; dieses "genügende" Maß soll so definiert sein, daß das erreichte Maximum dieser Quote als Optimum aufgefaßt wird, weil es keine Zielwerte für die optimale Höhe der Relation gibt.

Tabelle 79 zeigt die Entwicklung dieser Relation für die Gesamtheit öffentlicher allgemeinbildender Schulen in beiden Städten seit 1960.

Tabelle 79: Fortdauernde Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen je Schüler (sämtliche Schulzweige) in DM – 1960 bis 1967

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	543	824	876	976	1.054	1.161	1.284	1.287
Westberlin	587	852	941	1.038	1.119	1.244	1.339	1.412

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 42.

Im Zeitraum seit 1960 behauptete Westberlin vor Hamburg eine deutliche Vorrangstellung in der Entwicklung dieser Strukturquote. Nicht nur die absolute Höhe der Verhältniszahl läßt Westberlin günstiger als Hamburg hervortreten; ihre relative Entwicklung während der Periode von 1961 bis 1967 verlief für West-

¹ Vgl. Palm, G.: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960, a.a.O., S. 29.

berlin ebenfalls vorteilhafter. So konnte sich die Quote in Hamburg zwar von einem Wert von 824 DM (1961) um etwa 56 Prozent auf einen Betrag von 1.287 DM steigern, blieb damit jedoch hinter dem Steigerungsmaß von Westberlin zurück, welches von 852 DM (1961) auf 1.412 DM (1967) über 65 Prozent betrug. Westberlins Schulsystem kann somit im Sinne der hier als optimal definierten Größe der Quote als ein Schulsystem gelten, welches mehr als das Hamburger Schulsystem Personal- und Sachmittel in "genügendem" Maß bereitstellt.

Betrachtet man die Entwicklung der Quote der fortdauernden Ausgaben je Schüler an den einzelnen Schulzweigen in beiden Stadtstaaten, so behauptete Westberlin generell seine Stellung vor den Werten der Hansestadt; allerdings sind die Vorsprünge je nach Schulzweig recht unterschiedlich. Tabelle 80 stellt die Entwicklung dieser Relation an den verschiedenen Schulzweigen in Hamburg und Westberlin einander gegenüber.

Tabelle 80: Fortdauernde Ausgaben je Schüler nach Schulzweigen (in DM) – 1960 bis 1967

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	468	715	766	832	909	1.002	1.130	1.131
Westberlin	485	705	785	866	939	1.033	1.105	1.149
Realschulen								
Hamburg	514	750	726	1.085	1.069	1.268	1.197	1.195
Westberlin	701	986	1.032	1.110	1.186	1.404	1.598	1.776
Gymnasien								
Hamburg	999	1.538	1.637	1.795	1.912	2.002	2.160	2.158
Westberlin	1.025	1.518	1.715	1.945	2.037	2.230	2.387	2.547

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Der Vorsprung Westberlins wurde nur zweimal bei den Volks- und Sonderschulen und einmal bei den Gymnasien aufgehoben; ansonsten lagen die absoluten Werte der Quote über den Quotenwerten Hamburgs. Tabelle 81 gibt eine Übersicht über den prozentualen Anteil der Westberliner Relationen an den Werten Hamburgs.

Tabelle 81: Fortdauernde Ausgaben je Schüler nach Schulzweigen – Vorsprung der Quotenwerte Westberlins vor denen Hamburgs 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen	+ 3,6	- 1,4	+ 2,5	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,1	- 2,2	+ 1,6
Realschulen	+ 36,4	+ 31,5	+ 42,2	+ 2,3	+ 10,9	+ 10,7	+ 33,5	+ 48,6
Gymnasien	+ 2,6	- 1,3	+ 4,8	+ 8,4	+ 6,5	+ 11,4	+ 10,5	+ 18,0

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 42.

Unterschiedlich verlief auch die Entwicklung des jährlichen Zuwachses der Relation "fortdauernde Ausgaben je Schüler" in den Stadtstaaten. In Hamburg ebenso wie in Westberlin kann von einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Zuwachsraten nicht gesprochen werden. Während jedoch bei Volks- und Realschulen beide Städte positive Zuwachsraten unterschiedlichsten Ausmaßes verzeichneten, bei den Gymnasien Hamburg 1967 einen negativen Zuwachs der Relation zeigte, ist das Bild bei den Realschulen in Hamburg vom Wechsel negativer und positiver Zuwachsraten geprägt.

In der gesamten Berichtsperiode von 1961 bis 1967 führt Westberlin auf allen drei Schulsektoren mit höheren Gesamtwachstumsraten als Hamburg; die größten Differenzen zwischen den Gesamtwachstumsraten der Quoten liegen bei den Gymnasien, wo der Vorsprung Westberlins über 21 Prozent beträgt. Tabelle 82 zeigt die jährlichen und die für den ganzen Berichtszeitraum festgestellten Wachstumsraten.

Tabelle 82: Fortdauernde Ausgaben je Schüler – Jährliche Steigerungsraten 1960 bis 1967;
Gesamtwachstumsrate 1961 bis 1967

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1967/1961
Volks- und Sonderschulen									
Hamburg	-	+ 52,8	+ 7,1	+ 7,7	+ 9,3	+ 10,2	+ 12,8	+ 0,1	+ 58,2
Westberlin	-	+ 45,4	+ 11,3	+ 10,3	+ 8,4	+ 10,1	+ 6,7	+ 4,0	+ 63,0
Realschulen									
Hamburg	-	+ 45,9	- 3,2	+ 49,4	- 1,5	+ 18,6	- 5,6	- 0,2	+ 59,3
Westberlin	-	+ 40,7	+ 4,7	+ 7,6	+ 6,8	+ 18,4	+ 13,8	+ 11,1	+ 80,1
Gymnasien									
Hamburg	-	+ 54,0	+ 6,4	+ 9,7	+ 6,5	+ 4,7	+ 7,9	- 0,1	+ 40,3
Westberlin	-	+ 48,1	+ 13,0	+ 13,4	+ 4,7	+ 9,5	+ 7,0	+ 6,7	+ 67,8

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 42.

b) Ausgaben für Lehr- und Lernmittel je Klasse

Die Kategorie der fortdauernden Sachausgaben für allgemeinbildende Schulen schließt die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel mit ein. Die amtliche Finanzstatistik weist sie als gesonderte Größe nicht aus; das jedoch ist der Fall in den Haushaltsplänen der Stadtstaaten. Die Ausgabenkategorien erfahren dort eine detailliertere Aufschlüsselung nach einzelnen Ausgabenarten¹.

¹

Hamburg

Lehrmittel = Lehrmittel, Schulbüchereien und sonstige Unterrichtsbedürfnisse (Haushaltstitel 600, ab 1965 Titel 500)

Lernmittel = Lernmittel (Haushaltstitel 601, ab 1965 Titel 501)

Westberlin

Lehrmittel = Lehrmittel allgemein (Haushaltstitel 300), Schüler- und Lehrerbüchereien (Titel 301), Arbeitsmittel (Titel 314)

Lernmittel = Lernmittel (Haushaltstitel 340)

Die Zahlenangaben der Haushaltspläne stellen Ansätze der Haushaltsplanung dar, daß heißt, sie sind Soll-Zahlen. Von der dieser Arbeit zugrundeliegenden Regel, daß nur von Ist-Daten auszugehen sei, wird hier also abgewichen. Die vergleichende Darstellung von Meßgrößen, die für beide Stadtstaaten aus den Ausgaben für Lehr- und Lernmittel gebildet werden, ist hinsichtlich einer nach Schulzweigen unterschiedenen Gegenüberstellung nicht unproblematisch. Mit dem Haushaltsjahr 1965 erfolgte in Hamburg eine Umstellung von Haushaltsposten, die eine veränderte Form der Aggregation der einzelnen Schulzweige mit sich brachte. War bis zum Jahr 1964 der Realschulzweig noch gesondert ausgewiesen, so wurde er ab 1965 der bisher die Volks- und Sonderschulen zusammenfassenden Rubrik zugeordnet; deshalb werden in der nachfolgenden Gegenüberstellung der Ausgaben für Lehr- und Lernmittel diese drei Schulzweige durchgehend zu einer Rubrik zusammengefaßt. Obwohl die Haushaltsplansystematik Westberlins fortlaufend die einzelnen Schulzweige getrennt voneinander ausweist, ist aus Gründen besserer Vergleichbarkeit im Sinne der Hamburger Kategorisierung verfahren worden, so daß für den Stadtstaatenvergleich der Ausgaben für Lehr- und Lernmittel drei Schulzweigaggregate angeführt worden sind:

- Volks-, Real- und Sonderschulen,
- Gymnasien und
- sämtliche allgemeinbildenden Schulen zusammen.

Auch hier wieder gelten die Zahlenangaben über Ausgaben nur für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen, während die Bezugsgröße "Schulklassen" öffentliche und private Institutionen zusammenfaßt.

Der Soll-Charakter der Ausgabendaten erlaubt eine Vergrößerung des betrachteten Berichtszeitraums; die Zeitreihe geht von 1961 bis einschließlich 1969. Da mit dem Haushaltsplan 1970 eine bundesweite Vereinheitlichung der Systematik von Haushaltsplänen die bisherigen Haushaltspläne ersetzte, ist dieses Jahr von der Betrachtung ausgenommen.

Die Entwicklung der Ausgaben für Lehr- und Lernmittel weist in den beiden Stadtstaaten einen unterschiedlichen Verlauf auf.

Tabelle 83: Ausgaben für Lehr- und Lernmittel für öffentliche allgemeinbildende Schulen 1961 bis 1969 (in 1.000 DM) – Indexreihe der Zuwachsraten (1961 = 100) in Prozent

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg									
Ausgaben absolut	4.350	4.330	4.679	5.188	5.805	6.310	7.087	7.542	8.214
Ausgabensteigerung (1961 = 100)	100	99,5	107,6	119,3	133,4	145,1	162,9	173,4	188,8
Westberlin									
Ausgaben absolut	3.007	3.345	4.637	4.784	5.388	6.042	7.233	8.083	9.084
Ausgabensteigerung (1961 = 100)	100	111,2	154,2	159,1	179,2	200,9	240,5	268,8	302,1

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 43.

Die absolute Ausgabenhöhe lag bis 1966 in Hamburg durchweg über der absoluten Höhe der Ausgaben in Westberlin; in den letzten drei Jahren der betrachteten Periode konnte Westberlin jedoch über den absoluten Werten Hamburgs liegende Ausgabenhöhen realisieren.

Im gesamten Berichtszeitraum stiegen die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel in Hamburg um fast 90 Prozent des Ausgangswertes an, während sie in Westberlin um mehr als 200 Prozent anwuchsen. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate betrug in Hamburg mit 8,3 Prozent somit auch fast die Hälfte der Westberliner jährlichen Steigerungsrate, die bei 15,2 Prozent lag; von einer stetigen und gleichmäßigen Aufwärtsentwicklung kann bei beiden Stadtstaaten kaum gesprochen werden. Die jährliche Zuwachsrate in Hamburg betrug im ungünstigsten Fall - 0,5 Prozent (1961/62), in Westberlin + 3,2 Prozent (1963/64), während die jährliche Maximalsteigerung der Ausgaben für Lehr- und Lernmittel in

Westberlin einen Wert von + 38,6 Prozent (1962/63) erreichen konnte.

Die Anzahl der Klassen an allgemeinbildenden öffentlichen und privaten Schulen soll im folgenden als Bezugsgröße für die jährlichen Ausgabenwerte gewählt werden; es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß die so gebildete Kennziffer ihren Aussagewert allein im Vergleich der jeweiligen Entwicklung in den beiden Stadtstaaten hat und nicht absolut als Angabe darüber interpretiert werden darf, wieviel jeder Stadtstaat an Lehr- und Lernmitteln pro Klasse aufbringt, weil die entsprechende Ausgabenkategorie der privaten allgemeinbildenden Schulen nicht mit berücksichtigt worden ist.

In Tabelle 84 ist die Entwicklung dieser rein rechnerisch zu verstehenden Meßzahl für beide Städte aufgeführt.

Tabelle 84: Ausgaben für Lehr- und Lernmittel an allgemeinbildenden Schulen pro Klasse 1961 bis 1969 (in DM) – Indexreihe der Zuwachsraten (1961 = 100) in Prozent

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg									
Werte absolut	732	735	796	874	960	1.012	1.076	1.101	1.158
Zuwachs (1961 = 100)	100	100,4	108,7	119,4	131,1	138,3	147,0	150,4	158,2
Westberlin									
Werte absolut	479	542	747	763	847	931	1.074	1.159	1.264
Zuwachs (1961 = 100)	100	113,2	155,9	159,3	176,8	194,4	224,2	242,0	263,9

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 43.

Die durch Bezug auf die jährlich entsprechende Anzahl der Klassenverbände relativierte Darstellung der Entwicklung der Ausgaben für Lehr- und Lernmittel weist im großen und ganzen für beide Stadtstaaten ähnliche Verläufe auf, wie sie schon für

die Entwicklung der absoluten Ausgaben aufgezeigt wurde. Dies gilt im besonderen für die Jahre 1961 bis einschließlich 1965; während dieser Periode stagnierte die Anzahl der Klassen in beiden Städten. Ab 1966 wuchs diese Zahl jedoch an, und zwar in Hamburg mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 4 Prozent, in Westberlin von etwa 3 Prozent.

Während der gesamten Berichtszeit wuchs die Relation Ausgaben für Lehr- und Lernmittel pro Klasse in Hamburg um etwa 58 Prozent, in Westberlin um etwa 164 Prozent an; Westberlin erhöhte somit diese Quotenwerte vergleichsweise stärker als Hamburg.

Allerdings bestand für Westberlin im Vergleich zu Hamburg eine Art Nachholbedarf; zu Anfang der Betrachtungsperiode hielt Hamburg mit seiner Quote einen Vorsprung von 53 Prozent vor Westberlin, der von Jahr zu Jahr weiter abgebaut werden konnte. Am Ende des betrachteten Zeitraums lag der Wert der Westberliner Relation um 9,2 Prozent über der für Hamburg geltenden Quote.

Gemessen an der Entwicklung dieser rechnerischen Meßzahl stellt sich die Schulfinanzierungspolitik Westberlins ausgabenwilliger als die Hamburgs dar.

Betrachtet man die Entwicklung an den verschiedenen Schulzweigen gesondert, so gilt diese für die Gesamtheit allgemeinbildender Schulen beobachtete Entwicklungstendenz für beide Schulzweikkategorien in gleichem Maß.

Tabelle 85: Ausgaben für Lehr- und Lernmittel für allgemeinbildende Schulen pro Klasse nach Schulzweigen 1961 bis 1969 (in DM)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Hamburg									
Volks-, Real-, Sonderschulen	649	654	745	807	890	922	987	1.006	1.024
Gymnasien	1.160	1.151	1.059	1.226	1.319	1.460	1.508	1.528	1.704
Westberlin									
Volks-, Real-, Sonderschulen	419	480	613	737	793	860	989	1.022	1.167
Gymnasien	755	842	975	887	1.101	1.259	1.465	1.815	1.703

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 43.

Während der Zeit von 1961 bis 1969 stiegen die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel an den Volks-, Real- und Sonderschulen in Hamburg um 58 Prozent, in Westberlin um 179 Prozent; für die Gymnasien ergab sich in Westberlin eine Steigerung von 126 Prozent gegenüber einem Gesamtzuwachs in Hamburg von 47 Prozent an Ausgaben für Lehr- und Lernmittel pro Klasse.

c) Personalausgaben je Lehrer

Wie schon betont, beinhalten die öffentlichen Personalausgaben für allgemeinbildende Schulen nicht nur die Lehrergehälter, sondern noch Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne des an allgemeinbildenden Schulen beschäftigten nicht-lehrenden Personals. Da das verfügbare statistische Material eine Trennung der Personalausgaben in Gehälter für lehrendes und für nicht-lehrendes Personal nicht zuläßt, sollen im folgenden die gesamten Personalausgaben zu der Zahl der Lehrer in Beziehung gesetzt werden¹. Da es sich bei der vorliegenden Arbeit um den

¹ Vgl. dazu Schmitz, E., a.a.O., S. 35.

Vergleich von schulpolitisch auswertbaren Kenngrößen zweier Schulsysteme handelt und eine Analyse ihrer jeweiligen Struktur und Entwicklung in den Stadtstaaten nicht Aufgabe dieser Arbeit ist, sind die Bedenken, die Palm dem Begriff "Lehrergehalt" zur Klärung der Entwicklung der Personalausgabenstruktur entgegenbringt¹, von geringer Bedeutung. Es sei hier nur grundsätzlich auf die vielschichtige Zusammensetzung dieser Größe hingewiesen, wenn die Entwicklung der Lehrerzahlen und die der Personalausgaben beider Stadtstaaten in einen Zusammenhang gebracht werden, wie etwa den der Personalausgaben pro Lehrer.

Zu der Darstellung der Entwicklung der Lehrerzahlen ist zu sagen, daß es sich dabei um sämtliche Lehrpersonen an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen handelt. Neben den hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrern sind auch die nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrer miteinfaßt². "Die von den Teilzeitlehrern erteilten Wochen-Unterrichtsstunden wurden ... auf der Basis der wöchentlichen Pflichtstunden auf volle Stellen umgerechnet und bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Lehrer berücksichtigt."³

In Tabelle 86 und 87 sind die Entwicklungsverläufe von Lehrerzahl und Personalausgabenhöhe der beiden Stadtstaaten nach Schularten dargestellt. Es sei hier nochmals auf die den nominellen Ausga-

¹ Vgl. Palm, G.: Die Kaufkraft der Bildungsausgaben, a.a.O., S. 28.

² Hier ist darauf zu verweisen, daß die im ersten Teil dieser Arbeit (Quantitativer Vergleich der beiden Schulsysteme) angeführten Lehrerzahlen anders zusammengesetzt sind; dort sind nur hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen erfaßt.

³ Vgl. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Lehrerbestand und Lehrerbedarf. Dritter Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung. I. Schüler - Klassen - Lehrer 1961 bis 1968. Bonn 1969 (Dokumentation Nr. 30), S. 1. Hier wird zur Erläuterung des methodischen Vorgehens auf eine frühere Dokumentation verwiesen: Vgl. dies.: Lehrerbestand und Lehrerbedarf. Zweiter Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung. I. Schüler - Klassen - Lehrer 1961 bis 1970. Bonn 1967 (Dokumentation Nr. 20), S. 14.

bengrößen innewohnenden inflationären Komponenten hingewiesen, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht ausgeschaltet werden konnten und bei Nichtberücksichtigung leicht zu falschen Interpretationen der Ausgabenentwicklung führen könnten.

Tabelle 86: Jährliche Änderungsraten des Lehrerbstands an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen nach Schularten 1961 bis 1967 – Änderungsrate 1967/1961 (in Prozent)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1967/1961
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	-	- 0,3	+ 0,4	+ 1,8	+ 3,4	+ 3,6	+ 1,0	+ 11,0
Westberlin	-	- 0,9	+ 0,5	+ 3,6	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,5	+ 11,5
Realschulen								
Hamburg	-	+ 1,9	- 2,4	± 0	- 0,5	- 3,3	+ 6,4	+ 1,9
Westberlin	-	+ 4,5	- 0,4	+ 2,0	- 2,5	+ 1,6	- 2,8	+ 2,2
Gymnasien								
Hamburg	-	+ 0,7	- 0,4	+ 5,1	+ 1,8	+ 4,5	+ 7,1	+ 20,1
Westberlin	-	- 4,8	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 5,9	+ 5,5	+ 11,9
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	-	+ 0,5	± 0	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,5	+ 12,2
Westberlin	-	- 1,2	+ 0,6	+ 3,1	+ 0,5	+ 4,6	+ 2,6	+ 10,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 44.

Betrachtet man die Entwicklung des Lehrerbstands an sämtlichen allgemeinbildenden Schulen zusammen, so zeichnet sich die Entwicklung in Hamburg als um einiges stetiger aufwärtsgerichtet aus als in Westberlin. Für alle drei Schularten gesondert sind dagegen die jährlichen Zuwachsraten des Lehrerbstands in beiden Stadtstaaten ohne gleichmäßig strukturierten Entwicklungsverlauf ausgewiesen. Die Zuwachsrate über den gesamten Berichtszeitraum von 1961 bis 1967 war bei den Volks- und Sonderschulen ebenso wie bei den Realschulen in beiden Stadtstaaten annähernd gleich hoch; es fällt auf, daß sich der Bestand an Gymnasiallehrern während dieser Periode in Hamburg fast um das Doppelte

der Zuwachsrate Westberlins erhöhen konnte¹. Der Entwicklung im Lehrerbstand beider Stadtstaaten soll die Veränderung der Personalausgaben im gleichen Zeitraum gegenübergestellt werden.

Tabelle 87: Jährliche Änderungsraten der Personalausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen nach Schularten 1961 bis 1967 – Änderungsrate 1967/1961 (in Prozent)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1967/1961
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	-	+ 3,4	+ 5,0	+ 8,7	+ 9,5	+ 17,1	+ 4,6	+ 58,2
Westberlin	-	+ 4,3	+ 7,6	+ 6,6	+ 10,5	+ 11,0	+ 5,6	+ 55,1
Realschulen								
Hamburg	-	- 5,0	+ 51,2	- 4,6	+ 17,6	- 6,3	+ 4,5	+ 57,9
Westberlin	-	+ 6,0	+ 8,0	+ 4,9	+ 11,5	+ 9,7	+ 3,6	+ 52,0
Gymnasien								
Hamburg	-	+ 3,3	+ 7,4	+ 7,2	+ 10,4	+ 16,8	+ 7,3	+ 64,4
Westberlin	-	+ 2,3	+ 7,1	+ 6,9	+ 12,8	+ 8,8	+ 10,7	+ 58,9
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	-	+ 2,9	+ 8,3	+ 7,2	+ 10,3	+ 15,2	+ 5,3	+ 59,8
Westberlin	-	+ 3,9	+ 7,5	+ 6,5	+ 11,2	+ 10,3	+ 6,7	+ 55,8

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 44.

Bei keinem Schulzweig verlief die Entwicklung der jährlichen Veränderungsdaten stetig aufwärts; vollkommen unetet war der Verlauf der Personalausgabenentwicklung an Realschulen in Hamburg. Das mit Ausnahme der Hamburger Realschulen und Westberliner Gymnasien sämtliche Schulzweige betreffende relativ starke Absinken der jährlichen Zuwachsrate von 1966 auf 1967 mag durch den Beginn der wirtschaftlichen Rezession verursacht worden sein; wegen fehlender Deflationierungsmöglichkeiten der

¹ Zur Verdeutlichung wird hier auf die Tabelle 44 des Anhangs verwiesen, wo die Entwicklung des Lehrerbstands in absoluten Zahlen angegeben ist.

Ausgabenreihen läßt sich jedoch keine gesicherte Aussage machen. Aus der vergleichenden Gegenüberstellung der Änderungsraten von Lehrerzahl und Personalausgaben geht als einziges Ergebnis hervor, daß in beiden Stadtstaaten gleichgerichtete Änderungstendenzen beider Kategorien nicht erkennbar sind.

Die Höhe der Ausgaben für Entlohnungszwecke im Schulwesen soll im folgenden bezogen werden auf eine Bezugsgröße, die in beiden Stadtstaaten die Personalausgaben in ihrer Höhe beeinflusst. Obwohl eine direkte Korrelation der Änderungsraten von Lehrerzahl und Ausgabenhöhe nicht gegeben scheint, soll doch davon ausgegangen werden, daß beide Kategorien zueinander in kausalem Abhängigkeitsverhältnis stehen. Wachsende Lehrerzahlen bewirken ansteigende Personalausgaben. Die Quote Personalausgaben pro Lehrer ist für den Zeitraum 1961 bis 1967 für beide stadtstaatlichen Schulsysteme gebildet worden. Tabelle 88 stellt ihre jeweilige Entwicklung in Hamburg und Westberlin für die Gesamtheit der allgemeinbildenden Schulen einander gegenüber¹.

Tabelle 88: Personalausgaben pro Lehrer an allgemeinbildenden Schulen (sämtliche Schulzweige) 1961 bis 1967 (in DM)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	17.866	18.279	19.791	20.724	22.255	24.990	25.436
Westberlin	16.561	17.417	18.612	19.224	21.288	22.447	23.347

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 44.

¹ Auf eine mögliche Quelle von Fehlinterpretationen sei in diesem Zusammenhang nochmals hingewiesen; während die Personalausgaben hier nur die der öffentlichen Schulen darstellen, umfassen die Lehrerangaben sowohl die an privaten als auch die an öffentlichen Institutionen lehrenden Lehrkräfte. Die Entwicklung der Relation "Personalausgaben pro Lehrer" ist also nicht interpretierbar als Indikator der Lehrerbesoldung in dem jeweiligen Stadtstaat, sondern sie kann nur im Vergleich
Fortsetzung der Fußnote auf der folgenden Seite.

Während in Hamburg der absolute DM-Betragswert dieser Relation durchgehend über dem Wert Westberlins blieb, waren die Anstiegsraten der Quote in beiden Stadtstaaten während der Berichtsperiode annähernd gleich; in Hamburg betrug die Steigerung rund 42 Prozent, in Westberlin lag sie wenig unter 41 Prozent des Ausgangswertes von 1961.

Die darin ausgedrückte Gleichheit der Entwicklung gilt jedoch ausschließlich für sämtliche allgemeinbildenden Schulen als zusammengefaßte Gruppe. Betrachtet man die Entwicklung an den einzelnen Schulzweigen gesondert, so ergeben sich gleiche Entwicklungstendenzen jeweiliger Wachstumsraten der Relation "Personalausgaben pro Lehrer" über die Dauer der Berichtszeit (Tabelle 89).

beider Stadtstaaten miteinander von Aussagekraft sein. Für Westberlin gibt folgende Tabelle die Anteile der Lehrer an Privatschulen an den Lehrkräften an öffentlichen und privaten Schulen seit 1959 wieder:

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Privatschullehreranteil an Lehrkräften insgesamt in %	4,8	5,2	5,2	5,1	5,2	5,0	5,1	5,1	5,2

Die - absolut gesehen - logisch falsch gebildete Meßzahl wird zwar sicherlich nicht logischer dadurch, daß sie interregional vergleichbar ist. Da sie jedoch diese interregionale Vergleichbarkeit besitzt, gewinnt sie in dieser relativen Funktion Aussagecharakter.

Tabelle 89: Personalausgaben pro Lehrer an allgemeinbildenden Schulen nach Schulzweigen
1961 bis 1967 (in DM) – Steigerungsrate 1967/1961

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1967/1961
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	17.297	17.832	18.734	19.884	21.065	23.801	24.646	45,5
Westberlin	15.615	16.427	17.600	18.107	19.708	21.088	21.724	39,1
Realschulen								
Hamburg	14.046	13.099	20.284	19.360	22.878	22.160	21.768	55,0
Westberlin	16.352	16.593	17.993	18.502	21.150	22.833	24.329	48,8
Gymnasien								
Hamburg	21.233	21.783	23.487	23.957	25.971	29.017	29.075	36,9
Westberlin	19.303	20.744	21.851	22.865	25.452	26.140	27.412	42,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 44.

Bei den Volks- und Sonderschulen lag der Anstieg des Hamburger Quotenwerts um 6,4 Prozentpunkte vor dem Westberliner Quotenwertzuwachs von 1961 bis 1967. Die absolute Höhe der Quoten lag in Hamburg durchweg über der Westberlins.

Die schon erwähnte unregelmäßige Entwicklung der Personalausgaben des Realschulbereichs führte in Hamburg dazu, daß die Relation "Personalausgaben pro Lehrer" ebenfalls eine unstrukturiert verlaufende Entwicklung bei den Realschulen durchmachte. Im gesamten Berichtszeitraum stieg jedoch auch hier der Hamburger Wert stärker an als der Westberliner Quotenwert; er lag um 6,2 Prozentpunkte über diesem.

Nur bei den Gymnasien stieg die Relation in Westberlin stärker als in Hamburg. Die in absoluter Höhe unter den Hamburger Werten liegenden Westberliner Beträge stiegen von 1961 bis 1967 um 5,1 Prozentpunkte weiter als die der Hansestadt. Der Grund

hierfür ist in dem fast doppelt so hohen Anwachsen der Anzahl der Gymnasiallehrer in Hamburg gegenüber dem Lehrerzuwachs Westberlins zu sehen (vgl. Tabelle 86).

3. Bauausgaben für Schulen

Als Schulbauausgaben werden in der vorliegenden Arbeit sämtliche sogenannten vermögenswirksamen oder einmaligen Ausgaben für allgemeinbildende Schulen bezeichnet (Investitionsausgaben). Ihre Entwicklung während der Berichtsperiode von 1960 bis 1967 gibt Tabelle 90 wieder; es sei darauf hingewiesen, daß es sich hierbei lediglich um die Investitionsausgaben für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen handelt; die privaten Schulen wurden nicht berücksichtigt.

Tabelle 90: Investitionsausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen 1960 bis 1967
(in 1.000 DM)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	51.415	78.312	59.781	67.395	68.322	66.115	67.494	65.225
Westberlin	13.810	12.928	12.472	15.271	19.959	17.999	35.535	49.989

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 45.

Der Unterschied zwischen beiden Zeitreihen in der absoluten Höhe ihrer Jahreswerte ist überraschend; für Investitionen an allgemeinbildenden Schulen gab Westberlin nur etwa 35 Prozent dessen aus, was in Hamburg im Durchschnitt als jährliche Ausgaben summe veranschlagt wurde. Allerdings verringerte sich der Abstand während des Berichtszeitraums zwischen der Höhe der Hamburger und der der Westberliner Investitionsausgaben für Schulen. Betrug 1961 der Anteil der Westberliner an den Hamburger Schulinvestitionsausgaben noch 17 Prozent, so erhöhte sich diese Quote bis 1967 auf einen Wert von 77 Prozent.

a) Investitionsausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen und gesamter Investitionshaushalt

Um einen Vergleichsmaßstab zu erhalten, der die Entwicklung der beiden Reihen absoluter Ausgabenwerte in den Stadtstaaten einer Beurteilung zugänglich macht, soll die Entwicklung des gesamten Investitionsvolumens beider Städte dargestellt werden. "Ausmaß und Bedeutung der ... Investitionen für Schulen ... werden besonders erkennbar, wenn man sie in den ökonomischen Gesamtzusammenhang rückt."¹

Tabelle 91: Sämtliche Investitionsausgaben der Stadtstaaten (Investitionshaushalt) nach Haushaltsjahren 1960 bis 1967 (in 1.000 DM)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	493.087	844.519	890.496	972.080	1.103.492	1.082.695	1.112.554	1.079.543
Westberlin	601.676	754.703	817.994	980.212	1.105.962	1.152.737	1.347.889	1.464.261

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern, Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen beziehungsweise öffentliche Finanzwirtschaft, Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Der Investitionshaushalt Hamburgs lag von 1961 bis 1962 über dem Westberlins; von 1963 an jedoch war das Investitionsvolumen Hamburgs kleiner als das Westberlins. Wie bei den Investitionsausgaben für allgemeinbildende Schulen konnten die Gesamtinvestitionen in Westberlin auch in den Jahren wirtschaftlicher Rezession 1966/67 noch ansteigen, während in Hamburg ab 1964 eine stagnierende Entwicklungstendenz zu beobachten war, die von 1966 auf 1967 sogar in eine negative Wachstumsrate der Gesamtinvestitionen umschlug. Berechnet man für beide Stadtstaaten den durchschnittlichen Jahreswert der Gesamtinvestitionen, so

¹ Vgl. Palm, G.: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960, a.a.O., S. 34.

betrug der Anteil dieses Wertes in Westberlin an dem in Hamburg 1961 noch etwa 90 Prozent; aber bis 1967 war der Anteil des Westberliner Investitionsvolumens an dem Hamburgs auf etwa 136 Prozent angestiegen.

Die Berechnung des prozentualen Anteils von Investitionsausgaben für Schulen an den gesamten Investitionsausgaben läßt Rückschlüsse darauf zu, inwieweit die beiden Stadtstaaten schulpolitische Erwägungen in Prioritäten ihrer Gesamtinvestitionspolitik umsetzen. Tabelle 92 zeigt die Entwicklung dieser Quote für sämtliche allgemeinbildenden Schulen zusammen.

Tabelle 92: Anteil der Investitionsausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen am Gesamtinvestitionsvolumen 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	10,4	9,3	6,7	6,9	6,2	6,1	6,1	6,0
Westberlin	2,3	1,7	1,5	1,6	1,8	1,6	2,6	3,4

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 89 und 45.

Die Werte für die beiden ersten Jahre des Berichtszeitraums in Hamburg heben sich deutlich erkennbar aus der Gesamtentwicklung der Quote in Hamburg heraus; von 1962 bis 1967 sank die Quote geringfügig, jedoch stetig ab. Demgegenüber wuchs der Anteil der Schulinvestitionen am gesamten Investitionsvolumen in Westberlin relativ stetig an; auch in Westberlin fällt das Rumpfrechnungsjahr mit einem Anteilswert von 2,3 Prozent aus der Gesamtentwicklung heraus.

Interessant erscheint hier die Anteilsentwicklung während der Jahre der wirtschaftlichen Rezession; während der Quotenwert in Hamburg stagnierte, stieg er in Westberlin von 1965 auf 1967 um 113 Prozent an. Bei dem Versuch einer Interpretation der

Entwicklungsverläufe in den beiden Stadtstaaten muß diese Beobachtung der Tatsache gegenübergestellt werden, daß der absolute Hamburger Anteilswert im Durchschnitt um das Dreifache über dem Wert Westberlins lag. Die Beantwortung der Frage, ob in Hamburg oder in Westberlin den Schulinvestitionsmaßnahmen größere Priorität im Gesamtinvestitionsprogramm eingeräumt worden ist, muß aus der Abwägung jener beiden Grundtendenzen erfolgen: Die absoluten Quotenwerte liegen in Hamburg weit über den Werten Westberlins, weisen jedoch eine stagnierende bis rückläufige Entwicklungstendenz auf, während in Westberlin die relativ niedrigen Werte deutlich ansteigen.

b) Investitionsausgaben für Schulen und gesamte Schulausgaben

Die Entwicklung der Investitionsausgaben für Schulen soll der Entwicklung der gesamten Bildungsausgaben gegenübergestellt werden. In Tabelle 93 sind die prozentualen Anteilswerte der Investitionsausgaben an den Schulausgaben aufgeführt.

Tabelle 93: Anteil der Investitionsausgaben für Schulen an den unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	33,8	34,1	27,6	28,1	27,0	24,2	22,2	20,8
Westberlin	10,8	7,3	6,7	7,5	9,1	7,6	12,7	15,9

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 32 und 45.

Eine Interpretation der Entwicklungsverläufe dieses Anteils für Hamburg und für Westberlin muß von den in Tabelle 93 deutlich hervortretenden zwei Grundtendenzen beider Entwicklungen ausgehen. Während die Quote in Hamburg durchgehend über der für Westberlin geltenden Relation liegt, zeigt der Verlauf der Ent-

wicklung in Hamburg eine stark absinkende Tendenz, der ein aufwärtsgerichteter Trend in Westberlin gegenübersteht. Sieht man von dem Rumpfrechnungsjahr 1960 ab, so gestaltete sich die Entwicklung für Hamburg von 1961 bis 1967 dermaßen, daß ein Abfallen der Quote um 39 Prozent registriert werden konnte; in Westberlin dagegen stieg der Anteilswert in der gleichen Zeit um 118 Prozent an. Anders ausgedrückt: Konnte Westberlin im Jahre 1961 mit seiner Relation nur 21 Prozent des Hamburger Wertes realisieren, so stieg der Anteil der Westberliner Quote an der Hamburger Relation bis zum Jahre 1967 auf 76 Prozent.

Die Entwicklung des Anteils der Schulinvestitionsausgaben an den Schulausgaben für die einzelnen Schulzweige geht aus Tabelle 94 hervor.

Tabelle 94: Anteil der Investitionsausgaben für Schulen an den unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen nach Schulzweigen 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	36,2	37,8	31,0	31,1	29,7	26,9	24,0	22,7
Westberlin	12,5	8,4	8,2	8,9	11,9	10,4	17,1	18,8
Realschulen								
Hamburg	35,9	41,8	34,9	30,1	31,8	29,3	29,2	25,7
Westberlin	8,7	6,9	4,4	6,1	2,1	0,7	0,5	6,1
Gymnasien								
Hamburg	25,1	17,0	12,9	17,0	15,8	13,5	14,2	13,2
Westberlin	7,7	4,9	3,7	4,6	4,7	2,8	5,8	12,3

¹ Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 32 und 45.

Was für sämtliche Schulzweige zusammen in Hamburg festgestellt werden konnte, gilt auch für jeden Schulzweig im einzelnen. Die Entwicklung des Anteils der Schulinvestitionen an den unmittelbaren Schulausgaben weist eine abfallende Tendenz auf;

für alle Schulzweige in Hamburg gilt, daß ein zu Anfang des Berichtszeitraums weit über der Westberliner Quote liegender Anteilswert im Verlauf der folgenden Jahre ständig zurückging. Mit Ausnahme der unsteten Entwicklung an den Realschulen läßt sich auch die für die Gesamtheit der Westberliner Schulzweige geltende generelle Aufwärtsentwicklung der Quote an den einzelnen Schulzweigen wiedererkennen.

Das Sinken des Hamburger Anteilswerts ist ebenso wie das Ansteigen des Wertes in Westberlin bei den Gymnasien am ausgeprägtesten. Der Anteil der Investitionsausgaben für Gymnasien an den gesamten unmittelbaren Ausgaben, die für die Gymnasien aufgewandt wurden, lag 1961 bei 17,0 Prozent, für Westberlin bei 4,9 Prozent. Der Westberliner Anteilswert betrug zu Beginn der Berichtsperiode¹ somit nur 28,8 Prozent der in Hamburg registrierten Quote. Am Ende der Berichtszeit war der Hamburger Wert auf 13,2 Prozent abgesunken, der Westberliner Wert hingegen auf 12,3 Prozent angestiegen; die Westberliner Quote machte nunmehr schon 93,2 Prozent der in Hamburg registrierten Relation aus.

Bei den Volks- und Sonderschulen verlief die Entwicklung zwar ähnlich, doch war hier die Annäherung der beiden Entwicklungsverläufe weniger eng. 1961 lag in Hamburg der Quotenwert bei 37,8 Prozent, in Westberlin bei 8,4 Prozent; der Westberliner Wert machte also 22,2 Prozent des Hamburger Anteilswertes aus. 1967 schloß die betrachtete Entwicklung in Hamburg mit einer Relation in Höhe von 22,7 Prozent ab, in Westberlin waren es 18,8 Prozent; am Ende der siebenjährigen Periode betrug damit der Westberliner Anteilswert 82,8 Prozent des Wertes von Hamburg.

Das Verhältnis der beiden Entwicklungsverläufe bei den Realschulen war demgegenüber weit unstrukturierter; zwar läßt sich für Hamburg ebenfalls ein Absinken seines Anteilswertes im Verlauf der sieben Jahre feststellen - und zwar von 41,8 Prozent auf 25,7 Prozent -, doch steht dieser Abwärtstendenz in West-

¹ Vom Rumpfrechnungsjahr 1960 wird hierbei wieder abgesehen.

berlin keine den anderen Schulzweigen entsprechende Aufwärtsentwicklung der Relation gegenüber. Von 1961 bis 1966 sank der Anteilswert der Realschulinvestitionsausgaben an den unmittelbaren Ausgaben für Realschulen von 6,9 Prozent auf 0,5 Prozent ab, um dann 1967 wieder auf 6,1 Prozent anzusteigen.

Die folgende Tabelle 95 gibt die prozentuale Entwicklung des Anteilswertes in beiden Städten während der Berichtsperiode wieder.

Tabelle 95: Veränderung des Anteils der Investitionsausgaben für Schulen an den unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen nach Schulzweigen von 1960 bis 1967

	Anteilswerte (in %)		pos./neg. Änderung (in %)
	1961	1967	
Volks- und Sonderschulen			
Hamburg	37,8	22,7	- 40,0
Westberlin	8,4	18,8	+ 123,8
Realschulen			
Hamburg	41,8	25,7	- 38,5
Westberlin	6,9	6,1	- 11,6
Gymnasien			
Hamburg	17,0	13,2	- 22,4
Westberlin	4,9	12,3	+ 151,0
Allgemeinbildende Schulen			
Hamburg	34,1	20,8	- 39,0
Westberlin	7,3	15,9	+ 117,8

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 32 und 45.

E. Die schulpolitischen Ziele Demokratisierung und Modernisierung der Schulsysteme und ihre Beeinflussung durch die Schulausgabenpolitik - Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

1. Das Ziel der vorliegenden Arbeit besteht in dem Versuch, mit Hilfe quantitativer, vergleichender Analyse Aussagen darüber abzuleiten, inwieweit das Westberliner Schulsystem den schulpolitischen Grundsätzen der Demokratisierung und Modernisierung entspricht. Das Schulsystem Westberlins sollte in diesem Sinn mit einem anderen Schulsystem verglichen werden.
2. Wenn die Grundlage der schulpolitischen Situation Westberlins mit anderen Konzepten der Schulpolitik verglichen werden soll, muß bei der Auswahl des zum Vergleich benutzten anderen Schulsystems der besonderen Lage Westberlins Rechnung getragen werden. Die Untersuchung geht davon aus, daß der Stadtstaat Hamburg aufgrund seiner sozio-ökonomischen Bedingungen am ehesten für einen Vergleich mit Westberlin geeignet ist. Die Schulsysteme Westberlins und Hamburgs weisen in ihrer Struktur weitgehende Ähnlichkeiten und in ihrer jeweiligen historischen Entwicklung gewisse Parallelitäten auf.
3. Die Arbeit ist in ihrem Hauptteil in drei Teile gegliedert. Teil B diskutiert allgemeine Ziele schulpolitischer Aktivität, ihre möglichen quantitativen Indikatoren und die schulausgabenbedingten Voraussetzungen ihrer Realisierung. Zu Beginn von Teil C geht die Arbeit auf die unterschiedliche politische Situation beider Stadtstaaten ein und beschreibt daraus resultierende demographische, wirtschaftliche und sozio-ökonomische Unterschiede zwischen Hamburg und Westberlin. Sodann greift Teil C die schulpolitischen Ziele Demokratisierung und Modernisierung auf, verarbeitet bestimmte quantitative Merkmale der Schulsysteme zu Strukturdaten und konfrontiert diese dem Anspruch der Ziele, um so ihren jeweiligen Realisierungsgrad auszudrücken. Teil D behandelt Aspekte der Schulausgabenpolitik. Auch hier werden quantitative Struk-

turmerkmale gebildet, die die Ausgabenwilligkeit der Träger der verglichenen Schulsysteme zum Ausdruck bringen.

4. Das Ziel der Demokratisierung leitet sich aus der sozial gebundenen Aufgabe eines Schulsystems ab. Die Schule hat ihren Platz nicht in einem sozialen Vakuum, sondern steht in ständiger Wechselbeziehung zu der Gesellschaft, deren Teil sie ist. Die Schule ist der Ort, wo bestimmte Verfahrensweisen die heranwachsende Generation in die Erwachsenenwelt eingliedern sollen, um so den Fortbestand und die Weiterentwicklung einer bestimmten Gesellschaft zu sichern. Durch die Bestimmungen des Grundgesetzes ist diese Eingliederung durch die Schule in der BRD demokratischen Verfahrensweisen verpflichtet.

5. Demokratisierung bedeutet die Verwirklichung des Prinzips der Gewährleistung individueller Bildungsmöglichkeiten für alle. Das Bildungssystem muß so beschaffen sein, daß es das vorhandene Begabungspotential optimal in sich erfassen kann. Das bedeutet, daß das Bildungssystem nicht nur die Begabungsauffindung, sondern auch die Weckung oder Schaffung von Begabungen als seine Aufgabe erkennt.

Bei dieser Funktion darf die Auslese, die dem Bildungssystem Begabungen zuführt, nicht an schulfremde Kriterien gebunden sein. Vor allen Dingen soll die schulische Erfassung frei sein von Auslesemechanismen, die nach Aspekten des Geschlechts, der sozialen Herkunft oder der wirtschaftlichen Lage funktionieren.

6. Die Gesamtheit der von einem Bildungssystem auszuschöpfenden Begabungen kann nach demographischen, schichtspezifischen oder geschlechtsspezifischen Merkmalen gegliedert werden. Diese drei Klassifikationsmuster potentieller Nachfrager nach Bildung werden zur Formulierung von drei Unterzielen des Demokratisierungsziels herangezogen. Als Subziele für ein Schul-

system können gelten:

- die optimale Begabungserfassung aller Altersjahrgänge,
- die optimale Begabungserfassung in allen Sozialschichten,
- die optimale Begabungserfassung bei Jungen und Mädchen.

Der Begriff der optimalen Begabungserfassung ist in der vorliegenden Arbeit nicht problematisiert worden. Die Arbeit umgeht die Definition optimaler Begabungserfassung und behilft sich, indem sie davon ausgeht, daß der im quantitativen Stadtstaatenvergleich als der jeweils höhere Realisierungsgrad eines Unterziels festgestellte quantitative Indikator einer nicht definierten Optimalität der Begabungserfassung vergleichsweise am nächsten kommt.

7. Der Grad jeweiliger Aktivierung von Begabungspotential ist hier durch die Darstellung der Entwicklung des relativen Schulbesuchs verdeutlicht worden. Aufgrund der bestehenden allgemeinen Schulpflicht von mindestens neun Schuljahren ist die Darstellung der Schulbesuchsentwicklung an Volksschulen weniger aussagefähig als die Untersuchung des Besuchs weiterführender Schulen.
8. Der relative Realschulbesuch lag 1969 in Hamburg bei etwa 22 Prozent, in Westberlin nur geringfügig darüber, nämlich bei 23 Prozent. In den Jahren der Wiederaufbauphase erlebten beide Stadtstaaten ein Ansteigen des Realschulbesuchs; von ungefähr 12 Prozent 1948 stieg der relative Schulbesuch an Realschulen in Hamburg bis 1955 (Wiederaufbauphase) um etwa ein Drittel des Anstiegs in Westberlin (10 Prozent 1948). Bis 1962 sank er in beiden Stadtstaaten geringfügig ab, und während er in Westberlin dann bis 1969 um einen Wert von 23 Prozent oszillierend stagnierte, betrug der Anstieg des relativen Realschulbesuchs in Hamburg von 1962 bis 1969 noch einmal fast 40 Prozent.
9. Der relative Schulbesuch an Gymnasien betrug 1969 in Hamburg 19, in Westberlin etwa 17 Prozent. Während der Wiederaufbau-

phase sank er in Hamburg um 7, in Westberlin sogar um 20 Prozent. Die Größenordnung dieses Absinkens entspricht in beiden Stadtstaaten der des Ansteigens des Realschulbesuches. Der erste Teil der Ausbauphase (1955 bis 1962) ist auch beim relativen Schulbesuch der Gymnasien stagnierend bis sinkend. Von 1962 bis 1969 zog der Schulbesuch der Gymnasien in Hamburg um mehr als das Doppelte des Anstiegs in Westberlin an.

10. Vergleicht man die jeweiligen Realisierungsgrade in beiden Schulsystemen am Ende der betrachteten Periode (1969), so behauptet Hamburg eine Vorrangstellung vor Westberlin bei den Gymnasien und einen etwa gleichen Stand bei dem relativen Realschulbesuch. Die Entwicklung der Quoten seit 1948 zeigt demgegenüber an den Westberliner Gymnasien und Realschulen im Durchschnitt einen höheren Stand als an den Hamburger Gymnasien; für den zweiten Abschnitt der Ausbauphase läßt sich erkennen, daß der Anreiz, weiterführende Schulen zu besuchen, in Hamburg größer war als in Westberlin. Je nachdem, ob der Endstand der Entwicklung oder der Entwicklungsverlauf als Indikator weitergehenden Realisierungsgrades des Ziels optimaler Begabungserfassung gedeutet wird, ist zu bestimmen, welches der beiden Schulsysteme in dieser Hinsicht demokratischer verfahren ist.

11. Eine vor der Hamburger Entwicklung deutlich führende Position nahm Westberlin bei den Sonderschulen ein. Der relative Schulbesuch an öffentlichen und privaten Sonderschulen zusammen betrug 1969 in Westberlin 6 Prozent, während Hamburg einen Quotenwert von 4,7 Prozent aufwies.

In Westberlin lagen die absoluten Werte des relativen Sonderschulbesuchs 1948, 1955 und 1969 über den entsprechenden Werten in Hamburg; 1969 betrug diese Quote in Westberlin 5,7 Prozent, in Hamburg 4,3 Prozent. Darüber hinaus konnte das Westberliner Schulsystem eine positive Gesamtentwicklungsquote (Änderung des relativen Sonderschulbesuchs von 1948

bis 1969) von 159 Prozent realisieren, während diese Quote in Hamburg nur knapp 105 Prozent betrug.

12. Eine Quote des relativen Schulbesuchs kann auch schulklassenbezogen berechnet werden. Die Quartanerquote mißt den relativen Schulbesuch in der 7. Klasse der Realschule oder des Gymnasiums, also zu Anfang einer Schülerlaufbahn an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen. Die für Realschulen und Gymnasien zusammen berechnete Quartanerquote lag 1967 in Westberlin bei 60, in Hamburg bei knapp 45 Prozent. Seit 1960 behauptete Westberlin durchgehend einen Vorsprung vor Hamburg. In Westberlin erhielt ein größerer Anteil der gleichaltrigen Wohnbevölkerung Zugang zu weiterführenden Bildungsgängen. Die Quartanerquote weist somit dem Westberliner Schulsystem die größere Annäherung der tatsächlichen Entwicklung an das Ziel der optimalen Begabungserfassung nach.

13. Dem Ziel der optimalen Begabungserfassung nach Sozialschichten nähert sich das Westberliner Schulsystem weit mehr als das Schulsystem Hamburgs. 1965 war in Hamburg jeder zwanzigste Schüler der 10. Gymnasiumsklasse, in Westberlin dagegen jeder siebte Schüler ein Kind aus einer Arbeiterfamilie; in der 13. Klasse waren in Hamburg etwa 3 Prozent, in Westberlin fast 9 Prozent Arbeiterkinder. Der Anteil von Akademikerkindern betrug 1965 in Westberlin in der 10. Klasse der öffentlichen und privaten Gymnasien 20 Prozent, in Hamburg waren es 31 Prozent. In der 13. Klasse des gleichen Jahres belief sich ihr Anteil in Westberlin auf 27 Prozent, in Hamburg auf fast 36 Prozent.
Die Arbeit teilte dann die Schüler beider Klassenstufen in solche aus "bildungsfernen" und andere aus "bildungs-offenen" Familien. In Westberlin machten die Kinder aus bildungsfernen Familien in der 10. Klasse einen Anteil von 58 Prozent aus, in Hamburg von 35 Prozent. In der 13. Klasse lag ihr Anteil in Westberlin bei 51 Prozent, in Hamburg bei 31 Prozent.

14. Der Anteil der Mädchen an der Schülerschaft der Realschule lag von 1960 bis 1967 in beiden Stadtstaaten zu Beginn der Realschulzeit im Durchschnitt bei etwa 53 Prozent; die Verteilung der Geschlechter entsprach in etwa dem Anteil der Mädchen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. In der Abschlußklasse der Realschule war in Hamburg diese Relation gleichgeblieben; in Westberlin überwogen deutlich die weiblichen Realschüler. An den Gymnasien lag in der Eingangsklasse der Anteil der Mädchen in beiden Stadtstaaten unter dem der Jungen; er betrug in Hamburg 45, in Westberlin 46 Prozent. In der 13. Klasse oszillierte der Mädchenanteil von 1960 bis 1967 um etwa 40 Prozent.
15. Für Realschülerinnen in Hamburg lag die Erfolgsquote im Zeitraum von 1960 bis 1967 im Durchschnitt über der in Westberlin. An den Gymnasien in beiden Stadtstaaten war die für männliche Schüler gebildete Erfolgsquote von 1960 bis 1967 generell höher als die der Mädchen. Doch war die Zahl der Mädchen, die als Schülerinnen das Gymnasium bis zum erfolgreichen Abschluß durchlaufen, im Verhältnis zu den männlichen Schülern in Hamburg um einiges höher als in Westberlin.
16. Die Entwicklung der Abiturientenquote für Mädchen zeigt in beiden Schulsystemen, daß die weiblichen Schüler hinter den männlichen Schulbesuchern zurückstanden. Im Gegensatz zu der Erfolgsquotenentwicklung für Mädchen behauptet bei der Abiturientenquote jedoch Westberlin einen Schülerinnenvorsprung vor Hamburg; zwischen 1960 und 1967 lag der prozentuale Vorsprung der für männliche Schüler gebildeten Abiturientenquote vor der der Abiturientinnen in Westberlin in sechs Jahren unterhalb 35 Prozent, in Hamburg wurde ein derart niedriger Vorsprung der männlichen Abiturienten in keinem Jahr realisiert.
17. In Hamburg und Westberlin verließen vorzeitig seit 1960 mehr Mädchen als Jungen das Gymnasium. In Hamburg war jedoch der Vorsprung vorzeitig abgehender Schülerinnen erheblich höher als in Westberlin.

18. Als erstes Ergebnis der vorliegenden Arbeit kann festgehalten werden, daß das Westberliner Schulsystem nach der dieser Untersuchung zugrundeliegenden Definition den Demokratisierungsanspruch an ein Schulsystem weit mehr erfüllt als das Hamburger Schulsystem.
19. Das Ziel der Modernisierung eines Schulsystems wird in der vorliegenden Arbeit als gleichrangig neben dem schulpolitischen Ziel der Demokratisierung behandelt. Zwischen beiden Zielen bestehen Wechselbeziehungen, die ihre Gleichrangigkeit relativieren. Der Modernitätsstand eines Schulsystems kann Demokratisierungsbestrebungen erleichtern oder erschweren, ist jedoch keine notwendige Voraussetzung für demokratische Reformen im Schulwesen schlechthin. Andererseits geht die Untersuchung davon aus, daß begleitende demokratische Reform Teil jeder Modernisierung im Schulsystem sein muß, die sich als gesellschaftlich legitimierte Ziel schulpolitischen Handelns in einer demokratischen Gesellschaft versteht.
20. Wie schon das Ziel der Demokratisierung zerlegt die Arbeit das der Modernisierung in Unterziele. Als Subziele für ein Schulsystem können dann aufgefaßt werden:
 - die Gewährleistung von innerer Effizienz,
 - die Gewährleistung von äußerer Effizienz,
 - die Gewährleistung formaler Intensität des Unterrichts.
21. Indikatoren der inneren Effizienz sind die Übergangs-, Erfolgs- und Abbrecherquoten.

Der prozentuale Anteil der Schüler in der 7. Klasse an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen an den Schülern der 4. Grundschulklasse drei Jahre davor (Übergangsquote) wurde für die Gymnasien und Realschulen berechnet.

Die Quote des Übergangs auf weiterführende allgemeinbildende Schulen (Realschulen und Gymnasien zusammen) lag von 1960

bis 1967 in Westberlin durchgehend über den Quotenwerten Hamburgs. 1967 betrug die Übergangsquote in Hamburg knapp 45, in Westberlin fast 56 Prozent.

22. Die Erfolgsquotenentwicklung an den Realschulen im gleichen Zeitraum verlief für Hamburg günstiger als für Westberlin. Während die jeweils über den Westberliner Erfolgsquoten liegenden Quotenwerte in Hamburg von 1960 bis 1967 insgesamt eine steigende Tendenz aufwiesen, war die Entwicklung der Westberliner Realschülererfolgsquote rückläufig. Von den 1963 in die Eingangsklasse der Realschulen aufgenommenen Schülern erreichten 1967 in Hamburg 88 Prozent den erfolgreichen Abschluß; in Westberlin betrug die Erfolgsquote des gleichen Jahres dagegen nur 64 Prozent.
23. An den Gymnasien war die Situation anders. Lagen bei den Realschulen die Hamburger Erfolgsquoten über denen in Westberlin, so ist es hier genau umgekehrt: Die Westberliner Erfolgsquoten an Gymnasien lagen durchgehend über den in Hamburg realisierten Werten. 1967 realisierte Hamburg eine Erfolgsquote von 52, Westberlin von 54 Prozent.
24. Gemessen an der Entwicklung der Übergangsquote weist demnach Westberlin ein mit größerer innerer Effizienz ablaufendes Schulsystem auf als Hamburg; doch die Darstellung der Entwicklung der Erfolgsquote schwächt diese Beurteilung ab. Der Abstand der Westberliner Erfolgsquoten an Gymnasien von den Hamburger Werten ist gegen Ende der betrachteten Periode nicht so groß wie der Vorsprung Hamburgs gegenüber Westberlin bei Realschülererfolgsquoten. Die für Hamburg günstigere Situation bei den Erfolgsquoten und die für Westberlin bessere Lage bei den Übergangsquoten läßt eventuell folgenden Schluß zu. Da der Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen die Voraussetzung für den Besuch weiterführender Schulen überhaupt ist und somit auch Bedingung für einen erfolgreichen Abschluß ist, kann argumentiert werden, daß Hamburg durch kleinere Übergangsquoten als Westberlin Zeug-

nis von einer strafferen Auslese zu Beginn der weiterführenden Schulen ablegt, wodurch schärfere Selektionen während der Schulzeit vorweggenommen werden und sich dort dann erübrigen, während Westberlin den Anfang am Gymnasium und an der Realschule leichter gestaltet und erst während des Durchlaufens der Bildungsgänge zunehmend strenger selektiert. Wenn diese Annahme gilt, kann von Westberlins Schulsystem behauptet werden, daß es einheitlicher strukturiert ist als das Schulsystem Hamburgs, bei dem die beibehaltene Dreigliedrigkeit durch schärfer gefaßte Übergangsmodalitäten stärker akzentuiert wird.

25. Der schuljährlich erfaßte vorzeitige Abgang vom Gymnasium lag in Westberlin von 1960 bis 1967 durchgehend über den Abbrecherquoten Hamburgs. Die durchschnittliche Quote des vorzeitigen Abgangs betrug in Hamburg nahezu 8 Prozent, während sie in Westberlin über 10 Prozent lag.

Daß der vorzeitige Abgang vom Gymnasium in Westberlin höhere Quotenwerte zeigt als in Hamburg, verstärkt den durch die Erfolgsquotenentwicklung hervorgerufenen Eindruck, daß Westberlin während des Ablaufs der Bildungsgänge stärker als Hamburg selektiert.

26. Als Indikator der äußeren Effizienz bedient sich die vorliegende Arbeit der Abiturientenquote, also des prozentualen Anteils der Abiturienten an dem gleichaltrigen Jahrgang der Bevölkerung. Die Abiturientenquote stieg in Westberlin von 1960 bis 1969 um 27 Prozent auf einen Wert von 9,5, in Hamburg um fast 90 Prozent auf 8,7 Prozent. Was die äußere Effizienz eines Schulsystems angeht, so weisen Entwicklungsverlauf und zuletzt erfaßter Stand der Abiturientenquote dem Schulsystem Westberlins deutlich einen Platz vor dem Hamburgs zu.

27. An allen Schulzweigen wies Westberlin 1969 kleinere Klassenfrequenzen als Hamburg auf. Mit Ausnahme der Gymnasien war

der Unterschied jedoch jedesmal relativ gering; an den Westberliner Gymnasien entfielen in diesem Jahr etwa 23 Schüler auf eine Klasse, in Hamburg waren es noch 27 Schüler. Faßt man sämtliche Schulzweige zusammen, so sank die Klassenfrequenz seit 1948 in beiden Stadtstaaten in nahezu gleicher Weise, nämlich um 21 Prozent.

Der zuletzt erfaßte Stand der Entwicklung liegt für Westberlin bei den Realschulen, Sonderschulen und Gymnasien unter den Mittelwerten der KMK, während Hamburg darüberliegende Werte realisierte. Die Entwicklung der Klassenfrequenz ergibt jedoch kaum signifikante Unterschiede in der Gewährleistung formaler Intensität des Unterrichts zwischen Hamburg und Westberlin.

28. Das ist anders bei der Relation Schüler pro Lehrer. An den Volks- und Realschulen und an den Gymnasien treten starke Unterschiede in der Entwicklung der Lehrerfrequenz deutlich hervor. Von 1948 bis 1969 sank die Lehrerfrequenz an den Volks- und Realschulen in Westberlin von 61 Schülern auf etwa 26 Schüler pro Lehrer ab, während Hamburg im gleichen Zeitraum diese Relation von 42 Schülern auf 29 Schüler pro Lehrer senken konnte. Einem Absinken von etwa 31 Prozent in Hamburg steht ein "Sturz" von nahezu 60 Prozent in Westberlin gegenüber. Die für Westberliner Gymnasien ermittelten Werte sanken von 22 Schülern (1948) auf eine Relation von 13 Schülern pro Lehrer (1969), somit um etwa 38 Prozent des Ausgangswertes. Hamburg weist demgegenüber an den Gymnasien im gleichen Zeitraum stagnierende Lehrerfrequenzen auf, die 1969 bei 18 Schülern pro Lehrer lagen und damit den Wert des Jahres 1948 beibehalten hatten. An den Sonderschulen verlief die Entwicklung in beiden Stadtstaaten fast gleichförmig; 1969 betrug die Lehrerfrequenz an den Westberliner und den Hamburger Sonderschulen 13 Schüler pro Lehrer.
29. Diese Entwicklungen geben zwar ein uneinheitliches Bild von der Annäherung beider Schulsysteme an das schulpolitische

Ziel der Gewährleistung größtmöglicher formaler Intensität des Lehrens und Lernens, doch bis auf die Entwicklung der Lehrerfrequenzen an den Sonderschulen konnte Westberlin einen Vorsprung vor Hamburg realisieren. Nimmt man sämtliche Schulzweige wieder zu einer Einheit zusammen, so verbesserte sich eine fiktive gesamte Lehrerfrequenz seit 1948 in Westberlin um fast 56 Prozent, in Hamburg dagegen nur um 32 Prozent des Ausgangswertes vom Jahre 1948.

30. Sekundärstatistische Daten der Finanzstatistik wurden unter dem Aspekt der Schulausgabenpolitik zusammengestellt und als Indikatoren der Ausgabenwilligkeit der Schulträger beider Schulsysteme interpretiert.

Alles, was in den Schulen vor sich geht, setzt Ausgaben voraus. Reformmaßnahmen kosten Geld. Die Schulausgaben sind somit einerseits eine der Bedingungen für Ansätze zur Demokratisierung und Modernisierung im Schulwesen, andererseits Indikator für die Ernsthaftigkeit, mit der schulpolitische Entscheidungsträger "demokratische" und "moderne" Bildungssysteme anstreben.

31. Im Finanzrechnungsjahr 1967 gab Westberlin für Schulen einen Betrag von 314.696.000 DM aus, was einem Anteil von 5,5 Prozent am Gesamtausgabenvolumen der Stadt entspricht; Hamburgs Schulausgaben betragen im gleichen Jahr 314.923.000 DM und stellten damit einen Anteil von 7,5 Prozent an sämtlichen Ausgaben der Hansestadt dar. Seit 1960 hielt Hamburg mit dem Anteil der Schulausgaben einen dauernden Vorsprung vor Westberlin. Das durchgehend höhere Niveau der Anteilswerte in Hamburg ist sowohl auf die in Westberlin von 1960 bis 1967 durchschnittlich um 37 Prozent über den Hamburger Zahlen liegenden Gesamtausgaben zurückzuführen als auch durch die unter den Hamburger Schulausgaben liegenden Westberliner Ausgaben für Schulen bedingt.

32. Der Anteil der Schulausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 1967 in Westberlin mit etwas über 16 Promille um etwa 38 Prozent über dem entsprechenden Wert Hamburgs, der fast 12 Promille betrug. Während der vorausgegangenen sieben Jahre hielt der Westberliner Wert durchgehend eine über dem Hamburger Wert liegende Relation.
33. Bezogen auf die Anzahl der schulfähigen Bevölkerung gab Westberlin 1967 für Schulen etwa 1.168 DM, Hamburg etwa 1.159 DM pro Kopf aus; dieser relativ geringe Vorsprung Westberlins ist zu einem beträchtlichen Teil jedoch eher Folge eines in Westberlin seit 1960 zahlenmäßig stärkeren Rückgangs der schulfähigen Wohnbevölkerung als die alleinige Konsequenz der stärkeren Ausgabenwilligkeit der Träger des Westberliner Schulsystems.
34. Die Schulausgaben sind auf die in abhängiger Erwerbstätigkeit stehende Bevölkerung bezogen worden. Diese fiktive Zuteilung zeigt, daß das Schulsystem in Hamburg von jedem Erwerbstätigen, der in einem abhängigen Arbeitsverhältnis steht, mehr finanzielle Opfer verlangt als das in Westberlin der Fall ist; er zahlt in Hamburg im Durchschnitt der betrachteten Jahre 25 Prozent mehr für das Schulsystem als sein Kollege in Westberlin.
35. Der Indikator "Fortdauernde Ausgaben pro Schüler", der die Bereitstellung von Personal- und Sachmitteln durch die Schulsysteme ausdrückt, lag 1967 in Westberlin mit 1.412 DM pro Schüler aller Schulzweige um 9,7 Prozent über dem entsprechenden Hamburger Wert. Im Zeitraum seit 1960 behauptete Westberlin eine deutliche Vorrangstellung vor Hamburg in der Entwicklung dieser Strukturquote; in den einzelnen Schulzweigen realisierte Westberlin fast durchgehend höhere Quotenwerte und größere jährliche Zuwachsraten als Hamburg.
36. Die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel pro Klasse an sämtlichen Schulzweigen zusammen stiegen von 1961 bis 1969 in West-

berlin um 164 Prozent, in Hamburg um 58 Prozent des Ausgangswertes. Doch die absoluten Quotenwerte lagen von 1961 bis 1967 in Hamburg weit über denen Westberlins, und erst mit den Quoten der beiden letzten Jahre des Berichtszeitraums konnte Westberlin die Vorrangstellung Hamburgs ablösen. Westberlin erhöhte diese Quotenwerte vergleichsweise stärker als Hamburg. Allerdings hatte sich Westberlin mit einem zu Beginn der Periode großen Nachholbedarf auseinandersetzen. Gemessen an dieser rechnerischen Meßzahl stellt sich die Westberliner Schulpolitik ausgabenwilliger als die Hamburgs dar.

37. Der Indikator Personalausgaben pro Lehrer für die Gesamtheit aller allgemeinbildenden Schulen weist in seiner Entwicklung von 1960 bis 1967 für Hamburg durchgehend über den Westberliner Werten liegende Zahlen auf; die Entwicklung verlief dabei in beiden Stadtstaaten gleichmäßig ansteigend. An den Westberliner Gymnasien stieg die Relation stärker als in Hamburg an, holte aber den Vorsprung der absoluten Quotenwerte Hamburgs nicht ein; an den Hamburger Realschulen bewirkten Unregelmäßigkeiten in der Entwicklung der absoluten Personalausgaben eine unstrukturiert verlaufende Entwicklung der Hamburger Quote Personalausgaben pro Lehrer. Nur an den Volks- und Sonderschulen beider Städte wiederholte sich der für die Gesamtheit aller Schulzweige geltende Trend des gleichmäßigen Anstiegs. Im ganzen zeigte sich hier Hamburgs Schulsystem ausgabenwilliger als das Westberlins.
38. Die vorliegende Arbeit hat mehrere Indikatoren gebildet, um die Investitionsausgaben für das Westberliner Schulsystem mit denen Hamburgs zu vergleichen; bei allen Indikatoren wird der Rückstand der Westberliner Schulinvestitionen gegenüber den Hamburger Werten sehr deutlich. So gab Westberlin von 1960 bis 1967 für Investitionen an allgemeinbildenden Schulen nur etwa 35 Prozent dessen aus, was in Hamburg im Durchschnitt der sieben Jahre des Berichtszeitraums als jährliche Ausgaben-summe veranschlagt wurde.

39. Der Anteil der Schulinvestitionen am Gesamtinvestitionsvolumen der Stadtstaaten fiel in Hamburg zwar von 9,3 Prozent (1961) auf 6 Prozent (1967) ab, während der entsprechende Anteil in Westberlin anstieg, doch dieses Ansteigen verbesserte den Westberliner Anteilswert von 1,7 Prozent (1961) auf nur 3,4 Prozent (1967). Ähnliche Ergebnisse bringt auch der Vergleich der Entwicklung des Anteils der Schulinvestitionsausgaben an den gesamten Schulausgaben zutage. In Hamburg lagen die absoluten Quotenwerte von 1961 bis 1967 über denen Westberlins, doch während die Gesamtentwicklung in Hamburg in der betrachteten Periode rückläufig tendierte, stieg die Quote in Westberlin deutlich an. Was für den Anteil der Investitionsausgaben für sämtliche Schulen zusammen an den gesamten Schulausgaben festgestellt werden konnte, gilt auch für jeden Schulzweig im einzelnen. Die absoluten Quotenwerte des Anteils der Schulinvestitionen am Gesamtinvestitionshaushalt der Stadtstaaten sowie des Anteils der Schulinvestitionen an den unmittelbaren Ausgaben für Schulen liegen in Hamburg also weit über den Werten Westberlins, weisen jedoch eine stagnierende bis rückläufige Entwicklungstendenz auf, während in Westberlin die relativ niedrigen Werte deutlich ansteigen. Eine Beantwortung der Frage, in welchem der beiden Stadtstaaten den Schulinvestitionsmaßnahmen größere Priorität im Gesamtinvestitionsprogramm eingeräumt worden ist, muß aus der Abwägung dieser beiden Grundtendenzen erfolgen.
40. Die vorliegende Arbeit sieht sich außerstande, eine abschließende Stellungnahme abzugeben, welches der beiden Schulsysteme dem allgemeinen schulpolitischen Ziel der Ausgabenwilligkeit mehr entsprochen haben mag. Die verschiedenen Indikatoren weisen in ihrem aktuellen Stand und in ihrer Entwicklung seit 1960 unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe aus, die gegeneinander abzuwägen nicht Aufgabe dieser Arbeit sein kann. Nur eines zeigt sich deutlich: daß die Schulinvestitionsausgaben in Westberlin weit unter den in Hamburg veranschlagten Größenordnungen liegen.

Anhang

Tabelle 1: Das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1968 (in Mill. DM)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Hamburg	16.971	18.160	19.823	20.743	22.353	24.205	25.804	26.587	28.402
Westberlin	12.110	13.255	14.027	14.760	15.965	17.590	18.780	19.195	20.730

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die BRD, laufende Jahrgänge.

Tabelle 2: Durchschnittliche Bruttoverdienste in Hamburg und Westberlin – Arbeiterlöhne in der Industrie – 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst (in DM)¹										
Hamburg	2,97	3,27	3,65	3,92	4,43	4,82	5,21	5,32	5,52	6,05
Westberlin	2,47	2,72	3,10	3,36	3,74	4,13	4,52	4,68	4,94	5,47
Bundesdurchschnitt	2,87	2,96	3,30	3,55	3,87	4,26	4,55	4,69	4,88	5,37
Abweichung vom Bundesdurchschnittslohn (in %)										
Hamburg	+ 3,5	+ 10,5	+ 10,6	+ 10,4	+ 14,5	+ 13,1	+ 14,5	+ 13,4	+ 13,1	+ 12,7
Westberlin	- 13,9	- 8,1	- 6,1	- 5,4	- 3,4	- 3,1	- 0,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,9

¹ Durchschnittswerte aus vier jährlichen Erhebungen; bis 1963: Februar, Mai, August, November; ab 1964: April, Juni, Oktober, Januar; 1969: Januar, April, Juni, Oktober.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die BRD, laufende Folge.

Tabelle 3: Durchschnittliche Bruttoverdienste in Hamburg und Westberlin – Angestellte in Industrie und Handel 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst (in DM)¹										
Hamburg	594	645	700	752	833	912	994	1.030	1.085	1.182
Westberlin	544	591	649	701	766	834	908	935	990	1.089
Bundesdurchschnitt	579	632	690	740	784	861	931	970	1.020	1.124
Abweichung vom Bundesdurchschnittsgehalt (in %)										
Hamburg	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 6,3	+ 5,9	+ 6,8	+ 6,2	+ 6,4	+ 5,2
Westberlin	- 6,1	- 6,5	- 6,0	- 5,3	- 2,3	- 3,1	- 2,5	- 3,6	- 3,0	- 3,1

¹ Durchschnittswerte aus vier jährlichen Erhebungen; bis 1963: Februar, Mai, August, November; ab 1964: April, Juni, Oktober, Januar; 1969: Januar, April, Juni, Oktober.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die BRD. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 4: Die Entwicklung des relativen Schulbesuchs an öffentlichen und allgemeinbildenden Schulen¹ in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Schüler										
Hamburg	185.825	183.642	179.218	176.623	175.733	177.725	184.008	193.948	204.273	204.514
Westberlin	193.597	191.769	185.612	180.659	178.147	177.910	182.207	187.514	197.148	203.508
Wohnbevölkerung 6 – unter 20 Jahre										
Hamburg	303.072	295.391	281.476	274.130	267.918	269.908	270.348	271.694	273.803	279.340
Westberlin	325.609	303.757	288.862	274.397	263.252	262.328	267.233	269.332	272.765	279.404
Relativer Schulbesuch (in %)										
Hamburg	61,3	62,2	63,7	64,4	65,6	65,8	68,1	71,4	74,6	73,2
Westberlin	59,5	63,1	64,3	65,8	67,7	67,8	68,2	69,6	72,3	72,8

¹ Grund- und Hauptschulen, Sonder-, Realschulen und Gymnasien (ohne Abendschulen).

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die BRD. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Hamburg, laufende Jahrgänge; dass.: Statistische Berichte B11j. Hamburg, laufende Jahrgänge; Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Berlin, laufende Jahrgänge; dass.: Statistische Berichte B11j. Berlin, laufende Jahrgänge.

Tabelle 5: Die Entwicklung des relativen Schulbesuchs an öffentlichen und privaten Grund- und Hauptschulen¹ in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Schüler										
Hamburg	139.045	138.407	134.441	132.334	130.947	131.628	136.149	143.253	147.242	143.776
Westberlin	137.290	135.426	130.660	126.534	123.593	123.174	127.482	132.224	138.467	145.594
Wohnbevölkerung 6 – unter 16 Jahren										
Hamburg	192.638	188.492	186.721	185.770	184.772	185.878	188.133	191.952	197.650	205.197
Westberlin	190.208	184.603	187.618	185.080	182.942	181.616	179.968	182.557	187.793	195.928
Relativer Schulbesuch (in %)										
Hamburg	72,2	73,4	72,0	71,2	70,9	70,8	72,4	74,6	74,5	70,1
Westberlin	72,2	73,4	69,6	68,4	67,6	67,8	70,8	72,4	73,7	74,3

¹ Einschließlich Aufbaupklassen, freiwilligen 9. beziehungsweise 10. Klassen, Förder-, Hilfsschul- und sonstigen Sonderklassen; einschließlich Schüler der Grundstufe der Freien Waldorfschulen.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 4.

Tabelle 6: Die Entwicklung des relativen Schulbesuchs an öffentlichen und privaten Sonderschulen in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Schüler										
Hamburg	7.822	8.218	8.319	8.441	8.812	8.694	8.687	8.789	9.141	9.744
Westberlin	8.793	9.490	9.950	10.447	10.722	11.090	10.975	11.266	11.496	11.742
Wohnbevölkerung 6 – unter 16 Jahren										
Hamburg	192.638	188.492	186.721	185.770	184.772	185.878	188.133	191.952	197.650	205.197
Westberlin	190.208	184.603	187.618	185.080	182.942	181.616	179.968	182.557	187.793	195.928
Relativer Schulbesuch (in %)										
Hamburg	4,1	4,6	4,5	4,5	4,8	4,7	4,6	4,6	4,6	4,7
Westberlin	4,6	5,1	5,3	5,6	5,9	6,1	6,1	6,2	6,1	6,0

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 4.

Tabelle 7: Die Entwicklung des relativen Schulbesuchs an öffentlichen und privaten Realschulen in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Schüler										
Hamburg	13.921	13.142	13.257	12.878	12.652	12.511	12.444	13.133	14.729	16.647
Westberlin	18.338	18.672	19.203	19.189	18.947	17.860	17.068	16.331	16.089	15.750
Wohnbevölkerung 12 – unter 16 Jahren										
Hamburg	81.378	80.630	79.453	77.037	73.314	70.539	69.218	68.517	69.387	71.679
Westberlin	76.821	77.075	83.814	83.634	80.927	76.470	71.156	67.871	66.724	66.723
Relativer Schulbesuch (in %)										
Hamburg	17,1	16,3	16,7	16,7	17,3	17,7	18,0	19,2	21,2	23,2
Westberlin	23,9	24,2	22,9	22,9	23,4	23,4	24,0	24,1	24,1	23,6

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 4.

Tabelle 8: Die Entwicklung des relativen Schulbesuchs an öffentlichen und privaten Gymnasien¹ in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Schüler										
Hamburg	25.037	23.875	23.201	22.970	23.322	24.892	26.728	28.773	33.161	37.868
Westberlin	29.176	28.181	25.799	24.489	24.835	25.786	26.682	27.793	31.096	30.422
Wohnbevölkerung² 10 – unter 20 Jahren bzw. 12 – unter 20 Jahren										
Hamburg	230.690	224.993	209.851	199.730	191.065	189.895	187.439	185.784	184.464	186.378
Westberlin	212.222	196.229	185.058	172.951	161.237	157.182	158.421	154.646	151.696	150.199
Relativer Schulbesuch (in %)										
Hamburg	10,9	10,6	11,1	11,5	12,2	13,1	14,3	15,5	18,0	20,3
Westberlin	13,7	14,4	13,9	14,2	15,4	16,4	16,8	18,0	20,5	20,3

¹ Einschließlich Schüler der Oberstufe der Freien Waldorfschulen (1969 ohne Freie Waldorfschulen) und Schüler der Mittel- und Oberstufe an Gesamtschulen.

² Wegen der unterschiedlichen Grundschuldauer in beiden Stadtstaaten wurden für die Berechnung des relativen Schulbesuchs an den Gymnasien jeweils unterschiedliche Altersjahrgänge der Wohnbevölkerung verwendet.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 4.

Tabelle 9: Die Entwicklung des Besuchs der 7. Klasse an öffentlichen Gymnasien (Quarta) in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Altersjahrgang 12 – unter 13 Jahren										
Hamburg	21.136	20.775	18.643	18.230	17.177	16.847	17.387	17.574	18.045	19.062
Westberlin	20.670	21.504	22.033	19.440	17.687	17.168	16.837	16.243	16.577	16.981
Anzahl der Schüler in der 7. Klasse des Gymnasiums										
Hamburg	3.006	2.857	2.775	2.673	2.754	2.930	3.306	3.771	4.203	4.820
Westberlin	3.596	4.038	3.923	3.975	3.949	3.939	4.052	4.442	4.488	4.848
Quartanerquote (in %)										
Hamburg	14,2	13,8	14,9	14,7	16,0	17,4	19,0	21,5	23,3	25,3
Westberlin	17,4	18,8	17,8	20,4	22,3	22,9	24,1	27,3	27,1	28,5
	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Anzahl der Schüler in der 4. Klasse der Grundschule										
Hamburg	19.602	19.393	18.210	17.185	17.050	16.175	16.131	16.194	15.563	16.838
Westberlin	18.223	19.908	19.749	19.383	18.071	16.517	15.654	15.537	14.905	14.852
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Übergangsquote (in %)										
Hamburg	15,3	14,7	15,2	15,6	16,2	18,1	20,5	23,3	27,0	28,6
Westberlin	19,7	20,3	19,9	20,5	21,9	23,8	25,9	28,6	30,1	32,6

Quelle: Für Hamburg: Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Hamburg, laufende Folge; dass.: Unterlagen des Statistischen Landesamtes Hamburg; Unterlagen der Schulbehörde Hamburg.

Für Berlin: Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Berlin, laufende Folge; dass.: Statistische Berichte AIj3, laufende Folge; Statistische Berichte BIj, laufende Folge; Unterlagen des statistischen Landesamtes Berlin; Unterlagen des Referats Statistik beim Senator für das Schulwesen.

Tabelle 10: Die Entwicklung des Besuchs der 7. Klasse an öffentlichen Realschulen in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Altersjahrgang 12 – unter 13 Jahren								
Hamburg	21.136	20.775	18.643	18.230	17.177	16.847	17.387	17.574
Westberlin	20.670	21.504	22.033	19.440	17.687	17.168	16.837	16.243
Anzahl der Schüler in der 7. Klasse								
Hamburg	3.374	3.249	3.131	2.961	3.007	3.103	3.140	3.477
Westberlin	5.392	5.805	5.631	5.235	4.743	4.341	4.362	4.239
Quartanerquote (in %)								
Hamburg	16,0	15,6	16,8	16,2	17,5	18,4	18,1	19,8
Westberlin	26,1	27,0	25,6	26,9	26,8	25,3	25,9	26,1
	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Anzahl der Schüler in der 4. Klasse								
Hamburg	19.602	19.393	18.210	17.185	17.050	16.175	16.131	16.194
Westberlin	18.223	19.908	19.749	19.383	18.071	16.517	15.654	15.537
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Übergangsquote (in %)								
Hamburg	17,2	16,8	17,2	17,2	17,6	19,2	19,5	21,5
Westberlin	29,6	29,2	28,5	27,0	26,2	26,3	27,9	27,3

Quelle: Siehe Tabelle 9 (Anhang).

Tabelle 11: Die Entwicklung des Besuchs der 7. Klasse an öffentlichen Gymnasien und Realschulen zusammen in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Altersjahrgang 12— unter 13 Jahre								
Hamburg	21.136	20.775	18.643	18.230	17.177	16.847	17.387	17.574
Westberlin	20.670	21.504	22.033	19.440	17.687	17.168	16.837	16.243
Anzahl der Schüler in der 7. Klasse des Gymnasiums und der Realschule								
Hamburg	6.380	6.106	5.906	5.634	5.761	6.033	6.446	7.248
Westberlin	8.988	9.843	9.554	9.210	8.692	8.280	8.414	8.681
Quartanerquote (in %)								
Hamburg	30,2	29,4	31,7	30,9	33,5	35,8	37,1	41,2
Westberlin	43,5	45,8	43,4	47,4	49,1	48,2	50,0	53,4
	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Anzahl der Schüler in der 4. Klasse der Grundschule								
Hamburg	19.602	19.393	18.210	17.185	17.050	16.175	16.131	16.194
Westberlin	18.223	19.908	19.749	19.383	18.071	16.517	15.654	15.537
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Übergangsquote (in %)								
Hamburg	32,5	31,5	32,4	32,8	33,8	37,3	40,0	44,8
Westberlin	49,3	49,4	48,4	47,5	48,1	50,1	53,7	55,9

Quelle: Siehe Tabelle 9 (Anhang).

Tabelle 12: Der Schulbesuch an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (Volks-, Real-, Sonderschulen, Gymnasien)¹ in Hamburg und Westberlin – 1948, 1955, 1962, 1969

Jahr	Stadtstaat	Gesamte Wohnbevölkerung ²	Altersjahrgang von 6 – unter 20 Jahren ²	Schüler	Relativer Schulbesuch (in %)	Schüler auf 10.000 Einwohner	Lehrer ³	Klassen	Schüler pro Lehrer	Schüler pro Klasse
1948	Hamburg	1.518.915	270.219	189.844	70,3	1.249	5.237	4.938	36,3	38,4
	Westberlin	2.102.100 ⁴	346.800 ⁴	260.552	75,1	1.239	5.252	7.171	49,6	36,3
1955	Hamburg	1.781.524	340.263	207.553	61,0	1.165	6.939	5.878	29,9	35,3
	Westberlin	2.203.318	383.513	243.019	63,4	1.102	8.172	7.255	29,7	33,5
1962	Hamburg	1.847.495	281.476	170.338	60,5	921	6.872	5.592	24,8	30,4
	Westberlin	2.174.013	288.862	178.038	61,6	819	7.368	5.869	24,2	30,3
1969 ⁵	Hamburg	1.817.122	279.340	203.065	72,7	1.117	8.172	6.713	24,8	30,2
	Westberlin	2.134.256	279.404	196.169	70,2	919	8.958	6.868	21,9	28,6

¹ Die Angaben über Gesamtschulen und Schulen mit gesamtschulähnlichem Aufbau sind den jeweiligen Schulzweigen zugeschlagen. Angaben für Hamburg ohne Wirtschaftsgymnasien, für Westberlin einschließlich Wirtschaftsgymnasien.

² Wenn nicht anders vermerkt, stellen die Angaben Jahresendwerte dar.

³ Hamburg: nur hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer;
Westberlin: 1948 nur „ordentliche Lehrer“ oder Hilfslehrer und Schulhelfer, 1955, 1962 und 1969 hauptamtliche Lehrer einschließlich Lehramtsanwärter.

⁴ Durchschnittliche Wohnbevölkerung.

⁵ Zahlenangaben über Westberlin sind vorläufige Werte.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Berlin, laufende Folge; dass.: Unveröffentlichte Unterlagen des Statistischen Landesamtes.
Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Hamburg, laufende Folge; dass.: Unveröffentlichte Unterlagen des Statistischen Landesamtes; unveröffentlichte Unterlagen der Schulbehörde Hamburg. Senator für das Schulwesen (Hrsg.): Schulentwicklungsplan für das Land Berlin. Berlin 1970; unveröffentlichte Unterlagen des Referats Statistik beim Senator für das Schulwesen, Berlin.

Tabelle 13: Der Schulbesuch an öffentlichen Grund- und Hauptschulen (Volksschulen)¹ in Hamburg und Westberlin : 1948, 1955, 1962, 1969

Jahr	Stadtstaat	Gesamte Wohnbevölkerung ²	Altersjahrgang von 6 – unter 16 Jahren ²	Schüler	Relativer Schulbesuch (in %)	Schüler auf 10.000 Einwohner	Lehrer ³	Klassen	Schüler pro Lehrer	Schüler pro Klasse
1948	Hamburg	1.518.915	199.927	158.092	79,1	1.040	–	3.764	–	42,0
	Westberlin	2.102.100 ⁴	268.500 ⁴	216.927	80,8	1.032	–	5.633	–	38,5
1955	Hamburg	1.781.524	229.457	157.423	68,6	884	–	4.203	–	37,5
	Westberlin	2.203.318	257.570	168.817	65,5	766	–	4.741	–	35,6
1962	Hamburg	1.847.495	186.721	128.006	68,6	692	–	3.853	–	33,2
	Westberlin	2.174.013	187.618	126.661	67,5	583	–	3.806	–	33,3
1969 ⁵	Hamburg	1.817.122	205.197	143.223	69,8	788	–	4.383	–	32,7
	Westberlin	2.134.256	195.928	143.024	73,0	670	–	4.494	–	31,8

¹ Die Angaben über Gesamtschulen und Schulen mit gesamtschulähnlichem Aufbau sind den jeweiligen Schulzweigen zugeschlagen. Angaben für Hamburg ohne Wirtschaftsgymnasien, für Westberlin einschließlich Wirtschaftsgymnasien.

² Wenn nicht anders vermerkt, stellen die Angaben Jahresendwerte dar.

³ Lehrerzahlen in Hamburg nur für Volks- und Realschulen gemeinsam; vgl. dazu Anhang, Tabelle 15.

⁴ Durchschnittliche Wohnbevölkerung.

⁵ Zahlenangaben über Westberlin sind vorläufige Werte.

Quelle: Siehe Tabelle 12 (Anhang).

Tabelle 14: Der Schulbesuch an öffentlichen Realschulen¹ in Hamburg und Westberlin – 1948, 1955, 1962, 1969

Jahr	Stadtstaat	Gesamte Wohnbevölkerung ²	Altersjahrgang von 12 – unter 16 Jahren ²	Schüler	Relativer Schulbesuch (in %)	Schüler auf 10.000 Einwohner	Lehrer ³	Klassen	Schüler pro Lehrer	Schüler pro Klasse
1948	Hamburg	1.518.915	70.982	8.314	11,7	55	–	265	–	31,4
	Westberlin	2.102.100 ⁴	92.000 ⁴	8.875	9,6	42	–	258	–	34,4
1955	Hamburg	1.781.524	106.610	18.192	17,1	102	–	529	–	34,4
	Westberlin	2.203.318	133.795	30.829	23,0	140	–	892	–	34,6
1962	Hamburg	1.847.495	79.453	12.493	15,7	68	–	397	–	31,5
	Westberlin	2.174.013	83.814	312	21,8	84	–	602	–	30,4
1969 ⁵	Hamburg	1.817.122	71.679	15.593	21,8	86	–	488	–	32,0
	Westberlin	2.134.256	66.723	15.021	22,5	70	–	539	–	27,9

¹ Angaben über Gesamtschulen und Schulen mit gesamtschulähnlichem Aufbau sind den jeweiligen Schulzweigen zugeschlagen. Angaben für Hamburg ohne Wirtschaftsgymnasien, für Westberlin einschließlich Wirtschaftsgymnasien.

² Wenn nicht anders vermerkt, stellen die Angaben Jahresendwerte dar.

³ Lehrerzahlen in Hamburg nur für Volks- und Realschulen gemeinsam; vgl. dazu Anhang, Tabelle 15.

⁴ Durchschnittliche Wohnbevölkerung.

⁵ Zahlenangaben über Westberlin sind vorläufige Werte.

Quelle: Siehe Tabelle 12 (Anhang).

Tabelle 15: Der Schulbesuch an öffentlichen Volks- und Realschulen zusammen¹ in Hamburg und Westberlin – 1948, 1955, 1962, 1969

Jahr	Stadtstaat	Gesamte Wohnbevölkerung ²	Altersjahrgang von 6 – unter 16 Jahren ²	Schüler	Relativer Schulbesuch (in %)	Schüler auf 10.000 Einwohner	Lehrer ³	Klassen	Schüler pro Lehrer	Schüler pro Klasse
1948	Hamburg	1.518.915	199.927	166.406	83,2	1.096	3.991	4.029	41,7	41,3
	Westberlin	2.102.100 ⁴	268.500 ⁴	225.802	84,1	1.074	3.704	5.891	61,0	38,3
1955	Hamburg	1.781.524	229.457	175.615	76,5	985	5.252	4.732	33,4	37,1
	Westberlin	2.203.318	257.570	199.646	77,5	906	6.240	5.633	32,0	35,4
1962	Hamburg	1.847.495	186.721	140.499	75,2	760	5.204	4.250	27,0	33,1
	Westberlin	2.174.013	187.618	144.973	77,3	669	5.252	4.408	27,6	32,9
1969 ⁵	Hamburg	1.817.122	205.197	158.816	77,4	873	5.534	4.871	28,7	32,6
	Westberlin	2.134.256	195.928	158.830	81,1	744	6.172	5.033	25,7	31,6

¹ Die Angaben über Gesamtschulen und Schulen mit gesamtschulähnlichem Aufbau sind den jeweiligen Schulzweigen zugeschlagen. Angaben für Hamburg ohne Wirtschaftsgymnasien, für Westberlin einschließlich Wirtschaftsgymnasien.

² Wenn nicht anders vermerkt, stellen die Angaben Jahresendwerte dar.

³ Hamburg: nur hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer; Westberlin: 1948 nur „ordentliche Lehrer“ oder Hilfslehrer und Schulhelfer, 1955, 1962 und 1969 hauptamtliche Lehrer einschließlich Lehramtsanwärter.

⁴ Durchschnittliche Wohnbevölkerung.

⁵ Zahlenangaben über Westberlin sind vorläufige Werte.

Quelle: Siehe Tabelle 12 (Anhang).

Tabelle 16: Der Schulbesuch an öffentlichen Sonderschulen (Hilfs- und andere Sonderschulen)¹ in Hamburg und Westberlin – 1948, 1955, 1962, 1969

Jahr	Stadtstaat	Gesamte Wohnbevölkerung ²	Altersjahrgang von 6 – unter 16 Jahren ²	Schüler	Relativer Schulbesuch (in %)	Schüler auf 10.000 Einwohner	Lehrer ³	Klassen	Schüler pro Lehrer	Schüler pro Klasse
1948	Hamburg	1.518.915	199.927	4.100	2,1	26	169	192	24,3	21,4
	Westberlin	2.102.100 ⁴	268.500 ⁴	5.899	2,2	28	220	303	26,8	19,5
1955	Hamburg	1.781.524	229.457	6.205	2,7	34	342	301	18,1	20,6
	Westberlin	2.203.318	257.570	8.087	3,1	36	530	453	15,3	17,9
1962	Hamburg	1.847.495	186.721	8.135	4,4	44	534	449	15,2	18,1
	Westberlin	2.174.013	187.618	9.693	5,2	45	572	523	16,9	18,5
1969 ⁵	Hamburg	1.817.122	205.197	8.848	4,3	48	668	549	13,2	16,1
	Westberlin	2.134.256	195.928	11.142	5,7	52	824	704	13,5	15,8

¹ Die Angaben über Gesamtschulen und Schulen mit gesamtschulähnlichem Aufbau sind den jeweiligen Schulzweigen zugeschlagen. Angaben für Hamburg ohne Wirtschaftsgymnasien, für Westberlin einschließlich Wirtschaftsgymnasien.

² Wenn nicht anders vermerkt, stellen die Angaben Jahresendwerte dar.

³ Hamburg: nur hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer; Westberlin: 1948 nur „ordentliche Lehrer“ oder Hilfslehrer und Schulhelfer, 1955, 1962 und 1969 hauptamtliche Lehrer einschließlich Lehramtsanwärter.

⁴ Durchschnittliche Wohnbevölkerung.

⁵ Zahlenangaben über Westberlin sind vorläufige Werte.

Quelle: Siehe Tabelle 12 (Anhang).

Tabelle 17: Der Schulbesuch an öffentlichen Gymnasien¹ in Hamburg und Westberlin – 1948, 1955, 1962, 1969

Jahr	Stadtstaat	Gesamte Wohnbevölkerung	Altersjahrgang ³ 10 – unter 20 Jahren 12 – unter 20 Jahren	Schüler	Relativer Schulbesuch (in %)	Schüler auf 10.000 Einwohner	Lehrer ⁴	Klassen	Schüler pro Lehrer	Schüler pro Klasse
1948	Hamburg	1.518.915	182.199	19.338	10,6	127	1.077	717	18,0	27,0
	Westberlin	2.102.100 ⁵	170.300 ⁵	28.851	16,9	137	1.328	977	21,7	29,5
1955	Hamburg	1.781.524	259.941	25.733	9,9	144	1.345	845	19,1	30,5
	Westberlin	2.203.318	258.738	35.286	13,6	160	1.402	1.169	25,2	30,2
1962	Hamburg	1.847.495	209.851	21.050	10,0	114	1.372	874	15,3	24,1
	Westberlin	2.174.013	185.058	23.372	12,6	107	1.544	938	15,1	24,9
1969 ⁶	Hamburg	1.817.122	186.378	35.401	19,0	194	1.970	1.293	18,0	27,4
	Westberlin	2.134.256	150.199	26.197	17,4	122	1.962	1.131	13,4	23,2

¹ Die Angaben über Gesamtschulen und Schulen mit gesamtschulähnlichem Aufbau sind den jeweiligen Schulzweigen zugeschlagen. Angaben für Hamburg ohne Wirtschaftsgymnasien, für Westberlin einschließlich Wirtschaftsgymnasien.

² Wenn nicht anders vermerkt, stellen die Angaben Jahresendwerte dar.

³ Wegen der unterschiedlichen Grundschuldauer sind für die Gymnasien in Hamburg und Westberlin unterschiedliche Altersjahrgänge angenommen worden.

⁴ Hamburg: nur hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer;
Westberlin: 1948 nur „ordentliche Lehrer“ oder Hilfslehrer und Schulhelfer, 1955, 1962 und 1969 hauptamtliche Lehrer einschließlich Lehramtsanwärter.

⁵ Durchschnittliche Wohnbevölkerung.

⁶ Zahlenangaben über Westberlin sind vorläufige Werte.

Quelle: Siehe Tabelle 12 (Anhang).

Tabelle 18: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien in Hamburg und Westberlin am 15.5.1965 nach dem Beruf des Vaters (soziale Stellung)¹

Soziale Stellung des Vaters	10. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien		13. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien	
	Schüler	Anteil an sämtlichen Schülern der 10. Klasse (in %)	Schüler	Anteil an sämtlichen Schülern der 13. Klasse (in %)
Selbständiger²				
Hamburg	754	29,6	440	29,5
Westberlin	892	26,0	655	29,7
Beamter				
Hamburg	544	21,4	366	24,5
Westberlin	820	23,9	515	23,3
Angestellter				
Hamburg	1.120	44,0	639	42,8
Westberlin	1.247	36,3	844	38,3
Arbeiter				
Hamburg	129	5,0	47	3,2
Westberlin	475	13,8	191	8,7
Zusammen				
Hamburg	2.547	100,0	1.492	100,0
Westberlin	3.434	100,0	2.205	100,0

¹ Nicht erfaßt sind: Schüler, deren Väter den Kategorien „mithelfende Familienangehörige“ oder „ohne Beruf, ohne Berufstätigkeit, ohne Angabe eines Berufs“ zuzurechnen sind.

² Einschließlich freiberuflich Tätige.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sondererhebung zur Schulstatistik auf Bundesebene: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien am 15.5.1965. Wiesbaden 1967.

Tabelle 19: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien in Hamburg und Westberlin am 15.5.1965 nach dem Beruf des Vaters

Beruf des Vaters	10. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien		13. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien	
	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der 10. Klasse (in %)	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der 13. Klasse (in %)
Mit abgeschlossener Hochschulbildung				
Hamburg	808	31,0	561	35,6
Westberlin	739	20,0	654	27,1
Beamter				
Hamburg	264	10,1	196	12,4
Westberlin	258	7,0	224	9,3
Angestellter				
Hamburg	252	9,6	164	10,4
Westberlin	214	5,8	195	8,1
Selbständiger				
Hamburg	12	0,5	9	0,6
Westberlin	33	0,9	31	1,3
Freiberuflich Tätiger				
Hamburg	280	10,8	192	12,2
Westberlin	234	6,3	204	8,4
Ohne abgeschlossene Hochschulbildung				
Hamburg	1.739	66,8	931	59,1
Westberlin	2.695	73,3	1.551	64,2
Beamter				
Hamburg	280	10,8	170	10,8
Westberlin	562	15,4	291	12,1
Angestellter				
Hamburg	868	33,3	475	30,1
Westberlin	1.033	28,0	649	26,9
Selbständiger				
Hamburg	219	8,4	107	6,8
Westberlin	546	14,8	354	14,6
Freiberuflich Tätiger				
Hamburg	243	9,3	132	8,4
Westberlin	79	2,2	66	2,7
Arbeiter				
Hamburg	129	5,0	47	3,0
Westberlin	475	12,9	191	7,9
Ohne Beruf, ohne Berufstätigkeit, ohne Angabe				
Hamburg	59	2,2	83	5,3
Westberlin	247	6,7	211	8,7
Sämtliche Berufe zusammen				
Hamburg	2.606	100,0	1.575	100,0
Westberlin	3.681	100,0	2.416	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sondererhebung zur Schulstatistik auf Bundesebene: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien am 15.5.1965. Wiesbaden 1967.

Tabelle 20: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien in Hamburg und Westberlin am 15.5.1965 nach dem Beruf des Vaters – Beamte, Angestellte, Selbständige ohne abgeschlossene Hochschulbildung – nach sozialer Stellung

Beruf und soziale Stellung des Vaters	10. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien		13. Klasse an öffentlichen und privaten Gymnasien	
	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der jeweiligen Berufsgruppe des Vaters (in %)	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der jeweiligen Berufsgruppe des Vaters (in %)
Beamter				
Hamburg	280	100,0	170	100,0
Westberlin	562	100,0	291	100,0
in höherer Position				
Hamburg	146	52,1	91	53,5
Westberlin	352	62,6	188	64,6
sonstiger Beamter				
Hamburg	134	47,9	79	46,5
Westberlin	210	37,4	103	35,4
Angestellter				
Hamburg	868	100,0	475	100,0
Westberlin	1.033	100,0	649	100,0
in leitender Stellung				
Hamburg	523	60,3	281	59,2
Westberlin	223	21,6	155	23,9
sonstiger Angestellter				
Hamburg	345	39,7	194	40,8
Westberlin	810	78,4	494	76,1
Selbständiger				
Hamburg	219	100,0	107	100,0
Westberlin	546	100,0	354	100,0
Landwirt, Fabrikant, Großhändler				
Hamburg	76	34,7	33	30,8
Westberlin	118	21,6	76	21,5
sonstiger selbständiger Gewerbetreibender				
Hamburg	143	65,3	74	69,2
Westberlin	428	78,4	278	78,5

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sondererhebung zur Schulstatistik auf Bundesebene: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien am 15.5.1965. Wiesbaden 1967.

Tabelle 21: Schüler der 10. und 13. Klassen nach ihrer Herkunft aus bildungsoffenen oder bildungsfernen Familien in Hamburg und Westberlin am 15.5.1965

Bildungsbezug der Familie/ Beruf des Vaters	Schüler der 10. Klasse (Anzahl)		Anteil an sämtlichen Schülern der 10. Klasse (in %)		Schüler der 13. Klasse (Anzahl)		Anteil an sämtlichen Schülern der 13. Klasse (in %)	
	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin
Bildungsoffen insgesamt	1.664	1.432	65,3	41,7	1.029	1.073	69,0	48,7
Akademiker	808	739	31,7	21,5	561	654	37,6	29,7
Nicht-Akademiker	856	693	33,6	20,2	468	419	31,4	19,0
Beamter	146	352	5,7	10,3	91	188	6,1	8,5
Angestellter	523	223	20,5	6,5	281	155	18,8	7,0
Freiberuflich Tätiger	111	—	4,4	—	63	—	4,3	—
Selbständiger	76	118	3,0	3,4	33	76	2,2	3,5
Bildungsfern insgesamt	883	2.002	34,7	58,3	463	1.132	31,0	51,3
Beamter	134	210	5,3	6,1	79	103	5,3	4,6
Angestellter	345	810	13,6	23,6	194	494	13,0	22,4
Freiberuflich Tätiger	132	79	5,2	2,3	69	66	4,6	3,0
Selbständiger	143	428	5,6	12,5	74	278	4,9	12,6
Arbeiter	129	475	5,0	13,8	47	191	3,2	8,7
Zusammen	2.547	3.434	100,0	100,0	1.492	2.205	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sondererhebung zur Schulstatistik auf Bundesebene: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien am 15.5.1965. Wiesbaden 1967.

Tabelle 22: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen Gymnasien in Hamburg und Westberlin am 15.5.1965 nach dem Beruf des Vaters

Beruf des Vaters	10. Klasse an öffentlichen Gymnasien		13. Klasse an öffentlichen Gymnasien	
	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der 10. Klasse (in %)	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der 13. Klasse (in %)
Mit abgeschlossener Hochschulbildung				
Hamburg	732	30,4	529	35,7
Westberlin	653	19,2	572	25,6
Beamter				
Hamburg	249	10,3	188	12,7
Westberlin	228	6,7	190	8,5
Angestellter				
Hamburg	231	9,6	153	10,3
Westberlin	200	5,9	173	7,7
Selbständiger				
Hamburg	9	0,4	7	0,5
Westberlin	28	0,8	29	1,3
Freiberuflich Tätiger				
Hamburg	243	10,1	181	12,2
Westberlin	197	5,8	180	8,1
Ohne abgeschlossene Hochschulbildung				
Hamburg	1.619	67,3	873	58,9
Westberlin	2.502	73,7	1.458	65,2
Beamter				
Hamburg	267	11,1	162	10,9
Westberlin	524	15,6	279	12,5
Angestellter				
Hamburg	817	34,0	443	29,9
Westberlin	977	28,7	607	27,1
Selbständiger				
Hamburg	198	8,2	100	6,7
Westberlin	474	13,9	329	14,7
Freiberuflich Tätiger				
Hamburg	218	9,1	127	8,6
Westberlin	75	2,2	63	2,8
Arbeiter				
Hamburg	119	4,9	41	2,8
Westberlin	452	13,3	180	8,1
Ohne Beruf, ohne Berufstätigkeit, ohne Angabe				
Hamburg	55	2,3	80	5,4
Westberlin	243	7,1	205	9,2
Sämtliche Berufe zusammen				
Hamburg	2.406	100,0	1.482	100,0
Westberlin	3.398	100,0	2.235	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sondererhebung zur Schulstatistik auf Bundesebene: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien am 15.5.1965. Wiesbaden 1967.

Tabelle 23: Schüler der 10. und 13. Klassen an privaten Gymnasien in Hamburg und Westberlin am 15.5.1965 nach dem Beruf des Vaters

Beruf des Vaters	10. Klasse an privaten Gymnasien		13. Klasse an privaten Gymnasien	
	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der 10. Klasse (in %)	Schüler (Anzahl)	Anteil an sämtlichen Schülern der 13. Klasse (in %)
Mit abgeschlossener Hochschulbildung				
Hamburg	76	38,0	32	34,4
Westberlin	86	30,4	82	45,5
Beamter				
Hamburg	15	7,5	8	8,6
Westberlin	30	10,6	34	18,9
Angestellter				
Hamburg	21	10,5	11	11,8
Westberlin	14	4,9	22	12,2
Selbständiger				
Hamburg	3	1,5	2	2,2
Westberlin	5	1,8	2	1,1
Freiberuflich Tätiger				
Hamburg	37	18,5	11	11,8
Westberlin	37	13,1	24	13,3
Ohne abgeschlossene Hochschulbildung				
Hamburg	120	60,0	58	62,4
Westberlin	193	68,2	93	51,1
Beamter				
Hamburg	13	6,5	8	8,6
Westberlin	38	13,4	12	6,7
Angestellter				
Hamburg	51	25,5	32	34,4
Westberlin	56	19,8	42	23,3
Selbständiger				
Hamburg	21	10,5	7	7,5
Westberlin	72	25,5	25	13,3
Freiberuflich Tätiger				
Hamburg	25	12,5	5	5,4
Westberlin	4	1,4	3	1,7
Arbeiter				
Hamburg	10	5,0	6	6,5
Westberlin	23	8,1	11	6,1
Ohne Beruf, ohne Berufstätigkeit, ohne Angabe				
Hamburg	4	2,0	3	3,2
Westberlin	4	1,4	6	3,4
Sämtliche Berufe zusammen				
Hamburg	200	100,0	93	100,0
Westberlin	283	100,0	181	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sondererhebung zur Schulstatistik auf Bundesebene: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien am 15.5.1965. Wiesbaden 1967.

Tabelle 24: Männliche Erwerbstätige in Hamburg und Westberlin nach der Stellung im Beruf am 15.5.1965¹

Stellung im Beruf	Männliche Erwerbstätige Anzahl (in 1.000)	Anteil an der Gesamtheit der männlichen Erwerbs- tätigen (in %)	Bundesdurchschnitt Anteil an der Gesamtheit der männlichen Erwerbs- tätigen (in %)
Selbständiger			
Hamburg	62,8	11,3	15,6
Westberlin	68,1	11,6	
Beamter			
Hamburg	45,1	8,1	6,8
Westberlin	57,4	9,8	
Angestellter			
Hamburg	154,3	27,8	20,1
Westberlin	155,5	26,5	
Arbeiter			
Hamburg	292,9	52,8	57,5
Westberlin	306,4	52,1	
Zusammen			
Hamburg	555,1	100,0	100,0
Westberlin	587,4	100,0	

¹ Nicht erfaßt sind männliche Erwerbstätige, die der Kategorie „mithelfende Familienangehörige“ zuzurechnen sind (Hamburg: 3.100; Westberlin: 2.300 Erwerbstätige). Kaufmännische und gewerbliche Lehrlinge sind den Kategorien „Angestellte“ respektive „Arbeiter“ zugeordnet.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Berlin 1966; unveröffentlichte Unterlagen des Statistischen Landesamtes Hamburg.

Tabelle 25: Schüler der 10. und 13. Klassen an öffentlichen und privaten Gymnasien in Hamburg und Westberlin auf 1.000 männliche Erwerbspersonen der jeweiligen Stellung im Beruf am 15.5.1965

Stellung des Vaters im Beruf	Männliche Erwerbstätige der jeweiligen Stellung im Beruf (in 1.000)	Schüler der 10. Klasse		Schüler der 13. Klasse	
		Anzahl	Bezogen auf 1.000 männliche Erwerbspersonen der Berufsgruppe des Vaters	Anzahl	Bezogen auf 1.000 männliche Erwerbspersonen der Berufsgruppe des Vaters
Selbständiger					
Hamburg	62,8	754	12,0	440	7,0
Westberlin	68,1	892	13,1	655	9,6
Beamter					
Hamburg	45,1	544	12,1	366	8,1
Westberlin	57,4	820	14,3	515	9,0
Angestellter					
Hamburg	154,3	1.120	7,3	639	4,1
Westberlin	155,5	1.247	8,0	844	5,4
Arbeiter					
Hamburg	292,9	129	0,4	47	0,2
Westberlin	306,4	475	1,6	191	0,6
Zusammen					
Hamburg	555,1	2.547	4,6	1.492	2,7
Westberlin	587,4	3.434	5,8	2.205	3,8

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 18 und 24.

Tabelle 26: Der Anteil der Mädchen an den Schülern der 7. Klasse an öffentlichen Realschulen in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Anzahl der Schüler insgesamt								
Hamburg	3.374	3.249	3.131	2.961	3.007	3.103	3.140	3.477
Westberlin	5.392	5.805	5.631	5.235	4.743	4.341	4.362	4.239
Anzahl der Mädchen absolut								
Hamburg	1.789	1.685	1.666	1.543	1.629	1.663	1.725	1.827
Westberlin	2.899	3.148	3.005	2.759	2.461	2.323	2.254	2.293
Anteil der Mädchen (in %)								
Hamburg	53,0	51,9	53,2	52,1	54,2	53,6	54,9	52,5
Westberlin	53,8	54,2	53,4	52,7	51,9	53,5	51,7	54,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 27: Der Anteil der Mädchen an den Abgängern mit Abschlußzeugnis von öffentlichen Realschulen in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Abgänger mit Abschlußzeugnissen insgesamt								
Hamburg	3.905	3.550	2.565	2.889	2.878	2.566	2.805	2.605
Westberlin	5.781	3.584	2.923	3.181	3.310	3.744	3.414	3.359
Weibliche Abgänger mit Abschlußzeugnis								
Hamburg	2.062	1.840	1.347	1.559	1.527	1.314	1.471	1.338
Westberlin	3.177	1.894	1.620	1.760	1.860	2.129	1.935	1.832
Anteil der weiblichen Abgänger (in %)								
Hamburg	52,8	51,8	52,5	54,0	53,1	51,2	52,4	51,4
Westberlin	55,0	52,8	55,4	55,3	56,2	56,9	56,7	54,5
Erfolgsquote Jungen (in %)								
Hamburg	82,9	82,3	88,1	83,3	85,2	80,1	91,1	89,4
Westberlin	66,5	69,0	67,0	62,6	58,2	60,8	56,3	61,7
Erfolgsquote Mädchen (in %)								
Hamburg	85,7	85,0	88,3	84,1	85,4	78,0	88,3	86,7
Westberlin	71,1	70,4	68,6	63,5	64,4	67,7	64,4	66,4

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 28: Der Anteil der Mädchen an den Schulen der 7. Klasse (Quarta) an öffentlichen Gymnasien in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Anzahl der Schüler insgesamt								
Hamburg	3.006	2.857	2.775	2.673	2.754	2.930	3.306	3.771
Westberlin	3.596	4.038	3.923	3.975	3.949	3.939	4.052	4.442
Anzahl der Mädchen absolut								
Hamburg	1.344	1.290	1.207	1.129	1.228	1.348	1.506	1.745
Westberlin	1.633	1.776	1.789	1.798	1.776	1.797	1.893	2.065
Anteil der Mädchen (in %)								
Hamburg	44,7	45,2	43,5	42,2	44,6	46,0	45,6	46,3
Westberlin	45,4	44,0	45,6	45,2	45,0	45,6	46,7	46,5

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 29: Der Anteil der Mädchen an den Abiturienten an öffentlichen Gymnasien in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Anzahl der Abiturienten insgesamt										
Hamburg	1.470	1.637	1.738	1.610	1.699	1.399	1.441	1.558	1.644	1.780
Westberlin	2.959	3.174	3.372	3.292	2.119	1.774	1.997	1.931	2.435	2.515
Anzahl der Mädchen absolut										
Hamburg	579	642	663	641	636	552	589	639	684	740
Westberlin	1.249	1.228	1.402	1.372	761	625	840	805	992	1.052
Anteil der Mädchen (in %)										
Hamburg	39,4	39,2	38,1	39,8	37,4	39,5	40,9	41,0	41,6	41,6
Westberlin	42,2	38,7	41,6	41,7	35,9	35,2	42,1	41,7	40,7	41,8
Abiturientenquoten (in %)										
Jungen										
Hamburg	5,4	6,4	7,4	7,1	10,6	7,6	7,6	8,3	9,1	10,3
Westberlin	8,5	11,2	10,9	11,1	10,9	12,4	10,4	9,7	11,6	11,1
Mädchen										
Hamburg	3,7	4,3	4,8	4,7	6,4	5,2	5,4	5,8	6,6	7,2
Westberlin	6,4	7,4	8,4	9,0	6,8	7,5	7,9	7,3	8,4	8,0
Erfolgsquoten (in %)										
Jungen										
Hamburg	—	—	—	42,2	51,7	53,8	51,8	55,3	61,3	66,3
Westberlin	—	—	—	57,4	66,6	66,0	60,2	57,4	63,8	68,6
Mädchen										
Hamburg	—	—	—	33,1	36,6	43,6	45,1	47,5	53,0	61,3
Westberlin	—	—	—	47,1	46,1	47,6	50,9	49,3	55,9	58,8

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.
 Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): Statistische Berichte B11j. Hamburg, laufende Jahrgänge; unveröffentlichte
 Unterlagen des Referats Statistik beim Senator für das Schulwesen. Berlin.

Tabelle 30: Der vorzeitige Abgang von öffentlichen und privaten Gymnasien (ausgewählte Klassenstufen) nach dem Geschlecht in Hamburg und Westberlin 1960/61 bis 1966/67

Klassenstufe	Stadtstaat	Schuljahr Geschlecht	1960/61			1961/62			1962/63			1963/64		
			Schüler	vorz. abgeg.	in %	Schüler	vorz. abgeg.	in %	Schüler	vorz. abgeg.	in %	Schüler	vorz. abgeg.	in %
5. – 9.	Hamburg	Jungen	8.330	752	9,0	8.145	556	6,8	8.134	563	6,9	8.105	445	5,5
		Mädchen	6.763	587	8,7	6.590	465	7,1	6.647	420	6,3	6.671	402	6,0
		Zusammen	15.093	1.330	8,9	14.735	1.021	6,9	14.781	983	6,7	14.776	847	5,7
7. – 9.	Westberlin	Jungen	4.983	471	9,5	5.481	623	11,4	5.493	456	8,3	5.701	492	8,6
		Mädchen	4.695	433	9,2	5.142	513	10,2	5.200	399	7,7	5.371	377	7,0
		Zusammen	9.678	904	9,3	10.623	1.136	10,7	10.693	855	8,0	11.072	869	7,8
10.	Hamburg	Jungen	1.705	325	19,1	1.366	282	20,6	1.332	245	18,4	1.423	202	14,2
		Mädchen	1.478	538	36,4	1.075	377	35,1	1.140	363	31,8	1.206	328	27,2
		Zusammen	3.183	863	27,1	2.441	659	27,0	2.472	608	24,6	2.629	530	20,2
	Westberlin	Jungen	1.866	339	18,2	1.419	262	18,5	1.502	226	15,0	1.539	197	12,8
		Mädchen	1.628	477	29,3	1.217	391	32,1	1.446	370	25,6	1.421	340	23,9
		Zusammen	3.494	816	23,4	2.636	653	24,8	2.948	596	20,2	2.960	537	18,1
11. – 12.	Hamburg	Jungen	2.930	320	10,9	2.787	288	10,3	2.510	211	8,4	2.252	198	8,8
		Mädchen	1.977	270	13,7	1.934	315	16,3	1.647	207	12,6	1.511	151	10,0
		Zusammen	4.907	590	12,0	4.721	603	12,8	4.157	418	10,1	3.763	349	9,3
	Westberlin	Jungen	4.831	488	10,1	4.136	531	12,8	2.925	304	10,4	2.662	318	11,9
		Mädchen	3.711	396	10,7	2.993	429	14,3	1.925	265	13,8	1.903	230	12,1
		Zusammen	8.542	884	10,3	7.129	960	13,5	4.850	569	11,7	4.565	548	12,0
13.	Hamburg	Jungen	1.125	30	2,7	1.167	21	1,8	1.081	36	3,3	1.167	30	2,6
		Mädchen	709	27	3,8	731	32	4,4	710	18	2,5	697	19	2,7
		Zusammen	1.834	57	3,1	1.898	53	2,8	1.791	54	3,0	1.864	49	2,6
	Westberlin	Jungen	2.426	306	12,6	2.593	392	15,1	2.389	208	8,7	1.681	148	8,8
		Mädchen	1.561	180	11,5	1.823	239	13,1	1.710	145	8,5	999	113	11,3
		Zusammen	3.987	486	12,2	4.416	631	14,3	4.099	353	8,6	2.680	261	9,7
Alle Klassenstufen zusammen	Hamburg	Jungen	14.090	1.427	10,1	13.465	1.147	8,5	13.057	1.055	8,1	12.947	875	6,8
		Mädchen	10.927	1.422	13,0	10.330	1.189	11,5	10.144	1.008	9,9	10.085	900	8,9
		Zusammen	25.017	2.849	11,4	23.795	2.336	9,8	23.201	2.063	8,9	23.032	1.775	7,7
	Westberlin	Jungen	14.106	1.604	11,4	13.629	1.808	13,3	12.309	1.194	9,7	11.583	1.155	10,0
		Mädchen	11.595	1.486	12,8	11.175	1.572	14,1	10.281	1.179	11,5	9.694	1.060	10,9
		Zusammen	25.701	3.090	12,0	24.804	3.380	13,6	22.590	2.373	10,5	21.277	2.215	10,4

Tabelle 30 (Fortsetzung)

Klassenstufe	Stadtstaat	Schuljahr Geschlecht	1964/65			1965/66			1966/67		
			Schüler	vorz. abgeg.	in %	Schüler	vorz. abgeg.	in %	Schüler	vorz. abgeg.	in %
5. - 9.	Hamburg	Jungen	8.320	353	4,2	8.932	361	4,0	9.594	375	3,9
		Mädchen	6.848	259	3,8	7.539	278	3,7	8.233	285	2,5
		Zusammen	15.168	612	4,0	16.471	639	3,9	17.827	660	3,7
7. - 9.	Westberlin	Jungen	5.729	470	8,2	5.768	471	8,2	5.751	412	7,2
		Mädchen	5.422	320	5,9	5.537	322	5,8	5.613	313	5,6
		Zusammen	11.151	790	7,1	11.305	793	7,0	11.364	725	6,4
10.	Hamburg	Jungen	1.481	192	13,0	1.470	174	11,8	1.544	124	8,0
		Mädchen	1.223	310	25,3	1.222	224	18,3	1.206	215	17,8
		Zusammen	2.704	502	18,6	2.692	398	14,8	2.750	339	12,3
	Westberlin	Jungen	1.753	201	11,5	1.692	202	11,9	1.774	176	9,9
		Mädchen	1.564	346	22,1	1.638	350	21,4	1.699	333	19,6
		Zusammen	3.317	547	16,5	3.330	552	16,6	3.473	509	14,7
11. - 12.	Hamburg	Jungen	2.312	150	6,5	2.472	146	5,9	2.593	154	5,9
		Mädchen	1.628	159	9,8	1.749	135	7,7	1.909	161	8,4
		Zusammen	3.940	309	7,8	4.221	281	6,7	4.502	315	7,0
	Westberlin	Jungen	2.713	257	9,5	3.048	213	7,0	3.380	250	7,4
		Mädchen	2.107	232	11,0	2.298	204	8,9	2.612	278	10,6
		Zusammen	4.820	489	10,1	5.346	417	7,8	5.992	528	8,8
13.	Hamburg	Jungen	961	30	3,1	941	23	2,4	1.046	29	2,8
		Mädchen	621	18	2,9	660	33	5,0	714	17	2,4
		Zusammen	1.582	48	3,0	1.601	56	3,5	1.760	46	2,6
	Westberlin	Jungen	1.375	67	4,9	1.405	65	4,6	1.337	48	3,6
		Mädchen	830	73	8,8	1.027	37	3,6	998	32	3,2
		Zusammen	2.205	140	6,3	2.432	102	4,2	2.335	80	3,4
Alle Klassen- stufen zusam- men	Hamburg	Jungen	13.074	725	5,5	13.815	704	5,1	14.777	682	4,6
		Mädchen	10.320	746	7,2	11.170	670	6,0	12.062	678	5,6
		Zusammen	23.394	1.471	6,3	24.985	1.374	5,5	26.839	1.360	5,1
	Westberlin	Jungen	11.570	995	8,6	11.913	951	8,0	12.242	886	7,2
		Mädchen	9.923	971	9,8	10.500	913	8,7	10.922	956	8,8
		Zusammen	21.493	1.966	9,1	22.413	1.864	8,3	23.164	1.842	8,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): Statistische Berichte B11j. Hamburg, laufende Jahrgänge; Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistische Berichte B11j. Berlin, laufende Jahrgänge.

Tabelle 31: Die Entwicklung der Abiturientenzahlen an öffentlichen Gymnasien¹ in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1969

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Altersjahrgang 19 – unter 20 Jahren										
Hamburg	32.165	30.306	28.309	27.204	20.011	21.921	22.020	22.061	20.891	20.420
Westberlin	39.437	33.937	34.627	32.461	23.580	17.593	21.703	22.564	24.209	26.338
Anzahl der Abiturienten										
Hamburg	1.470	1.637	1.738	1.610	1.699	1.399	1.441	1.558	1.644	1.780
Westberlin	2.959	3.174	3.372	3.292	2.119	1.774	1.997	1.931	2.435	2.515
Abiturientenquote (in %)										
Hamburg	4,6	5,4	6,1	5,9	8,5	6,4	6,5	7,1	7,9	8,7
Westberlin	7,5	9,4	9,7	10,1	9,0	10,1	9,2	8,6	10,1	9,5
	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
Anzahl der Schüler in der 7. Klasse der öffentlichen Gymnasien										
Hamburg	3.522	4.118	3.530	4.230	3.791	2.841	2.951	3.006	2.857	2.775
Westberlin	5.763	5.852	6.583	6.335	3.782	3.251	3.572	3.596	4.038	3.923
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Erfolgsquote (in %)										
Hamburg	41,7	39,8	49,2	38,1	44,8	49,2	48,8	51,8	57,5	64,1
Westberlin	51,3	54,2	51,2	52,0	56,0	54,6	55,9	53,7	60,3	64,1

¹ Ohne Abendgymnasien, externe Ergänzungsprüfungen zum Abitur der DDR.

Tabelle 32: Unmittelbare Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (in 1.000 DM)¹ in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	107.815	168.511	158.353	170.149	180.678	192.285	215.411	222.327
Westberlin	80.879	111.479	120.467	130.210	143.166	154.816	184.477	203.042
Realschulen								
Hamburg	11.151	16.921	14.733	19.887	19.845	22.449	21.040	21.111
Westberlin	14.092	19.783	20.735	22.678	22.955	25.253	27.422	30.908
Gymnasien								
Hamburg	33.387	44.229	43.607	49.677	52.970	57.635	67.316	71.485
Westberlin	32.416	45.015	45.923	49.903	53.087	59.171	67.602	80.746
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	152.353	229.661	216.693	239.713	253.493	272.369	303.767	314.923
Westberlin	127.387	176.277	187.125	202.791	219.208	239.240	279.501	314.696

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 33: Zuwachsraten der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen¹ in Hamburg und Westberlin nach Schulzweigen 1960 bis 1967 (1961 = 100)

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	64,0	100	94,0	101,0	107,2	114,1	127,8	131,9
Westberlin	72,6	100	108,1	116,8	128,4	138,9	165,5	182,1
Realschulen								
Hamburg	65,9	100	87,1	117,5	117,3	132,7	124,3	124,8
Westberlin	71,2	100	104,8	114,6	116,0	127,7	138,6	156,2
Gymnasien								
Hamburg	75,5	100	98,6	112,3	119,8	130,3	152,2	161,6
Westberlin	72,0	100	102,0	110,9	117,9	131,4	150,2	179,4
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	66,3	100	94,4	104,4	110,4	118,6	132,3	137,1
Westberlin	72,3	100	106,2	115,0	124,4	135,7	158,6	178,5

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 34: Die unmittelbaren Ausgaben für die einzelnen Schulzweige als Anteil an den gesamten unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967 (in Prozent)¹

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	70,7	73,4	73,1	71,0	71,3	70,6	70,9	70,6
Westberlin	63,5	63,2	64,4	64,2	65,3	64,7	66,0	64,5
Realschulen								
Hamburg	7,3	7,4	6,8	8,3	7,8	8,2	6,9	6,7
Westberlin	11,1	11,2	11,1	11,2	10,5	10,6	9,8	9,8
Gymnasien								
Hamburg	21,9	19,3	20,1	20,7	20,9	21,2	22,2	22,7
Westberlin	25,4	25,5	24,5	24,6	24,2	24,7	24,2	25,7
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Westberlin	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 35: Gesamtausgaben (Bruttoausgaben) der Stadtstaaten Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967 (in 1.000 DM)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	1.706.552	2.529.142	2.838.224	3.414.458	3.600.433	3.784.539	4.069.550	4.224.734
Westberlin	2.725.911	3.723.053	4.225.456	4.324.698	4.639.800	5.115.248	5.505.010	5.677.161

¹ Rumpfrechnungsjahr

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 36: Anteil der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen an den Gesamtausgaben der Stadtstaaten Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967 (in Prozent)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Hamburg	8,9	9,1	7,6	7,0	7,0	7,2	7,5	7,5
Westberlin	4,7	4,7	4,4	4,7	4,7	4,7	5,1	5,5

Quelle: Vgl. Anhang, Tabelle 32 und 35.

Tabelle 37: Anteil der unmittelbaren Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen¹ am Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967 (in Promille)

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	6,4	9,3	7,9	8,2	8,1	7,9	8,3	8,4
Westberlin	6,7	8,4	8,6	8,8	9,0	8,8	9,8	10,6
Realschulen								
Hamburg	0,7	0,9	0,7	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8
Westberlin	1,2	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,5	1,6
Gymnasien								
Hamburg	2,0	2,4	2,2	2,4	2,4	2,4	2,6	2,7
Westberlin	2,7	3,4	3,3	3,4	3,3	3,4	3,6	4,2
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	9,0	12,6	10,9	11,6	11,4	11,2	11,8	11,9
Westberlin	10,5	13,3	13,3	13,7	13,7	13,6	14,9	16,4

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass. (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 38: Unmittelbare Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen¹ pro Einwohner und pro schulfähige Bevölkerung (6 – unter 20 Jahre) in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Unmittelbare Ausgaben (in 1.000 DM)								
Hamburg	152.353	229.661	216.693	239.713	253.493	272.369	303.767	314.923
Westberlin	127.387	176.277	187.125	202.791	219.208	239.240	279.501	314.696
Hamburg								
Einwohner	1.836.958	1.832.346	1.847.495	1.854.637	1.857.431	1.854.361	1.847.267	1.832.560
Schulfähige Bevölkerung	303.072	295.391	281.476	274.130	267.918	269.908	270.348	271.694
Unmittelbare Ausgaben /Einwohner (in DM)	83	125	117	129	137	147	164	172
Unmittelbare Ausgaben /schulfähige Bevölkerung (in DM)	503	777	770	875	946	1.009	1.124	1.159
Westberlin								
Einwohner	2.202.241	2.194.359	2.174.013	2.186.193	2.200.228	2.197.262	2.185.403	2.163.306
Schulfähige Bevölkerung	325.609	303.757	288.862	274.397	263.252	262.328	267.233	269.332
Unmittelbare Ausgaben /Einwohner (in DM)	58	80	86	93	100	109	128	146
Unmittelbare Ausgaben /schulfähige Bevölkerung (in DM)	391	580	648	739	833	912	1.046	1.168

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Vgl. Anhang, Tabellen 32 und 39.

Tabelle 39: Unmittelbare Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (Schulausgaben) in Hamburg und Westberlin nach Ausgabearten 1960 bis 1967

Jahr	Personalausgaben ¹		Fortdauernde Sachausgaben		Zuweisungen		Investitionsausgaben		Insgesamt	
	in 1.000 DM	in %	in 1.000 DM	in %	in 1.000 DM	in %	in 1.000 DM	in %	in 1.000 DM	in %
1960 ²										
Hamburg	89.125	58,5	7.997	5,2	3.816	2,5	51.415	33,8	152.353	100,0
Westberlin	91.686	72,0	17.019	13,4	4.872	3,8	13.810	10,8	127.387	100,0
1961										
Hamburg	129.364	56,3	16.233	7,1	5.752	2,5	78.312	34,1	229.661	100,0
Westberlin	130.745	74,2	25.276	14,3	7.328	4,2	12.928	7,3	176.277	100,0
1962										
Hamburg	133.075	61,4	18.791	8,7	5.046	2,3	59.781	27,6	216.693	100,0
Westberlin	135.885	72,6	30.730	16,4	8.038	4,3	12.472	6,7	187.125	100,0
1963										
Hamburg	144.115	60,1	20.342	8,5	7.861	3,3	67.395	28,1	239.713	100,0
Westberlin	146.121	72,1	32.701	16,1	8.698	4,3	15.271	7,5	202.791	100,0
1964										
Hamburg	154.500	60,9	23.371	9,2	7.300	2,9	68.322	27,0	253.493	100,0
Westberlin	155.595	71,0	34.827	15,9	8.827	4,0	19.959	9,1	219.208	100,0
1965										
Hamburg	170.426	62,6	27.734	10,2	8.094	3,0	66.115	24,2	272.369	100,0
Westberlin	173.092	72,4	38.444	16,1	9.705	4,1	17.999	7,6	239.240	100,0
1966										
Hamburg	196.271	64,6	30.721	10,1	9.281	3,1	67.494	22,2	303.767	100,0
Westberlin	190.842	68,3	41.449	14,8	11.675	4,2	35.535	12,7	279.501	100,0
1967										
Hamburg	206.665	65,6	33.450	10,6	9.583	3,0	65.225	20,8	314.923	100,0
Westberlin	203.682	64,7	48.144	15,3	12.881	4,1	49.989	15,9	314.696	100,0

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 40: Fortdauernde Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen¹ in Hamburg und Westberlin nach Schulzweigen 1960 bis 1967 (in 1.000 DM)

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	68.779	104.776	109.318	117.183	127.050	140.544	163.640	171.922
Westberlin	70.799	102.143	110.588	118.601	126.198	138.675	153.005	164.913
Realschulen								
Hamburg	7.150	9.854	9.623	13.905	13.527	15.868	14.896	15.693
Westberlin	12.863	18.417	19.825	21.295	22.474	25.069	27.277	29.008
Gymnasien								
Hamburg	25.009	36.719	37.971	41.230	44.594	49.842	57.737	62.083
Westberlin	29.915	42.789	44.240	47.624	50.577	57.497	63.684	70.786
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	100.938	151.349	156.912	172.318	185.171	206.254	236.273	249.698
Westberlin	113.577	163.349	174.653	187.520	199.249	221.241	243.966	264.707

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 41: Fortdauernde Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen¹ in Hamburg und Westberlin nach Ausgabearten 1960 bis 1967 (in 1.000 DM)

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Personalausgaben³								
Hamburg	89.125	129.364	133.075	144.115	154.500	170.426	196.271	206.665
Westberlin	91.686	130.745	135.885	146.121	155.595	173.092	190.842	203.682
Fortdauernde Sachausgaben								
Hamburg	7.997	16.233	18.791	20.342	23.371	27.734	30.721	33.450
Westberlin	17.019	25.276	30.730	32.701	34.827	38.444	41.449	48.144
Zuweisungen an Zweckverbände								
Hamburg	3.816	5.752	5.046	7.861	7.300	8.094	9.281	9.583
Westberlin	4.872	7.328	8.038	8.698	8.827	9.705	11.675	12.881
Fortdauernde Ausgaben insgesamt								
Hamburg	100.938	151.349	156.912	172.318	185.171	206.254	236.273	249.698
Westberlin	113.577	163.349	174.653	187.520	199.249	221.241	243.966	264.707

¹ Ohne Versorgungsbezüge und Zuführungen an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass. (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 42: Fortdauernde Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen je Schüler in Hamburg und Westberlin nach Schulzweigen 1960 bis 1967 (in DM)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	68.779	104.776	109.318	117.183	127.050	140.544	163.640	171.922
Schüler	146.867	146.625	142.760	140.775	139.759	140.322	144.836	152.042
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	468	715	766	832	909	1.002	1.130	1.131
Westberlin								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	70.799	102.143	110.588	118.601	126.198	138.675	153.005	164.913
Schüler	146.083	144.916	140.610	136.981	134.365	134.264	138.457	143.490
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	485	705	787	866	939	1.033	1.105	1.149
Realschulen								
Hamburg								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	7.150	9.854	9.623	13.905	13.527	15.868	14.896	15.693
Schüler	13.921	13.142	13.257	12.818	12.652	12.511	12.444	13.133
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	514	750	726	1.085	1.069	1.268	1.197	1.195
Westberlin								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	12.863	18.417	19.825	21.295	22.474	25.069	27.277	29.008
Schüler	18.338	18.672	19.203	19.189	18.947	17.860	17.068	16.331
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	701	986	1.032	1.110	1.186	1.404	1.598	1.776
Gymnasien								
Hamburg								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	25.009	36.719	37.971	41.230	44.594	49.842	57.737	62.083
Schüler	25.037	23.875	23.201	22.970	23.322	24.892	26.728	28.773
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	999	1.538	1.637	1.795	1.912	2.002	2.160	2.158
Westberlin								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	29.915	42.789	44.240	47.624	50.577	57.497	63.684	70.786
Schüler	29.176	28.181	25.799	24.489	24.835	25.786	26.682	27.793
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	1.025	1.518	1.715	1.945	2.037	2.230	2.387	2.547

Tabelle 42 (Fortsetzung)

	1960 ¹	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	100.938	151.349	156.912	172.318	185.171	206.254	236.273	249.698
Schüler	185.825	183.642	179.218	176.623	175.733	177.725	184.008	193.948
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	543	824	876	976	1.054	1.161	1.284	1.287
Westberlin								
Fortdauernde Ausgaben (in 1.000 DM)	113.577	163.349	174.653	187.520	199.249	221.241	243.966	264.707
Schüler	193.597	191.769	185.612	180.659	178.147	177.910	182.207	187.514
Fortdauernde Ausgaben/ Schüler (in DM)	587	852	941	1.038	1.119	1.244	1.339	1.412

¹ Rumpfrechnungsjahr

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Statistisches Jahrbuch für die BRD. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.
Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): Statistische Berichte B11j. Hamburg, laufende Jahrgänge; Unterlagen des Referats Statistik beim Senator für das Schulwesen. Berlin.

Tabelle 43: Ausgaben für Lehr- und Lernmittel für allgemeinbildende Schulen pro Klasse (in DM) in Hamburg und Westberlin 1961 bis 1969

Jahr	Volks-, Real- und Sonderschulen						Gymnasien						Allgemeinbildende Schulen zusammen					
	Ausgaben für Lehr- und Lernmittel (in 1.000 DM)		Anzahl der Klassen		Ausgaben pro Klasse (in DM)		Ausgaben für Lehr- und Lernmittel (in 1.000 DM)		Anzahl der Klassen		Ausgaben pro Klasse (in DM)		Ausgaben für Lehr- und Lernmittel (in 1.000 DM)		Anzahl der Klassen		Ausgaben pro Klasse (in DM)	
	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin
1961	3.227	2.167	4.971	5.166	649	419	1.123	840	968	1.113	1.160	755	4.350	3.007	5.939	6.279	732	479
1962	3.227	2.461	4.935	5.125	654	480	1.103	884	958	1.050	1.151	842	4.330	3.345	5.893	6.175	735	542
1963	3.679	3.166	4.935	5.167	745	613	1.000	1.017	944	1.043	1.059	975	4.679	4.637	5.879	6.210	796	747
1964	4.025	3.834	4.985	5.203	807	737	1.163	950	949	1.071	1.226	887	5.188	4.784	5.934	6.274	874	763
1965	4.497	4.154	5.054	5.241	890	793	1.308	1.234	992	1.121	1.319	1.101	5.805	5.388	6.046	6.362	960	847
1966	4.781	4.583	5.187	5.329	922	860	1.529	1.459	1.047	1.159	1.460	1.259	6.310	6.042	6.234	6.488	1.012	931
1967	5.382	5.478	5.455	5.539	987	989	1.705	1.755	1.131	1.198	1.508	1.465	7.087	7.233	6.586	6.737	1.076	1.074
1968	5.632	5.885	5.599	5.761	1.006	1.022	1.910	2.198	1.250	1.211	1.528	1.815	7.542	8.083	6.849	6.972	1.101	1.159
1969	5.830	6.873	5.696	5.888	1.024	1.167	2.384	2.211	1.399	1.298	1.704	1.703	8.214	9.084	7.095	7.186	1.158	1.264

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 10: I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Lehrerbestand und Lehrbedarf. Dritter Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung. I. Schüler – Klassen – Lehrer 1961 bis 1968. Bonn 1969 (Dokumentation Nr. 30); Schulbehörde Hamburg (Hrsg.): Statistische Informationen 6/69 vom 2.12.1969; handschriftliche Auszüge des Referats Statistik beim Senator für das Schulwesen. Berlin; Haushaltspläne der Freien und Hansestadt Hamburg; Haushaltspläne der Stadt Berlin.

Tabelle 44: Personalausgaben, Lehrer und Ausgaben pro Lehrer in Hamburg und Westberlin 1961 bis 1967

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen							
Hamburg							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	88.632	91.675	96.217	104.551	114.489	134.024	140.238
Lehrer	5.124	5.141	5.163	5.258	5.435	5.631	5.690
Ausgaben/Lehrer (in DM)	17.297	17.832	18.734	19.884	21.065	23.801	24.646
Westberlin							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	80.197	83.628	90.022	95.983	106.067	117.756	124.393
Lehrer	5.136	5.091	5.115	5.301	5.382	5.584	5.726
Ausgaben/Lehrer (in DM)	15.615	16.427	17.600	18.107	19.708	21.088	21.724
Realschulen							
Hamburg							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	8.245	7.833	11.846	11.306	13.292	12.454	13.017
Lehrer	587	598	584	584	581	562	598
Ausgaben/Lehrer (in DM)	14.046	13.099	20.284	19.360	22.878	22.160	21.768
Westberlin							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	15.011	15.913	17.183	18.021	20.092	22.034	22.821
Lehrer	918	959	955	974	950	965	938
Ausgaben/Lehrer (in DM)	16.352	16.593	17.993	18.502	21.150	22.833	24.329
Gymnasien							
Hamburg							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	32.487	33.567	36.052	38.643	42.645	49.793	53.410
Lehrer	1.530	1.541	1.535	1.613	1.642	1.716	1.837
Ausgaben/Lehrer (in DM)	21.233	21.783	23.487	23.957	25.971	29.017	29.075
Westberlin							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	35.537	36.344	38.916	41.591	46.933	51.052	56.468
Lehrer	1.841	1.752	1.781	1.819	1.844	1.953	2.060
Ausgaben/Lehrer (in DM)	19.303	20.744	21.851	22.865	25.452	26.140	27.412

Tabelle 44 (Fortsetzung)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Allgemeinbildende Schulen zusammen							
Hamburg							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	129.364	133.075	144.115	154.500	170.426	196.271	206.665
Lehrer	7.241	7.280	7.282	7.455	7.658	7.854	8.125
Ausgaben/Lehrer (in DM)	17.866	18.279	19.791	20.724	22.255	24.990	25.436
Westberlin							
Personalausgaben (in 1.000 DM)	130.745	135.885	146.121	155.595	173.092	190.842	203.682
Lehrer	7.895	7.802	7.851	8.094	8.131	8.502	8.724
Ausgaben/Lehrer (in DM)	16.561	17.417	18.612	19.224	21.288	22.447	23.347

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Lehrerbstand und Lehrbedarf. Dritter Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung. I. Schüler - Klassen - Lehrer 1961 bis 1968. Bonn 1969 (Dokumentation Nr. 30).

Tabelle 45: Investitionsausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen (in 1.000 DM)¹ in Hamburg und Westberlin 1960 bis 1967

	1960 ²	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Volks- und Sonderschulen								
Hamburg	39.036	63.735	49.035	52.966	53.628	51.741	51.771	50.405
Westberlin	10.080	9.336	9.879	11.609	16.968	16.141	31.472	38.129
Realschulen								
Hamburg	4.001	7.067	5.110	5.982	6.318	6.581	6.144	5.418
Westberlin	1.229	1.366	910	1.383	481	184	145	1.900
Gymnasien								
Hamburg	8.378	7.510	5.636	8.447	8.376	7.793	9.579	9.402
Westberlin	2.501	2.226	1.683	2.279	2.510	1.674	3.918	9.960
Allgemeinbildende Schulen zusammen								
Hamburg	51.415	78.312	59.781	67.395	68.322	66.115	67.494	65.225
Westberlin	13.810	12.928	12.472	15.271	19.959	17.999	35.535	49.989

¹ Gesamte Investitionsausgaben ohne Zuführung an Rücklagen.

² Rumpfrechnungsjahr

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge; dass.: Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Tabelle 46: Die Wohnbevölkerung am 31.12. des Berichtsjahres in Hamburg und Westberlin

Jahrgang von . . . bis unter . . .	1948		1955		1960		1961		1962		1963	
	Hamburg	Westberlin ¹	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin	Hamburg	Westberlin
6 – 7	21.013	30.800	19.280	20.912	18.171	16.469	18.110	15.738	18.778	16.620	19.962	16.993
7 – 8	22.667	32.300	20.480	20.064	17.516	16.733	17.159	16.428	18.055	16.237	18.708	16.609
8 – 9	22.707	30.700	20.147	18.788	17.813	17.461	17.115	16.714	17.708	16.824	18.012	16.237
9 – 10	21.633	28.700	20.415	14.737	18.882	19.251	18.014	17.477	17.084	17.086	17.718	16.854
10 – 11	20.667	27.200	18.321	20.675	18.936	21.933	18.685	19.242	17.358	17.616	17.057	17.117
11 – 12	20.258	26.800	24.204	28.599	19.942	21.540	18.779	21.929	18.285	19.421	17.276	17.636
12 – 13	20.779	27.000	25.188	31.618	21.136	20.670	20.775	21.504	18.643	22.033	18.230	19.440
13 – 14	19.753	26.300	24.175	30.628	20.635	19.580	20.674	20.637	19.553	21.618	18.578	22.064
14 – 15	16.263	21.500	27.886	36.094	20.843	15.366	21.451	19.539	20.755	20.555	19.516	21.587
15 – 16	14.187	17.200	29.361	35.455	18.764	21.205	17.730	15.391	20.502	19.608	20.713	20.543
16 – 17	14.997	17.700	28.067	32.763	25.113	29.836	22.522	21.270	20.810	15.320	20.561	19.659
17 – 18	16.744	19.400	27.378	31.331	26.655	33.229	27.351	30.074	19.084	21.095	21.025	15.439
18 – 19	18.586	20.500	27.124	30.744	26.501	32.899	26.720	33.877	26.552	30.202	19.570	21.758
19 – 20	19.965	20.700	28.237	31.105	32.165	39.437	30.306	33.937	28.309	34.627	27.204	32.461
Zusammen (6 – 20)	270.219	346.800	340.263	383.513	303.072	325.609	295.391	303.757	281.476	288.862	274.130	274.397
6 – 16	199.927	268.500	229.457	257.570	192.638	190.208	188.492	184.603	186.721	187.618	185.770	185.080
12 – 16	70.982	92.000	106.610	133.795	81.378	76.821	80.630	77.075	79.453	83.814	77.037	83.634
10 – 20	182.199	224.300	259.941	309.012	230.690	255.695	224.993	237.400	209.851	222.095	199.730	207.704
Gesamte Wohnbevölkerung	1.518.915	2.102.100	1.781.524	2.203.318	1.836.958	2.202.241	1.832.346	2.194.359	1.847.495	2.174.013	1.854.637	2.186.193

Tabelle 46 (Fortsetzung)

Jahrgang von ... bis unter ...	1964		1965		1966		1967		1968		1969	
	Hamburg	West-berlin ¹	Hamburg	West-berlin	Hamburg	West-berlin	Hamburg	West-berlin	Hamburg	West-berlin	Hamburg	West-berlin
6 – 7	20.463	17.973	21.599	20.353	21.912	20.690	23.127	22.354	23.780	23.429	25.177	25.051
7 – 8	19.826	17.012	20.267	17.968	21.406	20.328	21.704	20.628	22.929	22.211	23.588	23.443
8 – 9	18.626	16.680	19.680	16.988	20.089	17.915	21.174	20.245	21.572	20.563	22.750	22.126
9 – 10	17.938	16.276	18.467	16.686	19.502	16.964	19.905	17.890	21.058	20.126	21.447	20.613
10 – 11	17.632	16.916	17.820	16.275	18.316	16.641	19.365	16.965	19.747	17.804	20.926	20.138
11 – 12	16.973	17.158	17.506	16.876	17.690	16.274	18.160	16.604	19.177	16.936	19.630	17.834
12 – 13	17.177	17.687	16.847	17.168	17.387	16.837	17.574	16.243	18.045	16.577	19.062	16.981
13 – 14	18.167	19.492	17.082	17.705	16.733	17.144	17.262	16.810	17.482	16.191	17.971	16.634
14 – 15	18.503	22.089	18.093	19.504	16.990	17.664	16.652	17.161	17.204	16.792	17.393	16.269
15 – 16	19.467	21.659	18.517	22.093	18.108	19.511	17.029	17.657	16.656	17.164	17.253	16.839
16 – 17	20.855	20.662	19.565	21.664	18.660	22.067	18.355	19.467	17.193	17.683	16.892	17.385
17 – 18	20.748	19.863	21.073	20.852	19.859	21.831	18.931	22.207	18.637	19.697	17.481	18.119
18 – 19	21.532	16.205	21.471	20.603	21.676	21.664	20.395	22.537	19.432	23.383	19.350	21.634
19 – 20	20.011	23.580	21.921	17.593	22.020	21.703	22.061	22.564	20.891	24.209	20.420	26.338
Zusammen (6 – 20)	267.918	263.252	269.908	262.328	270.348	267.233	271.694	269.332	273.803	272.765	279.340	279.404
6 – 16	184.772	182.942	185.878	181.616	188.133	179.968	191.952	182.557	197.650	187.793	205.197	195.928
12 – 16	73.314	80.927	70.539	76.470	69.218	71.156	68.517	67.871	69.387	66.724	71.679	66.723
10 – 20	191.065	195.311	189.895	190.333	187.439	191.336	185.784	188.215	184.464	186.436	186.378	188.171
Gesamte Wohnbevölkerung	1.857.431	2.200.228	1.854.361	2.197.262	1.847.264	2.185.403	1.832.560	2.163.306	1.822.837	2.141.441	1.817.122	2.134.256

¹ Durchschnittswerte 1948.

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Hamburg, laufende Jahrgänge; dass.: Unveröffentlichte Unterlagen; Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Berlin, laufende Jahrgänge; dass.: Unveröffentlichte Unterlagen.

Literaturverzeichnis

- Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): Mittelfristige Bauplanung für die Schulen. Berlin 1970 (V. Wahlperiode, Drucksache Nr. 1297 vom 2. 10. 1970).
- Amerikanische Erziehungskommission: Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland. Bericht. München 1946 (Veröffentlichungen der Deutschen Pädagogischen Arbeitsstelle, Nr. 1).
- Arbeitsgruppe Kapazitätsberechnung des Hochschulausschusses (Hrsg.): Die Entwicklung der Studierendenzahlen und der Bedarf an Studienplätzen bis 1980 im gesamten Hochschulbereich. Arbeitsmaterial der Kultusministerkonferenz (KMK). Bonn 1969.
- Berstecher, D.: Zur Theorie und Technik des internationalen Vergleichs. Das Beispiel der Bildungsforschung. Stuttgart: Klett 1970 (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung).
- Boehm, U., und Rudolph, H.: Kompetenz- und Lastenverteilung im Schulsystem. Gutachten für die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Berlin 1971 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Brühl, W.: Statistische Grundlagen für Bildungsprognosen. Die Aussagefähigkeit der Statistik der Höheren Schulen in der BRD. Weinheim, Berlin und Basel: Beltz 1970.
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Bildungsbericht 1970. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik. Bonn 1970.
- Callahan, R. E.: Education and the Cult of Efficiency. 2. Aufl., Chicago und London: The University of Chicago Press 1964 (1962).
- Dahrendorf, R.: Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Tübingen: Mohr 1965.
- Dahrendorf, R.: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg: Nannen 1965.
- Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München: Piper 1965.
- Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Empfehlungen der Bildungskommission zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen. Bonn 1969.
- Edding, F.: Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen. Kiel 1958 (Kieler Studien Nr. 47).

- Edding, F.: "Die Bildungsintensität der Bundesländer". In: Neue Sammlung, Göttinger Blätter für Kultur und Erziehung, 2. Jg. (1962), H. 5, S. 466.
- Edding, F.: Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg i.Br.: Rombach 1963.
- Edding, F.: Schule und Gesellschaft in der Sicht der Zukunftsforschung. Vortrag auf dem Kongreß der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen am 3. 10. 1971 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Edding, F., und Carnap, R. v.: Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952-1960. 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1962.
- Evers, C.-H.: "Bildungspolitik in der BRD - Situation, Möglichkeiten, Notwendigkeiten. Rede des Berliner Schulsenators auf dem Deutschen Volks- und Betriebswirtetag 1966 in München". In: Forschungsinstitut der deutschen Volks- und Betriebswirte e.V. (Hrsg.): Bildungspolitik für Wirtschaft und Gesellschaft von morgen. Bonn 1967.
- Fiege, H.: Geschichte der hamburgischen Volksschule. Bad Heilbrunn, Obb.: Klinkhardt 1970.
- Geipel, R.: Sozialräumliche Strukturen des Bildungswesens. Frankfurt a.M.: Diesterweg 1965.
- Gerstein, H.: "Erfolg und Mißerfolg im Hinblick auf strukturelle, leistungsmäßige und soziale Faktoren". In: Peisert, H., und Dahrendorf, R. (Hrsg.): Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium. Studien und Materialien zum Schulerfolg an den Gymnasien in Baden-Württemberg. Stuttgart: Neckar 1967 (Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg zur Bildungsforschung, Bildungsplanung, Bildungspolitik).
- Glaser, H. (Hrsg.): Die Bundesrepublik zwischen Restauration und Rationalismus. Analysen und Perspektiven. Freiburg i.Br.: Rombach 1965.
- Hamm-Brücher, H.: "Bildungspolitik 1968: Sackgasse - und kein Ausweg?" In: Gesamtschule, 1969, H. 1.
- Hattermann: Bildungsmöglichkeiten in Hamburg. Sonderdruck aus dem Hamburger Adressbuch 1956.
- Heckel, H.: Die Städte und ihre Schulen. Stuttgart: Kohlhammer 1965.
- Hinst, K.: "Die Entwicklungstendenzen in den Bildungssystemen Westeuropas". In: Frankfurter Hefte, Zeitschrift für Kultur und Politik, Sonderheft Bildung, 26. Jg. (1971), H. 4.

- Kuhlmann, C.: "Schulreform und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1946-1966. Die Differenzierung der Bildungswege als Problem der westdeutschen Schulpolitik". In: Robinsohn, S. B., u.a. (Hrsg.): Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß. Ein interkultureller Vergleich. Bd. 1, Stuttgart: Klett 1970 (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung).
- Lawson, R. F.: Reform of West German School System 1945-1962. Ann Arbor, Mich.: Malloy Lithoprinting Inc. 1965.
- Mänicke, J.: "Der wirtschaftliche Status Westberlins". In: Albertz, H., und Goldschmidt, D. (Hrsg.): Konsequenzen oder Thesen, Analysen und Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hamburg: Rowohlt 1969.
- Moser, H.: Die ungebrochene Schule. Ein Diskussionsbeitrag zur laufenden Schulreform. Basel: Beltz 1971.
- OECD: Begabung und Bildungschancen. Frankfurt a.M., Berlin, Bonn und München: Diesterweg 1967.
- Palm, G.: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960. Frankfurt a.M.: Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung 1963.
- Palm, G.: Die Kaufkraft der Bildungsausgaben. Olten und Freiburg i.Br.: Walter 1966 (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung).
- Peisert, H.: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München: Piper 1967.
- Peisert, H., und Dahrendorf, R. (Hrsg.): Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium. Studien und Materialien zum Schulerfolg an den Gymnasien in Baden-Württemberg 1953-1963. Stuttgart: Neckar 1967 (Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg zur Bildungsforschung, Bildungsplanung, Bildungspolitik).
- Posch, P.: Der Lehrermangel. Ausmaß und Möglichkeiten der Behebung. Weinheim und Berlin: Beltz 1967.
- Pross, H.: Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1969.
- Robinsohn, S. B., und Kuhlmann, C.: "Two Decades of Non-Reform in West German Education". In: Comparative Education Review, Bd. 11 (1967), H. 3.
- Scheuerl, H.: Begabung und gleiche Chancen. Zur Frage der Startgerechtigkeit im Schulwesen. Heidelberg: Quelle und Meyer 1958.

- Schmitz, E.: Die öffentlichen Ausgaben für Schulen in der Bundesrepublik Deutschland 1965-1970. Studie im Auftrag der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Stuttgart: Klett 1967.
- Schröder, H.: "Eine neue Schule - Die Forderung unserer Zeit". In: Schulbehörde der Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Die Neuordnung des Hamburger Schulwesens. Hamburg 1949.
- Schultze, W., und Führ, Ch.: Das Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Weinheim: Beltz 1966.
- Schwartz, E.: Die Grundschule - Funktion und Reform. Braunschweig: Georg Westermann 1969.
- Senator für das Schulwesen (Hrsg.): Das Bildungswesen des Landes Berlin. Eine kurze Information. Berlin 1965.
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Bedarfsfeststellung 1961-1970. Bonn 1963 (Dokumentation Nr. 6).
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Lehrerbestand und Lehrerberbedarf. Zweiter Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung. I. Schüler - Klassen - Lehrer 1961 bis 1970. Bonn 1967 (Dokumentation Nr. 20).
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Lehrerbestand und Lehrerberbedarf. Dritter Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung. I. Schüler - Klassen - Lehrer 1961 bis 1968. Bonn 1969 (Dokumentation Nr. 30).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): 2. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung 1968-2000. Wiesbaden 1970 (unveröffentlichte Unterlagen).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Bevölkerung und Kultur. Reihe 10: Bildungswesen. I. Allgemeinbildende Schulen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Staatsfinanzen. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie L, Finanzen und Steuern. Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden. II. Jahresabschlüsse: Öffentliche Finanzwirtschaft. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, laufende Jahrgänge.

Thomas, H.: "Allgemeinbildendes Schulwesen: Soziologische Aspekte der Schule als Organisation". In: Schulz, W., und Thomas, H. (Hrsg.): Schulorganisation und Unterricht. Heidelberg: Quelle und Meyer 1967 (Gesellschaft und Erziehung, Teil VI).

Wissenschaftliche Beratungskommission beim Senat von Berlin: Studien zur Lage und Entwicklung Westberlins - Politik, Wirtschaft, Bildung. Gutachten. Berlin 1968.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970. Bonn 1967.

Unveröffentlichte Diplomarbeiten

Barnbrock, J., Hansen, U., Kunst, M., Lindner, C., und Wend, B.: Analyse ökonomischer und gesellschaftspolitischer Probleme der Bildungsplanung. Berlin: Abschlußarbeit an der Architektur fakultät der Technischen Universität Berlin, 1970.

Bartels, J.: Lokalisation von Bildungseinrichtungen der verschiedenen Ebenen. Berlin: Diplomarbeit an der Technischen Universität Berlin, FB 2, eingereicht bei Prof. P. Koller, 1971.